



Eine Theorie über Sozialismus und Kapitalismus

Hans-Hermann Hoppe

Eine Theorie über
Sozialismus
und
Kapitalismus

Autor: Hans-Hermann Hoppe

Übersetzer: Andreas Tank

© 2010 durch das Ludwig von Mises Institute. Dieses Werk ist lizenziert als Creative Commons Attribution License 3.0.

<http://creativecommons.org/licenses/by/3.0/>

Ludwig von Mises Institute
518 West Magnolia Avenue
Auburn, Alabama 36832

mises.org

ISBN: 979-8-313-64251-2

Eine Theorie über
Sozialismus
und
Kapitalismus

Hans-Hermann Hoppe

Danksagungen

Drei Institutionen haben mich bei der Erstellung dieser Abhandlung unterstützt. Als Heisenberg-Stipendiat genoss ich von 1982 bis 1986 die großzügigste finanzielle Unterstützung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG). Die vorliegende Studie ist die letzte Arbeit, die ich in dieser Zeit abgeschlossen habe. Zusätzliche Unterstützung kam vom Johns Hopkins University Bologna Center for Advanced International Studies, wo ich das akademische Jahr 1984-1985 als Gastprofessor verbrachte. Die dort gehaltenen Vorlesungen bildeten den Kern dessen, was hier vorgestellt wird. Während des akademischen Jahres 1985/86, in dem meine Forschungen ihre jetzige Form annahmen und das ich in New York City verbrachte, erhielt ich schließlich die unbürokratischste und herzlichste Hilfe vom Center for Libertarian Studies.

Meine tiefste Dankbarkeit gilt meinem Lehrer und Freund Murray N. Rothbard. Seinem wissenschaftlichen und persönlichen Beispiel verdanke ich mehr, als ich angemessen ausdrücken kann. Er hat einen früheren Entwurf der Studie gelesen und mir unschätzbare Kommentare zukommen lassen. Unzählige Diskussionen mit ihm waren eine nie versiegende Quelle der Inspiration, und sein Enthusiasmus war eine ständige Ermutigung.

Diesen Menschen und Institutionen schulde ich ein aufrichtiges „Dankeschön“.

Inhaltsverzeichnis

Kapitel 1: Einleitung	7
Kapitel 2: Eigentum, Vertrag, Aggression, Kapitalismus, Sozialismus.....	16
Kapitel 3: Sozialismus im russischen Stil	33
Kapitel 4: Sozialismus im sozialdemokratischen Stil	57
Kapitel 5: Der Sozialismus des Konservatismus	90
Kapitel 6: Der Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei und die Grundlagen der Wirtschaftsanalyse	130
Kapitel 7: Die ethische Rechtfertigung des Kapitalismus und warum Sozialismus moralisch unvertretbar ist.....	169
Kapitel 8: Die sozio-psychologischen Grundlagen des Sozialismus oder Die Staatstheorie	195
Kapitel 9: Die kapitalistische Produktion und das Monopolproblem	225
Kapitel 10: Die kapitalistische Produktionsweise und das Problem der öffentlichen Güter	252
Literaturhinweise.....	290

Kapitel 1

Einleitung

Die folgende Studie über die Ökonomie, Politik und Moral von Sozialismus und Kapitalismus ist eine systematische Abhandlung zur politischen Theorie. Interdisziplinär werden die zentralen Probleme der politischen Ökonomie und der politischen Philosophie diskutiert: Wie kann die Gesellschaft organisiert werden, um die Produktion von Reichtum zu fördern und die Armut zu beseitigen, und wie kann sie so gestaltet werden, dass sie zu einer gerechten sozialen Ordnung wird?

Dabei werde ich aber auch immer wieder soziale und politische Probleme im engeren, allgemeineren Sinne dieser Begriffe ansprechen und beleuchten. Tatsächlich ist es eines der Hauptziele dieser Abhandlung, die konzeptionellen und argumentativen Werkzeuge, ökonomisch und moralisch, zu entwickeln und zu erklären, die benötigt werden, um jede Art von empirischem, sozialen oder politischen System zu analysieren und zu bewerten, jeden Prozess des sozialen Wandels zu verstehen oder abzuschätzen und Ähnlichkeiten sowie Unterschiede in der sozialen Struktur von zwei oder mehr verschiedenen Gesellschaften zu erklären oder zu interpretieren.

Am Ende der Abhandlung sollte klar sein, dass es nur durch eine Theorie, ökonomisch oder moralisch, die selbst nicht aus der Erfahrung abgeleitet ist, sondern von einem logisch unanfechtbaren Zustand ausgeht (was etwas ganz anderes ist als ein „willkürlich postuliertes Axiom“) und rein deduktiv (vielleicht zusätzlich

unter Verwendung einer explizit eingeführten empirischen und empirisch überprüfbaren Annahme) zu Ergebnissen gelangt, die selbst logisch unanfechtbar sind (und daher keinerlei empirische Prüfung erfordern), möglich wird, ein ansonsten chaotisches, übermäßig komplexes Spektrum von unzusammenhängenden, isolierten Fakten oder Meinungen über die soziale Realität zu organisieren oder zu interpretieren, um ein wahres, kohärentes ökonomisches oder moralisches Begriffssystem zu bilden. Hoffentlich wird sich zeigen, dass ohne eine solche Theorie politische Ökonomie und Philosophie als nichts anderes betrachtet werden können, als im Dunkeln zu tapen und bestenfalls willkürliche Meinungen darüber zu produzieren, was dies oder jenes verursacht haben könnte oder was besser oder schlechter ist als etwas anderes: Meinungen, deren Gegensätze im Allgemeinen so leicht verteidigt werden können wie die ursprünglichen Positionen selbst (das heißt, dass sie überhaupt nicht im strengen Sinne verteidigt werden können!).

Konkret wird eine Theorie des Eigentums und der Eigentumsrechte entwickelt. Es wird gezeigt, dass der Sozialismus, keineswegs eine Erfindung des Marxismus des 19. Jahrhunderts, sondern viel älter, als institutionalisierte Einmischung oder Aggression gegen Privateigentum und Privateigentumsansprüche konzipiert werden muss. Kapitalismus hingegen ist ein Sozialsystem, das auf der expliziten Anerkennung des Privateigentums und des nicht aggressiven, vertraglichen Austauschs zwischen Privateigentümern basiert. In dieser Bemerkung impliziert, wie im Laufe dieser Abhandlung deutlich werden wird, ist die Überzeugung, dass es dann unterschiedliche Arten und Grade von Sozialismus und Kapitalismus geben muss, d.h. unterschiedliche Grade, in denen Privateigentumsrechte respektiert oder ignoriert werden. Gesellschaften sind nicht einfach kapitalistisch oder sozialistisch. In der Tat sind alle bestehenden Gesellschaften bis zu einem gewissen Grad sozialistisch. (Selbst die Vereinigten Staaten, sicherlich eine Gesellschaft, die relativ kapitalistischer ist als die meisten anderen, ist,

wie sich herausstellen wird, erstaunlich sozialistisch und wurde es im Laufe der Zeit immer mehr.)

Ein Ziel ist es also, zu zeigen, dass der Gesamtumfang des Sozialismus, d.h. der Gesamtumfang der Eingriffe in die Eigentumsrechte, die in einem bestimmten Land bestehen, dessen Gesamtwohlstand erklärt. Je sozialistischer ein Land ist, desto mehr wird der Prozess der Produktion von Neuem und die Erhaltung von altem, bestehendem Reichtum behindert und desto ärmer wird das Land bleiben oder werden.¹ Die Tatsache, dass die Vereinigten

¹ Um Missverständnisse von vornherein zu vermeiden: Die hier vorgestellte These lautet, dass der Gesamtreichtum einer bestimmten Gesellschaft relativ erhöht wird, d.h. stärker wächst, als es sonst der Fall wäre, wenn der Gesamtgrad des Sozialismus verringert wird und umgekehrt. Die Vereinigten Staaten zum Beispiel würden ihren Lebensstandard verbessern, indem sie mehr Kapitalismus übernehmen (über dem Niveau, das sonst erreicht würde), ebenso wie Deutschland usw. Es ist jedoch eine etwas andere Aufgabe, die relative Position (in Bezug auf den Gesamtreichtum) verschiedener Gesellschaften zu einem bestimmten Zeitpunkt zu erklären, weil dann natürlich die „ceteris“ nicht mehr notwendigerweise „paribus“ sind, während natürlich andere Dinge neben einem bestehenden Grad an Sozialismus zweifellos den Gesamtreichtum einer Gesellschaft beeinflussen. Die Geschichte einer bestimmten Gesellschaft hat zum Beispiel einen enormen Einfluss auf ihren gegenwärtigen Reichtum. Jede Gesellschaft ist nicht nur wegen der gegenwärtigen, sondern auch wegen der vergangenen Bedingungen reich oder arm; weil Kapital in der Vergangenheit von unseren Vätern und Vorfahren angehäuft oder zerstört wurde. So kann es leicht passieren, dass eine Gesellschaft, die derzeit kapitalistischer ist, immer noch deutlich ärmer sein kann als eine sozialistischere. Und das gleiche, nur scheinbar paradoxe Ergebnis kann entstehen, weil sich Gesellschaften in Bezug auf andere, früher oder gegenwärtig wirkende Faktoren, die die Produktion von Wohlstand beeinflussen, unterscheiden können (und dies auch tun). So kann es beispielsweise Unterschiede in der Arbeitsethik und/oder in den vorherrschenden Weltanschauungen und Gewohnheiten zwischen den Gesellschaften geben, und diese können Unterschiede (oder Gemeinsamkeiten) in der Wohlstandsproduktion von Gesellschaften erklären, die sich im Hinblick auf ihren derzeitigen Grad an Sozialismus unterscheiden. Der einfachste und beste Weg, die Gültigkeit der These zu veranschaulichen, dass der Grad des Sozialismus in jeder vergleichenden Sozialanalyse umgekehrt mit dem Reichtum einer Gesellschaft zusammenhängt, wäre also, Gesellschaften zu vergleichen, die bis auf

Staaten im Großen und Ganzen reicher sind als Westeuropa und Westdeutschland viel reicher als Ostdeutschland, kann durch ihren geringeren Grad an Sozialismus erklärt werden, ebenso wie die Tatsache, dass die Schweiz wohlhabender ist als Österreich oder dass England, im 19. Jahrhundert das reichste Land der Welt, jetzt zu etwas verkommen ist, das treffend als unterentwickelt bezeichnet wird.

Aber es geht hier nicht nur um die allgemeinen Wohlstandseffekte und auch nicht nur um die wirtschaftliche Seite des Problems. Bei der Analyse der verschiedenen Formen des Sozialismus, für die es reale, historische Beispiele gibt (die freilich sehr oft nicht Sozialismus genannt werden, sondern einen ansprechenderen Namen erhalten²), ist es zum einen wichtig zu erklären, warum und auf welche Weise jede Intervention, ob groß oder klein, hier oder dort, eine besondere störende Wirkung auf die soziale Struktur hat, die ein oberflächlicher, theoretisch ungeschulter Beobachter, der von einer unmittelbaren „positiven“ Folge einer bestimmten Intervention geblendet ist, vielleicht nicht wahrnimmt. Dennoch existiert dieser negative Effekt und wird mit einiger Verzögerung Probleme an einer anderen Stelle im sozialen Gefüge verursachen, die zahlreicher oder schwerwiegender sind als die, die ursprünglich durch den ersten Akt des Eingreifens gelöst wurden. So sind beispielsweise gut sichtbare positive Effekte sozialistischer Politik wie „billige Lebensmittelpreise“, „niedrige Mieten“, „kostenloses“ Dies und „freies“ Das, nicht einfach positive Dinge, die in der Luft schweben und nichts mit allem anderen zu tun haben, sondern

Unterschiede in ihrem Grad des Sozialismus in Bezug auf ihre Geschichte und die gegenwärtigen sozialpsychologischen Merkmale ihres Volkes paribus oder zumindest sehr ähnlich sind, wie zum Beispiel West- und Ostdeutschland: und hier zeigt sich die vorhergesagte Wirkung in der Tat am dramatischsten, wie im Folgenden behandelt wird.

² Übrigens wird „Sozialismus“ in den Vereinigten Staaten als „Liberalismus“ bezeichnet, und der Sozialist oder Sozialdemokrat dort, der sich selbst als „liberal“ bezeichnet, würde es im Allgemeinen verabscheuen, als „Sozialist“ bezeichnet zu werden.

Phänomene, die irgendwie bezahlt werden müssen: durch immer weniger und minderwertigere Lebensmittel, durch Wohnungsmangel, Verfall und Slums, durch Schlange stehen und Korruption und weiter durch niedrigeren Lebensstandard, reduzierte Kapitalbildung und/oder erhöhten Kapitalverbrauch. Und eine viel weniger auffällige, aber fast immer „positiv“ erwähnte Tatsache — ein größeres Gefühl der Solidarität unter den Menschen, die größere Wertschätzung von Dingen wie Familie, Verwandten oder Freunden, die beispielsweise zwischen den Ostdeutschen im Vergleich zu ihren eher „individualistischen“, egoistischen westdeutschen Gegenstücken besteht — ist wiederum keine einfache, isolierte, nicht analysierbare Tatsache. Solche Gefühle sind das Ergebnis eines sozialen Systems ständiger Knappheit und ständig unterdrückter Möglichkeiten, die eigene Situation mit eigenen Mitteln zu verbessern. In Ostdeutschland muss man sich, um die einfachsten Routineaufgaben zu erledigen, wie zum Beispiel eine Hausreparatur, die in anderen Ländern nicht mehr als einen Telefonanruf erfordert, einfach stärker auf „persönliche“ Beziehungen verlassen (im Vergleich zu unpersönlichen Geschäftsbeziehungen); und wo das „öffentliche“ Leben eines Menschen ständig von der „Gesellschaft“ beobachtet wird, muss man sich schlicht ins Private zurückziehen.

Die besonderen störenden Auswirkungen, die sich daraus ergeben, werden im Detail analysiert: (1) durch eine traditionelle marxistische Politik der Verstaatlichung oder Vergesellschaftung der Produktionsmittel, oder besser gesagt, durch die Enteignung der Privateigentümer von Produktionsmitteln; (2) durch eine revisionistische, sozialdemokratische Politik der egalitären Einkommensumverteilung; (3) durch eine konservativ geprägte Politik, die versucht, den Status quo durch Wirtschafts- und Verhaltensvorschriften sowie Preiskontrollen zu erhalten; und (4) durch ein technokratisch geprägtes System pragmatischer, stückweiser sozialer und wirtschaftlicher Planung und Intervention.

Diese Arten von Maßnahmen, die nacheinander analysiert werden, sind nicht völlig homogen und schließen sich gegenseitig aus. Jede kann in unterschiedlichem Maße durchgeführt werden, es gibt verschiedene Möglichkeiten, Dinge unter jeder dieser Kategorien von Politik zu tun, und die verschiedenen Politikmodelle können bis zu einem gewissen Grad kombiniert werden. Tatsächlich ist jede Gesellschaft eine Mischung aus all diesen Faktoren, da sie das Ergebnis verschiedener politischer Kräfte ist, die zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich stark und einflussreich waren. Der Grund für ihre getrennte Analyse (abgesehen von der offensichtlichen Tatsache, dass nicht alle Probleme auf einmal erörtert werden können) liegt darin, dass es sich um politische Konzepte handelt, die mit klar unterscheidbaren sozialen Gruppen, Bewegungen, Parteien usw. in Verbindung gebracht werden und dass jedes politische Konzept den Gesamtwohlstand auf etwas andere Weise beeinflusst.

Und der Sozialismus wird keineswegs nur unter ökonomischen Gesichtspunkten analysiert werden. Natürlich hat der Sozialismus, insbesondere sein marxistisches oder sogenanntes „wissenschaftliches“ Markenzeichen, immer behauptet, eine ökonomisch überlegene Organisation der Gesellschaft zu sein (abgesehen von all seinen anderen angeblichen Qualitäten), verglichen mit der sogenannten „Anarchie der Produktion“ des Kapitalismus³. Aber der Sozialismus bricht nicht zusammen, wenn gezeigt wird, dass tatsächlich das Gegenteil der Fall ist, und er bringt Verarmung, nicht Reichtum. Sicherlich verliert der Sozialismus für die meisten Menschen viel von seiner Attraktivität, sobald dies verstanden wird. Er ist jedoch definitiv nicht an seinem argumentativen Ende, solange er behaupten kann — was auch immer seine wirtschaftliche

³ Erinnern Sie sich an die wiederholten Äußerungen in den frühen Tagen des sowjetrussischen Kommunismus bis zu den Tagen Chruschtschows, dass die kapitalistische Welt bald wirtschaftlich überholt sein würde!

Leistung sein mag — dass er eine höhere Moral darstellt, dass er gerechter ist, dass er eine ethisch überlegene Grundlage hat.

Hoffentlich wird diese Abhandlung jedoch durch eine genaue Analyse der Theorie des Eigentums, die in den verschiedenen Versionen des Sozialismus impliziert ist, deutlich machen, dass nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein könnte. Es wird gezeigt, dass die im Sozialismus implizite Eigentumstheorie normalerweise nicht einmal die erste entscheidende Prüfung (die notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung) besteht, die von Regeln des menschlichen Verhaltens verlangt wird, die behaupten, moralisch gerechtfertigt oder rechtfertigbar zu sein. Dieser Test, wie er in der so genannten goldenen Regel oder in ähnlicher Weise im kategorischen Imperativ von Kant formuliert ist, verlangt, dass eine Regel, um gerecht zu sein, eine allgemeine sein muss, die für alle Menschen in gleicher Weise gilt. Die Regel kann keine unterschiedlichen Rechte oder Pflichten für verschiedene Kategorien von Menschen festlegen (eine für die Rothaarigen und eine für alle anderen oder eine für Frauen und eine andere für Männer), da eine solche „partikularistische“ Regel natürlich niemals, nicht einmal im Prinzip, von allen als faire Regel akzeptiert werden könnte. Partikularistische Regeln vom Typus „Ich darf dich schlagen, aber du darfst mich nicht schlagen“ sind jedoch, wie im Laufe dieser Abhandlung deutlich werden wird, die Grundlage aller praktizierten Formen des Sozialismus. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch moralisch erweist sich der Sozialismus als schlecht durchdachtes System sozialer Organisation. Trotz seines schlechten Rufs in der Öffentlichkeit gewinnt auch hier der Kapitalismus, ein soziales System, das auf der Anerkennung des Privateigentums und der vertraglichen Beziehungen zwischen den Eigentümern von Privateigentum beruht, eindeutig. Es wird sich zeigen, dass die dem Kapitalismus implizite Eigentumstheorie nicht nur den ersten Test der „Universalisierung“ besteht, sondern sich als die logische Bedingung der Möglichkeit jeder Art von argumentativer Rechtfertigung erweist: Wer für irgendetwas argumentiert, insbesondere für

bestimmte Normen als gerecht, muss zumindest implizit die Gültigkeit der im Kapitalismus impliziten Eigentumsnormen voraussetzen. Ihre Gültigkeit als Normen universeller Akzeptanz zu leugnen und für den Sozialismus zu argumentieren, ist daher widersprüchlich.

Die Rekonstruktion der Moral des Privateigentums und seiner ethischen Rechtfertigung führt dann zu einer Neubewertung des Sozialismus und, wie sich herausstellt, der Institution des Staates, die für ihre Existenz von der Besteuerung und der Zwangsmitgliedschaft (Staatsbürgerschaft) abhängt, als der eigentlichen Verkörperung der sozialistischen Ideen zum Eigentum. Ohne solide ökonomische oder moralische Gründe für ihre Existenz werden Sozialismus und Staat dann auf Phänomene von rein sozialpsychologischer Relevanz reduziert und zu solchen erklärt.

Geleitet von solchen Überlegungen kehrt die Diskussion schließlich zur Ökonomie zurück. Die abschließenden Kapitel beschäftigen sich mit der konstruktiven Aufgabe, die Funktionsweise einer rein kapitalistischen Gesellschaftsordnung als moralisch und ökonomisch geforderte Alternative zum Sozialismus zu erklären. Konkret geht es um die Frage, wie ein Gesellschaftssystem, das auf einer Ethik des Privateigentums beruht, mit dem Problem des Monopols und der Produktion so genannter „öffentlicher Güter“ und insbesondere der Produktion von Sicherheit, d.h. von Polizei- und Justizdiensten, umzugehen hat. Es wird argumentiert, dass im Gegensatz zu vielem, was in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur über Monopole und öffentliche Güter geschrieben wurde, keines der beiden Probleme existiert oder, wenn es sie gäbe, immer noch nicht ausreichen würde, um einen wirtschaftlichen Mangel in einem reinen Marktsystem zu beweisen. Vielmehr sorgt eine kapitalistische Ordnung immer, ausnahmslos und notwendigerweise auf die effizienteste Weise für die dringendsten Bedürfnisse der freiwilligen Verbraucher, einschließlich der Bereiche Polizei und Gerichtswesen. Wenn diese konstruktive Aufgabe erledigt ist, wird sich der Kreis geschlossen haben, und die Zerstörung der

intellektuellen Glaubwürdigkeit des Sozialismus, moralisch und wirtschaftlich, sollte abgeschlossen sein.

Kapitel 2

Eigentum, Vertrag, Aggression, Kapitalismus, Sozialismus

Bevor wir in das spannendere Gebiet der Analyse verschiedener politischer Schemata aus der Sicht der Wirtschaftstheorie und der politischen Philosophie vordringen, ist es wichtig, die grundlegenden Konzepte, die in der folgenden Studie verwendet werden, einzuführen und zu erklären. In der Tat sind die in diesem Kapitel erläuterten Konzepte — die Konzepte von Eigentum, Vertrag, Aggression, Kapitalismus und Sozialismus — so grundlegend, so fundamental wichtig, dass man nicht einmal vermeiden kann, sie zu nutzen, wenn auch manchmal nur implizit. Leider bedeutet die Tatsache, dass man sich bei der Analyse von menschlichem Handeln jeder Art und/oder jeder Art von zwischenmenschlicher Beziehung dieser Konzepte bedienen muss, nicht, dass jeder ein genaues Verständnis davon hat. Es scheint stattdessen umgekehrt zu sein.

Da der Begriff des Eigentums zum Beispiel so grundlegend ist, dass jeder ein unmittelbares Verständnis davon zu haben scheint, denken die meisten Menschen nie sorgfältig darüber nach und können daher bestenfalls eine sehr vage Definition erstellen. Aber wenn man von ungenau formulierten oder angenommenen Definitionen ausgeht und ein komplexes Netzwerk von Gedanken über sie aufbaut, kann dies nur zu einer intellektuellen Katastrophe führen. Denn die ursprünglichen Ungenauigkeiten und Schlupflöcher durchdringen und verzerren dann alles Abgeleitete. Um dies zu

vermeiden, muss zunächst der Begriff des Eigentums geklärt werden.

Neben dem Begriff des Handelns ist *Eigentum* die grundlegendste Kategorie in den Sozialwissenschaften. In der Tat sind alle anderen Konzepte, die in diesem Kapitel eingeführt werden sollen — Aggression, Vertrag, Kapitalismus und Sozialismus — in Bezug auf Eigentum definierbar: *Aggression* ist Aggression gegen Eigentum, *Vertrag* ist eine nicht-aggressive Beziehung zwischen Eigentümern, *Sozialismus* ist eine institutionalisierte Politik der Aggression gegen Eigentum und *Kapitalismus* ist eine institutionalisierte Politik der Anerkennung von Eigentum und Vertragswesen.

Beginnen wir mit einer Erläuterung der notwendigen Voraussetzung für das Entstehen des Eigentumsbegriffs.⁴ Damit der Eigentumsbegriff entsteht, muss es eine Knappheit an Gütern geben. Wenn es keine Knappheit gäbe und alle Güter so genannte „freie Güter“ wären, deren Nutzung durch eine Person zu einem bestimmten Zweck die Nutzung durch eine andere Person oder zu einem anderen Zweck in keiner Weise ausschließen (oder behindern oder einschränken) würde, dann gäbe es keine Notwendigkeit für Eigentum. Wenn, sagen wir, aufgrund eines paradiesischen Überflusses an Bananen mein gegenwärtiger Bananenkonsum in keiner Weise meine eigene zukünftige Versorgung (möglichen Konsum) mit Bananen verringert, noch die gegenwärtige oder zukünftige Versorgung mit Bananen für eine andere Person, dann wäre die Übertragung von Eigentumsrechten, hier in Bezug auf Bananen, überflüssig. Um den Begriff des Eigentums zu entwickeln, ist es notwendig, dass Waren knapp sind, so dass es möglicherweise zu Konflikten über die Verwendung dieser Waren kommen kann. Es ist die Aufgabe von Eigentumsrechten, solche

⁴ Vgl. D. Hume, *A Treatise of Human Nature* (Hrsg. Selby-Bigge), Oxford, 1968, insb. 3, 2, S. 484; und „Enquiry Concerning the Principles of Morals“, in: Hume, *Enquiries* (Hrsg. Selby-Bigge), Oxford, 1970; vgl. auch: L. Robbins, *Political Economy: Past and Present*, London, 1977, insb. S. 29-33.

möglichen Konflikte über die Nutzung knapper Ressourcen durch die Übertragung von Rechten des ausschließlichen Eigentums zu vermeiden. Eigentum ist also ein normatives Konzept: ein Konzept, das ein konfliktfreies Zusammenspiel ermöglicht, indem es gegenseitig verbindliche Verhaltensregeln (Normen) in Bezug auf knappe Ressourcen festlegt.⁵ Es braucht nicht viel kommentiert zu werden, um zu sehen, dass es tatsächlich überall Knappheit an Gütern gibt, an allen Arten von Gütern, und das Bedürfnis nach Eigentumsrechten ist somit offensichtlich. Genau genommen, selbst wenn wir davon ausgehen würden, dass wir im Garten Eden lebten, wo es einen Überfluss an allem gab, was nicht nur nötig war, um sein Leben zu erhalten, sondern auch, um jedem möglichen Komfort zu frönen, indem man einfach die Hand ausstreckte, müsste sich der Begriff des Eigentums notwendigerweise entwickeln. Denn auch unter diesen „idealen“ Umständen wäre der physische Körper eines jeden Menschen immer noch eine knappe Ressource und die Notwendigkeit der Etablierung von Eigentumsregeln, d.h. Regeln über den Körper von Menschen, bestünde damit. Man ist es nicht gewohnt, an den eigenen Körper im Sinne eines knappen Gutes zu denken, aber wenn man sich die ideale Situation vorstellt, die man sich nur erträumen könnte, den Garten Eden, wird es möglich zu erkennen, dass der eigene Körper in der Tat der *Prototyp*

⁵ Im Übrigen macht der *normative* Charakter des Eigentumsbegriffs auch die hinreichende Voraussetzung für seine Entstehung als Begriff deutlich: Neben der Knappheit muss „Rationalität der Agenten“ existieren, d.h. die Agenten müssen in der Lage sein, zu kommunizieren, zu diskutieren, zu argumentieren, und insbesondere *müssen sie in der Lage sein, eine Argumentation über normative Probleme zu führen*. Gäbe es eine solche Kommunikationsfähigkeit nicht, wären normative Konzepte schlichtweg nutzlos. Wir versuchen zum Beispiel nicht, Konflikte über die Nutzung einer bestimmten knappen Ressource mit, sagen wir, einem Elefanten zu vermeiden, indem wir Eigentumsrechte definieren, denn wir können nicht mit dem Elefanten streiten und so zu einer Einigung über Eigentumsrechte kommen. Die Vermeidung zukünftiger Zusammenstöße ist in einem solchen Fall ausschließlich ein technisches (im Gegensatz zu einem normativen) Problem.

eines knappen Gutes ist, für dessen Nutzung Eigentumsrechte, d.h. Rechte des ausschließlichen Eigentums, irgendwie geschaffen werden müssen, um Zusammenstöße zu vermeiden.

In der Tat, solange eine Person handelt⁶, d.h. solange eine Person absichtlich versucht, einen subjektiv wahrgenommenen und als weniger zufriedenstellend bewerteten Zustand in einen Zustand zu verwandeln, der lohnender erscheint, beinhaltet diese Handlung notwendigerweise eine Wahl bezüglich der Verwendung des Körpers dieser Person. Und die Wahl, die Bevorzugung einer Sache oder eines Zustands gegenüber einer anderen, impliziert offensichtlich, dass nicht alles, nicht alle möglichen Freuden oder Befriedigungen, zur gleichen Zeit zu haben sind, sondern dass etwas, das als weniger wertvoll angesehen wird, aufgegeben werden muss, um etwas anderes, das als wertvoller angesehen wird, zu erlangen.⁷ So bedeutet die Wahl immer das Entstehen von Kosten: Verzicht auf mögliche Freuden, weil die Mittel, die benötigt werden, um sie zu erreichen, knapp sind und an eine alternative Verwendung gebunden sind, die Renditen verspricht, die höher bewertet werden als die verfallenen Chancen.⁸ Selbst im Garten Eden könnte ich nicht *gleichzeitig* einen Apfel essen, eine Zigarette rauchen, etwas trinken, auf einen Baum klettern, ein Buch lesen, ein Haus bauen, mit meiner Katze spielen, ein Auto fahren usw. Ich

⁶ Es ist anzumerken, dass eine Person nicht absichtlich *nicht* handeln kann, da selbst der Versuch, *nicht* zu handeln, d.h. die Entscheidung, nichts zu tun und stattdessen in einer zuvor besetzten Position oder einem zuvor besetzten Zustand zu bleiben, sich als Handlung qualifizieren würde, wodurch diese Aussage a priori wahr wäre, d.h. eine Aussage, die nicht durch Erfahrung angefochten werden kann, da jeder, der versuchen würde, sie damit zu widerlegen, sich entscheiden und seinen Körper willkürlich einer bestimmten Verwendung zuführen müsste.

⁷ Vgl. L. v. Mises, *Human Action*, Chicago, 1966, insbesondere Teil 1; M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1970; auch: L. Robbins, *Nature and Significance of Economic Science*, London, 1935.

⁸ Zum Konzept der Kosten vgl. insbesondere M. Buchanan, *Cost and Choice*, Chicago, 1969; *L.S.E. Essays on Cost* (Hrsg. Buchanan und Thirlby), Indianapolis, 1981.

müsste Entscheidungen treffen und könnte all das nur nacheinander erledigen. Und das wäre so, weil es nur einen Körper gibt, mit dem ich diese Dinge tun und die Befriedigung genießen kann, die sich daraus ergibt. Ich habe keinen Überfluss an Körpern, die es mir ermöglichen würde, alle möglichen Befriedigungen gleichzeitig in einer einzigen Glückseligkeit zu genießen. Und auch in anderer Hinsicht würde mich die Knappheit zurückhalten: Solange diese knappe Ressource „Körper“ nicht unzerstörbar ist und nicht mit ewiger Gesundheit und Energie ausgestattet ist, sondern ein Organismus mit nur begrenzter Lebensdauer ist, ist auch Zeit knapp. Die Zeit, die für die Verfolgung von Ziel A aufgewendet wird, reduziert die verbleibende Zeit, um andere Ziele zu verfolgen. Und je länger es dauert, bis ein gewünschtes Ergebnis erreicht ist, desto höher sind die Kosten, die mit dem Warten verbunden sind und desto höher muss die erwartete Zufriedenheit sein, um diese Kosten zu rechtfertigen.

So müssten wegen der Knappheit an Körper und Zeit auch im Garten Eden Eigentumsvorschriften festgelegt werden. Ohne sie und unter der Annahme, dass es mehr als eine Person gibt, dass sich ihre Handlungsspielräume überschneiden und dass es keine vorher festgelegte Harmonie und Synchronisation der Interessen zwischen diesen Personen gibt, wären Konflikte über die Nutzung des eigenen Körpers unvermeidlich. Ich möchte zum Beispiel meinen Körper nutzen, um eine Tasse Tee zu trinken, während jemand anderes vielleicht eine Liebesbeziehung mit ihm beginnen möchte, wodurch ich daran gehindert werde, meinen Tee zu trinken und auch die Zeit verkürzt wird, die mir bleibt, um mit diesem Körper meine eigenen Ziele zu verfolgen. Um solche möglichen Zusammenstöße zu vermeiden, müssen Regeln des ausschließlichen Eigentums formuliert werden. In der Tat besteht, solange gehandelt wird, die Notwendigkeit, Eigentumsnormen festzulegen.

Um die Dinge einfach und frei von störenden Details zu halten, gehen wir für eine weitere Analyse davon aus, dass wir tatsächlich einen Garten Eden bewohnen, in dem ausschließlich der Körper,

der Platz auf dem er steht und die Zeit knappe Ressourcen sind. Was kann uns der Prototyp eines knappen Gutes, der Körper eines Menschen, über Eigentum und seine begrifflichen Ableitungen sagen?

Selbst in einer Welt mit nur einer Art von knapper Ressource sind zwar prinzipiell alle Arten von Normen denkbar, die das ausschließliche Eigentum an knappen Mitteln regeln (z.B. eine Regel wie „Montags bestimme ich, wofür unsere Körper verwendet werden dürfen, dienstags bestimmst du ihre Verwendung“ usw.), aber es ist sicher, dass nicht alle von ihnen tatsächlich die gleichen Chancen hätten, vorgeschlagen und akzeptiert zu werden. Es scheint daher am besten zu sein, die Analyse mit der Eigentumsnorm zu beginnen, die von den Bewohnern Edens höchstwahrscheinlich als die „natürliche Position“ in Bezug auf die Zuweisung von ausschließlichen Eigentumsrechten an Körpern akzeptiert würde. Allerdings beschäftigen wir uns in diesem Stadium des Arguments noch nicht mit Ethik, dem Problem der moralischen Rechtfertigung von Normen. So kann zwar von Anfang an zugegeben werden, dass ich später tatsächlich argumentieren werde, dass die natürliche Position die einzige moralisch vertretbare ist und obwohl ich auch überzeugt bin, dass sie die natürliche ist, weil sie moralisch vertretbar ist, impliziert Natur in diesem Stadium keine moralische Konnotation. Es soll einfach eine sozialpsychologische Kategorie sein, die darauf hinweist, dass diese Position wahrscheinlich die größte Unterstützung in der öffentlichen Meinung finden würde.⁹ In der Tat; ihre Natürlichkeit spiegelt sich in der Tatsache wider, dass es beim Sprechen über Körper fast

⁹ Es sei an dieser Stelle erwähnt, dass die Gültigkeit des Folgenden natürlich in keiner Weise von der Richtigkeit der Beschreibung der natürlichen Position als „natürlich“ abhängt. Auch wenn jemand nur bereit wäre, der sogenannten natürlichen Position den Status eines willkürlichen Ausgangspunkts einzuräumen, geht unsere Analyse von Gültigkeit aus. Begriffe spielen keine Rolle; was zählt, ist, was die natürliche Position wirklich ist und als solche impliziert. Die folgenden Analysen befassen sich ausschließlich mit *diesem* Problem.

unmöglich ist, auch possessive (besitzanzeigende) Ausdrücke zu vermeiden. Ein Körper wird normalerweise als der Körper einer bestimmten Person bezeichnet: mein Körper, dein Körper, sein Körper, ihr Körper usw. (und übrigens passiert genau dasselbe, wenn man von Handlungen spricht!); und man hat nicht das geringste Problem zu unterscheiden, was meins, deins, etc. ist; klar ist dabei die Zuweisung von Eigentumstiteln und die Unterscheidung zwischen richtigen Eigentümern knapper Ressourcen.

Was ist also die natürliche Position in Bezug auf Eigentum, die in der natürlichen Art, über Körper zu sprechen, impliziert ist? Jeder Mensch hat das ausschließliche Eigentumsrecht an seinem Körper innerhalb der Grenzen seiner Oberfläche. Jeder Mensch kann seinen Körper für die Zwecke einsetzen, die er für sein unmittelbares oder langfristiges Interesse, Wohlbefinden oder seine Zufriedenheit für am besten hält, solange er nicht in die Rechte einer anderen Person eingreift, die Nutzung seines jeweiligen Körpers zu kontrollieren. Dieses „Eigentum“ am eigenen Körper impliziert das Recht, eine andere Person einzuladen (zuzustimmen), etwas mit dem eigenen Körper zu tun: Mein Recht, mit meinem Körper zu tun, was immer ich will, schließt das Recht ein, eine andere Person zu bitten und zuzulassen, meinen Körper zu benutzen, ihn zu lieben, ihn zu untersuchen, ihm Medikamente oder Drogen zu injizieren, sein physisches Aussehen zu verändern und ihn sogar zu schlagen, zu beschädigen oder zu töten, wenn ich das möchte und zustimme. Zwischenmenschliche Beziehungen dieser Art sind und werden als *vertraglicher Austausch* bezeichnet. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass eine Vereinbarung über die Nutzung knapper Ressourcen getroffen wird, die auf gegenseitigem Respekt und Anerkennung des gesamten Bereichs der ausschließlichen Kontrolle der Austauschpartner über ihre jeweiligen Körper beruht. Per Definition sind solche vertraglichen Austausche, obwohl sie *im Nachhinein* nicht unbedingt für jeden einzelnen der Austauschpartner von Vorteil sind (ich mag mein Aussehen danach vielleicht nicht, obwohl der Chirurg genau das getan hat, was

ich ihm gesagt habe, was er mit meinem Gesicht anstellen soll), immer und notwendigerweise für jeden Teilnehmer im Voraus von Vorteil, sonst würde der Austausch schlicht nicht stattfinden.

Wird dagegen eine Handlung vorgenommen, die unaufgefordert in die körperliche Unversehrtheit einer anderen Person eindringt oder diese verändert und diesen Körper einer Nutzung zuführt, die nicht dem eigenen Wohlgefallen entspricht, so wird diese Handlung nach der natürlichen Position des Eigentums als *Aggression* bezeichnet.¹⁰ Es wäre Aggression, wenn eine Person versuchen würde, ihre sexuellen oder sadistischen Wünsche zu befriedigen, indem sie den Körper einer anderen Person vergewaltigt oder schlägt, ohne die ausdrückliche Zustimmung dieser Person zu haben. Und es wäre auch Aggression, wenn eine Person körperlich daran gehindert würde, bestimmte Handlungen mit ihrem Körper auszuführen, die vielleicht nicht nach dem *Geschmack* eines anderen sind, wie rosa Socken oder lockiges Haar zu tragen oder sich jeden Tag zu betrinken oder zuerst zu schlafen und dann zu philosophieren, anstatt es umgekehrt zu tun, aber die, wenn sie tatsächlich ausgeführt würden, an sich keine Veränderung der körperlichen Unversehrtheit des Körpers einer anderen Person verursachen würden.¹¹ Definitionsgemäß bedeutet also eine aggressive

¹⁰ Beachten Sie nochmals, dass der Begriff „Aggression“ hier ohne wertende Konnotationen verwendet wird. Erst später in dieser Abhandlung werde ich zeigen, dass Aggression wie oben definiert in der Tat moralisch unvertretbar ist. Namen sind Schall und Rauch; wichtig ist alleine, was es wirklich ist, was als Aggression bezeichnet wird.

¹¹ Wenn ich das Problem der moralischen Rechtfertigung in Kapitel 7 diskutiere, werde ich auf die Bedeutung der gerade gemachten Unterscheidung von Aggression als Eingriff in die *körperliche* Integrität von jemandem und andererseits als Eingriff in die Integrität des Wertesystems von jemandem zurückkommen, was nicht als Aggression eingestuft wird. An dieser Stelle genügt es anzumerken, dass es eine Art technische Notwendigkeit für *jede* Theorie des Eigentums (nicht nur die hier beschriebene natürliche Position) ist, dass die Abgrenzung der Eigentumsrechte einer Person gegenüber denen einer anderen Person in *physischen, objektiven, intersubjektiv feststellbaren* Begriffen formuliert wird. Andernfalls wäre es für einen Akteur unmöglich, im Voraus zu

Handlung immer und notwendigerweise, dass ein Mensch, indem er sie ausführt, seine Zufriedenheit auf Kosten einer Abnahme der Zufriedenheit einer anderen Person erhöht.

Was ist der Grund für diese natürliche Position in Bezug auf Eigentum? Der Theorie des natürlichen Eigentums liegt der Gedanke zugrunde, die Zuweisung eines ausschließlichen Eigentumsrechts auf das Vorhandensein einer objektiven, intersubjektiv feststellbaren Verbindung zwischen Eigentümer und Eigentum zu stützen und dementsprechend alle Eigentumsansprüche, die sich nur auf rein subjektive Beweise berufen können, als aggressiv zu bezeichnen. Während ich mich zur Begründung meines Eigentumsanspruchs an meinem Körper auf die objektive Tatsache berufen kann, dass ich der erste Bewohner dieses Körpers war — sein erster Nutzer — kann jeder andere, der behauptet, das Recht zu haben, diesen Körper zu kontrollieren, nichts dergleichen anführen. Niemand könnte meinen Körper als Produkt seines Willens bezeichnen, da ich behaupten könnte, dass er das Produkt von mir ist; ein solcher Anspruch auf das Recht, die Nutzung der knappen Ressource „mein Körper“ zu bestimmen, wäre ein Anspruch von Nichtnutzern, von Nichtproduzenten und würde ausschließlich auf subjektiver Meinung beruhen, d.h. auf einer lediglich mündlichen Erklärung, dass die Dinge so oder so sein sollten. Natürlich könnten (und sehr wahrscheinlich werden) solche verbalen Behauptungen auch auf bestimmte *Tatsachen* hinweisen („Ich bin größer, ich bin klüger, ich bin ärmer oder ich bin etwas ganz Besonderes, etc.“) und könnten dadurch versuchen, sich zu legitimieren. Aber Fakten wie diese können keine objektive Verbindung zwischen einer bestimmten knappen Ressource und einer bestimmten Person herstellen. Jedermanns Eigentum an jeder einzelnen Ressource kann aus solchen Gründen gleichermaßen festgestellt oder

bestimmen, ob eine bestimmte Handlung von ihm eine Aggression war oder nicht und so könnte die soziale Funktion von Eigentumsnormen (jeglicher Eigentumsnormen), d.h. eine konfliktfreie Interaktion zu ermöglichen, allein aus technischen Gründen nicht erfüllt werden.

ausgeschlossen werden. Es sind solche aus der Luft gegriffenen Eigentumsansprüche mit rein verbalen Verbindungen zwischen Eigentümern und Eigentumsgegenständen, die nach der natürlichen Theorie des Eigentums als aggressiv bezeichnet werden. Im Vergleich dazu kann mein Eigentumsanspruch in Bezug auf meinen Körper auf eine bestimmte natürliche Verbindung hinweisen; und dies kann er tun, weil mein Körper *produziert* wurde und alles, was produziert wurde (im Gegensatz zu „gegebenen“ Dingen), logischerweise eine bestimmte Verbindung zu einem bestimmten individuellen Produzenten hat; etwas wurde *von mir* produziert. Um Missverständnissen vorzubeugen: „produzieren“ bedeutet nicht „aus dem Nichts erschaffen“ (schließlich ist auch mein Körper ein natürlich gegebenes Ding); es bedeutet, ein natürlich gegebenes Ding nach einem Plan zu verändern, die Natur zu transformieren. Es bedeutet auch nicht, „jeden einzelnen Teil davon zu transformieren“ (schließlich hat mein Körper viele Teile, an denen ich nie etwas getan habe!); es bedeutet stattdessen, etwas innerhalb von (einschließenden/ausschließenden) Grenzen zu transformieren, oder, noch genauer, Grenzlinien für Dinge zu produzieren. Und schließlich bedeutet „produzieren“ auch nicht, dass der Produktionsprozess unbegrenzt weitergehen muss (schließlich schlafe ich manchmal und dann ist mein Körper sicherlich nicht gerade ein Produkt meiner Handlungen). Es bedeutet einfach, dass er in der Vergangenheit produziert wurde und als solcher erkannt werden kann. Es sind also solche Eigentumsansprüche, die sich aus vergangenen, umfassenden produktiven Tätigkeiten ableiten lassen und die an bestimmte Individuen als Produzenten gebunden werden können, die als „natürlich“ oder „nicht aggressiv“ bezeichnet werden.¹²

¹² Erwähnenswert ist, dass das aus der Produktion stammende Eigentumsrecht nur dann seine natürliche Beschränkung findet, wenn, wie im Fall von Kindern, die produzierte Sache selbst ein anderer Handelnder-Produzent ist. Nach der natürlichen Eigentumstheorie ist ein Kind, das einmal geboren wurde, genauso Eigentümer seines eigenen Körpers wie

Die Vorstellungen von Kapitalismus und Sozialismus sollten an dieser Stelle fast klar sein. Aber bevor wir den Garten Eden ein für alle Mal verlassen, sollte ein Blick auf die *Konsequenzen* der Einführung von Elementen des aggressiv begründeten Eigentums in das Paradies geworfen werden, da dies dazu beitragen wird, das zentrale wirtschaftliche und soziale Problem jeder Art von realem Sozialismus, d.h. des Sozialismus in einer Welt der allumfassenden Knappheit, schlicht und einfach zu klären, dessen detaillierte Analyse dann das Anliegen der folgenden Kapitel ist.

Selbst im Land wo Milch und Honigs fließen konnten die Menschen offensichtlich unterschiedliche Lebensstile wählen, sich unterschiedliche Ziele setzen, unterschiedliche Standards haben, welche Art von Persönlichkeit sie entwickeln wollen und welche Errungenschaften sie anstreben. Es stimmt, man müsste nicht arbeiten, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, da es eine Überfülle von allem gäbe. Aber drastisch ausgedrückt, könnte man sich immer noch dafür entscheiden, ein Betrunkener oder ein Philosoph zu werden, das heißt, technisch gesehen, könnte man sich dafür entscheiden, seinen Körper für Anwendungen einzusetzen, die aus der Sicht der handelnden Person mehr oder weniger sofort lohnend wären, oder man könnte seinen Körper für solche Anwendungen einsetzen, die nur in einer mehr oder weniger fernen Zukunft Früchte tragen würden. Entscheidungen der oben genannten Art könnten als „Verbrauchsentscheidungen“ bezeichnet werden. Auf der anderen Seite könnten Entscheidungen, den eigenen Körper einer Verwendung zuzuführen, die sich erst später auszahlt, d.h.

jeder andere auch. Daher kann ein Kind nicht nur erwarten, nicht körperlich angegriffen zu werden, sondern als Besitzer seines Körpers hat ein Kind insbesondere das Recht, seine Eltern im Stich zu lassen, sobald es körperlich in der Lage ist, vor ihnen wegzulaufen und zu ihren möglichen Versuchen, es zurückzuerobern, „Nein“ zu sagen. Eltern haben nur insofern Sonderrechte in Bezug auf ihr Kind, als sie (und niemand sonst) zu Recht behaupten können, der Treuhänder des Kindes zu sein, solange das Kind körperlich nicht in der Lage ist, wegzulaufen und „Nein“ zu sagen.

Entscheidungen, die durch eine Belohnung oder Befriedigung hervorgerufen werden, die in einer mehr oder weniger fernen Zukunft erwartet wird und den Akteur dazu zwingt, die Unbrauchbarkeit des Wartens zu überwinden (Zeit ist knapp!), als „Investitionsentscheidungen“ bezeichnet werden — Entscheidungen, die bedeuten, in „Humankapital“ zu investieren, in das Kapital, das im eigenen physischen Körper enthalten ist.¹³

Nehmen wir nun an, dass aggressiv begründete Eigentumsverhältnisse eingeführt werden. Während früher jeder Mensch der ausschließliche Eigentümer seines Körpers war und selbst entscheiden konnte, ob er ein Trunkenbold oder ein Philosoph werden wollte, wird heute ein System etabliert, in dem das Recht eines Menschen, zu bestimmen, wie er seinen Körper benutzen soll, eingeschränkt oder ganz beseitigt wird, und stattdessen dieses Recht teilweise oder vollständig an eine andere Person delegiert wird, die nicht natürlich mit dem jeweiligen Körper als seinem Produzenten verbunden ist. Was ist die Folge davon? Die Abschaffung des Privateigentums am eigenen Körper kann weitreichend sein: Die Nichtproduzenten können das Recht haben, alle Verwendungen „meines“ Körpers jederzeit zu bestimmen, oder ihr Recht darauf kann zeitlich und/oder bereichsbezogen eingeschränkt werden, und diese Einschränkungen können wiederum flexibel sein (wobei die Nichtproduzenten das Recht haben, die einschränkenden Definitionen nach ihrem eigenen Geschmack zu ändern) oder ein für

¹³ Zur Unbrauchbarkeit von Arbeit und Warten vgl. die Theorie der Zeitpräferenz nach L. v. Mises, *Human Action*, Chicago, 1966, Kapitel 5, 18, 21; ebenso, *Socialism*, Indianapolis, 1981, Kapitel 8; M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1970, Kap. 6, 9; auch: E.v. Boehm-Bawerk, *Kapital und Kapitalzins. Positive Theory des Kapitals*, Meisenheim, 1967; F. Fetter, *Capital, Interest and Rent*, Kansas City, 1976.

Zu einer kritischen Bewertung des Begriffs „Humankapital“, insbesondere der absurden Behandlung dieses Konzepts durch einige Chicago-Ökonomen (insbesondere G. Becker, *Human Capital*, New York, 1975), vgl. A. Rubner, *The Three Sacred Cows of Economics*, New York, 1970.

alle Mal festgelegt werden, und so können die Auswirkungen natürlich mehr oder weniger drastisch sein! Unabhängig vom Grad der Vergesellschaftung des Eigentums gibt es jedoch immer, und zwar notwendigerweise, zwei Arten von Auswirkungen. Der erste Effekt, „ökonomisch“ im engeren Sinne, ist eine Reduzierung des Betrags der Investitionen in Humankapital im Sinne der obigen Definition. Der natürliche Eigentümer eines Körpers kann nicht anders, als Entscheidungen über diesen Körper zu treffen, solange er keinen Selbstmord begeht und beschließt, am Leben zu bleiben, wie eingeschränkt seine Eigentumsrechte auch sein mögen. Da er aber ungestört von anderen nicht mehr selbst entscheiden kann, wozu er seinen Körper verwendet, ist der Wert, den er ihm beimisst, jetzt geringer; die gewünschte Befriedigung, das psychische Einkommen, das bedeutet, was er aus seinem Körper ziehen kann, indem er ihn für bestimmte Zwecke einsetzt, ist reduziert, weil die Bandbreite der ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten begrenzt ist. Aber dann, mit jeder Handlung, die notwendigerweise Kosten mit sich bringt (wie oben erläutert) und mit einer gegebenen Neigung, Kosten im Austausch für erwartete Belohnungen oder Gewinne zu überwinden, ist der natürliche Eigentümer mit einer Situation konfrontiert, in der die Kosten für Handlungen reduziert werden müssen, um sie wieder in Einklang mit dem reduzierten erwarteten Einkommen zu bringen. Im Garten Eden gibt es nur noch einen Weg, dies zu tun: die Wartezeit zu verkürzen, die Unbrauchbarkeit des Wartens zu reduzieren und eine Vorgehensweise zu wählen, die frühere Renditen verspricht. So führt die Einführung aggressiv begründeter Eigentumsverhältnisse zu einer Tendenz zur Reduzierung von Investitionsentscheidungen und begünstigt Konsumententscheidungen. Drastisch ausgedrückt führt es zu einer Tendenz, Philosophen zu Betrunkenen zu machen. Diese Tendenz ist dauerhaft und ausgeprägter, wenn die Gefahr eines Eingriffs in die Rechte des natürlichen Eigentümers dauerhaft ist, und sie ist weniger ausgeprägt, wenn die Gefahr auf bestimmte Zeiten oder Bereiche beschränkt ist. In jedem Fall ist die

Investitionsrate in Humankapital jedoch niedriger als mit dem Recht auf ausschließliche Kontrolle der natürlichen Eigentümer über ihre Körper, die unberührt und absolut sind.

Der zweite Effekt könnte als sozialer Effekt bezeichnet werden. Die Einführung von Elementen aggressiv begründeten Eigentums impliziert eine Veränderung der sozialen Struktur, eine Veränderung der Zusammensetzung der Gesellschaft in Bezug auf Persönlichkeit oder Charaktertypen. Der Verzicht auf die natürliche Eigentumstheorie impliziert offensichtlich eine Umverteilung des Einkommens. Das psychische Einkommen von Personen in ihrer Eigenschaft als Nutzer ihres „eigenen“ natürlichen Körpers, als Personen, die sich in diesem Körper ausdrücken und dadurch Befriedigung finden, wird *auf Kosten* einer Erhöhung des psychischen Einkommens von Personen in ihrer Eigenschaft als Eindringlinge in die Körper anderer Menschen verringert. Es ist relativ schwieriger und kostspieliger geworden, Befriedigung daraus zu ziehen, den eigenen Körper zu benutzen, ohne den Körper anderer zu beanspruchen und relativ weniger schwierig und kostspielig, Befriedigung dadurch zu erlangen, dass man den Körper anderer Menschen für seine eigenen Zwecke benutzt. Diese Tatsache allein impliziert noch keinen sozialen Wandel, aber sobald eine einzige empirische Annahme gemacht wird, tut sie es: Wenn man davon ausgeht, dass der Wunsch, durch die Instrumentalisierung des Körpers einer anderen Person Befriedigung auf Kosten eines Befriedigungsverlustes bei anderen zu erlangen, als menschlicher Wunsch existiert, dass er vielleicht nicht bei allen Menschen in gleichem Maße ausgeprägt ist, dass er aber bei einigen Menschen bis zu einem gewissen Grad vorhanden ist und daher möglicherweise unterdrückt oder durch ein bestimmtes institutionelles Arrangement ermutigt und begünstigt werden kann, sind Konsequenzen vorprogrammiert. Und sicherlich ist diese Annahme wahr. Dann muss die Umverteilung der Chancen für den Einkommenserwerb dazu führen, dass mehr Menschen Aggression nutzen, um persönliche Befriedigung zu erlangen, und/oder dass mehr

Menschen aggressiver werden, d.h. sich zunehmend von nicht-aggressiven zu aggressiven Rollen verlagern und als Folge davon ihre Persönlichkeit langsam verändern; und diese Veränderung der Charakterstruktur, der moralischen Zusammensetzung der Gesellschaft, führt wiederum zu einer weiteren Verringerung des Niveaus der Investitionen in Humankapital.

Kurz gesagt, mit diesen beiden Effekten haben wir bereits die grundlegendsten Gründe für den Sozialismus als ein wirtschaftlich minderwertiges System von Eigentumsregelungen aufgezeigt. In der Tat werden beide Effekte im Zuge der nachfolgenden Analysen sozialistischer Politikschemas immer wieder auftauchen. Jetzt bleibt nur noch, die natürliche Theorie des Eigentums in Bezug auf die reale Welt der allumfassenden Knappheit zu erklären, denn dies ist der Ausgangspunkt für alle Formen des realen Sozialismus.

Ungeachtet einiger offensichtlicher Unterschiede zwischen Körpern und allen anderen knappen Ressourcen können alle begrifflichen Unterscheidungen ohne Schwierigkeiten getroffen und erneut angewendet werden: Im Gegensatz zu Körpern, die nie „besitzlos“ sind, sondern immer einen natürlichen Besitzer haben, können alle anderen knappen Ressourcen in der Tat nicht im Besitz sein. Dies ist der Fall, solange sie in ihrem natürlichen Zustand bleiben, unbenutzt von jedermann. Sie werden erst dann Eigentum von jemandem, wenn sie als knappe Mittel behandelt werden, das heißt, sobald sie in einigen objektiven Grenzen besetzt und von jemandem spezifisch genutzt werden. Dieser Akt des Erwerbs zuvor nicht im Besitz befindlicher Ressourcen wird als „ursprüngliche Aneignung“ bezeichnet.¹⁴ Sobald nicht im Besitz befindliche Ressourcen angeeignet werden, wird es zu einer Aggression, ihre physischen Eigenschaften ungebeten zu ändern oder den Nutzungsbereich des Eigentümers einzuschränken, für den er diese Ressourcen einsetzen kann, solange eine bestimmte Verwendung

¹⁴ Zur Theorie der ursprünglichen Aneignung vgl. J. Locke, *Two Treatises of Government* (Hrsg. Laslett), Cambridge, 1960, insbes. 2,

die physischen Eigenschaften des Eigentums anderer nicht beeinträchtigt — genau wie im Fall von Körpern. Nur im Rahmen eines Vertragsverhältnisses, d.h. wenn der natürliche Eigentümer eines knappen Mittels ausdrücklich zustimmt, ist es einem anderen möglich, zuvor erworbene Dinge zu nutzen und zu ändern. Und nur wenn der ursprüngliche oder frühere Eigentümer absichtlich sein Eigentum an jemand anderen überträgt, entweder im Austausch für etwas oder als kostenloses Geschenk, kann diese andere Person selbst Eigentümer solcher Dinge werden. Im Gegensatz zu Körpern, die aus dem gleichen „natürlichen“ Grund nie ohne Eigentümer sein können und auch nie vom natürlichen Eigentümer vollständig getrennt werden können, sondern nur „verliehen“ werden, solange die Vereinbarung der Eigentümer besteht, können natürlich alle anderen knappen Ressourcen „entfremdet“ werden und ein Eigentumstitel für sie kann ein für alle Mal aufgegeben werden.¹⁵

Ein Gesellschaftssystem, das auf dieser natürlichen Position in Bezug auf die Abtretung von Eigentumsrechten beruht, ist und wird von nun an als *rein kapitalistisch* bezeichnet. Und da seine Ideen auch als die dominierenden Ideen des Privatrechts, d.h. der Normen, die die Beziehungen zwischen Privatpersonen regeln, erkannt werden können, könnte es auch als reines Privatrechtssystem bezeichnet werden.¹⁶ Dieses System basiert auf der Idee, dass Eigentumsansprüche, um nicht aggressiv zu sein, durch die

¹⁵ Zur Unterscheidung, die sich natürlich aus dem einzigartigen Charakter des Körpers einer Person im Gegensatz zu allen anderen knappen Gütern ergibt, zwischen „unveräußerlichen“ und „veräußerlichen“ Eigentumstiteln vgl. W. Evers, „Toward a Reformation of a Law of Contracts“, in: *Journal of Libertarian Studies*, 1977.

¹⁶ Die Überlagerung des Privatrechts mit dem öffentlichen Recht hat das Privatrecht überall bis zu einem gewissen Grad befleckt und kompromittiert. Nichtsdestotrotz ist es nicht schwer, bestehende privatrechtliche Systeme zu entwirren und das, was hier als die natürliche Position bezeichnet wird, als ihre zentralen Elemente zu finden — eine Tatsache, die die „Natürlichkeit“ dieser Eigentumstheorie noch einmal unterstreicht. Vgl. auch Kapitel 8, Fußnote 144.

„objektive“ Tatsache einer ursprünglichen Aneignung, eines früheren Eigentums oder eines für beide Seiten vorteilhaften Vertragsverhältnisses gestützt werden müssen. Diese Beziehung kann entweder eine bewusste Zusammenarbeit zwischen Immobilieneigentümern oder die bewusste Übertragung von Immobilientiteln von einem Eigentümer auf einen anderen sein. Wenn dieses System geändert wird und stattdessen eine Politik eingeführt wird, die Personen oder Personengruppen, die weder auf einen Akt der früheren Nutzung der betreffenden Dinge noch auf eine vertragliche Beziehung zu einem früheren Benutzer-Eigentümer hinweisen können, Rechte der ausschließlichen Kontrolle über knappe Mittel, wenn auch nur teilweise, zuweist, dann wird dies als (teilweise) *Sozialismus* bezeichnet.

Es wird die Aufgabe der nächsten vier Kapitel sein zu erläutern, wie unterschiedliche Wege der Abweichung von einem rein kapitalistischen System, unterschiedliche Wege der Umverteilung von Eigentumstiteln weg von natürlichen Eigentümern von Dingen (d.h. von Menschen, die bestimmte Ressourcen einer bestimmten Nutzung zugeführt haben und damit natürlich mit ihnen verbunden sind, und auf Menschen, die noch nichts mit den Ressourcen getan haben, sondern einfach einen verbalen, deklarativen Anspruch auf sie erhoben haben) die Investitionen senken und den Konsum erhöhen und darüber hinaus eine Veränderung der Zusammensetzung der Bevölkerung bewirken, indem sie nicht-produktive gegenüber produktiven Menschen bevorzugen.

Kapitel 3

Sozialismus im russischen Stil

Wir haben Sozialismus als institutionalisierte Politik der Umverteilung von Eigentumstiteln definiert. Genauer gesagt handelt es sich um eine Übertragung von Eigentumstiteln von Personen, die tatsächlich knappe Mittel verwendet haben oder die sie vertraglich von Personen erworben haben, die dies zuvor getan haben, auf Personen, die weder etwas mit den betreffenden Dingen getan noch sie vertraglich erworben haben. Für eine höchst unrealistische Welt — den Garten Eden — wies ich dann auf die sozioökonomischen Folgen eines solchen Systems der Eigentumsvergabe hin: eine Verringerung der Investitionen in Humankapital und erhöhte Anreize für die Entwicklung nicht-produktiver Persönlichkeitstypen.

Ich möchte nun diese Analyse des Sozialismus und seiner sozio-ökonomischen Auswirkungen erweitern und konkretisieren, indem ich verschiedene, aber ebenso typische Versionen des Sozialismus betrachte. In diesem Kapitel werde ich mich auf die Analyse dessen konzentrieren, was die meisten Menschen als „den Sozialismus schlechthin“ betrachten (wenn nicht die einzige Art von Sozialismus, die es gibt), was wahrscheinlich der am besten geeignete Ausgangspunkt für jede Diskussion über Sozialismus ist. Dieser „Sozialismus schlechthin“ ist ein Gesellschaftssystem, in dem die Produktionsmittel, also die knappen Ressourcen zur Produktion von Konsumgütern, „verstaatlicht“ oder „vergesellschaftet“ werden.

In der Tat, während Karl Marx und wie er die meisten unserer zeitgenössischen Intellektuellen der Linken sich fast ausschließlich mit der Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Defekte des Kapitalismus beschäftigten und in all seinen Schriften nur wenige allgemeine und vage Bemerkungen über das konstruktive Problem der Organisation des Produktionsprozesses im Sozialismus, der angeblich überlegenen Alternative des Kapitalismus, machten, kann kein Zweifel daran bestehen, dass dies der Eckpfeiler einer sozialistischen Politik und der Schlüssel zu einer besseren und wohlhabenderen Zukunft war.¹⁷ Dementsprechend wird seither von allen Sozialisten orthodox-marxistischer Überzeugung eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel befürwortet. Es ist nicht nur das, was die kommunistischen Parteien des Westens offiziell mit uns vorhaben, auch wenn sie immer weniger bereit sind, dies zu sagen, um die Macht zu ergreifen. In allen westlichen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien gibt es auch eine mehr oder weniger zahlreiche, offene und wortgewaltige Minderheit von einigem Einfluss, die sich für ein solches System einsetzt und die Vergesellschaftung, wenn nicht aller Produktionsmittel, so doch zumindest derjenigen der Großindustrie und des Großkapitals vorschlägt. Vor allem aber sind kleinere oder größere Sektoren verstaatlichter Industrien selbst in den sogenannten „kapitalistischsten“ Ländern Teil der gesellschaftlichen Realität geworden; und natürlich wurde in der Sowjetunion und später in allen sowjetisch dominierten Ländern Osteuropas sowie in einer Reihe anderer Länder auf der ganzen Welt eine fast vollständige Vergesellschaftung der Produktionsmittel erprobt. Die nachfolgende Analyse soll uns somit in die Lage versetzen, die ökonomischen und sozialen Probleme von Gesellschaften, soweit sie durch verstaatlichte Produktionsmittel gekennzeichnet sind, zu verstehen. Und insbesondere sollte es uns helfen, die zentralen Probleme zu verstehen, die

¹⁷ Zum Marxismus und seiner Entwicklung vgl. L. Kolakowski, *Main Currents of Marxism*, 3 vols., Oxford, 1978; W. Leonhard, *Sovietideologie. Die politischen Lehren*, Frankfurt/M., 1963.

Russland und seine Satellitenstaaten plagen, da diese Länder eine Vergesellschaftungspolitik so weit geführt haben, dass sie mit Recht als ihr dominierendes strukturelles Merkmal bezeichnet werden kann. Aufgrund dieser Tatsache wird der untersuchte Typus des Sozialismus als „russisch“ bezeichnet.¹⁸

Was die Motivationskräfte anbelangt, die Sozialisierungssysteme vorantreiben, so sind sie ausgesprochen egalitär. Sobald man Privateigentum an den Produktionsmitteln zulässt, erlaubt man Unterschiede. Wenn ich Eigentümer der Ressource A bin, dann sind Sie es nicht, und unsere Beziehung zu dieser Ressource ist daher unterschiedlich. Durch die Abschaffung des Privat-

¹⁸ Wenn man vom russischen Sozialismus spricht, ist es offensichtlich, dass man von der Vielzahl konkreter Daten abstrahiert, die jedes soziale System charakterisieren und in Bezug auf die sich Gesellschaften unterscheiden können. Der russische Sozialismus wird von M. Weber als „Idealtyp“ bezeichnet. Er „entsteht durch die einseitige Intensivierung eines oder mehrerer Aspekte und durch Integration in eine immanent konsistente begriffliche Darstellung einer Vielzahl von verstreuten und diskreten Einzelerscheinungen“ (M. Weber, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen, 1922, S.191). Aber den abstrakten Charakter des Konzepts zu betonen, impliziert keineswegs einen Mangel daran. Im Gegenteil, es ist der eigentliche Zweck der Konstruktion idealer Typen, diejenigen Merkmale hervorzuheben, die die handelnden Individuen selbst als relevante Ähnlichkeiten oder Bedeutungsunterschiede betrachten, und diejenigen zu ignorieren, die sie selbst für wenig oder gar keine Bedeutung für das Verständnis der eigenen oder der Handlungen einer anderen Person halten. Genauer gesagt, den Sozialismus im russischen Stil auf der hier gewählten Abstraktionsebene zu beschreiben und später eine Typologie verschiedener Formen des Sozialismus zu entwickeln, sollte als der Versuch verstanden werden, jene konzeptionellen Unterscheidungen zu rekonstruieren, mit denen sich die Menschen ideologisch an verschiedene politische Parteien oder soziale Bewegungen binden und so ein Verständnis der ideologischen Kräfte ermöglichen, die die heutigen Gesellschaften tatsächlich prägen. Über Idealtypen als Voraussetzung für historisch-soziologische Forschung vgl. L. v. Mises, *Epistemological Problems of Economics*, New York, 1981, insb. S. 75ff; derselbe, *Human Action*, Chicago, 1966, insb. S. 59ff. Zur Methodik der „Sinnrekonstruktion“ der empirischen Sozialforschung vgl. H. H. Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*, Opladen, 1983, Kapitel 3, insb. S. 33ff.

eigentums wird die Position aller gegenüber den Produktionsmitteln mit einem Schlag ausgeglichen. Jedenfalls scheint es so. Jeder wird Miteigentümer von allem, was die Gleichberechtigung aller Menschen widerspiegelt. Und die ökonomische Begründung eines solchen Systems ist, dass es angeblich effizienter ist. Für den un-geübten Beobachter, der mit der handlungskoordinierten Funktion der Preise nicht vertraut ist, erscheint der Kapitalismus, der auf dem Privateigentum an Produktionsmitteln basiert, einfach chaotisch. Es scheint ein verschwenderisches System zu sein, das durch doppelte Anstrengungen, ruinösen Wettbewerb und das Fehlen eines konzertierten, koordinierten Handelns gekennzeichnet ist. Wie die Marxisten es abwertend nennen, ist es eine „Anarchie der Produktion“. Nur wenn Privateigentum durch Kollektiveigentum ersetzt wird, scheint es möglich zu sein, diese Verschwendung durch die Umsetzung eines einzigen, umfassenden und koordinierten Produktionsplans zu beseitigen.

Wichtiger als Motivation und Versprechen ist jedoch, was eine Vergesellschaftung von Produktionsmitteln wirklich bedeutet.¹⁹ Die Eigentumsregeln, die im Rahmen einer Vergesellschaftungspolitik verabschiedet werden und die die rechtlichen Grundprinzipien von Ländern wie Russland darstellen, zeichnen sich durch zwei sich ergänzende Merkmale aus. Erstens ist niemand Eigentümer der vergesellschafteten Produktionsmittel; sie sind „gesellschaftliches“ Eigentum, das heißt konkret: keine Person oder keine Gruppe von Personen oder alle zusammen dürfen sie entweder erwerben oder verkaufen und den Erlös aus ihrem Verkauf privat behalten. Ihre Verwendung wird von Menschen bestimmt, die nicht in der Rolle eines Eigentümers, sondern eines Verwalters der Dinge sind. Und zweitens darf keine Person oder Personengruppe oder alle zusammen neue private Investitionen tätigen und neue private Produktionsmittel schaffen. Sie können weder investieren, indem sie die vorhandenen, nicht produktiv genutzten Ressourcen

¹⁹ Vgl. dazu insbesondere L. v. Mises, *Socialism*, Indianapolis, 1981.

in produktive umwandeln, noch durch ursprüngliche Einsparungen, durch die Bündelung von Ressourcen mit anderen Menschen, noch durch eine Mischung dieser Techniken. Investitionen können nur von Verwaltern von Dingen getätigt werden, niemals für privaten Profit, immer im Namen der Verwaltergemeinschaft, mit der die möglichen Gewinne aus Investitionen geteilt werden müssten.²⁰

Was bedeutet es, eine solche Verwaltungswirtschaft zu haben? Was bedeutet es insbesondere, von einer Wirtschaft, die auf der natürlichen Theorie des Eigentums aufbaut, zu einer vergesellschafteten Wirtschaft zu wechseln? Nebenbei sollten zwei Beobachtungen gemacht werden, die bereits einiges Licht auf die oben genannten sozialistischen Gleichheits- und Effizienzversprechen werfen werden. Jeden zum Miteigentümer von allem zu erklären, löst das Problem der Eigentumsunterschiede nur nominell. Es löst nicht das eigentliche zugrunde liegende Problem: Unterschiede in der Macht der Kontrolle. In einer Wirtschaft, die auf Privateigentum basiert, bestimmt der Eigentümer, was mit den Produktionsmitteln zu tun ist. In einer vergesellschafteten Wirtschaft kann dies nicht mehr passieren, da es keinen solchen Eigentümer gibt. Nichtsdestotrotz existiert das Problem, zu bestimmen, was mit den Produktionsmitteln getan werden soll, immer noch und muss irgendwie gelöst werden, vorausgesetzt, es gibt keine vorstabilisierte und vorsynchronisierte Interessenharmonie zwischen allen Menschen (in diesem Fall gäbe es überhaupt keine Probleme mehr), sondern eher ein gewisses Maß an Meinungsverschiedenheiten. Nur eine Sicht auf das, was zu tun ist, kann sich tatsächlich durchsetzen und andere müssen mutatis mutandis ausgeschlossen werden. Aber auch hier muss es Ungleichheiten

²⁰ Natürlich gilt dieses völlige Verbot privater Investitionen, wie unter (2) ausgeführt, nur für eine vollständig vergesellschaftete Wirtschaft. Wenn neben einem vergesellschafteten Teil der Wirtschaft auch ein privater Teil existiert, würden private Investitionen nur in dem Maße eingeschränkt und behindert, in dem die Wirtschaft vergesellschaftet wird.

zwischen den Menschen geben: Die Meinung einer Person oder einer Gruppe muss über die der anderen siegen. Der Unterschied zwischen einer Wirtschaft mit Privateigentum und einer vergesellschafteten Wirtschaft besteht lediglich darin, *wie* im Falle von Meinungsverschiedenheiten jemand seinen Willen durchsetzen kann. Im Kapitalismus muss es jemanden geben, der kontrolliert und andere, die dies nicht tun und daher gibt es echte Unterschiede zwischen den Menschen, aber die Frage, wessen Meinung vorherrscht, wird durch ursprüngliche Aneignung und Vertrag gelöst. Auch im Sozialismus muss es zwangsläufig reale Unterschiede zwischen Kontrollierenden und Nicht-Kontrollierenden geben; nur wird im Sozialismus die Position derjenigen, deren Meinung sich durchsetzt, nicht durch frühere Nutzungen oder Verträge, sondern durch politische Mittel bestimmt.²¹ Dieser Unterschied ist sicherlich sehr wichtig, und wir werden später in diesem Kapitel und in späteren Kapiteln noch einmal darauf zurückkommen, aber hier genügt es zu sagen, dass es — entgegen den egalitären Versprechungen des Sozialismus — keinen Unterschied zwischen einem nicht-egalitären und einem egalitären System gibt, was die Kontrollbefugnis angeht.

Die zweite Beobachtung ist eng mit der ersten verbunden und betrifft die angeblich überlegenen Koordinationsfähigkeiten des Sozialismus. Auch bei näherer Betrachtung zeigt sich, dass der Unterschied lediglich illusorisch ist, geschaffen durch pure Semantik: zu sagen, dass eine Wirtschaft der privaten Eigentümer durch eine verstaatlichte verdrängt wird, erweckt den Eindruck, dass es statt einer Vielzahl von Entscheidungseinheiten plötzlich nur noch eine solche Einheit gibt. Tatsächlich hat sich überhaupt nichts geändert. Es gibt so viele Individuen mit so vielen

²¹ Der damit verbundene entscheidende Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus besteht darin, dass im Sozialismus die freiwilligen Handlungen der Verbraucher letztendlich die Struktur und den Prozess der Produktion bestimmen, während es die Produzenten-Verwalter sind, die dies im Sozialismus tun. Vgl. insbesondere Kapitel 9 unten.

unterschiedlichen Interessen wie zuvor. So wie der Kapitalismus muss auch der Sozialismus eine Lösung für das Problem finden, wie die Verwendung verschiedener Produktionsmittel koordiniert werden kann, da die Menschen unterschiedliche Ansichten darüber haben, wie dies erreicht werden soll. Der Unterschied zwischen Kapitalismus und Sozialismus besteht wiederum darin, wie Koordination erreicht wird und nicht zwischen Chaos und Koordination, wie die sozialistische Semantik andeutet. Anstatt die Individuen einfach machen zu lassen, was sie wollen, koordiniert der Kapitalismus die Handlungen, indem er die Menschen dazu zwingt, das frühere Eigentum der Nutzer zu respektieren. Der Sozialismus hingegen lässt die Menschen nicht tun, was ihnen gefällt, sondern koordiniert die individuellen Pläne, indem er den Plan einer Person oder einer Gruppe von Personen dem einer anderen Person oder Gruppe, die damit nicht einverstanden ist, überlagert, *ohne Rücksicht* auf vorheriges Eigentum und gegenseitige Austauschvereinbarungen.²² Dass auch dieser Unterschied von größter Bedeutung ist, bedarf wohl kaum der Erwähnung. Aber es ist nicht, wie der marxistische Sozialismus uns glauben machen möchte, ein Unterschied zwischen sozialer Planung und gar keiner Planung; im Gegenteil, sobald die koordinierenden Mechanismen von Sozialismus und Kapitalismus offengelegt und rekonstruiert werden, verliert der Anspruch des Sozialismus auf mehr Effizienz sofort viel von seiner Glaubwürdigkeit und die entgegengesetzte These scheint überzeugender zu sein.

Wie fundiert diese These in der Tat ist und warum sich der Koordinierungsmechanismus des Kapitalismus und nicht des Sozialismus als wirtschaftlich überlegen erweist, wird deutlich, wenn

²² Mises schreibt: „Das wesentliche Merkmal des Sozialismus ist, dass ein Wille allein handelt. Es ist unerheblich, wessen Wille es ist. Der Direktor kann ein gesalbter König oder ein Diktator sein, der aufgrund seines Charismas entscheidet, er kann ein Führer oder ein durch Volksabstimmung ernannter Führerrat sein. Die Hauptsache ist, dass die Verwendung aller Produktionsfaktoren nur von einer Agentur geleitet wird“ (L. v. Mises, *Human Action*, Chicago, 1966, S. 695).

man sich von scheinbaren Unterschieden abwendet und sich stattdessen auf reale konzentriert und die Umverteilung von Eigentumstiteln und damit von Einkommen betrachtet, die darin besteht, den Kapitalismus zugunsten einer Verwaltungswirtschaft aufzugeben, wie oben beschrieben. Vom Standpunkt der natürlichen Eigentumstheorie — der Grundlage des Kapitalismus — bedeutet die Übernahme der Grundprinzipien einer Verwaltungswirtschaft, dass Eigentumstitel von den tatsächlichen Produzenten und Nutzern von Produktionsmitteln und von denen, die diese Mittel im gegenseitigen Einvernehmen mit früheren Nutzern erworben haben, in eine Gemeinschaft von Verwaltern umverteilt werden, in der bestenfalls jeder Mensch der Verwalter der Dinge bleibt, die zuvor sein Eigentum waren. Aber auch in diesem Fall würde jeder bisherige Nutzer und jeder Unternehmer geschädigt, da er die Produktionsmittel nicht mehr verkaufen und den Erlös aus dem Verkauf privat behalten könnte, noch könnte er sich den Gewinn aus der Nutzung der Produktionsmittel privat aneignen, so dass der Wert der Produktionsmittel *für ihn* sinken würde. Mutatis mutandis würde jeder Nichtnutzer und Nichtunternehmer dieser Produktionsmittel dadurch begünstigt, dass er in den Rang eines Verwalters dieser Mittel aufsteigt, der zumindest teilweise über Ressourcen verfügt, die er zuvor weder genutzt noch vertraglich vereinbart hat, und *sein* Einkommen würde steigen.

Zu diesem Umverteilungsschema kommt ein weiteres hinzu, das durch das Verbot von neu geschaffenem Privatkapital bzw. durch den Grad der Behinderung (abhängig von der Größe des vergesellschafteten Teils der Wirtschaft), unter dem dieser Prozess nun stattfinden muss, impliziert wird: eine Umverteilung weg von Menschen, die auf möglichen Konsum verzichtet und stattdessen Mittel angespart haben, um sie produktiv, d.h. für die Produktion zukünftiger Konsumgüter einzusetzen, und die dies nun nicht mehr können oder weniger Möglichkeiten haben, hin zu den Nicht-Sparern, die durch die Umverteilung ein — wenn auch nur teilweises — Mitspracherecht über die Gelder der Sparer erhalten.

Die sozio-ökonomischen Folgen einer Vergesellschaftungspolitik sind in diesen Formulierungen im Wesentlichen impliziert. Doch bevor wir uns näher mit ihnen befassen, lohnt es sich, die zentralen Merkmale der realen Welt, in der sich dieses Vergesellschaftungskonzept angeblich abspielen würde, zu überprüfen und zu klären. Es sei daran erinnert, dass man es mit einer sich verändernden Welt zu tun hat; dass der Mensch außerdem in Bezug auf diese Welt lernen kann und daher heute nicht unbedingt weiß, was er zu einem späteren Zeitpunkt wissen wird; dass eine Vielzahl von Gütern knapp ist und dass der Mensch dementsprechend von einer Vielzahl von Bedürfnissen bedrängt wird, die er nicht alle gleichzeitig und/oder ohne Abstriche anderer Bedürfnisse befriedigen kann; dass der Mensch deshalb seine Bedürfnisse nach dem Rang der Dringlichkeit, den sie für ihn haben, auswählen und in einer Präferenzskala ordnen muss; und dass, genauer gesagt, weder der Prozess der ursprünglichen Aneignung der als knapp empfundenen Ressourcen noch der Prozess der Produktion neuer und der Erhaltung alter Produktionsmittel noch der Prozess des Vertragsabschlusses für den Menschen kostenlos ist; dass alle diese Tätigkeiten zumindest *Zeit* kosten, die anders, z.B. für Freizeitaktivitäten verwendet werden könnte; und außerdem sollte man nicht vergessen, dass man es mit einer arbeitsteiligen Welt zu tun hat, das heißt, dass es sich nicht um eine Welt von selbstversorgenden Produzenten handelt, sondern um eine, in der für einen Markt von unabhängigen Konsumenten produziert wird.

In diesem Sinne, was sind dann die Auswirkungen der Vergesellschaftung der Produktionsmittel? Was sind zunächst die „wirtschaftlichen“ Konsequenzen im umgangssprachlichen Sinne? Es gibt drei eng miteinander verbundene Effekte.²³ Erstens — und das ist die unmittelbare allgemeine Wirkung aller Arten von Sozialismus — gibt es einen relativen Rückgang der Investitionsrate, dem

²³ Vgl. L. v. Mises, *Socialism*, Indianapolis, 1981, insb. Teil 2; auch *Human Action*, Chicago, 1966, insb. Kapitel 25, 26.

Grad der Kapitalbildung. Da „Vergesellschaftung“ den Nichtnutzer, den Nichtproduzenten und den Nichtunternehmer von Produktionsmitteln begünstigt und mutatis mutandis die Kosten für Benutzer, Produzenten und Unternehmer erhöht, wird es weniger Personen geben, die in den letzteren Rollen handeln. Es wird weniger ursprüngliche Aneignung von natürlichen Ressourcen geben, deren Knappheit realisiert wird, es wird weniger Produktion von neuen und weniger Instandhaltung von alten Produktionsfaktoren geben, und es wird weniger Verträge geben. Denn all diese Aktivitäten sind mit Kosten verbunden und die Kosten für ihre Durchführung wurden erhöht. Außerdem gibt es alternative Handlungsoptionen, wie Freizeitkonsumaktivitäten, die gleichzeitig relativ kostengünstiger und damit offener und für Akteure verfügbar geworden sind. Da die Investitionsmöglichkeiten für alle versiegt sind, weil es nicht mehr zulässig ist, private Ersparnisse in private Investitionen umzuwandeln, oder weil die Möglichkeiten in dem Maße eingeschränkt wurden, in dem die Wirtschaft vergesellschaftet ist, wird es weniger Sparen und mehr Konsum, weniger Arbeit und mehr Freizeit geben. Schließlich können Sie kein Kapitalist mehr werden, oder Ihre Möglichkeit, einer zu werden, wurde eingeschränkt, und so gibt es mindestens einen Grund weniger zu sparen! Unnötig zu sagen, dass dies eine verminderte Produktion von austauschbaren Gütern und eine Senkung des Lebensstandards in Bezug auf solche Güter zur Folge haben wird. Und da diese Senkung des Lebensstandards den Menschen *aufgezwungen* wird und nicht die natürliche Wahl der Verbraucher ist, die ihre relative Bewertung von Freizeit und austauschbaren Gütern als Folge der Arbeit bewusst ändern, d.h. da sie als unerwünschte Verarmung empfunden wird, wird sich eine Tendenz entwickeln, solche Verluste durch Untertauchen, Schwarzarbeit und die Schaffung von Schwarzmärkten auszugleichen.

Zweitens wird eine Politik der Vergesellschaftung von Produktionsmitteln zu einem verschwenderischen Einsatz solcher Mittel führen, d.h. zu einem Einsatz, der bestenfalls zweitklassige und

schlimmstenfalls gar keine Bedürfnisse befriedigt, sondern ausschließlich die Kosten erhöht.²⁴ Der Grund dafür ist das Vorhandensein und die Unvermeidbarkeit von Veränderungen! Sobald zugegeben wird, dass es eine Veränderung der Verbrauchernachfrage, eine Veränderung des technologischen Wissens und eine Veränderung der natürlichen Umgebung geben kann, in der der Produktionsprozess stattfinden muss — und all dies geschieht tatsächlich ständig und unaufhörlich — muss auch zugegeben werden, dass es ein ständiges und nie endendes Bedürfnis gibt, die gesamte Struktur der gesellschaftlichen Produktion zu reorganisieren und umzugestalten. Es besteht immer die Notwendigkeit, alte Investitionen aus bestimmten Produktionszweigen abzuziehen und zusammen mit neuen Investitionen in andere Zweige zu investieren, so dass bestimmte Produktionsstätten, bestimmte Branchen oder sogar bestimmte Wirtschaftszweige schrumpfen und andere wachsen. Nehmen wir nun an — und genau das geschieht im Rahmen eines Vergesellschaftungssystems — dass es entweder völlig illegal oder extrem schwierig ist, die kollektiven Produktionsmittel in private Hände zu verkaufen. Dieser Prozess der Neuorganisation der Produktionsstruktur wird dann — auch wenn er nicht ganz aufhört — zumindest ernsthaft behindert! Der Grund ist eigentlich ganz einfach, aber dennoch von größter Bedeutung. Da die Produktionsmittel entweder nicht verkauft werden können oder der Verkauf für den Verkäufer oder den privaten Käufer oder beide sehr erschwert wird, gibt es keine Marktpreise für die Produktionsmittel oder die Bildung solcher Preise wird behindert und verteuert. Aber dann kann der Verwalter-Produzent der vergesellschafteten Produktionsmittel die tatsächlichen monetären Kosten, die mit der Nutzung der Ressourcen oder mit Änderungen der Produktionsstruktur verbunden sind, nicht mehr korrekt ermitteln. Er kann diese Kosten auch nicht mit seinen erwarteten monetären

²⁴ Vgl. dazu auch F. A. Hayek (Hrsg.), *Collectivist Economic Planning*, London, 1935; *Journal of Libertarian Studies* 5, 1, 1981 (An Economic Critique of Socialism).

Einnahmen aus Verkäufen vergleichen. Wenn er keine Angebote von anderen Privatpersonen annehmen darf, die eine alternative Möglichkeit zur Nutzung bestimmter Produktionsmittel sehen könnten, oder wenn er solche Angebote nicht annehmen darf, weiß der Verwalter einfach nicht, was ihm entgeht, welche Möglichkeiten er verpasst, und er kann die monetären Kosten des Zurückhaltens der Ressourcen nicht richtig einschätzen. Er kann nicht herausfinden, ob seine Art, sie zu verwenden oder ihre Verwendung zu ändern, das Ergebnis in Bezug auf die monetären Erträge wert ist, oder ob die damit verbundenen Kosten tatsächlich höher sind als die Erträge und somit einen absoluten Wertverlust der Produktion von Konsumgütern verursachen. Er kann auch nicht feststellen, ob seine Art, für die Verbrauchernachfrage zu produzieren, tatsächlich die effizienteste Art (im Vergleich zu denkbaren alternativen Wegen) ist, die dringendsten Verbraucherbedürfnisse zu befriedigen, oder ob weniger dringende Bedürfnisse auf Kosten der Vernachlässigung dringenderer Bedürfnisse befriedigt werden, was zumindest zu einem relativen Wertverlust der produzierten Waren führt. Ohne uneingeschränkt auf die Mittel der wirtschaftlichen Berechnung zurückgreifen zu können, gibt es einfach keine Möglichkeit, es zu wissen. Natürlich könnte man weitermachen und versuchen, sein Bestes zu geben. Das mag manchmal sogar erfolgreich sein, obwohl man sich nicht sicher sein kann, dass es so ist. Aber je größer der Verbrauchermarkt ist, den man bedienen muss und je mehr das Wissen über Präferenzen verschiedener Verbrauchergruppen, besondere Umstände der historischen Zeit und des geografischen Raums sowie die Möglichkeiten der Technologie auf verschiedene Individuen verteilt sind, desto wahrscheinlicher ist es, dass man daneben liegt. Es muss zu einer Fehlallokation der Produktionsmittel kommen, bei der Verschwendung und Mangel die beiden Seiten derselben Medaille sind. Indem es private Unternehmer daran hindert, den Verwaltern die Produktionsmittel abzukaufen, und natürlich noch mehr, indem es ihnen dies schlichtweg verbietet, verhindert ein System der vergesellschaft-

teten Produktion, dass die wahrgenommenen Verbesserungsmöglichkeiten in vollem Umfang genutzt werden. Auch hier muss wohl kaum darauf hingewiesen werden, dass auch dies zur Verarmung beiträgt.²⁵

Drittens führt die Vergesellschaftung der Produktionsmittel zu einer relativen Verarmung, d.h. zu einem Absinken des allgemeinen Lebensstandards, indem sie zu einer Überbeanspruchung der gegebenen Produktionsfaktoren führt. Der Grund dafür liegt wiederum in der besonderen Stellung eines Verwalters im Vergleich zu der eines privaten Eigentümers. Ein Privateigentümer, der das Recht hat, die Produktionsfaktoren zu verkaufen und die Geldeinnahmen privat zu behalten, wird deshalb versuchen, jede Produktionssteigerung zu vermeiden, die auf Kosten des Wertes des eingesetzten Kapitals geht. Sein Ziel ist die Maximierung des Wertes der produzierten Produkte und der zu ihrer Herstellung eingesetzten Ressourcen, da er Eigentümer von beidem ist. Er wird also aufhören zu produzieren, wenn der Wert des produzierten Grenzprodukts niedriger ist als die Abschreibung des zu seiner Herstellung eingesetzten Kapitals. So wird er z.B. die Abschreibungskosten bei der Produktion reduzieren und stattdessen verstärkt konservieren, wenn er künftige Preissteigerungen für die produzierten Produkte erwartet und umgekehrt. Die Situation des Verwalters, d.h. die Anreizstruktur, mit der er konfrontiert ist, ist in dieser Hinsicht ganz anders. Da er die Produktionsmittel nicht verkaufen kann, ist sein Anreiz, nicht zu produzieren und damit das eingesetzte Kapital auf Kosten einer übermäßigen Minderung des Kapitalwerts zu verwerten, wenn schon nicht ganz weg, so doch zumindest relativ geringer. Da sich der Verwalter in einer vergesellschafteten Wirtschaft die Einnahmen aus dem Verkauf von Produkten auch nicht privat aneignen kann, sondern sie der Gemeinschaft der Verwalter insgesamt zur freien Verfügung überlassen muss, ist auch sein Anreiz,

²⁵ Zum freien Markt als notwendige Voraussetzung für wirtschaftliche Kalkulation und rationelle Ressourcenallokation vgl. auch die nachfolgenden Kapitel 9, 10.

überhaupt Produkte zu produzieren und zu verkaufen, relativ geschwächt. Genau diese Tatsache erklärt den geringeren Grad der Kapitalbildung. Solange der Verwalter aber überhaupt arbeitet und produziert, ist sein Interesse an der Erzielung eines Einkommens offensichtlich vorhanden, auch wenn es nicht für Zwecke der privaten Kapitalbildung, sondern nur für den privaten Konsum und/oder die Schaffung von privatem, nicht produktiv genutztem Vermögen verwendet werden kann. Die Unfähigkeit des Verwalters, die Produktionsmittel zu verkaufen, bedeutet also, dass der Anreiz, sein *privates Einkommen* auf Kosten des Kapitalwertes zu steigern, erhöht wird. In dem Maße, in dem er sein Einkommen von der Produktion der erzeugten Produkte abhängig macht (der Lohn, den ihm die Verwaltergemeinschaft zahlt, könnte davon abhängen!), wird sein Anreiz erhöht, diese Produktion auf Kosten des Kapitals zu steigern. Da der eigentliche Verwalter, soweit er nicht mit der Gemeinschaft der Verwalter identisch ist, niemals vollständig und dauerhaft überwacht werden kann und somit Einkommen aus der Nutzung der Produktionsmittel für private Zwecke (d.h. der Produktion privat genutzter, nicht oder schwarz gehandelter Güter) beziehen kann, wird er dazu angehalten, diese Produktion auf Kosten des Kapitalwerts in dem Maße zu steigern, wie er sein Einkommen von dieser privaten Produktion abhängig sieht. In jedem Fall kommt es zum Kapitalverbrauch und zur Überbeanspruchung des vorhandenen Kapitals; und ein erhöhter Kapitalverbrauch bedeutet wiederum eine relative Verarmung, da die Produktion zukünftiger Tauschgüter infolgedessen reduziert wird.

Obwohl in dieser Analyse der dreifachen wirtschaftlichen Folgen der Vergesellschaftung der Produktionsmittel — Investitionsrückgang, Fehlallokation und Überbeanspruchung, die alle zu einer Verringerung des Lebensstandards führen — impliziert, ist es für ein umfassendes Verständnis der Gesellschaften des russischen Stils interessant und in der Tat wichtig, ausdrücklich darauf hinzuweisen, dass die obige Analyse auch für den Produktionsfaktor Arbeit gilt. Auch im Bereich der Arbeit führt die Vergesellschaftung

zu geringeren Investitionen, Fehlallokation und Überbeanspruchung. Erstens: Da sich die Eigentümer von Arbeitsfaktoren nicht mehr selbständig machen können bzw. die Möglichkeit dazu eingeschränkt ist, wird insgesamt weniger in Humankapital investiert. Zweitens: Da die Eigentümer der Arbeitsfaktoren ihre Arbeitsleistungen nicht mehr an den Meistbietenden verkaufen können (denn in dem Maße, in dem die Wirtschaft vergesellschaftet ist, gibt es keine separaten Bieter mehr, die unabhängig über bestimmte komplementäre Produktionsfaktoren verfügen, einschließlich des Geldes, das für die Bezahlung der Arbeit benötigt wird und die unabhängig und auf eigene Rechnung Chancen und Risiken wahrnehmen!), können die monetären Kosten des Einsatzes eines bestimmten Arbeitsfaktors oder seiner Kombination mit komplementären Faktoren nicht mehr ermittelt werden, was zu allen möglichen Fehlallokationen von Arbeit führt. Und drittens, da die Eigentümer der Arbeitsfaktoren in einer vergesellschafteten Wirtschaft bestenfalls nur einen Teil des Erlöses aus ihrer Arbeit besitzen, während der Rest der Gemeinschaft der Verwalter gehört, wird es für diese Verwalter einen verstärkten Anreiz geben, ihr privates Einkommen auf Kosten der Verluste des in den Arbeitskräften verkörperten Kapitalwerts aufzubessern, so dass es zu einer Überbeanspruchung der Arbeit kommen wird.²⁶

Nicht zuletzt wirkt sich eine Politik der Vergesellschaftung der Produktionsmittel auch auf die Charakterstruktur der Gesellschaft aus, deren Bedeutung kaum überschätzt werden kann. Wie

²⁶ Dies beweist übrigens, dass eine vergesellschaftete Wirtschaft noch weniger produktiv sein wird als eine Sklavenwirtschaft. In einer Sklavenwirtschaft, die natürlich auch unter einem relativ geringeren Arbeitsanreiz der Sklaven leidet, hätte der Sklavenhalter, der den Sklaven verkaufen und seinen Marktwert privat erfassen kann, kein vergleichbares Interesse daran, seinem Sklaven eine Arbeitsmenge zu entziehen, die den Wert des Sklaven unter den Wert seines Grenzprodukts senkt. Für einen Verwalter der Arbeit gibt es keinen solchen negativen Anreiz. Vgl. auch G. Reisman, *Government Against the Economy*, New York, 1979.

wiederholt betont wurde, bedeutet die Einführung des Sozialismus russischer Prägung anstelle des auf der natürlichen Theorie des Eigentums basierenden Kapitalismus, dass Nichtnutzer, Nichtproduzenten und Nichtunternehmer einen relativen Vorteil in Bezug auf die Eigentumsrechte an den Produktionsmitteln und die aus der Nutzung dieser Mittel erzielbaren Einkommen erhalten. Wenn Menschen ein Interesse daran haben, ihr Einkommen zu stabilisieren und wenn möglich zu erhöhen, und sie relativ leicht von der Rolle eines Nutzers/Produzenten oder Auftragnehmers in die eines Nicht-Nutzers, Nicht-Produzenten oder Nicht-Auftragnehmers wechseln können — Annahmen, deren Gültigkeit freilich kaum bestritten werden kann — dann werden die Menschen als Reaktion auf die durch die Vergesellschaftung bewirkte Verschiebung der Anreizstruktur zunehmend unproduktive und nicht-vertragliche Tätigkeiten ausüben, und im Laufe der Zeit werden sich ihre Persönlichkeiten verändern. Die frühere Fähigkeit, Knappheitssituationen zu erkennen und vorauszusehen, produktive Gelegenheiten wahrzunehmen, technologische Möglichkeiten zu erkennen, Veränderungen in der Nachfrage zu antizipieren, Marketingstrategien zu entwickeln und Chancen für einen für beide Seiten vorteilhaften Austausch zu erkennen, kurz: die Fähigkeit zu initiieren, zu arbeiten und auf die Bedürfnisse anderer Menschen einzugehen, wird vermindert, wenn nicht sogar völlig ausgelöscht werden. Aus den Menschen sind andere Personen mit anderen Fähigkeiten geworden, die im Falle einer plötzlichen Änderung der Politik und der Wiedereinführung des Kapitalismus nicht sofort zu ihrem alten Selbst zurückkehren und ihren alten produktiven Geist wieder aufleben lassen könnten, selbst wenn sie es wollten. Sie werden einfach vergessen haben, wie es geht und sie werden es langsam neu lernen müssen, mit hohen psychischen Kosten, genauso wie es hohe Kosten für sie mit sich brachte, ihre produktiven Fähigkeiten überhaupt erst zu unterdrücken. Aber das ist nur das halbe Bild der sozialen Folgen der Vergesellschaftung. Es kann ergänzt werden, indem an die obigen Feststellungen zu den offensichtlichen

Unterschieden zwischen Kapitalismus und Sozialismus erinnert wird. Dies wird die andere Seite der Persönlichkeitsveränderung hervorbringen, die durch Vergesellschaftung verursacht wird und den gerade erwähnten Verlust an Produktionskapazität ergänzen. Es muss daran erinnert werden, dass auch der Sozialismus das Problem lösen muss, wer die verschiedenen Produktionsmittel kontrollieren und koordinieren soll. Im Gegensatz zur kapitalistischen Lösung dieses Problems ist die Zuweisung verschiedener Positionen in der Produktionsstruktur an verschiedene Personen im Sozialismus jedoch eine politische Angelegenheit, d.h. eine Angelegenheit, die unabhängig von Erwägungen über das bisherige Nutzungseigentum und das Vorhandensein eines vertraglichen, einvernehmlichen Austauschs erfolgt, sondern indem der Wille einer Person dem eines anderen (nicht übereinstimmenden) überlagert wird. Offensichtlich wirkt sich die Position eines Menschen in der Produktionsstruktur unmittelbar auf sein Einkommen aus, sei es in Bezug auf austauschbare Güter, psychisches Einkommen, Status und dergleichen. Dementsprechend müssen Menschen, die ihr Einkommen verbessern und in höher bewertete Positionen in der Hierarchie der Verwalter wechseln wollen, zunehmend ihre politischen Talente einsetzen. Es wird irrelevant oder zumindest von geringerer Bedeutung, ein effizienterer Produzent oder Unternehmer zu sein, um in der Hierarchie der Einkommensempfänger aufzusteigen. Stattdessen wird es immer wichtiger, die besonderen Fähigkeiten eines Politikers zu haben, d.h. einer Person, die es durch Überzeugung, Demagogie und Intrigen, durch Versprechungen, Bestechungen und Drohungen schafft, öffentliche Unterstützung für ihre eigene Position zu sammeln. Je nach Intensität des Wunsches nach höheren Einkommen müssen die Menschen weniger Zeit für die Entwicklung ihrer produktiven Fähigkeiten und mehr Zeit für die Förderung politischer Talente aufwenden. Und da verschiedene Menschen unterschiedlich produktiv und politisch begabt sind, werden nun andere Menschen an die Spitze kommen, so dass man überall in der Hierarchie der

Verwalter immer mehr Politiker findet. Bis ganz nach oben wird es Leute geben, die inkompetent sind, die Arbeit zu tun, die sie tun sollen. Es ist kein Hindernis für die Karriere eines Verwalters, wenn er dumm, träge, ineffizient und desinteressiert ist, solange er über überlegene politische Fähigkeiten verfügt und dementsprechend werden sich solche Leute überall um die Produktionsmittel kümmern.²⁷

Ein Blick auf Russland und andere Länder des Ostblocks, in denen eine Politik der Vergesellschaftung der Produktionsmittel in erheblichem Maße durchgeführt wurde, kann die Richtigkeit der obigen Schlussfolgerungen verdeutlichen. Selbst eine oberflächliche Bekanntschaft mit diesen Ländern reicht aus, um die Gültigkeit der ersten und wichtigsten Schlussfolgerung zu erkennen. Der allgemeine Lebensstandard in den Ostblockländern ist zwar von Land zu Land unterschiedlich (ein Unterschied, der selbst durch den Grad der Strenge erklärt werden müsste, mit der das Vergesellschaftungsschema in der Praxis durchgeführt wurde und wird), aber deutlich viel niedriger als in den sogenannten kapitalistischen Ländern des Westens. (Dies gilt, obwohl das Ausmaß, in dem westliche Länder vergesellschaftet wurden, obwohl es von Land zu Land unterschiedlich ist, selbst ziemlich beträchtlich ist und normalerweise sehr unterschätzt wird, wie in späteren Kapiteln deutlich werden wird.) Obwohl die Theorie keine genaue Vorhersage darüber trifft oder treffen kann, wie drastisch die Verarmungswirkung einer Vergesellschaftungspolitik sein wird, außer dass sie spürbar sein wird, ist es sicherlich erwähnenswert, dass diese Erfahrung, als die fast vollständige Vergesellschaftung im unmittelbaren Russland nach dem Ersten Weltkrieg zum ersten Mal in Kraft trat, buchstäblich Millionen von Menschenleben kostete und eine deutliche Änderung der Politik erforderte, die Neue Wirtschaftspolitik (NEP), die nur wenige Jahre später im Jahr 1921

²⁷ Vgl. H. H. Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat*, Opladen, 1987, insb. Kapitel 5, 3.2.

Elemente des Privateigentums wieder einführt, um diese katastrophalen Auswirkungen auf ein Niveau zu mildern, das sich als erträglich erweisen würde.²⁸ Tatsächlich führten wiederholte Änderungen der Politik dazu, dass Russland mehr als einmal eine ähnliche Erfahrung machte. Ähnliche, wenn auch etwas weniger drastische Ergebnisse einer Vergesellschaftungspolitik gab es nach dem Zweiten Weltkrieg in allen osteuropäischen Ländern. Auch dort musste immer wieder eine moderate Privatisierung der kleinen Landwirtschaft, des Handwerks oder der Kleinbetriebe zugelassen werden, um einen völligen wirtschaftlichen Zusammenbruch zu verhindern.²⁹ Nichtsdestotrotz ist der Lebensstandard in den Ostblockländern trotz solcher Reformen, die übrigens beweisen, dass im Gegensatz zur sozialistischen Propaganda privates und nicht gesellschaftliches Eigentum die Wirtschaftsleistung verbessert, und trotz der Tatsache, dass Schwarzarbeit, illegale Produktionstätigkeiten, Tauschhandel und Schwarzmarkthandel allgegenwärtige Phänomene in all diesen Ländern sind, so wie es die Theorie erwarten lässt, und dass diese Untergrundwirtschaft einen Teil der Lücke einnimmt und zur Verbesserung der Dinge beiträgt, bedauerlich niedrig. Grundlegende Konsumgüter aller Art fehlen gänzlich, sind viel zu knapp oder von extrem schlechter Qualität.³⁰

²⁸ Gewiss, Russland war von Anfang an ein armes Land, mit wenig angesammeltem Kapital, das im „Notfall“ herangezogen und verbraucht werden konnte. Zur sozioökonomischen Geschichte Sowjetrusslands vgl. B. Brutzkus, *Economic Planning in Soviet Russia*, London, 1935; auch z.B. A. Nove, *Economic History of the USSR*, Harmondsworth, 1969; auch S. Wellisz, *The Economies of the Soviet Bloc*, New York, 1964.

²⁹ Zum Wirtschaftssystem des sowjetisch dominierten Ostblocks vgl. T. Rakowska-Harmstone (Hrsg.), *Communism in Eastern Europe*, Bloomington, 1984; H. H. Hohmann, M. Kaser, und K. Thalheim (Hrsg.), *The New Economic Systems of Eastern Europe*, London, 1975; C.M. Cipolla (Hrsg.), *Economic History of Europe. Contemporary Economies*, Band 2, Glasgow, 1976.

³⁰ Zum Alltag in Russland vgl. z.B. H. Smith, *The Russians*, New York, 1983; D.K. Willis, Klass. *How Russians Really Live*, New York, 1985;

Besonders lehrreich ist der Fall West- und Ostdeutschland. Hier liefert uns die Geschichte ein Beispiel, das dem eines kontrollierten sozialen Experiments so nahe kommt, wie man es sich wahrscheinlich erhoffen könnte. Eine recht homogene Bevölkerung, mit sehr ähnlicher Geschichte, Kultur, Charakterstruktur, Arbeitsethik, geteilt nach Hitlers Niederlage im Zweiten Weltkrieg. In Westdeutschland wurde mehr aufgrund glücklicher Umstände als aufgrund des Drucks der öffentlichen Meinung eine bemerkenswert freie Marktwirtschaft eingeführt, das bisherige System der allseitigen Preiskontrollen auf einen Schlag abgeschafft und fast vollständige Bewegungs-, Handels- und Berufsfreiheit eingeführt.³¹ In Ostdeutschland hingegen wurde unter sowjetrussischer Dominanz eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, d.h. eine Enteignung der bisherigen privaten Eigentümer, durchgeführt. Zwei unterschiedliche institutionelle Rahmenbedingungen, zwei unterschiedliche Anreizstrukturen wurden somit auf die gleiche Bevölkerung angewendet. Der Unterschied in den Ergebnissen ist beeindruckend.³² Während beide Länder in ihren jeweiligen

S. Pejovich, *Life in the Soviet Union*, Dallas, 1979; M. Miller, *Rise of the Russian Consumer*, London, 1965.

³¹ Vgl. L. Erhard, der Initiator und wichtigste politische Vertreter der Wirtschaftspolitik der Nachkriegszeit, *Wohlstand für alle*, Düsseldorf 1957; und *The Economics of Success*, London, 1968. Für Theoretiker der deutschen „sozialen Marktwirtschaft“ vgl. W. Eucken, *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*, Hamburg, 1967; W. Roepke, *A Humane Economy*, Chicago, 1960; dasselbe, *Economics of a Free Society*, Chicago, 1963. Für eine Kritik an der westdeutschen Wirtschaftspolitik als ungenügend kapitalistisch und mit Widersprüchen behaftet, die im Laufe der Zeit zu zunehmend sozialistischen Interventionen führen würden, vgl. die prophetischen Beobachtungen von L. v. Mises, *Human Action*, Chicago, 1966, S.723.

³² Für vergleichende Studien zu den beiden deutschen Ländern vgl. E. Jesse (Hrsg.), *BRD und DDR*, Berlin, 1982; H. v. Hamel (Hrsg.), *BRD-DDR. Die Wirtschaftssysteme*, München, 1983; auch K. Thalheim, *Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland*, Opladen, 1978.

Eine ehrliche, aber naiv empirisch gesinnte vergleichende Studie, die zeigt, dass Wirtschaftsstatistiken bestenfalls sehr wenig mit der Realität

Blöcken gut abschneiden, hat Westdeutschland den höchsten Lebensstandard unter den großen westeuropäischen Nationen und Ostdeutschland ist stolz darauf, das wohlhabendste Land im Ostblock zu sein, der Lebensstandard im Westen ist so viel höher und ist im Laufe der Zeit relativ stärker geworden, dass der Besucher, der von West nach Ost geht, trotz der Übertragung beträchtlicher Geldbeträge von West nach Ost durch die Regierung sowie Privatpersonen und einer zunehmend sozialistischen Politik im Westen einfach fassungslos ist, wenn er in eine fast völlig andere, verarmte Welt eintritt. In der Tat, während alle osteuropäischen Länder von dem Emigrationsproblem der Menschen geplagt sind, die in den wohlhabenderen kapitalistischen Westen mit seinen erhöhten Möglichkeiten auswandern wollen, und während sie alle allmählich strengere Grenzkontrollen eingeführt haben, wodurch diese Länder in eine Art gigantische Gefangenenlager verwandelt wurden, um diesen Abfluss zu verhindern, ist der Fall von Deutschland ein sehr auffälliger Fall. Mit nicht vorhandenen Sprachunterschieden, traditionell die schwerste natürliche Barriere für Auswanderer, erwies sich der Unterschied im Lebensstandard zwischen den beiden deutschen Ländern als so groß und die Auswanderung von Ost nach West nahm solche Ausmaße an, dass 1961 das sozialistische Regime in Ostdeutschland in einem letzten verzweifelten Schritt schließlich seine Grenzen zum Westen vollständig schließen musste. Um die Bevölkerung darin zu halten, musste sie ein fast 1.500 Kilometer langes System aufbauen, wie es die Welt noch nie gesehen hatte, von Mauern, Stacheldraht, elektrischen Zäunen, Minenfeldern, automatischen Schießgeräten, Wach-

zu tun haben, wie sie von handelnden Personen wahrgenommen wird, stammt von P. R. Gregory und R. C. Stuart, *Comparative Economic Systems*, Boston, 1985, Kapitel 13 (Ost- und Westdeutschland). Für eine wertvolle Kritik der Wirtschaftsstatistik vgl. O. Morgenstern, *National Income Statistics: A Critique of Macroeconomic Aggregation*, San Francisco, 1979. Für eine noch grundlegendere Kritik vgl. L. v. Mises, *Theory of Money and Credit*, Irvington, 1971, Teil II, Kapitel 5.

türmen usw., nur um zu verhindern, dass ihr Volk vor den Folgen des russischen Sozialismus davonläuft.

Neben der Veranschaulichung des Hauptpunkts erweist sich der Fall der beiden deutschen Länder aufgrund seines experimentellen Charakters als besonders hilfreich, um die Wahrheit der übrigen theoretisch abgeleiteten Schlussfolgerungen zu veranschaulichen. Betrachtet man vergleichbare soziale Positionen, wird man fast nirgendwo in Westdeutschland Menschen finden, die so wenig, so langsam oder so fahrlässig arbeiten (während die Arbeitszeiten, die im Osten höher sind, natürlich geregelt sind!) wie ihre ostdeutschen Kollegen. Natürlich nicht wegen irgendwelcher angeblicher Unterschiede in der Mentalität oder Arbeitsmoral, denn diese sind historisch gesehen sehr ähnlich, sondern weil der Anreiz zur Arbeit durch ein politisches System, das alle oder die meisten Möglichkeiten für private Investitionen verschließt, erheblich verringert wird. Effektive Arbeit in Ostdeutschland ist am ehesten in der Untergrundwirtschaft zu finden. Und als Reaktion auf die verschiedenen negativen Anreize zur Arbeit und insbesondere zur Arbeit in der „offiziell“ kontrollierten Wirtschaft gibt es auch unter den Ostdeutschen eine Tendenz, sich aus dem öffentlichen Leben zurückzuziehen und die Bedeutung der Privatsphäre, der Familie, der Verwandten und der persönlichen Freunde und Verbindungen hervorzuheben, die deutlich über das hinausgeht, was im Westen gesehen wird.³³

Es gibt auch reichlich Beweise für Fehlallokationen, so wie es die Theorie erwarten lässt. Während das Phänomen der produktiven Faktoren, die nicht (zumindest nicht kontinuierlich) genutzt werden, sondern einfach inaktiv sind, weil komplementäre Faktoren fehlen, natürlich im Westen beobachtet werden kann, wird es im Osten (und im deutschen Fall sicherlich nicht aufgrund von Unterschieden in den Organisationstalenten) überall als dauerhafter

³³ Zum Leben in Ostdeutschland vgl. E. Windmoeller und T. Hoepker, *Leben in der DDR*, Hamburg 1976.

Bestandteil des Lebens beobachtet. Und während es im Westen normalerweise recht schwierig ist und besonderes unternehmerisches Talent erfordert, auf Veränderungen bei der Nutzung bestimmter Produktionsmittel hinzuweisen, die zu einer allgemeinen Verbesserung der Produktion von Konsumgütern führen würden, ist dies in den Ostblockländern relativ einfach. Fast jeder, der in Ostdeutschland arbeitet, kennt viele Möglichkeiten, die Produktionsmittel für dringendere Zwecke zu verwenden als die, die gegenwärtig verwendet werden, wo sie offensichtlich verschwendet werden und zu Engpässen bei anderen, stärker nachgefragten Gütern führen. Aber da sie nicht in der Lage sind, darum zu bieten und stattdessen mühsame politische Verfahren durchlaufen müssen, um Veränderungen einzuleiten, kann oder wird nicht viel getan.

Die Erfahrung bestätigt auch, was über die andere Seite der Medaille gesagt wurde: die Überbeanspruchung öffentlicher Produktionsmittel. In Westdeutschland gibt es auch solche öffentlichen Güter und wie zu erwarten ist, sind sie in einem relativ schlechten Zustand. Aber in Ostdeutschland, und nicht anders oder sogar noch schlimmer in den anderen sowjetisch dominierten Ländern, wo alle Produktionsfaktoren in gesellschaftlichem Besitz sind, sind unzureichend gewartete, verfallende, nicht reparierte, rostende, ja sogar einfach zerstörte Produktionsfaktoren, Maschinen und Gebäude wirklich weit verbreitet. Darüber hinaus ist die ökologische Krise im Osten trotz des relativ unterentwickelten Zustands der allgemeinen Wirtschaft viel dramatischer als im Westen — und all dies ist nicht, wie der Fall von Deutschland deutlich genug beweist, weil es Unterschiede in der „natürlichen“ Neigung der Menschen gibt, sich zu kümmern und vorsichtig zu sein.

Was schließlich die theoretisch vorhergesagten Veränderungen in der Sozial- und Persönlichkeitsstruktur betrifft, so sind Beschwerden über Vorgesetzte natürlich überall ein durchaus verbreitetes Phänomen. Aber in den Ländern des russischen Sozialismus, in denen die Zuweisung von Positionen in der Hierarchie der

Verwalter ganz und gar eine politische Angelegenheit ist und sein muss, sind solche Beschwerden über geradezu inkompetente, unqualifizierte und lächerliche Vorgesetzte, wenn auch nicht lauter, so doch am häufigsten, am schwerwiegendsten und am besten begründet und anständige Menschen werden infolgedessen am häufigsten zur Verzweiflung oder zum Zynismus getrieben. Und da einige Menschen aus Ostdeutschland noch in einem Alter, in dem sie noch zur Erwerbsbevölkerung gehören, nach Westdeutschland gehen, einige als Flüchtlinge, aber häufiger, weil eine Art Lösegeld für sie bezahlt wurde, gibt es auch genügend Material, um die Schlussfolgerung zu veranschaulichen, dass eine vergesellschaftete Wirtschaft auf lange Sicht die Produktionskapazitäten der Menschen verringern wird. Unter denen, die in den Westen gehen, gibt es eine beträchtliche Anzahl, die ein ganz normales produktives Leben im Osten führten, die sich jedoch trotz des Fehlens sprachlicher und kultureller Barrieren als unfähig erweisen oder die größten Schwierigkeiten haben, sich an die westliche Gesellschaft mit ihrer erhöhten Nachfrage nach produktiven und wettbewerbsfähigen Fähigkeiten und Eigenschaften anzupassen.

Kapitel 4

Sozialismus im sozialdemokratischen Stil

Viel mehr als jedes theoretische Argument war es die enttäuschende Erfahrung mit dem Sozialismus des russischen Stils, die zu einem ständigen Rückgang der Popularität des orthodoxen marxistischen Sozialismus geführt und die Entstehung und Entwicklung des modernen sozialdemokratischen Sozialismus vorangetrieben hat.

Beide Arten von Sozialismus stammen sicherlich aus den gleichen ideologischen Quellen.³⁴ Beide sind zumindest theoretisch egalitär motiviert.³⁵ Beide haben im Wesentlichen das gleiche Endziel: die Abschaffung des Kapitalismus als einem auf Privateigentum basierenden Gesellschaftssystem und die Errichtung einer neuen Gesellschaft, die sich durch brüderliche Solidarität und die Beseitigung von Knappheit auszeichnet; eine Gesellschaft, in der jeder „nach seinen Bedürfnissen“ bezahlt wird.

Seit den Anfängen der sozialistischen Bewegung in der Mitte des 19. Jahrhunderts gibt es jedoch widersprüchliche Vorstellungen darüber, welche Methoden am besten geeignet sind, um diese Ziele zu erreichen. Während man sich im Allgemeinen über die Notwendigkeit der Vergesellschaftung der Produktionsmittel einig war, gab es immer wieder unterschiedliche Meinungen über das weitere Vorgehen. Auf der einen Seite gab es innerhalb der

³⁴ Vgl. L. Kolakowski, *Main Currents of Marxism* (Oxford, 1978), 3 Bände; auch W. Leonhard, *Sowjetideologie heute*. Die politischen Lehren (Frankfurt/M., 1963).

³⁵ Vgl. Fußnote 49 zur Beurteilung der etwas anderen Praxis.

sozialistischen Bewegung die Befürworter einer revolutionären Vorgehensweise. Sie propagierten den gewaltsamen Sturz der bestehenden Regierungen, die vollständige Enteignung aller Kapitalisten auf einen Schlag und die zeitweilige (d.h. bis die Knappheit tatsächlich, wie versprochen, ausgerottet wäre) Diktatur des Proletariats, d.h. derjenigen, die keine Kapitalisten waren, aber ihre Arbeitsleistungen verkaufen mussten, um die neue Ordnung zu stabilisieren.

Auf der anderen Seite gab es die Reformisten, die einen schrittweisen Ansatz befürworteten. Sie vertraten die Auffassung, dass der Sieg des Sozialismus mit der Erweiterung des Wahlrechts und schließlich mit einem allgemeinen Wahlsystem durch demokratisches, parlamentarisches Handeln errungen werden könne. Dies wäre so, weil der Kapitalismus nach gängiger sozialistischer Lehrmeinung eine Tendenz zur Proletarisierung der Gesellschaft mit sich bringen würde, d.h. eine Tendenz, dass weniger Menschen selbständig sind und stattdessen mehr Menschen Arbeitnehmer werden. Und nach gängigen sozialistischen Überzeugungen würde diese Tendenz wiederum ein immer einheitlicheres proletarisches Klassenbewusstsein hervorbringen, das dann zu einer anschwellenden Wahlbeteiligung der sozialistischen Partei führen würde. Da diese Strategie der öffentlichen Meinung sehr viel besser entsprach (sie war für die meist friedlich gesinnten Arbeiter attraktiver und gleichzeitig für die Kapitalisten weniger beängstigend), würde der endgültige Erfolg des Sozialismus dadurch nur noch sicherer werden, so die Argumentation.

Beide Kräfte koexistierten innerhalb der sozialistischen Bewegung, obwohl ihr Verhältnis bis zur bolschewistischen Revolution im Oktober 1917 in Russland zeitweise recht angespannt war. In der Praxis ging die sozialistische Bewegung im Allgemeinen den reformistischen Weg, während auf dem Gebiet der ideologischen

Debatte die Revolutionäre dominierten.³⁶ Die russischen Ereignisse änderten dies.

Mit Lenin an der Spitze realisierten die revolutionären Sozialisten zum ersten Mal ihr Programm und die sozialistische Bewegung als Ganzes musste gegenüber dem russischen Experiment Stellung beziehen. Infolgedessen spaltete sich die sozialistische Bewegung in zwei Zweige mit zwei getrennten Parteien: eine kommunistische Partei, die die russischen Ereignisse mehr oder weniger befürwortete, und eine sozialistische oder sozialdemokratische Partei, die Vorbehalte hatte oder gegen sie war. Dennoch betraf die Spaltung nicht die Frage über den Sozialismus; beide waren dafür. Es war eine offene Spaltung in der Frage des revolutionären vs. demokratischen parlamentarischen Wandels.

Angesichts der tatsächlichen Erfahrung der russischen Revolution — der Gewalt, des Blutvergießens, der Praxis der unkontrollierten Enteignung, der Tatsache, dass Tausende von neuen Führern, sehr oft von fragwürdigem Ruf oder einfach zwielichtigen, minderwertigen Charakteren, an das politische Ruder gefegt wurden — fühlten sich die Sozialdemokraten in ihrem Versuch, öffentliche Unterstützung zu gewinnen, gezwungen, ihr revolutionäres Image aufzugeben und nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Theorie eine entschieden reformistische, demokratische Partei zu werden. Und selbst einige der kommunistischen Parteien des Westens, die sich einer Theorie des revolutionären Wandels verschrieben hatten, aber genauso dringend der öffentlichen Unterstützung bedurften, hatten das Gefühl, dass sie zumindest einige Fehler an der besonderen bolschewistischen Art und Weise der Umsetzung der Revolution finden mussten. Auch sie hielten es

³⁶ Vgl. E. Bernstein, *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie* (Bonn, 1975), als Hauptdarsteller des reformistisch-revisionistischen Kurses; K. Kautsky, *Bernstein und das sozialdemokratische Programm* (Bonn, 1976), als Exponent der marxistischen Orthodoxie.

zunehmend für notwendig, das reformistische, demokratische Spiel zu spielen, wenn auch nur in der Praxis.

Dies war jedoch nur der erste Schritt in der Transformation der sozialistischen Bewegung, die durch die Erfahrung der russischen Revolution bewirkt wurde. Der nächste Schritt, wie angedeutet, wurde ihr durch die düstere Erfahrung mit der Wirtschaftsleistung Sowjetrusslands aufgezwungen. Ungeachtet ihrer unterschiedlichen Ansichten über die Erwünschtheit revolutionärer Veränderungen und ebenso wenig vertraut, unfähig oder unwillig, die abstrakte ökonomische Vernunft zu erfassen, konnten Sozialisten und Kommunisten während einer Art Flitterwochen, die sie für die neue Erfahrung verdienten, immer noch die illusorischsten Hoffnungen auf die wirtschaftlichen Errungenschaften einer Politik des Sozialismus hegen. Aber dieser Zeitraum konnte nicht ewig dauern, und nach einiger Zeit musste man sich den Tatsachen stellen und die Ergebnisse auswerten.

Für jeden halbwegs neutralen Beobachter der Umstände und später für jeden aufmerksamen Besucher und Reisenden wurde deutlich, dass der Sozialismus russischer Prägung nicht mehr, sondern weniger Wohlstand bedeutete und dass es sich vor allem um ein System handelte, das, indem es auch nur kleine Nischen privater Kapitalbildung zuließ, seine eigene wirtschaftliche Unterlegenheit, wenn auch nur implizit, bereits eingestanden hatte.

Mit dem Bekanntwerden dieser Erfahrung und insbesondere mit der Wiederholung des sowjetischen Experiments in den osteuropäischen Ländern nach dem Zweiten Weltkrieg, die zu den gleichen düsteren Ergebnissen führte und damit die These widerlegte, dass das sowjetische Schlamassel nur auf eine besondere asiatische Mentalität des Volkes zurückzuführen sei, waren die sozialistischen, d.h. die sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien des Westens in ihrem Wettlauf um die öffentliche Unterstützung gezwungen, ihre Programme weiter zu ändern. Die Kommunisten sahen nun auch verschiedene Mängel in der russischen Umsetzung des Sozialismusprogramms und spielten zunehmend mit

der Idee einer dezentraleren Planung und Entscheidungsfindung und einem teilweisen Sozialismus, d.h. einem Sozialismus nur von Großunternehmen und -industrien, obwohl sie die Idee der sozialistischen Produktion nie ganz aufgegeben haben.³⁷

Die sozialistischen oder sozialdemokratischen Parteien hingegen, die von Anfang an weniger sympathisch gegenüber dem russischen Sozialismusmodell waren und durch ihre dezidiert reformistisch-demokratische Politik bereits geneigt waren, Kompromisse wie einen partiellen Sozialismus zu akzeptieren, mussten einen weiteren adaptiven Schritt machen. Diese Parteien gaben als Reaktion auf die russischen und osteuropäischen Erfahrungen den Begriff der verstaatlichten Produktion zunehmend auf und legten stattdessen immer mehr Wert auf die Idee der Einkommensbesteuerung sowie der Einkommensangleichung und in einem anderen Schritt auf die Chancenangleichung als die wahren Eckpfeiler des Sozialismus.

Während dieser Übergang vom Sozialismus russischen Stils zu einem sozialdemokratischen stattfand und immer noch in allen westlichen Gesellschaften stattfindet, war er nicht überall gleich stark. Grob gesagt und nur mit Blick auf Europa ist die Verdrängung des alten durch den neuen Sozialismus umso ausgeprägter, je unmittelbarer und direkter die Erfahrung mit dem russischen Sozialismus für die Bevölkerung ist, in der die sozialistischen und/oder kommunistischen Parteien Unterstützer und Wähler finden mussten.

Von allen großen Ländern war diese Verdrängung in Westdeutschland, wo der Kontakt mit dieser Art von Sozialismus am unmittelbarsten war, wo Millionen von Menschen immer noch reichlich Gelegenheit hatten, mit eigenen Augen zu sehen, welches Unheil den Menschen in Ostdeutschland angetan wurde, am stärksten. Hier verabschiedeten die Sozialdemokraten 1959 ein

³⁷ Zur Idee eines „Marktsozialismus“ vgl. einer seiner führenden Vertreter, O. Lange, „On the Economic Theory of Socialism“, in M. I. Goldmann, Hrsg., *Comparative Economic Systems* (New York, 1971).

neues Parteiprogramm (oder wurden vielmehr von der öffentlichen Meinung dazu gezwungen), in dem alle offensichtlichen Spuren einer marxistischen Vergangenheit auffällig fehlten, das vielmehr ausdrücklich die Bedeutung von Privateigentum und Märkten erwähnte, das von Sozialismus nur als einer bloßen Möglichkeit sprach und stattdessen die Bedeutung von Umverteilungsmaßnahmen stark betonte. Hier sind die Protagonisten einer Politik der Vergesellschaftung der Produktionsmittel innerhalb der sozialdemokratischen Partei seitdem deutlich unterlegen; und hier sind die kommunistischen Parteien, auch wenn sie nur für eine friedliche und partielle Vergesellschaftung sind, zur Bedeutungslosigkeit reduziert worden.³⁸

In Ländern, die weiter vom Eisernen Vorhang entfernt waren, wie Frankreich, Italien, Spanien und auch Großbritannien, war diese Veränderung weniger dramatisch. Nichtsdestotrotz kann man mit Sicherheit sagen, dass heute nur der sozialdemokratische Sozialismus, wie er am typischsten von den deutschen Sozialdemokraten vertreten wird, im Westen weit verbreitete Popularität beanspruchen kann. In der Tat, zum Teil aufgrund des Einflusses der Sozialistischen Internationale — der Vereinigung sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien — kann man heute sagen, dass der sozialdemokratische Sozialismus eine der am weitesten verbreiteten Ideologien unserer Zeit ist, die zunehmend die politischen Programme und die tatsächliche Politik nicht nur explizit sozialistischer Parteien und in geringerem Maße derjenigen der westlichen Kommunisten, sondern auch von Gruppen und Parteien prägt, die sich selbst nicht einmal in ihren weit hergeholten Träumen Sozialisten nennen würden, wie die „liberalen“ Demokraten

³⁸ Zur Ideologie der deutschen Sozialdemokraten vgl. T. Meyer, Hrsg., *Demokratischer Sozialismus* (München, 1980); G. Schwan, Hrsg., *Demokratischer Sozialismus für Industriegesellschaften* (Frankfurt/M., 1979).

an der Ostküste in den Vereinigten Staaten.³⁹ Und auf dem Gebiet der internationalen Politik sind die Ideen des sozialdemokratischen Sozialismus, insbesondere eines Umverteilungsansatzes gegenüber diesen sogenannten Nord-Süd-Konflikten, fast so etwas wie die offizielle Position unter allen „gut informierten“ und „gut beabsichtigten“ Männern geworden; ein Konsens, der weit über diejenigen hinausgeht, die sich selbst als Sozialisten betrachten.⁴⁰ Was sind die zentralen Merkmale des Sozialismus im sozialdemokratischen Stil?

Grundsätzlich gibt es zwei Merkmale. Erstens verbietet der sozialdemokratische Sozialismus im Gegensatz zum traditionellen marxistischen Sozialismus nicht das Privateigentum an den Produktionsmitteln und akzeptiert sogar die Idee, dass alle Produktionsmittel in Privateigentum sind — mit Ausnahme des Bildungswesens, des Verkehrs und der Kommunikation, des staatlichen Bankwesens, der Polizei und der Gerichte. Grundsätzlich hat jeder das Recht, sich Produktionsmittel privat anzueignen und zu besitzen, sie zu verkaufen, zu kaufen oder neu zu produzieren, sie zu verschenken oder im Rahmen einer vertraglichen Vereinbarung an jemand anderen zu vermieten. Aber zweitens besitzt kein

³⁹ Indikatoren für die Sozialdemokratisierung der sozialistischen Bewegung sind der Aufstieg der sozialistischen Partei und der entsprechende Niedergang der orthodoxen kommunistischen Partei in Frankreich; das Entstehen einer sozialdemokratischen Partei als Rivale der orthodoxeren Arbeiterpartei in Großbritannien; die Mäßigung der Kommunisten in Italien als einzige verbliebene mächtige kommunistische Partei in Westeuropa hin zu einer zunehmend sozialdemokratischen Politik; und das Wachstum der sozialistisch-sozialdemokratischen Parteien in Spanien und Portugal unter Gonzales und Soares, die beide eng mit der deutschen SPD verbunden sind. Darüber hinaus haben die sozialistischen Parteien Skandinaviens, die traditionell den deutschen Weg genau verfolgt hatten und später einer Reihe prominenter Sozialisten während der NS-Verfolgung Zuflucht boten (vor allem W. Brandt und B. Kreisky), dem revisionistischen Glauben seit langem Glaubwürdigkeit verliehen.

⁴⁰ Zur sozialdemokratischen Position zum Nord-Süd-Konflikt vgl. North-South: *A Programme for Survival*, Independent Commission on International Development Issues (Vorsitz: W. Brandt), 1980.

Eigentümer von Produktionsmitteln rechtmäßig das gesamte Einkommen, das aus der Nutzung seiner Produktionsmittel erzielt werden kann und es bleibt keinem Eigentümer überlassen, zu entscheiden, wie viel des Gesamteinkommens aus der Produktion für Konsum und Investitionen verwendet wird. Vielmehr gehört ein Teil des Produktionseinkommens rechtmäßig der Gesellschaft, muss an sie abgegeben werden und wird dann nach den Vorstellungen des Egalitarismus oder der Verteilungsgerechtigkeit an die einzelnen Mitglieder umverteilt. Obwohl die jeweiligen Einkommensanteile, die an den Produzenten und an die Gesellschaft gehen, zu einem bestimmten Zeitpunkt festgelegt werden können, ist der Anteil, der rechtmäßig dem Produzenten gehört, grundsätzlich flexibel und die Abschätzung seiner Größe sowie des Anteils der Gesellschaft liegt nicht beim Produzenten, sondern gehört rechtmäßig der Gesellschaft.⁴¹

Aus der Sicht der natürlichen Theorie des Eigentums — der Theorie, die dem Kapitalismus zugrunde liegt — bedeutet die Annahme dieser Regeln, dass die Rechte des natürlichen Eigentümers aggressiv angegriffen wurden. Nach dieser Theorie des Eigentums kann der Nutzer/Eigentümer der Produktionsmittel mit ihnen machen, was er will; und was immer das Ergebnis seiner Nutzung ist, es ist sein eigenes privates Einkommen, das er wieder verwenden kann, wie er will, solange er die physische Integrität des Eigentums eines anderen nicht verändert und sich ausschließlich auf den vertraglichen Austausch verlässt.

⁴¹ Beachten Sie noch einmal, dass diese Charakterisierung des sozialdemokratischen Sozialismus den Status eines „Idealtypus“ hat (vgl. Kapitel 3, Nr. 2). Es ist nicht als Beschreibung der Politik oder Ideologie einer tatsächlichen Partei zu verstehen. Vielmehr sollte es als der Versuch verstanden werden, das zu rekonstruieren, was zum Wesen des modernen sozialdemokratischen Sozialismus geworden ist, der einer deutlich vielfältigeren Realität von Programmen und Politiken verschiedener Parteien oder Bewegungen unterschiedlicher Namen als ideologisch vereinheitlichender Kern zugrunde liegt.

Vom Standpunkt der natürlichen Theorie des Eigentums gibt es nicht zwei getrennte Prozesse — die Produktion von Einkommen und dann, nachdem Einkommen produziert wurde, seine Verteilung. Es gibt nur einen Prozess: Bei der Erzielung von Einkommen wird es automatisch verteilt; der Produzent ist der Eigentümer. Demgegenüber tritt der sozialdemokratische Stil des Sozialismus für die teilweise Enteignung des natürlichen Eigentümers durch Umverteilung eines Teils des Produktionseinkommens an Personen, die — unabhängig von ihren sonstigen Verdiensten — das betreffende Einkommen definitiv nicht produziert haben und definitiv keine vertraglichen Ansprüche darauf haben, und die darüber hinaus das Recht haben, unilateral, d.h. ohne die Zustimmung des betroffenen Produzenten abwarten zu müssen, zu bestimmen, wie weit diese teilweise Enteignung gehen kann.

Aus dieser Beschreibung heraus sollte klar werden, dass entgegen dem Eindruck, den der sozialdemokratische Sozialismus in der Öffentlichkeit erwecken soll, der Unterschied zwischen beiden Arten des Sozialismus nicht kategorischer Natur ist. Vielmehr ist es nur eine Frage des Grades. Sicherlich scheint die erstgenannte Regel einen grundlegenden Unterschied darzustellen, da sie Privateigentum zulässt. Dann aber erlaubt die zweite Regel im Prinzip die Enteignung des gesamten Einkommens des Produzenten aus der Produktion und reduziert damit sein Eigentumsrecht auf ein rein nominales. Natürlich muss der sozialdemokratische Sozialismus nicht so weit gehen, das Privateigentum nur dem Namen nach auf selbiges zu reduzieren. Und zugegeben, da der Einkommensanteil, den der Produzent an die Gesellschaft abgeben muss, tatsächlich recht moderat sein kann, kann dies in der Praxis einen enormen Unterschied in der wirtschaftlichen Leistung machen. Aber dennoch muss erkannt werden, dass aus der Sicht der nichtproduzierenden Mitmenschen der Grad der Enteignung des Einkommens der privaten Produzenten eine Frage der Zweckmäßigkeit ist, die ausreicht, um den Unterschied zwischen beiden Arten des Sozialismus — dem russischen und dem sozialdemokratischen Stil —

ein für alle Mal auf einen Unterschied von nur einem Grad zu reduzieren.

Es sollte offensichtlich sein, was diese wichtige Tatsache für einen Produzenten bedeutet. Es bedeutet, dass seine produktiven Bemühungen, so niedrig der derzeit festgelegte Grad der Enteignung auch sein mag, unter der allgegenwärtigen Bedrohung stattfinden, dass in Zukunft der Einkommensanteil, der der Gesellschaft übergeben werden muss, einseitig erhoben wird. Es braucht nicht viel kommentiert zu werden, um zu sehen, wie dies das Risiko oder die Produktionskosten erhöht und somit die Investitionsrate senkt.

Mit dieser Aussage wurde bereits ein erster Schritt in der nachfolgenden Analyse unternommen. Was sind die wirtschaftlichen, im umgangssprachlichen Sinne des Wortes, Konsequenzen der Übernahme eines Systems des sozialdemokratischen Sozialismus? Nach dem, was gerade gesagt wurde, ist es wahrscheinlich nicht mehr ganz überraschend zu hören, dass sie zumindest in Bezug auf die allgemeine Richtung der Auswirkungen denen des traditionellen marxistischen Sozialismus sehr ähnlich sind. In dem Maße, in dem sich der sozialdemokratische Sozialismus mit einer teilweisen Enteignung und der Umverteilung der Erzeugereinkommen begnügt, können jedoch einige der Verarmungseffekte, die sich aus einer Politik der vollständigen Vergesellschaftung der Produktionsmittel ergeben, umgangen werden.

Da diese Ressourcen immer noch gekauft und verkauft werden können, wird das für eine Verwalterwirtschaft typischste Problem vermieden, dass es keine Marktpreise für Produktionsmittel gibt und somit weder eine monetäre Kalkulation noch eine Buchhaltung möglich ist, was zu Fehlallokationen und zur Verschwendung knapper Ressourcen in Verwendungen führt, die bestenfalls von untergeordneter Bedeutung sind. Zudem wird das Problem der Überbeanspruchung zumindest reduziert. Da private Investitionen und Kapitalbildung in dem Maße noch möglich sind, in dem ein Teil der Erträge aus der Produktion dem Produzenten nach

eigenem Ermessen zur Verfügung steht, besteht im sozialdemokratischen Stil des Sozialismus ein relativ höherer Anreiz zu arbeiten, zu sparen und zu investieren.

Dennoch lassen sich auf keinen Fall alle Verarmungseffekte vermeiden. Der sozialdemokratische Stil des Sozialismus, so gut er auch im Vergleich zum Sozialismus russischen Stils aussehen mag, führt immer noch notwendigerweise zu einer Verringerung der Investitionen und damit des zukünftigen Wohlstands im Vergleich zu dem unter Kapitalismus.⁴² Indem man dem Eigentümer-Produzenten einen Teil des Einkommens aus der Produktion wegnimmt, wie klein dieser Teil auch sein mag, und ihn denjenigen gibt, die das betreffende Einkommen nicht produziert haben, steigen die Kosten der Produktion (die niemals gleich Null sind, da Produktion, Aneignung und das Schließen von Verträgen immer zumindest den Einsatz von Zeit implizieren, die anderweitig verwendet werden könnte, zum Beispiel für Freizeit, Konsum oder Schattenwirtschaft), und, *mutatis mutandis*, sinken die Kosten der nicht-produzierenden und/oder Schattenwirtschaft, zumindest in einem gewissen Ausmaß.

Infolgedessen wird es relativ weniger Produktion und Investitionen geben, auch wenn das absolute Niveau der Produktion und des Wohlstands aus Gründen, die in Kürze erörtert werden, noch steigen könnte. Es wird relativ mehr Freizeit, mehr Konsum und mehr Schwarzarbeit geben und damit insgesamt eine relative Verarmung. Und diese Tendenz wird umso ausgeprägter sein, je höher das umzuverteilende Produktionseinkommen ist und je größer die Wahrscheinlichkeit ist, dass es in Zukunft durch einseitige, nicht verträgliche gesellschaftliche Entscheidungen erhöht wird.

Lange Zeit war die bei weitem populärste Idee zur Umsetzung des allgemeinen politischen Ziels des sozialdemokratischen Sozialismus die Umverteilung der monetären Einkünfte durch

⁴² Im Folgenden vgl. L. v. Mises, *Socialism* (Indianapolis, 1981), insbesondere Teil V; *Human Action* (Auburn, Ala., 2008), insbesondere Teil 6.

Einkommenssteuer oder eine allgemeine Umsatzsteuer, die den Produzenten auferlegt wurde. Ein Blick auf diese spezielle Technik soll unseren Standpunkt weiter verdeutlichen und einige häufig auftretende Missverständnisse und falsche Vorstellungen über die allgemeinen Auswirkungen der relativen Verarmung vermeiden.

Welche wirtschaftlichen Auswirkungen hat die Einführung einer Einkommens- oder Umsatzbesteuerung, bei der es zuvor keine gab, oder die Anhebung eines bestehenden Besteuerungsniveaus auf eine neue Höhe?⁴³ Bei der Beantwortung dieser Frage werde ich ferner die Komplikationen ignorieren, die sich aus den verschiedenen Möglichkeiten der Umverteilung von Steuergeldern an verschiedene Einzelpersonen oder Personengruppen ergeben — diese werden später erörtert.

Hier werden wir nur die allgemeine Tatsache berücksichtigen, die definitionsgemäß für alle Umverteilungssysteme zutrifft, dass jede Umverteilung von Steuergeldern eine Übertragung von monetären Einkommensproduzenten und vertraglichen Geldempfängern an Personen in ihrer Eigenschaft als Nichtproduzenten und Nichtempfänger von tatsächlichen Geldeinkommen ist. Die Einführung oder Erhöhung der Besteuerung impliziert somit, dass die monetären Einnahmen aus der Produktion für den Produzenten reduziert und für die Menschen in ihrer Rolle als Nicht-Produzenten und Nicht-Auftragnehmer erhöht werden. Dies ändert die relativen Produktionskosten für die monetäre Rendite gegenüber der Nichtproduktion und der Produktion für die nichtmonetäre Rendite.

Dementsprechend werden sie, soweit diese Veränderung von den Menschen wahrgenommen wird, zunehmend auf gemächlichen Konsum und/oder Produktion zum Zwecke des Tauschhandels zurückgreifen und gleichzeitig ihre produktiven Bemühungen um monetäre Belohnungen reduzieren. In jedem Fall wird die Produktion von Waren, die mit Geld gekauft werden sollen, sinken,

⁴³ Vgl. M. N. Rothbard, *Man, Economy, and State* sowie *Power and Market* (Auburn, Ala., 2009).

das heißt, die Kaufkraft des Geldes sinkt und damit sinkt der allgemeine Lebensstandard.

Gegen diese Argumentation wird bisweilen argumentiert, dass empirisch häufig beobachtet wurde, dass ein Anstieg des Besteuerungsniveaus tatsächlich mit einem Anstieg (nicht mit einem Rückgang) des Bruttosozialprodukts (BSP) einherging, und dass die obige Aussage, so plausibel sie auch sein mag, daher als empirisch ungültig angesehen werden muss. Dieses angebliche Gegenargument weist ein einfaches Missverständnis auf: eine Verwechslung zwischen absolutem und relativem Rückgang.

Die obige Analyse führt zu der Schlussfolgerung, dass höhere Steuern zu einer relativen Verringerung der Produktion für monetäre Erträge führen, d.h. zu einer Verringerung im Vergleich zu dem Produktionsniveau, das erreicht worden wäre, wenn die Höhe der Besteuerung nicht geändert worden wäre. Sie sagt oder impliziert nichts in Bezug auf die absolute Höhe der produzierten Leistung.

Tatsächlich ist das absolute Wachstum des Bruttosozialprodukts nicht nur mit unserer Analyse vereinbar, sondern kann insofern als völlig normal angesehen werden, da Produktivitätsfortschritte möglich sind und tatsächlich stattfinden. Wenn es durch die Verbesserung der Produktionstechnologie möglich geworden ist, einen höheren Output mit identischem Input (in Bezug auf die Kosten) oder einen physisch identischen Output mit einem reduzierten Input zu produzieren, dann ist das Zusammentreffen von Steuererhöhung und Produktionssteigerung alles andere als überraschend. Allerdings hat dies keinen Einfluss auf die Gültigkeit dessen, was über die relative Verarmung infolge der Besteuerung gesagt wurde.

Ein anderer Einwand, der sich einiger Beliebtheit erfreut, ist der, dass eine Steuererhöhung zu einer Verringerung des Geldeinkommens führt und dass diese Verringerung den Grenznutzen des Geldes im Vergleich zu anderen Einkommensformen (wie Freizeit) erhöht und somit, anstatt ihn zu senken, tatsächlich dazu

beiträgt, die Tendenz zu verstärken, für einen Geldgewinn zu arbeiten.

Diese Beobachtung stimmt zwar vollkommen. Aber es ist ein Missverständnis zu glauben, dass dies dazu beiträgt, die relative Verarmungsthese zu entkräften. Um ein vollständiges Bild zu erhalten, ist zunächst zu beachten, dass durch die Besteuerung nicht nur das monetäre Einkommen für einige Personen (die Produzenten) verringert wird, sondern gleichzeitig das monetäre Einkommen für andere Personen (Nichtproduzenten) erhöht wird, und dass für diese Personen der Grenznutzen des Geldes und damit ihre Neigung, für monetäre Erträge zu arbeiten, verringert wird. Dies ist aber keineswegs alles, was gesagt werden muss, da dies immer noch den Eindruck erwecken könnte, dass die Besteuerung die Produktion von austauschbaren Gütern überhaupt nicht beeinflusst — da sie den Grenznutzen des Geldeinkommens für einige verringert und für andere erhöht, wobei sich beide Effekte gegenseitig aufheben. Dieser Eindruck wäre falsch.

Dies wäre nämlich eine Leugnung dessen, was zu Beginn angenommen wurde: dass eine Steuererhöhung, d.h. ein höherer monetärer Beitrag, der den missbilligenden Einkommenserzeugern aufgezwungen wurde, tatsächlich stattgefunden hat und als solche wahrgenommen wurde — und würde somit einen logischen Widerspruch darstellen. Intuitiv wird der Fehler in der Überzeugung, dass die Besteuerung „neutral“ in Bezug auf die Produktion ist, offensichtlich, sobald das Argument bis zum äußersten Extrem getragen wird.

Es würde dann auf die Aussage hinauslaufen, dass selbst eine vollständige Enteignung aller monetären Einnahmen der Produzenten und deren Übertragung auf eine Gruppe von Nichtproduzenten keinen Unterschied machen würde, da die durch diese Umverteilung erhöhte Faulheit der Nichtproduzenten durch einen erhöhten Arbeitseifer der Produzenten vollständig kompensiert würde (was sicherlich absurd ist).

Was bei dieser Art von Argumentation übersehen wird, ist, dass die Einführung der Besteuerung oder der Anstieg eines bestimmten Steuerniveaus nicht nur die Begünstigung von Nicht-Produzenten auf Kosten der Produzenten bedeutet, sondern auch gleichzeitig für Produzenten und Nicht-Produzenten von monetären Einkünften gleichermaßen die Kosten verändert, die mit verschiedenen Methoden verbunden sind, um ein (steigendes) monetäres Einkommen zu erzielen. Denn es ist nun relativ weniger kostspielig, zusätzliches Geldeinkommen auf nicht-produktive Weise zu erzielen, d.h. nicht durch die tatsächliche Produktion von mehr Gütern, sondern durch die Teilnahme am Prozess des außervertraglichen Erwerbs bereits produzierter Güter. Auch wenn die Produzenten in der Tat mehr darauf bedacht sind, durch eine höhere Steuer zusätzliches Geld zu erhalten, werden sie dies zunehmend nicht durch eine Intensivierung ihrer produktiven Bemühungen, sondern durch ausbeuterische Methoden tun.

Dies erklärt, warum Besteuerung nicht neutral ist und nie sein kann.

Mit der (erhöhten) Besteuerung wird eine andere rechtliche Anreizstruktur institutionalisiert: eine, die die relativen Kosten der Produktion für monetäres Einkommen gegenüber der Nicht-Produktion, einschließlich der Nicht-Produktion für Freizeit Zwecke und der Nicht-Produktion für monetären Ertrag, und auch gegenüber der Produktion für nicht-monetären Ertrag (Tauschhandel) verändert. Und wenn eine solche unterschiedliche Anreizstruktur auf ein und dieselbe Bevölkerung angewandt wird, dann muss dies zwangsläufig zu einer Verringerung der Produktion von Gütern führen, die für einen monetären Gegenwert hergestellt werden.⁴⁴

⁴⁴ Darüber hinaus ist nicht zu übersehen, dass ein höherer Besteuerungsgrad, selbst wenn er zu einer erhöhten Arbeit der Besteuernten führen würde, in jedem Fall die ihnen zur Verfügung stehende Freizeit und damit ihren Lebensstandard verringern würde. Vgl. M.N. Rothbard, *Man, Economy, and State with Power and Market* (Auburn, Ala., 2009), S. 1164 f.

Einkommens- und Umsatzbesteuerung sind zwar die gebräuchlichsten Techniken, aber sie erschöpfen nicht das Repertoire des sozialdemokratischen Sozialismus an Umverteilungsmethoden.

Unabhängig davon, wie die Steuern auf die Individuen einer Gesellschaft umverteilt werden, unabhängig davon, inwieweit z.B. die monetären Einkommen angeglichen werden, da diese Individuen unterschiedliche Lebensstile führen können und dies auch tun, und da sie unterschiedliche Anteile des ihnen zugewiesenen monetären Einkommens für den Konsum oder für die Bildung von nicht produktiv genutztem Privatvermögen verwenden, werden früher oder später wieder signifikante Unterschiede zwischen den Menschen auftreten, wenn nicht in Bezug auf ihr monetäres Einkommen, dann in Bezug auf ihr Privatvermögen. Und es überrascht nicht, dass diese Unterschiede bei Vorliegen eines rein vertraglichen Erbrechts stetig ausgeprägter werden. Daher bezieht der sozialdemokratische Sozialismus, der durch egalitären Eifer motiviert ist, privates Vermögen in seine Politik ein und erhebt auch eine Steuer darauf und insbesondere eine Erbschaftssteuer, um den Aufschrei der Bevölkerung über „unverdiente Reichtümer“, die auf Erben entfallen, zu befriedigen.

Wirtschaftlich reduzieren diese Maßnahmen sofort die Höhe der privaten Vermögensbildung. Da der Genuss des Privatvermögens durch die Steuer verhältnismäßig verteuert wird, wird weniger Vermögen neu geschaffen, es wird vermehrter Konsum folgen — auch der der vorhandenen Bestände an nicht produktiv genutzten Reichtümern — und der allgemeine Lebensstandard, der natürlich auch vom Komfort des Privatvermögens abhängt, wird sinken.

Ähnliche Schlussfolgerungen über Verarmungseffekte werden erzielt, wenn das dritte große Feld der Steuerpolitik — das des „natürlichen Vermögens“ — analysiert wird. Aus Gründen, die im Folgenden erörtert werden sollen, hat dieses Feld neben den beiden traditionellen Bereichen monetäre Einkommen und private Vermögensbesteuerung im Laufe der Zeit unter dem Titel der Chancenangleichung an Bedeutung gewonnen. Es brauchte nicht viel,

um festzustellen, dass die Position einer Person im Leben nicht ausschließlich vom monetären Einkommen oder dem Reichtum an nicht produktiv genutzten Gütern abhängt. Es gibt andere Dinge, die im Leben wichtig sind und die zusätzliches Einkommen bringen, auch wenn es nicht in Form von Geld oder anderen Tauschgütern sein mag: eine nette Familie, eine Ausbildung, Gesundheit, gutes Aussehen usw. Ich nenne diese nicht austauschbaren Güter, aus denen sich (psychisches) Einkommen ableiten lässt, „Naturgüter“.

Der von egalitären Idealen geführte Umverteilungssozialismus ärgert sich auch über bestehende Unterschiede in solchen Vermögenswerten und versucht, diese, wenn nicht auszurotten, so doch zumindest zu mäßigen. Aber diese Vermögenswerte, die nicht austauschbare Güter sind, können nicht einfach enteignet und der Erlös dann umverteilt werden. Es ist, gelinde gesagt, auch nicht sehr praktikabel, dieses Ziel dadurch zu erreichen, dass man das nicht-monetäre Einkommen aus natürlichen Ressourcen von Menschen mit höherem Einkommen direkt auf das Niveau von Menschen mit niedrigerem Einkommen reduziert, indem man beispielsweise die Gesundheit der Gesunden ruiniert und sie so den Kranken gleichstellt oder den gut aussehenden Menschen die Gesichter zertrümmert, damit sie wie ihre weniger glücklichen, schlechter aussehenden Mitmenschen aussehen.⁴⁵

So ist die gängige Methode des sozialdemokratischen Sozialismus, um „Chancengleichheit“ zu schaffen, die Besteuerung von Naturgütern. Diejenigen Menschen, von denen angenommen wird, dass sie ein relativ höheres nicht-monetäres Einkommen aus einem Vermögenswert wie der Gesundheit erzielen, unterliegen einer zusätzlichen Steuer, die in Geld zu zahlen ist. Diese Steuer wird dann

⁴⁵ Ein fiktiver Bericht über die Umsetzung einer solchen Politik, die von „der unaufhörlichen Wachsamkeit der Agenten des United States Handcapper General“ überwacht wird, wurde von K. Vonnegut in „Harrison Bergeron“, in K. Vonnegut, *Welcome to the Monkey House* (New York, 1970), gegeben.

an diejenigen Personen umverteilt, deren jeweiliges Einkommen relativ niedrig ist, um sie für diese Tatsache zu entschädigen.

Eine zusätzliche Steuer wird zum Beispiel auf die Gesunden erhoben, um den Ungesunden zu helfen, ihre Arztrechnungen zu bezahlen, oder auf die Gutaussiehenden, um den Hässlichen zu helfen, für plastische Chirurgie zu bezahlen oder sich ein Getränk zu kaufen, damit sie ihr Los vergessen können.

Die wirtschaftlichen Folgen solcher Umverteilungspläne sollten klar sein.

Soweit das psychische Einkommen, das beispielsweise durch Gesundheit repräsentiert wird, einen produktiven, zeit- und kostenintensiven Aufwand erfordert und die Menschen im Prinzip von produktiven Rollen in unproduktive Rollen wechseln oder ihre produktiven Bemühungen in verschiedene, nicht oder weniger stark besteuerte Produktionslinien von nicht austauschbaren oder austauschbaren Gütern lenken können, werden sie dies aufgrund der erhöhten Kosten tun, die mit der Förderung der persönlichen Gesundheit verbunden sind.

Die Gesamtproduktion des betreffenden Reichtums wird sinken, d.h. der allgemeine Gesundheitsstandard wird sich verringern. Und selbst bei wirklich natürlichen Gütern, wie Intelligenz, über die man zugegebenermaßen wenig oder gar nichts tun kann, werden sich Folgen der gleichen Art ergeben, wenn auch nur mit einer Zeitverzögerung von einer Generation. In der Erkenntnis, dass es relativ teuer geworden ist, intelligent und weniger intelligent zu sein, und dass man so viel Einkommen (aller Art) wie möglich für seine Nachkommen haben möchte, wurde der Anreiz für intelligente Menschen, Nachkommen zu zeugen, gesenkt und für nicht-intelligente erhöht.

Angesichts der Gesetze der Genetik wird das Ergebnis eine Population sein, die insgesamt weniger intelligent ist. Außerdem wird in jedem Fall der Besteuerung von Naturgütern, das gilt für das Beispiel der Gesundheit ebenso wie für das der Intelligenz, weil das monetäre Einkommen besteuert wird, eine ähnliche Tendenz

einsetzen wie bei der Einkommensbesteuerung, nämlich die Tendenz, die Anstrengungen für den monetären Ertrag zu verringern und sich stattdessen vermehrt der produktiven Tätigkeit für den nichtmonetären Ertrag oder allen möglichen nichtproduktiven Unternehmungen zu widmen. Und das alles senkt natürlich noch einmal den allgemeinen Lebensstandard.

Aber das ist noch nicht alles, was über die Folgen des sozialdemokratischen Sozialismus gesagt werden muss, da er auch entfernte, aber dennoch sehr wichtige Auswirkungen auf die sozialmoralische Struktur der Gesellschaft haben wird, die sichtbar werden, wenn man die langfristigen Auswirkungen der Einführung von Umverteilungspolitik betrachtet. Es ist wahrscheinlich nicht mehr verwunderlich, dass auch in dieser Hinsicht der Unterschied zwischen dem Sozialismus russischen Stils und dem sozialdemokratischen Sozialismus, obwohl er in einigen Details hochinteressant ist, nicht von einer prinzipiellen Art ist.

Es sei daran erinnert, dass sich erstere zweifach auf die Formierung von Persönlichkeitstypen auswirkte, was den Anreiz zur Entwicklung produktiver Fähigkeiten verringerte und gleichzeitig die Entwicklung politischer Talente begünstigte. Genau das ist auch die Gesamtfolge des sozialdemokratischen Sozialismus.

Da der sozialdemokratische Sozialismus sowohl unproduktive als auch produktive Rollen bevorzugt, die der Öffentlichkeit nicht bekannt sind und daher nicht durch Besteuerung erreicht werden können, ändert sich der Charakter der Bevölkerung entsprechend. Dieser Prozess mag langsam sein, aber solange die eigentümliche Anreizstruktur, die durch Umverteilungspolitiken geschaffen wurde, andauert, ist er ständig in Betrieb.

Es wird weniger in die Entwicklung und Verbesserung der eigenen produktiven Fähigkeiten investiert, und infolgedessen werden die Menschen immer weniger in der Lage sein, ihr Einkommen aus eigener Kraft zu sichern, indem sie produzieren oder Verträge abschließen. Und mit steigendem Besteuerungsgrad und sich erweiterndem Besteuerungskreis werden sich — zumindest was

den öffentlichen Auftritt betrifft — immer mehr Persönlichkeiten entwickeln, die so unauffällig, so einheitlich und so mittelmäßig wie möglich sind.

Da das Einkommen einer Person gleichzeitig von der Politik abhängt, d.h. von der Entscheidung der Gesellschaft über die Umverteilung von Steuern (die natürlich nicht durch Verträge, sondern durch die Überlagerung des Willens einer Person mit dem widerspenstigen Willen einer anderen erreicht wird!), müssen die Menschen umso mehr politisieren, je abhängiger sie werden, d.h., je abhängiger sie werden, desto mehr Zeit und Energie werden sie in die Entwicklung ihrer besonderen Talente investieren müssen, um auf Kosten anderer (d.h. auf nicht-vertragliche Weise) persönliche Vorteile zu erzielen oder eine solche Ausbeutung zu verhindern.

Der Unterschied zwischen beiden Arten des Sozialismus liegt (nur) im Folgenden: Unter dem russischen Sozialismus ist die Kontrolle der Gesellschaft über die Produktionsmittel und damit über das mit ihnen produzierte Einkommen vollständig, und bisher scheint es keinen Raum mehr zu geben, sich auf eine politische Debatte über den richtigen Grad der Politisierung der Gesellschaft einzulassen. Die Frage ist geklärt — so wie sie am anderen Ende des Spektrums geklärt ist, im reinen Kapitalismus, wo es überhaupt keinen Platz für Politik gibt und alle Beziehungen ausschließlich vertraglich sind.

Im sozialdemokratischen Sozialismus hingegen ist die soziale Kontrolle über das privat produzierte Einkommen eigentlich nur partiell, und eine verstärkte oder vollständige Kontrolle existiert nur, da die Gesellschaft noch nicht konkret verwirklicht ist, was nur eine potenzielle Bedrohung darstellt, die über den Köpfen privater Produzenten schwebt. Aber das Leben mit der Drohung, vollständig besteuert zu werden, anstatt tatsächlich nur so besteuert zu werden, erklärt ein interessantes Merkmal des sozialdemokratischen Sozialismus im Hinblick auf die allgemeine Entwicklung hin zu zunehmend politisierten Charakteren.

Es erklärt, warum in einem System des sozialdemokratischen Sozialismus die Art der Politisierung anders ist als im russischen Sozialismus. Unter letzterem wird Zeit und Mühe unproduktiv aufgewendet, um zu diskutieren, wie das gesellschaftliche Einkommen verteilt werden soll; unter dem ersteren wird dies zwar auch getan, aber Zeit und Mühe werden auch für politische Streitigkeiten über die Frage verwendet, wie groß oder klein die sozial verwalteten Einkommensanteile tatsächlich sein sollten. In einem System verstaatlichter Produktionsmittel, in dem diese Frage ein für alle Mal geklärt ist, sind dann relativ mehr Rückzug aus dem öffentlichen Leben, Resignation und Zynismus zu beobachten.

Der sozialdemokratische Sozialismus hingegen, in dem die Frage noch offen ist und in dem Produzenten wie Nichtproduzenten noch eine gewisse Hoffnung auf eine Verbesserung ihrer Lage durch eine Senkung oder Erhöhung der Steuern hegen können, weist weniger eine solche Privatisierung auf und hat stattdessen häufiger Menschen, die sich aktiv in der politischen Agitation entweder für oder gegen eine stärkere Kontrolle der Gesellschaft über die privat produzierten Einkommen einsetzen.⁴⁶ Nachdem sowohl die allgemeine Ähnlichkeit als auch dieser spezifische Unterschied zwischen den beiden Stilen des Sozialismus erklärt wurde, bleibt die Aufgabe, eine kurze Analyse einiger verändernder Kräfte vorzulegen, die die allgemeine Entwicklung hin zu unproduktiven politisierten Persönlichkeiten beeinflussen.

Diese werden durch unterschiedliche Herangehensweisen an das wünschenswerte Muster der Einkommensverteilung bewirkt.

Sowohl der russische als auch der sozialdemokratische Sozialismus stehen vor der Frage, wie das zufällig sozial kontrollierte Einkommen zu verteilen ist. Für den russischen Sozialismus geht es darum, welche Gehälter an Personen zu zahlen sind, die verschiedenen Positionen in der Verwalterwirtschaft zugewiesen

⁴⁶ Zum Phänomen der Politisierung vgl. auch K.S. Templeton, Hrsg., *The Politicization of Society* (Indianapolis, 1977).

wurden. Für den Umverteilungssozialismus ist es die Frage, wie viele Steuern wem zuzuweisen sind. Zwar gibt es im Prinzip unzählige Möglichkeiten, dies zu tun, aber die egalitäre Philosophie beider Arten von Sozialismus reduziert die verfügbaren Optionen effektiv auf drei allgemeine Arten.⁴⁷

Die erste ist die Methode, das monetäre Einkommen (und möglicherweise auch das private, nicht produktiv genutzte Vermögen) aller mehr oder weniger anzugleichen.

Lehrer, Ärzte, Bauarbeiter und Bergleute, Fabrikleiter und Putzfrauen verdienen alle so ziemlich das gleiche Gehalt, oder die Differenz zwischen ihnen ist zumindest erheblich reduziert.⁴⁸ Man

⁴⁷ Zum Anliegen des orthodoxen und sozialdemokratischen Sozialismus für Gleichberechtigung vgl. S. Lukes, „Socialism and Equality“, in: L. Kolakowski und S. Hampshire, Hrsg., *The Socialist Idea* (New York, 1974); auch B. Williams, „The Idea of Equality“, in P. Laslett und W. G. Runciman, Hrsg., *Philosophy, Politics, and Society*, 2. Ausgabe (Oxford, 1962). Zur Kritik am sozialistischen Gleichheitsbegriff vgl. M. N. Rothbard, „Freedom, Inequality, Primitivism and the Division of Labour“, in K.S. Templeton, Hrsg., *The Politicalization of Society* (Indianapolis, 1977); und *Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays*, 2. Ausgabe (Auburn, Ala., 2000); H. Schoeck, *Envy* (New York, 1966); und *Ist Leistung unanständig?* (Osnabrück, 1971); A. Flew, *The Politics of Procrustes* (London, 1980); und *Sociology, Equality and Education* (New York, 1976).

⁴⁸ Traditionell wurde dieser Ansatz zumindest theoretisch vom orthodoxen marxistischen Sozialismus favorisiert — im Einklang mit Marx' berühmtem Diktum in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (K. Marx, *Ausgewählte Werke*, Bd. 2 [London, 1942], S. 566), „von jedem nach seinen Fähigkeiten, von jedem nach seinen Bedürfnissen“. Die wirtschaftliche Realität hat die Länder nach russischem Vorbild jedoch gezwungen, in der Praxis erhebliche Zugeständnisse zu machen. Generell wurde zwar versucht, die (vermeintlich gut sichtbaren) monetären Einnahmen für verschiedene Berufe auszugleichen, aber um die Wirtschaft am Laufen zu halten, mussten erhebliche Unterschiede bei (vermeintlich weniger sichtbaren) nichtmonetären Belohnungen (wie besondere Privilegien in Bezug auf Reisen, Bildung, Wohnen, Einkaufen usw.) eingeführt werden. Bei der Erhebung der Literatur stellen P. Gregory und R. Stuart (*Comparative Economic Systems* [Boston, 1985]) fest: „... die Einnahmen sind in Osteuropa, Jugoslawien und der Sowjetunion gleichmäßiger verteilt als in den Vereinigten Staaten. Für die UdSSR scheint

braucht nicht viel zu sagen, um zu erkennen, dass dieser Ansatz den Anreiz zur Arbeit am drastischsten reduziert, denn es macht keinen großen Unterschied mehr — in Bezug auf das Gehalt — wenn man den ganzen Tag fleißig arbeitet oder die meiste Zeit herumalbert. Da die Unbrauchbarkeit der Arbeit eine Tatsache des Lebens ist, werden die Menschen immer mehr herumalbern, wobei das Durchschnittseinkommen, das jedem garantiert zu sein scheint, relativ gesehen ständig sinkt. Somit verstärkt dieser Ansatz relativ die Tendenz zu Rückzug, Desillusionierung, Zynismus und trägt *mutatis mutandis* zu einer relativen Reduktion der allgemeinen Atmosphäre der Politisierung bei.

Der zweite Ansatz hat das moderatere Ziel, ein Mindesteinkommen zu garantieren, das zwar normalerweise irgendwie mit dem Durchschnittseinkommen verbunden ist, aber deutlich darunterliegt.⁴⁹

dies ein relativ neues Phänomen zu sein, denn noch 1957 waren die sowjetischen Einnahmen ungleicher als die der Vereinigten Staaten.“ In Ländern im sowjetischen Stil wird jedoch „ein relativ größeres Volumen an Ressourcen ... auf einer zusätzlichen Marktbasis bereitgestellt...“ (S. 502). Fazit: „Das Einkommen ist in den kapitalistischen Ländern, in denen der Staat eine relativ geringe Umverteilungsrolle spielt, ungleicher verteilt... (USA, Italien, Kanada). Doch selbst dort, wo der Staat eine große Umverteilungsrolle spielt (Großbritannien, Schweden), scheint die Einkommensverteilung etwas ungleicher zu sein als in den geplanten sozialistischen Ländern (Ungarn, Tschechoslowakei, Bulgarien). Die Sowjetunion im Jahr 1966 scheint eine weniger egalitäre Einkommensverteilung zu haben als ihre osteuropäischen Pendanten“ (S. 504). Vgl. auch F. Parkin, *Class Inequality and Political Order* (New York, 1971), insb. Kap. 6.

⁴⁹ Dieser Ansatz ist traditionell am typischsten für den sozialdemokratischen Sozialismus. In den letzten Jahren wurde es — von der Seite des Wirtschaftsberufs — von M. Friedman mit seinem Vorschlag für eine „negative Einkommenssteuer“ (Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago, 1962, Kap. 12) und von J. Rawls — von der philosophischen Seite — mit seinem „Differenzprinzip“ (Rawls, *A Theory of Justice* [Cambridge, 1971], S. 60, 75 ff., 83) vielfach unterstützt. Dementsprechend haben beide Autoren viel Aufmerksamkeit von sozialdemokratischen Parteintellektuellen erhalten. Im Allgemeinen wurde Friedman nur für „schuldig“ befunden, weil er das Mindesteinkommen nicht hoch

Auch dies verringert den Arbeitsanreiz, denn in dem Maße, in dem die Menschen nur marginale Einkommensproduzenten sind, deren Einkommen aus der Produktion nur geringfügig über dem Mindesteinkommen liegt, werden sie nun eher geneigt sein, ihre Arbeit zu reduzieren oder sogar einzustellen, stattdessen ihre Freizeit zu genießen und sich mit dem Mindesteinkommen zufrieden zu geben. So werden mehr Menschen als sonst unter die Mindestgrenze fallen, oder mehr Menschen als sonst werden jene Eigenschaften behalten oder erwerben, an deren Vorhandensein die Zahlung von Mindestlöhnen geknüpft ist, was wiederum zur Folge hat, dass das Durchschnittseinkommen, an das der Mindestlohn geknüpft ist, unter das Niveau fällt, das es sonst erreicht hätte. Aber natürlich wird der Arbeitsanreiz beim zweiten Ansatz in geringerem Maße reduziert als bei der ersten.

Andererseits wird der zweite Ansatz zu einem relativ höheren Grad der aktiven Politisierung (und weniger des resignierten Austritts) führen, denn im Gegensatz zum durchschnittlichen Einkommen, das objektiv festgestellt werden kann, ist die Höhe der Festlegung des Mindesteinkommens eine völlig subjektive, willkürliche Angelegenheit, die daher besonders anfällig dafür ist, zu einem dauerhaften politischen Thema zu werden.

Zweifelloos wird der höchste Grad an aktiver Politisierung erreicht, wenn der dritte Verteilungsansatz gewählt wird. Das Ziel, das für die Sozialdemokratie immer mehr an Bedeutung gewinnt, ist die Verwirklichung der Chancengleichheit.⁵⁰

genug ansetzen wollte — aber er hatte ohnehin kein prinzipielles Kriterium, um es an einem bestimmten Punkt festzulegen. Rawls, der die „am meisten begünstigte Person“ dazu zwingen will, den „am wenigsten begünstigten“ an seinem Vermögen teilhaben zu lassen, wenn er zufällig seine eigene Position verbessert, wurde manchmal sogar befunden mit seinem Egalitarismus zu weit gegangen zu sein. Vgl. G. Schwan, *Sozialismus in der Demokratie? Theorie einer konsequent sozialdemokratischen Politik* (Stuttgart, 1982), Kap. 3.

⁵⁰ Ein repräsentatives Beispiel für sozialdemokratisch veranlagte Forschung zur Chancengleichheit, insbesondere in Bezug auf Bildung, liefert C. Jencks et. al., *Inequality* (London, 1973); die zunehmende

Die Idee ist, durch Umverteilungsmaßnahmen eine Situation zu schaffen, in der die Chancen eines jeden, jede mögliche (Einkommens-) Position im Leben zu erreichen, gleich sind — sehr ähnlich wie bei einer Lotterie, bei der jedes Los die gleiche Chance hat, ein Gewinner oder ein Verlierer zu sein — und zusätzlich einen Korrekturmechanismus zu haben, der hilft, Situationen von „unverdientem Pech“ (was auch immer das sein mag) zu korrigieren, die im Laufe des permanenten Glücksspiels auftreten könnten. Wörtlich genommen ist diese Idee natürlich absurd: Es gibt keine Möglichkeit, die Chancen von jemandem, der in den Alpen lebt, und jemandem, der am Meer wohnt, anzugleichen.

Darüber hinaus scheint es ziemlich klar, dass die Idee eines korrekten Mechanismus einfach nicht mit der Lottereidée vereinbar ist. Doch gerade dieser hohe Grad an Unbestimmtheit und Verwirrung trägt dazu bei, dass dieses Konzept so beliebt ist.

Was eine Chance ist, was eine Chance anders oder gleich, schlechter oder besser macht, wie viel und welche Art von Ausgleich nötig ist, um Chancen auszugleichen, die zugegebenermaßen physisch nicht ausgeglichen werden können (wie im Beispiel Alpen/See), was unverdientes Pech ist und was eine Wiedergutmachung, sind alles völlig subjektive Fragen. Sie sind auf subjektive Bewertungen angewiesen, verändern sich so, wie sie es tun, und es gibt dann — wenn man das Chancengleichheitskonzept tatsächlich anwendet — ein unbegrenztes Reservoir an allen möglichen Verteilungsanforderungen, aus allen möglichen Gründen und für alle möglichen Menschen.

Dies liegt insbesondere daran, dass der Chancenausgleich mit Forderungen nach Unterschieden beim monetären Einkommen oder Privatvermögen vereinbar ist. A und B könnten das gleiche Einkommen haben und beide gleich reich sein, aber A könnte

Bedeutung der Idee des Chancenausgleichs erklärt auch die Flut soziologischer Studien über „Lebensqualität“ und „soziale Indikatoren“, die seit den späten 1960er Jahren aufgetaucht ist. Vgl. z.B. A. Szalai und F. Andrews, Hrsg., *The Quality of Life* (London, 1980).

schwarz sein, oder eine Frau, oder schlecht sehen, oder in Texas wohnen, oder zehn Kinder haben, oder keinen Ehemann, oder über 65 sein, während B nichts von alledem sein könnte, sondern etwas anderes, und daher könnte A argumentieren, dass seine Chancen, alles Mögliche im Leben zu erreichen, anders oder eher schlechter sind als die von B, und dass er in irgendeiner Weise dafür entschädigt werden sollte, so dass ihre monetären Einkommen, die vorher gleich waren, jetzt unterschiedlich sind. Und B könnte natürlich auf genau die gleiche Weise argumentieren, indem er einfach die implizite Bewertung der Chancen umkehrt. In der Folge wird es zu einem nie dagewesenen Grad an Politisierung kommen.

Alles scheint jetzt fair zu sein, und sowohl Produzenten als auch Nicht-Produzenten, erstere zu defensiven und letztere zu aggressiven Zwecken, werden dazu getrieben, mehr und mehr Zeit damit zu verbringen, die Verteilungsanforderungen zu erhöhen, zu zerstören und ihnen entgegenzuwirken. Und natürlich ist diese Aktivität, wie das Engagement in Freizeitaktivitäten, nicht nur unproduktiv, sondern steht in klarem Gegensatz zur Rolle des Freizeitgenusses, was bedeutet, dass man Zeit damit verbringt, den ungestörten Genuss des produzierten Reichtums sowie seiner Neuproduktion tatsächlich zu stören.

Aber nicht nur durch die Förderung der Idee des Chancenausgleichs wird eine verstärkte Politisierung angeregt (über das vom Sozialismus allgemein implizierte Maß hinaus). Es gibt noch einmal, und das ist vielleicht eines der interessantesten Merkmale des neuen sozialdemokratischen Sozialismus im Vergleich zu seiner traditionellen marxistischen Form, einen neuen und anderen Charakter als die Art der von ihm implizierten Politisierung. Für jede Verteilungspolitik muss es Menschen geben, die sie unterstützen und fördern. Und normalerweise, wenn auch nicht ausschließlich, wird dies von denen getan, die am meisten davon profitieren.

So sind es bei einem System der Einkommens- und Vermögensgleichstellung und auch bei einer Mindesteinkommenspolitik vor allem die „Habenichtse“, die die Politisierung des gesell-

schaftlichen Lebens unterstützen. In Anbetracht der Tatsache, dass es sich dabei im Durchschnitt um Personen mit relativ geringen intellektuellen, insbesondere verbalen Fähigkeiten handelt, führt dies zu einer Politik, der es, gelinde gesagt, an intellektueller Raffinesse zu mangeln scheint. Um es deutlicher auszudrücken, neigt die Politik dazu, geradezu langweilig, dumm und entsetzlich zu sein, sogar für eine beträchtliche Anzahl der Habenichtse selbst.

Andererseits werden bei der Annahme der Idee der Chancengleichheit Unterschiede in den monetären Einkommens- und Vermögensverhältnissen nicht nur zugelassen, sondern sogar verstärkt, sofern dies durch einige zugrunde liegende Diskrepanzen in der Chancenstruktur gerechtfertigt ist, die durch die ersteren Unterschiede kompensiert werden können. Jetzt können sich auch die Besitzenden an dieser Art von Politik beteiligen.

Da sie im Durchschnitt über überlegene verbale Fähigkeiten verfügen und die Aufgabe, Chancen als besser oder schlechter zu definieren, im Wesentlichen eine Frage der rhetorischen Überzeugungskraft ist, ist dies genau ihre Art von Spiel. So werden die Besitzenden nun zur dominierenden Kraft, um den Prozess der Politisierung aufrechtzuerhalten. In zunehmendem Maße werden Leute aus ihren Reihen an die Spitze der sozialistischen Parteiorganisation gelangen, und dementsprechend werden das Erscheinungsbild und die Rhetorik der sozialistischen Politik eine andere Form annehmen, sich mehr und mehr intellektualisieren, ihre Anziehungskraft verändern und eine neue Klasse von Anhängern anziehen.

Damit habe ich das Stadium in der Analyse des sozialdemokratischen Sozialismus erreicht, in dem nur einige Bemerkungen und Beobachtungen erforderlich sind, die helfen werden, die Gültigkeit der obigen theoretischen Überlegungen zu veranschaulichen.

Obwohl dies die Gültigkeit der oben gezogenen Schlussfolgerungen, die ausschließlich von der Wahrheit der Prämissen und der Richtigkeit der Ableitungen abhängen, in keiner Weise beeinträchtigt, gibt es leider keinen nahezu perfekten, quasi experimentellen

Fall, der die Funktionsweise des sozialdemokratischen Sozialismus im Vergleich zum Kapitalismus veranschaulicht, wie es im Fall von Ost- und Westdeutschland in Bezug auf den Sozialismus russischer Prägung der Fall war. Die Veranschaulichung des Punktes würde einen Vergleich offensichtlich unterschiedlicher Gesellschaften beinhalten, in denen die *ceteris* eindeutig nicht *paribus* sind, und somit wäre es nicht mehr möglich, bestimmte Ursachen mit bestimmten Wirkungen ordentlich abzugleichen.

Oft haben Experimente im sozialdemokratischen Sozialismus einfach nicht lange genug gedauert oder wurden wiederholt von einer Politik unterbrochen, die nicht definitiv als sozialdemokratischer Sozialismus eingestuft werden konnte. Oder aber sie wurden von Anfang an mit so unterschiedlichen — und sogar inkonsistenten — Politiken als Ergebnis politischer Kompromisse vermischt, dass in Wirklichkeit verschiedene Ursachen und Wirkungen so miteinander verwoben sind, dass keine auffälligen anschaulichen Beweise für eine These mit einem gewissen Grad an Spezifität vorgelegt werden können. Die Aufgabe, Ursachen und Wirkungen zu entwirren, wird dann wieder zu einer wirklich theoretischen, der die besondere Überzeugungskraft fehlt, die experimentell erbrachte Beweise kennzeichnet.

Nichtsdestotrotz gibt es einige Hinweise, wenn auch nur von zweifelhafterer Qualität. Erstens wird die allgemeine These von der relativen Verarmung durch den Umverteilungssozialismus durch die Tatsache veranschaulicht, dass der Lebensstandard in den Vereinigten Staaten von Amerika relativ höher ist und sich im Laufe der Zeit sogar noch erhöht hat als in Westeuropa oder, genauer gesagt, als in den Ländern der Europäischen Gemeinschaft (EG).

Beide Regionen sind in Bezug auf die Bevölkerungsgröße, die ethnische und kulturelle Vielfalt, die Traditionen und das Erbe sowie die natürlichen Gegebenheiten in etwa vergleichbar, aber die Vereinigten Staaten sind vergleichsweise kapitalistischer und Europa sozialistischer. Jeder neutrale Beobachter wird diesen Punkt

kaum übersehen, wie auch solche globalen Maßnahmen wie Staatsausgaben in Prozent des BSP zeigen, die in den Vereinigten Staaten etwa 35 Prozent betragen, im Vergleich zu etwa 50 Prozent oder mehr in Westeuropa.

Es passt auch ins Bild, dass die europäischen Länder (insbesondere Großbritannien) im neunzehnten Jahrhundert, das von Historikern immer wieder als die Zeit des klassischen Liberalismus bezeichnet wurde, beeindruckendere wirtschaftliche Wachstumsraten aufwiesen als im zwanzigsten Jahrhundert, das im Gegensatz dazu als die Zeit des Sozialismus und des Etatismus bezeichnet wurde. Ebenso wird die Gültigkeit der Theorie durch die Tatsache veranschaulicht, dass Westeuropa in Bezug auf die Wirtschaftswachstumsraten zunehmend von einigen pazifischen Ländern wie Japan, Hongkong, Singapur und Malaysia übertroffen wurde; und dass letztere, indem sie einen relativ kapitalistischeren Kurs einschlugen, inzwischen einen viel höheren Lebensstandard erreicht haben als sozialistisch ausgerichtete Länder, die etwa zur gleichen Zeit mit ungefähr der gleichen Basis der wirtschaftlichen Entwicklung begannen, wie etwa Indien.

Zu spezifischeren Beobachtungen kommen dann die jüngsten Erfahrungen Portugals, wo 1974 das autokratische Salazar-Regime des konservativen Sozialismus (eine andere Art von Sozialismus), das Portugal zu einem der ärmsten Länder Europas gemacht hatte, in einem Umbruch durch den umverteilenden Sozialismus (mit Elementen der Verstaatlichung) abgelöst wurde und wo seitdem der Lebensstandard noch weiter gesunken ist, was das Land buchstäblich zu einer Region der Dritten Welt gemacht hat.

Es gibt auch das sozialistische Experiment in Frankreich unter Mitterand, das zu einer sofortigen Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage geführt hat, die so spürbar war — am auffälligsten war der drastische Anstieg der Arbeitslosigkeit und die wiederholte Abwertung der Währungen — dass nach weniger als zwei Jahren ein starker Rückgang der öffentlichen Unterstützung für die Regierung eine Kehrtwende in der Politik erzwang, die fast schon

komisch war, da sie auf eine völlige Verleugnung dessen hinauslief, was noch wenige Wochen zuvor als ihre liebsten Überzeugungen propagiert worden war.

Der lehrreichste Fall könnte jedoch wieder von Deutschland und diesmal Westdeutschland geliefert werden.⁵¹

Von 1949 bis 1966 gab es eine liberal-konservative Regierung, die sich in bemerkenswerter Weise den Grundsätzen der Marktwirtschaft verpflichtet fühlte, auch wenn sich von Anfang an in erheblichem Maße konservativ-sozialistische Elemente einmischten, die im Laufe der Zeit an Bedeutung gewannen. Auf jeden Fall war Westdeutschland in dieser Zeit von allen großen europäischen Nationen relativ gesehen das kapitalistischste Land, was dazu führte, dass es die wohlhabendste Gesellschaft Europas wurde, mit Wachstumsraten, die die aller Nachbarländer übertrafen.

Bis 1961 wurden Millionen von deutschen Flüchtlingen und später Millionen von ausländischen Arbeitskräften aus südeuropäischen Ländern in die expandierende Wirtschaft integriert und Arbeitslosigkeit und Inflation waren fast unbekannt. Dann übernahm nach einer kurzen Übergangszeit von 1969 bis 1982 (fast die gleiche Zeitspanne) eine sozialdemokratisch geführte sozialistisch-liberale Regierung. Sie erhöhte Steuern und Sozialversicherungsbeiträge erheblich, erhöhte die Zahl der Beschäftigten im öffentlichen Dienst, steckte zusätzliche Steuergelder in bestehende Sozialprogramme, erschuf neue und erhöhte die Ausgaben für alle Arten von sogenannten „öffentlichen Gütern“ erheblich, wodurch angeblich die Chancen ausgeglichen und die gesamte „Lebensqualität“ verbessert wurde.

Durch den Rückgriff auf eine keynesianische Politik der Defizitfinanzierung und der unvorhergesehenen Inflation könnten die Auswirkungen der Anhebung der sozial garantierten Mindestversorgung für Nichtproduzenten auf Kosten der stärker besteuerten

⁵¹ Vgl. im Folgenden auch R. Merklein, *Griff in die eigene Tasche* (Hamburg, 1980); und *Die Deutschen werden ärmer* (Hamburg, 1982).

Produzenten um einige Jahre hinausgezögert werden (das Motto der Wirtschaftspolitik des ehemaligen westdeutschen Bundeskanzlers Helmut Schmidt lautete „lieber 5 Prozent Inflation als 5 Prozent Arbeitslosigkeit“). Sie sollten jedoch erst etwas später drastisch werden, da die unvorhergesehene Inflation und die Kreditausweitung die für einen Boom typischen Über- oder besser Fehlinvestitionen hervorgerufen und verlängert hatten.

Infolgedessen gab es nicht nur viel mehr als 5 Prozent Inflation, sondern auch die Arbeitslosigkeit stieg stetig an und näherte sich 10 Prozent; das Wachstum des BSP wurde immer langsamer, bis es in den letzten Jahren des Zeitraums tatsächlich in absoluten Zahlen fiel. Statt einer expandierenden Wirtschaft ging die absolute Zahl der Beschäftigten zurück; es wurde immer mehr Druck auf ausländische Arbeitskräfte ausgeübt, das Land zu verlassen, und gleichzeitig wurden die Einwanderungsschranken immer höher gesetzt. All dies geschah, während die Bedeutung der Schattenwirtschaft stetig wuchs.

Dies waren jedoch nur die offensichtlichsten Auswirkungen einer eng umrissenen Wirtschaftsform. Es gab noch weitere Auswirkungen anderer Art, die sogar von größerer Bedeutung waren. Mit der neuen sozialistisch-liberalen Regierung trat die Idee des Chancenausgleichs in den ideologischen Vordergrund. Und wie theoretisch vorhergesagt wurde, war es insbesondere die offizielle Verbreitung der Idee „mehr Demokratie wagen“ — zunächst einer der populärsten Slogans der neuen Ära (Willy Brandts) — die zu einem noch nie dagewesenen Grad der Politisierung führte.

Im Namen der Chancengleichheit wurden alle möglichen Forderungen erhoben, und es gab kaum einen Lebensbereich, von der Kindheit bis zum Alter, von der Freizeit bis zu den Arbeitsbedingungen, der nicht intensiv auf mögliche Unterschiede hin untersucht wurde, die er den verschiedenen Menschen hinsichtlich der als relevant definierten Chancen bot. Es überrascht nicht, dass solche Möglichkeiten und solche Unterschiede ständig gefunden

wurden⁵², und dementsprechend schien sich der Bereich der Politik fast täglich auszudehnen. „Es gibt keine Frage, die nicht politisch ist“, war immer öfter zu hören.

Um dieser Entwicklung einen Schritt voraus zu bleiben, mussten sich auch die Machthaber ändern. Insbesondere die Sozialdemokraten, traditionell eine Arbeiterpartei, mussten ein neues Image entwickeln.

Mit der Idee des Chancenausgleichs auf dem Vormarsch wurde sie zunehmend, wie vorhergesagt werden konnte, zur Partei der (verbalen) Intelligenzia, der Sozialwissenschaftler und der Lehrer. Und diese „neue“ Partei, fast wie um zu beweisen, dass ein Prozess der Politisierung hauptsächlich von denen getragen wird, die von ihren Verteilungsplänen profitieren können, und dass die Definition von Chancen im Wesentlichen willkürlich und eine Frage der rhetorischen Macht ist, hat es dann zu einem ihrer zentralen Anliegen gemacht, die unterschiedlichsten politischen Energien, die in Gang gesetzt werden, in den Bereich der Ausgleichung vor allem der Bildungschancen zu lenken.

Insbesondere „egalisierten“ sie die Chancen für das Gymnasium und eine universitäre Ausbildung, indem sie die jeweiligen Dienstleistungen nicht nur kostenlos anboten, sondern buchstäblich große Gruppen von Studenten dafür bezahlten, sie zu nutzen. Dies erhöhte nicht nur die Nachfrage nach Pädagogen, Lehrern und Sozialwissenschaftlern, deren Bezahlung naturgemäß aus Steuern stammen musste. Es war auch etwas ironisch für eine sozialistische Partei, die argumentierte, dass der Ausgleich von Bildungschancen einen Einkommenstransfer von den Reichen zu den Armen bedeuten würde, in der Tat eine Subvention, die den Intelligenten zu Lasten einer komplementären Einkommensreduktion für die weniger Intelligenten gezahlt wird, und, in dem Maße, in dem es eine höhere Anzahl intelligenter Menschen in der mittleren

⁵² Vgl. stellvertretend W. Zapf, Hrsg., *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik* (Frankfurt/M., 1978).

und oberen sozialen Klasse gibt als in den unteren, eine Subvention für die Habenden, die von den Habenichtsen gezahlt wird.⁵³

Als Ergebnis dieses Prozesses der Politisierung, bei dem immer mehr steuerfinanzierte Pädagogen Einfluss auf immer mehr Schüler gewinnen, kam es (wie vorauszusehen war) zu einem Wandel in der Mentalität der Menschen. Es wurde zunehmend als völlig normal angesehen, alle möglichen Forderungen mit politischen Mitteln zu befriedigen und alle möglichen angeblichen Rechte gegen andere vermeintlich besser situierte Menschen und ihr Eigentum einzufordern; und für eine ganze Generation von Menschen, die in dieser Zeit aufgewachsen waren, wurde es immer weniger natürlich, daran zu denken, sein Los durch produktive Anstrengungen oder durch Verträge zu verbessern. Als die eigentliche Wirtschaftskrise, die durch die Umverteilungspolitik notwendig wurde, eintrat, waren die Menschen also weniger denn je in der Lage, sie zu überwinden, weil dieselbe Politik im Laufe der Zeit genau die Fähigkeiten und Talente geschwächt hatte, die jetzt am dringendsten benötigt wurden.

Als die sozialistisch-liberale Regierung 1982 vor allem wegen ihrer offensichtlich miserablen Wirtschaftsleistung abgesetzt wurde, herrschte bezeichnenderweise immer noch die Meinung vor, dass die Krise nicht durch die Beseitigung der Ursachen, d.h. der aufgeblähten Mindestversorgung für Nicht-Produzenten oder Nicht-Unternehmer, sondern durch eine andere Umverteilungsmaßnahme zu lösen sei: durch eine erzwungene Angleichung der verfügbaren Arbeitszeit für Beschäftigte und Arbeitslose.

Und im Einklang mit diesem Geist hat die neue konservativ-liberale Regierung in der Tat nicht mehr als die Wachstumsrate der Steuern verlangsamt.

⁵³ Vgl. hierzu A. Alchian, „The Economic and Social Impact of Free Tuition“ in A. Alchian, *Economic Forces at Work* (Indianapolis, 1977).

Kapitel 5

Der Sozialismus des Konservatismus

In den beiden vorangegangenen Kapiteln wurden die Formen des Sozialismus diskutiert, die am häufigsten als solche bekannt sind und identifiziert werden und die in der Tat aus den gleichen ideologischen Quellen stammen: Sozialismus im russischen Stil, wie er am auffälligsten von den kommunistischen Ländern des Ostblocks vertreten wird; und sozialdemokratischer Sozialismus mit seinen typischsten Vertretern in den sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas und in geringerem Maße bei den „Liberals“ der Vereinigten Staaten. Die Eigentumsregeln, die ihren politischen Systemen zugrunde liegen, wurden analysiert und die Idee vorgestellt, dass man die Eigentumsgrundsätze des russischen oder sozialdemokratischen Sozialismus in unterschiedlichem Maße anwenden kann: Man kann alle Produktionsmittel oder nur wenige vergesellschaften und man kann fast alle Einkommen, egal welcher Art, besteuern und umverteilen, oder man kann dies mit nur einem kleinen Teil von nur wenigen Arten von Einkommen tun. Aber, wie durch theoretische Mittel und, weniger streng, durch einige illustrative empirische Beweise gezeigt wurde, solange man sich überhaupt an diese Prinzipien hält und nicht ein für alle Mal den Begriff der Eigentumsrechte von Nichtproduzenten (Nichtnutzern) und Nichtunternehmern aufgibt, muss relative Verarmung die Folge sein.

Dieses Kapitel wird zeigen, dass dies auch für den Konservatismus gilt, denn auch er ist eine Form des Sozialismus. Auch der

Konservatismus führt zur Verarmung, und zwar umso mehr, je konsequenter er angewandt wird. Bevor wir jedoch auf eine systematische und detaillierte ökonomische Analyse der besonderen Art und Weise eingehen, in der der Konservatismus diesen Effekt hervorruft, erscheint es angebracht, einen kurzen Blick auf die Geschichte zu werfen, um besser zu verstehen, warum Konservatismus tatsächlich Sozialismus ist und wie er mit den beiden zuvor diskutierten egalitären Formen des Sozialismus zusammenhängt.

Grob gesagt, existierte vor dem achtzehnten Jahrhundert in Europa und auf der ganzen Welt ein soziales System des „Feudalismus“ oder „Absolutismus“, das in der Tat Feudalismus in größtrem Maßstab war.⁵⁴ Abstrakt ausgedrückt war die Gesellschaftsordnung des Feudalismus durch einen regionalen Oberherrn gekennzeichnet, der das Eigentum eines Gebiets, einschließlich all seiner Ressourcen und Güter, und oft auch an allen darauf platzierten Menschen beanspruchte, ohne sie ursprünglich selbst durch Gebrauch oder Arbeit angeeignet zu haben und ohne einen vertraglichen Anspruch darauf zu haben. Im Gegenteil, das Territorium, oder besser gesagt, die verschiedenen Teile davon und die darauf liegenden Güter, waren zuvor von verschiedenen Menschen (den „natürlichen Eigentümern“) aktiv besetzt, genutzt und produziert worden. Die Eigentumsansprüche der Feudalherren wurden somit aus dem Nichts abgeleitet. Daher musste die auf diesen angeblichen Eigentumsrechten beruhende Praxis, Land und andere Produktionsfaktoren an die natürlichen Eigentümer als Gegenleistung für vom Oberherrn einseitig festgelegte Waren und Dienstleistungen zu verpachten, gegen den Willen dieser natürlichen Eigentümer mit brutaler und bewaffneter Gewalt mit Hilfe einer edlen Kaste von Militärs durchgesetzt werden, die vom Oberherrn für ihre Dienste belohnt wurden, indem sie sich an seinen ausbeuterischen Methoden und Erträgen beteiligten und daran teilhaben

⁵⁴ Vgl. dazu insbesondere M. N. Rothbards brillanten Aufsatz „Left and Right: The Prospects for Liberty“ in *Egalitarianism as a Revolt Against Nature*, Washington, 1974.

durften. Für den einfachen Menschen, der dieser Ordnung unterworfen war, bedeutete das Leben Tyrannei, Ausbeutung, wirtschaftliche Stagnation, Armut, Hunger und Verzweiflung.⁵⁵

Wie zu erwarten war, gab es Widerstand gegen dieses System. Interessanterweise litt jedoch (aus heutiger Sicht) nicht die bäuerliche Bevölkerung am meisten unter der bestehenden Ordnung, sondern die Kaufleute und Händler, die zu den führenden Gegnern des Feudalsystems wurden. Der Kauf zu einem niedrigeren Preis an einem Ort und das Reisen und Verkaufen zu einem höheren Preis an einem anderen Ort, wie sie es taten, machten ihre Unterordnung unter einen Feudalherrn relativ schwach. Sie waren im Wesentlichen eine Klasse von „internationalen“ Männern, die ständig die Grenzen verschiedener feudaler Territorien überschritten. Um Geschäfte machen zu können, brauchten sie ein stabiles, international gültiges Rechtssystem: ein zeit- und ortsunabhängiges Regelwerk, das Eigentum und Vertrag definiert und die Entwicklung von Kredit-, Bank- und Versicherungsinstituten erleichtert, die für jedes große Handelsgeschäft unerlässlich sind. Dies führte natürlich zu Spannungen zwischen den Kaufleuten und den Feudalherren als Vertretern verschiedener willkürlicher, regionaler Rechtsordnungen. Die Kaufleute wurden zu Ausgestoßenen des Feudalismus, permanent bedroht und schikaniert von der edlen Militärkaste, die versuchte, sie unter ihre Kontrolle zu bringen.⁵⁶

Um dieser Bedrohung zu entkommen, waren die Kaufleute gezwungen, sich zu organisieren und dabei zu helfen, kleine befestigte Handelsplätze am Rande der Zentren der feudalen Macht zu errichten. Als Orte teilweiser Exterritorialität und zumindest teilweiser Freiheit zogen sie bald eine wachsende Zahl von Bauern

⁵⁵ Zur Sozialstruktur des Feudalismus vgl. M. Bloch, *Feudal Society*, Chicago, 1961; P. Anderson, *Passages from Antiquity to Feudalism*, London, 1974; R. Hilton (Hrsg.), *The Transition from Feudalism to Capitalism*, London, 1978.

⁵⁶ Vgl. H. Pirenne, *Medieval Cities. Their Origins and the Revival of Trade*, Princeton, 1974, Kapitel 5, insb. S. 126ff.

an, die der feudalen Ausbeutung und dem wirtschaftlichen Elend entflohen, und wuchsen zu kleinen Städten heran, die die Entwicklung von Handwerk und produktiven Unternehmen förderten, die in dem für die feudale Ordnung selbst charakteristischen Umfeld der Ausbeutung und Rechtsunsicherheit nicht hätten entstehen können. Dieser Prozess war dort ausgeprägter, wo die Feudalkräfte relativ schwach waren und wo die Macht auf eine große Anzahl von oft sehr kleinen, rivalisierenden Feudalherren verteilt war. In den Städten Norditaliens, den Städten der Hanse und denen Flanderns blühte der Geist des Kapitalismus zum ersten Mal auf und Handel und Produktion erreichten ihr höchstes Niveau.⁵⁷

Diese teilweise Befreiung von den Beschränkungen und der Stagnation des Feudalismus war jedoch nur vorübergehend, und es

⁵⁷ Es ist hervorzuheben, dass im Gegensatz zu dem, was verschiedene nationalistische Historiker gelehrt haben, die Wiederbelebung von Handel und Industrie durch die Schwäche der Zentralstaaten, durch den im Wesentlichen anarchistischen Charakter des Feudalsystems verursacht wurde. Diese Erkenntnis wurde von J. Baechler in *The Origins of Capitalism*, New York, 1976, insbesondere in Kapitel 7 hervorgehoben. Er schreibt: „Die ständige Expansion des Marktes, sowohl in der Ausdehnung als auch in der Intensität, war das Ergebnis des Fehlens einer politischen Ordnung, die sich über ganz Westeuropa erstreckte.“ (S. 73) „Die Expansion des Kapitalismus verdankt seinen Ursprung und seine Existenzberechtigung der politischen Anarchie... Kollektivismus und Staatsführung sind nur in Schulbüchern gelungen (siehe zum Beispiel das ständig positive Urteil, das sie über den Kolbertismus fällen.“ (S. 77) „Alle Macht tendiert zum Absoluten. Wenn es nicht absolut ist, liegt das daran, dass Arten der Einschränkungen ins Spiel gekommen sind... diejenigen in Machtpositionen im Zentrum versuchten unaufhörlich, diese Einschränkungen auszuhöhlen. Es ist ihnen nie gelungen, und das aus einem Grund, der mir auch an das internationale System gebunden erscheint: Eine Beschränkung der Macht, nach außen zu handeln, und die ständige Bedrohung durch ausländische Angriffe (die beiden Merkmale eines multipolaren Systems) implizieren, dass die Macht auch nach innen begrenzt ist und sich auf autonome Entscheidungszentren stützen muss und sie daher nur sparsam nutzen darf.“ (S. 78) Zur Rolle von ökologischem und reproduktivem Druck für die Entstehung des Kapitalismus vgl. M. Harris, *Cannibals and Kings*, New York, 1978, Kapitel 14.

folgten Reaktion und Niedergang. Dies war zum Teil auf interne Schwächen in der Bewegung der neuen Händlerklasse selbst zurückzuführen. Noch zu tief in den Köpfen der Menschen verwurzelt war die feudale Denkweise in Bezug auf unterschiedliche Ränge, die den Menschen zugewiesen wurden, auf Unterordnung und Macht und auf Ordnung, die den Menschen durch Zwang auferlegt werden musste. Daher wurde in den neu entstehenden Handelszentren bald eine neue Reihe von außervertraglichen Vorschriften und Beschränkungen — jetzt „bürgerlichen“ Ursprungs — eingeführt. Es bildeten sich Zünfte, die den freien Wettbewerb einschränkten, und es entstand eine neue Kaufmannsoligarchie.⁵⁸ Wichtiger für diesen reaktionären Prozess war jedoch eine weitere Tatsache. In ihrem Bestreben, sich von den ausbeuterischen Eingriffen der verschiedenen Feudalherren zu befreien, mussten die Kaufleute nach natürlichen Verbündeten suchen. Verständlicherweise fanden sie solche Verbündeten in der Klasse der Feudalherren, die zwar vergleichsweise mächtiger waren als ihre adligen Mitstreiter, deren Machtzentren jedoch in größerer Entfernung zu den um Hilfe ersuchenden Handelsstädten lagen. Indem sie sich der Kaufmannsklasse anschlossen, versuchten sie, ihre Macht auf Kosten anderer, kleinerer Herren über ihren gegenwärtigen Bereich hinaus auszudehnen.⁵⁹ Um dieses Ziel zu erreichen,

⁵⁸ Vgl. hierzu den eher enthusiastischen Bericht von H. Pirenne, *Medieval Cities*, Princeton, 1974, S. 208ff.

⁵⁹ Zu dieser Koalition vgl. H. Pirenne, *Medieval Cities*, Princeton, 1974. „Das klare Interesse der Monarchie war es, die Gegner des Hochfeudalismus zu unterstützen. Natürlich wurde Hilfe geleistet, wo immer es möglich war, ohne dass man sich gegenüber dem Bürgertum verpflichtet fühlte, das sich gegen seine Herren erhob und im Grunde genommen im Interesse der königlichen Vorrechte kämpfte. Den König als Schiedsrichter ihres Streits zu akzeptieren, bedeutete für die Konfliktparteien, seine Souveränität anzuerkennen... Es war unmöglich, dass das Königtum dies nicht zur Kenntnis nahm und jede Gelegenheit nutzte, um den Gemeinden seinen guten Willen zu zeigen, die, ohne dies zu beabsichtigen, so nützlich in seinem Namen arbeiteten“ (S. 179-80; vgl. auch S. 227f).

gewährten sie den aufstrebenden städtischen Zentren zunächst gewisse Ausnahmen von den „normalen“ Verpflichtungen, die den Untertanen der Feudalherrschaft oblagen, und sicherten so ihre Existenz als Orte teilweiser Freiheit und boten Schutz vor den benachbarten Feudalmächten. Aber sobald die Koalition mit ihrem gemeinsamen Versuch, die lokalen Herren zu schwächen, Erfolg hatte und der „fremde“ feudale Verbündete der Handelsstädte sich dadurch als reale Macht außerhalb seines angestammten Territoriums etabliert hatte, ging sie voran und etablierte sich als feudale Supermacht, d.h. als Monarchie, mit einem König, der seine eigenen ausbeuterischen Regeln denen des bereits bestehenden Feudalsystems überlagerte. Der Absolutismus war geboren; und da dies nichts als Feudalismus in größerem Maßstab war, setzte wieder wirtschaftlicher Niedergang ein, die Städte zerfielen, und Stagnation und Elend kehrten zurück.⁶⁰

Erst im späten siebzehnten und frühen achtzehnten Jahrhundert wurde der Feudalismus wirklich heftig angegriffen. Diesmal war der Angriff schwerwiegender, weil es nicht mehr nur der Versuch praktischer Männer — der Kaufleute — war, sich Sphären relativer Freiheit zu sichern, um ihre praktischen Geschäfte zu erledigen. Es war zunehmend ein ideologischer Kampf gegen den Feudalismus. Die intellektuelle Reflexion über die Ursachen des erlebten Aufstiegs und Niedergangs von Handel und Industrie und ein intensiveres Studium des römischen und insbesondere des Naturrechts, die beide im Laufe des Kampfes der Kaufleute um die Entwicklung eines internationalen Kaufmannsrechts wiederentdeckt und gegen die konkurrierenden Ansprüche des Feudalrechts gerechtfertigt worden waren, hatten zu einem fundierteren Verständnis des Begriffs der Freiheit und der Freiheit als Voraussetzung für wirtschaftlichen Wohlstand geführt.⁶¹ Als sich diese Ideen, die in Werken wie J. Lockes „Zwei Abhandlungen über die

⁶⁰ Vgl. P. Anderson, *Lineages of Absolutism*, London, 1974.

⁶¹ Vgl. L. Tigar und M. Levy, *Law and the Rise of Capitalism*, New York, 1977.

Regierung“, 1688, und A. Smiths „Wohlstand der Nationen“, 1776, gipfelten, in einem stetig wachsenden Kreis von Menschen ausbreiteten und besetzten, verlor die alte Ordnung ihre Legitimität. Die alte Denkweise in Bezug auf feudale Bindungen wich nach und nach der Idee einer Vertragsgesellschaft. Die Glorious Revolution von 1688 in England, die Amerikanische Revolution von 1776 und die Französische Revolution von 1789 waren schließlich der äußere Ausdruck dieses Wandels in der öffentlichen Meinung, und nach diesen Revolutionen war nichts mehr wie vorher. Sie bewiesen ein für alle Mal, dass die alte Ordnung nicht unbesiegbar war, und sie weckten neue Hoffnung auf weitere Fortschritte auf dem Weg zu Freiheit und Wohlstand.

Der Liberalismus, wie die ideologische Bewegung, die diese weltbewegenden Ereignisse hervorgebracht hatte, genannt wurde, ging aus diesen Revolutionen stärker denn je hervor und wurde für etwas mehr als ein halbes Jahrhundert zur dominierenden ideologischen Kraft in Westeuropa. Er war die Partei der Freiheit und des durch Beruf und Vertrag erworbenen Privateigentums und wies dem Staat lediglich die Rolle des Vollstreckers dieser natürlichen Regeln zu.⁶² Mit Überresten des Feudalsystems, die überall noch in Kraft sind, jedoch in ihrer ideologischen Grundlage erschüttert sind, war es die Partei, die eine zunehmend liberalisierte, deregulierte, vertraglich vereinbarte Gesellschaft nach innen und außen, d.h. sowohl in Bezug auf innere als auch auf äußere Angelegenheiten und Beziehungen, vertrat. Und da die europäischen Gesellschaften unter dem Druck liberaler Ideen zunehmend frei von feudalen Restriktionen wurden, wurde sie auch zur Partei der industriellen Revolution, die genau durch diesen Liberalisierungsprozess verursacht und angeregt wurde. Die wirtschaftliche Entwicklung setzte in einem Tempo ein, das die Menschheit noch nie zuvor erlebt hatte. Industrie und Handel blühten, Kapitalbildung und

⁶² Vgl. L. v. Mises, *Liberalismus*, Jena, 1929; auch E. K. Bramsted und K. J. Melhuish (Hrsg.), *Western Liberalism*, London, 1978.

Akkumulation erreichten neue Höhen. Der Lebensstandard stieg zwar nicht sofort für alle, aber es wurde möglich, eine wachsende Zahl von Menschen zu ernähren — Menschen, die noch wenige Jahre zuvor im Feudalismus aufgrund des fehlenden wirtschaftlichen Reichtums verhungert wären, konnten nun überleben. Da zudem das Bevölkerungswachstum unter der Wachstumsrate des Kapitals lag, konnte nun jeder realistischerweise die Hoffnung hegen, dass der Lebensstandard bald steigen würde.⁶³

Vor diesem Hintergrund der Geschichte (natürlich etwas stromlinienförmig, wie es gerade dargestellt wurde) muss das Phänomen des Konservatismus als Form des Sozialismus und seine Beziehung zu den beiden Versionen des Sozialismus, die aus dem Marxismus stammen, gesehen und verstanden werden. Alle Formen des Sozialismus sind ideologische Antworten auf die Herausforderung durch den Fortschritt des Liberalismus; aber ihr Standpunkt gegen den Liberalismus und Feudalismus — die alte Ordnung, zu deren Zerstörung der Liberalismus beigetragen hatte — unterscheidet sich erheblich. Der Vormarsch des Liberalismus hatte den sozialen Wandel in einem Tempo, in einem Ausmaß und in Variationen vorangetrieben, die es zuvor nicht gegeben hatte. Die Liberalisierung der Gesellschaft führte dazu, dass zunehmend nur diejenigen Menschen eine einmal erworbene gesellschaftliche Stellung halten konnten, die dies dadurch am effizientesten für die dringendsten Bedürfnisse freiwilliger Verbraucher mit möglichst geringen Kosten tun konnten und sich ausschließlich auf vertragliche Beziehungen in Bezug auf die Einstellung von Produktionsfaktoren und insbesondere von Arbeitskräften stützten. Allein durch Gewalt aufrechterhaltene Imperien zerbröckelten unter diesem Druck. Und da sich die Verbrauchernachfrage, an die sich die Produktionsstruktur nun zunehmend anpassen musste (und nicht umgekehrt), ständig veränderte und die Entstehung neuer Unter-

⁶³ Vgl. F. A. Hayek (Hrsg.), *Capitalism and the Historians*, Chicago, 1963.

nehmen immer weniger reguliert wurde (soweit sie das Ergebnis ursprünglicher Aneignung und/oder Vertrag war), war die relative Position in der Hierarchie von Einkommen und Vermögen für niemanden mehr sicher. Stattdessen nahm die soziale Mobilität nach oben und unten erheblich zu, denn weder die Eigentümer bestimmter Faktoren noch die Eigentümer bestimmter Arbeitsleistungen waren gegen entsprechende Nachfrageveränderungen gefeit. Ihnen wurden keine stabilen Preise oder ein stabiles Einkommen mehr garantiert.⁶⁴

Alter marxistischer und neuer sozialdemokratischer Sozialismus sind die egalitären, progressiven Antworten auf diese Herausforderung von Wandel, Unsicherheit und Mobilität. Wie der Liberalismus feiern sie die Zerstörung des Feudalismus und den Vormarsch des Kapitalismus. Sie erkennen, dass es der Kapitalismus war, der die Menschen von ausbeuterischen feudalen Bindungen befreite und enorme Verbesserungen in der Wirtschaft hervorbrachte; und sie verstehen, dass der Kapitalismus und die durch ihn bewirkte Entwicklung der Produktivkräfte ein notwendiger und positiver evolutionärer Schritt auf dem Weg zum Sozialismus war. Der Sozialismus, wie sie ihn verstehen, teilt die gleichen Ziele mit dem Liberalismus: Freiheit und Wohlstand. Aber der Sozialismus verbessert angeblich die Errungenschaften des Liberalismus, indem er den Kapitalismus — die Anarchie der Produktion privater Konkurrenten, die den eben erwähnten Wandel, die Mobilität, die Unsicherheit und die Unruhe im sozialen Gefüge verursacht — auf seiner höchsten Entwicklungsstufe durch eine rational geplante und koordinierte Wirtschaft ersetzt, die verhindert, dass die aus diesem Wandel resultierenden Unsicherheiten auf individueller Ebene spürbar werden. Leider ist das natürlich, wie die letzten beiden Kapitel hinreichend aufgezeigt haben, eine eher verworrene Idee. Gerade dadurch, dass die Individuen durch Umverteilungs-

⁶⁴ Zur sozialen Dynamik des Kapitalismus sowie den dadurch hervorgerufenen Ressentiments vgl. D. Mc. C. Wright, *Democracy and Progress*, New York, 1948; und *Capitalism*, New York, 1951.

maßnahmen für Veränderungen unempfindlich gemacht werden, wird ihnen der Anreiz genommen, sich schnell an künftige Veränderungen anzupassen, und damit sinkt der Wert der produzierten Leistung, ausgedrückt in der Bewertung durch die Verbraucher. Und gerade weil ein Plan an die Stelle vieler scheinbar unkoordinierter Pläne tritt, wird die Freiheit des Einzelnen eingeschränkt und die Herrschaft eines Menschen über einen anderen entsprechend verstärkt.

Der Konservatismus hingegen ist die anti-egalitäre, reaktionäre Antwort auf die dynamischen Veränderungen, die durch eine liberalisierte Gesellschaft in Gang gesetzt werden: Er ist antiliberal und neigt dazu, statt die Errungenschaften des Liberalismus anzuerkennen, das alte System des Feudalismus als geordnet und stabil zu idealisieren und zu verherrlichen.⁶⁵ Als postrevolutionäres Phänomen tritt er nicht unbedingt und geradezu für eine Rückkehr zum vorrevolutionären Status quo ante ein und akzeptiert gewisse Veränderungen, wenn auch bedauerlicherweise, als unumkehrbar. Aber es ist kaum verwunderlich, wenn alte Feudalmächte, die im Zuge der Liberalisierung ihren Besitz ganz oder teilweise an die natürlichen Eigentümer verloren haben, wieder in ihre alte Position zurückkehren, und sie propagieren entschieden und offen die Erhaltung des Status quo, d.h. der gegebenen höchst ungleichen Verteilung von Eigentum, Vermögen und Einkommen. Ihre Idee ist es, die permanenten Veränderungen und Mobilitätsprozesse, die durch Liberalismus und Kapitalismus hervorgerufen werden, möglichst vollständig zu stoppen oder zu verlangsamen und stattdessen ein geordnetes und stabiles Gesellschaftssystem wieder-

⁶⁵ Trotz ihrer generell progressiven Haltung ist die sozialistische Linke auch von solchen konservativen Verherrlichungen der feudalen Vergangenheit nicht ganz befreit. In ihrer Verachtung für die „Entfremdung“ des Produzenten von seinem Produkt, die natürlich die normale Konsequenz eines jeden arbeitsteiligen Marktsystems ist, haben sie das wirtschaftlich autarke Feudalgut häufig als gemütliches, gesundes Gesellschaftsmodell dargestellt. Vgl. z.B. K. Polanyi, *The Great Transformation*, New York, 1944.

herzustellen, in dem jeder sicher in der Position bleibt, die ihm die Vergangenheit zugewiesen hatte.⁶⁶

Um dies zu erreichen, muss der Konservatismus für die Legitimität außervertraglicher Mittel beim Erwerb und der Beibehaltung von Eigentum und daraus abgeleiteten Einkünften eintreten und tut dies auch, da gerade die ausschließliche Berufung auf vertragliche Beziehungen die Ursache für die Dauerhaftigkeit von Veränderungen in der relativen Verteilung von Einkommen und Vermögen war. Genauso wie der Feudalismus den Erwerb und die Aufrechterhaltung von Eigentum und Reichtum durch Gewalt erlaubte, ignoriert der Konservatismus, ob Menschen ihre gegebene Einkommens- und Vermögensposition durch ursprüngliche Aneignung und Vertrag erworben haben oder nicht. Stattdessen hält es der Konservatismus für angemessen und legitim, dass eine Klasse von einst etablierten Eigentümern das Recht hat, jeden sozialen Wandel zu stoppen, den sie als Bedrohung ihrer relativen Position in der sozialen Hierarchie von Einkommen und Reichtum ansieht, selbst wenn die verschiedenen einzelnen Eigentümer-Nutzer verschiedener Produktionsfaktoren keine solche Vereinbarung getroffen haben. Der Konservatismus muss also als ideologischer Erbe des Feudalismus betrachtet werden. Und da der Feudalismus als aristokratischer Sozialismus beschrieben werden muss (was aus seiner obigen Charakterisierung klar genug hervorgehen sollte), muss der Konservatismus als Sozialismus des bürgerlichen Establishments betrachtet werden. Der Liberalismus, auf den sowohl die egalitäre als auch die konservative Version des Sozialismus ideologische Antworten sind, erreichte Mitte des 19. Jahrhunderts den Höhepunkt seines Einflusses. Seine wahrscheinlich letzten glorreichen Errungenschaften waren die Aufhebung der Corn Laws in

⁶⁶ Vgl. R. Nisbet, „Conservatism“, in: R. Nisbet und T. Bottomore, *History of Sociological Analysis*, New York, 1978; auch G. K. Kaltenbrunner (Hrsg.), *Rekonstruktion des Konservatismus*, Bern, 1978; zum Verhältnis von Liberalismus und Konservatismus vgl. F. A. Hayek, *The Constitution of Liberty*, Chicago, 1960 (Postscriptum).

England im Jahr 1846, die von R. Cobden, J. Bright und der Anti-Corn Law League vollbracht wurde, und die Revolutionen von 1848 in Kontinentaleuropa. Dann setzte aufgrund interner Schwächen und Widersprüche in der Ideologie des Liberalismus⁶⁷, der Ablenkungen und der Spaltung, die die imperialistischen Abenteuer der verschiedenen Nationalstaaten hervorgerufen hatten, und nicht zuletzt aufgrund des Reizes, den die verschiedenen Versionen des Sozialismus mit ihren verschiedenen Versprechungen von Sicherheit und Stabilität für die weit verbreitete Abneigung der Öffentlichkeit gegen dynamischen Wandel und Mobilität hatten und immer noch haben⁶⁸, der Niedergang des Liberalismus ein. Der Sozialismus verdrängte ihn zunehmend als dominierende ideologische Kraft, kehrte damit den Liberalisierungsprozess um und zwang der Gesellschaft wieder immer mehr außervertragliche Elemente auf.⁶⁹ Zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten

⁶⁷ Zu den Widersprüchen des Liberalismus vgl. Kapitel 10, Fußnote 193.

⁶⁸ Normalerweise sind die Einstellungen der Menschen zu Veränderungen ambivalent: Zum einen sehen die Menschen in ihrer Rolle als Verbraucher die Veränderungen als positives Phänomen, da sie eine größere Vielfalt an Wahlmöglichkeiten mit sich bringt. Auf der anderen Seite neigen die Menschen in ihrer Rolle als Produzenten dazu, das Ideal der Stabilität anzunehmen, da dies sie vor der Notwendigkeit bewahren würde, ihre produktiven Bemühungen ständig an veränderte Umstände anzupassen. Die Menschen unterstützen also vor allem in ihrer Eigenschaft als Produzenten die verschiedenen sozialistischen Stabilisierungsprogramme und Versprechungen, nur um sich selbst als Konsumenten zu schaden. So schreibt D. Mc. C. Wright in *Democracy and Progress*, New York, 1948, S.81: „Freiheit und Wissenschaft führten zu schnellem Wachstum und Veränderung. Aus schnellem Wachstum und Veränderung entstand Unsicherheit. Aus Unsicherheit kamen Forderungen, die Wachstum und Veränderung beendeten. Wachstum und Veränderung zu beenden, beendete Wissenschaft und Freiheit.“

⁶⁹ Zum Liberalismus, seinem Niedergang und dem Aufstieg des Sozialismus vgl. A. V. Dicey, *Lectures on the Relation Between Law and Public Opinion in England during the Nineteenth Century*, London, 1914; W. H. Greenleaf, *The British Political Tradition*, 2 Bde., London, 1983.

fanden verschiedene Arten des Sozialismus in unterschiedlichem Maße Unterstützung in der öffentlichen Meinung, so dass heute überall Spuren von allen in unterschiedlichem Maße nebeneinander existieren und ihre jeweiligen Verarmungseffekte auf den Produktionsprozess, die Erhaltung des Reichtums und die Charakterbildung verstärken. Aber gerade der Einfluss des konservativen Sozialismus muss betont werden, zumal er sehr oft übersehen oder unterschätzt wird. Wenn heute die Gesellschaften Westeuropas als sozialistisch bezeichnet werden können, so ist dies viel mehr auf den Einfluss des konservativen Sozialismus als auf den Einfluss egalitärer Ideen zurückzuführen. Es ist jedoch die besondere Art und Weise, in der der Konservatismus seinen Einfluss ausübt, die erklärt, warum dies oft nicht erkannt wird. Der Konservatismus prägt nicht nur die Gesellschaftsstruktur, indem er Politik macht; insbesondere in Gesellschaften wie den europäischen, in denen die feudale Vergangenheit nie vollständig abgeschüttelt wurde, sondern in denen eine große Anzahl von feudalen Überresten sogar den Höhepunkt des Liberalismus überlebt hat. Eine Ideologie wie der Konservatismus übt ihren Einfluss auch sehr unauffällig aus, indem er einfach den Status quo beibehält und die Dinge nach uralten Traditionen weitergehen lässt. Was sind dann die spezifisch konservativen Elemente in heutigen Gesellschaften und wie erzeugen sie relative Verarmung? Mit dieser Frage wenden wir uns der systematischen Analyse des Konservatismus und seiner ökonomischen und sozio-ökonomischen Auswirkungen zu. Ausgangspunkt soll wieder eine abstrakte Charakterisierung der dem Konservatismus zugrundeliegenden Eigentumsregeln und eine Beschreibung dieser Regeln im Sinne der natürlichen Eigentumslehre sein. Es gibt zwei solcher Regeln. Erstens verbietet der konservative Sozialismus, wie der sozialdemokratische Sozialismus, das Privateigentum nicht. Ganz im Gegenteil: Alles — alle Produktionsfaktoren und der gesamte nicht produktiv genutzte Reichtum — kann im Prinzip in Privateigentum sein, verkauft, gekauft, vermietet, mit Ausnahme wiederum nur von Bereichen wie Bildung, Verkehr und

Kommunikation, Zentralbank und Sicherheitsproduktion. Aber zweitens besitzt kein Eigentümer sein gesamtes Eigentum und das gesamte Einkommen, das aus seiner Nutzung erzielt werden kann. Vielmehr gehört ein Teil davon der Gesellschaft der gegenwärtigen Eigentümer und Einkommensempfänger, und die Gesellschaft hat das Recht, gegenwärtiges und zukünftiges produziertes Einkommen und Vermögen ihren einzelnen Mitgliedern so zuzuteilen, dass die alte, relative Verteilung von Einkommen und Vermögen erhalten bleibt. Und es ist auch das Recht der Gesellschaft zu bestimmen, wie groß oder klein das Einkommen und der Vermögensanteil sein sollte, der so verwaltet wird, und was genau benötigt wird, um ein bestimmtes Einkommen und eine bestimmte Vermögensverteilung zu erhalten.⁷⁰

⁷⁰ Ich möchte noch einmal erwähnen, dass auch die Charakterisierung des Konservatismus den Status eines Idealtypus hat (vgl. Kapitel 3, Fußnote 18; Kapitel 4, Fußnote 41). Es ist der Versuch, die Ideen zu rekonstruieren, die die Menschen bewusst oder unbewusst akzeptieren oder ablehnen, wenn sie sich bestimmten sozialpolitischen Maßnahmen oder Bewegungen anschließen oder sich von ihnen abwenden. Die Idee einer konservativen Politik, wie sie hier und im Folgenden beschrieben wird, kann auch als faire Rekonstruktion der zugrunde liegenden, vereinigenden ideologischen Kraft dessen bezeichnet werden, was in Europa tatsächlich als „konservativ“ bezeichnet wird. Der Begriff „konservativ“ wird in den Vereinigten Staaten jedoch anders verwendet. Hier wird recht häufig jeder, der kein linksliberaler (Sozial-) Demokrat ist, als konservativ bezeichnet. Im Vergleich zu dieser Terminologie ist unsere Verwendung des Begriffs konservativ viel enger, aber auch viel mehr im Einklang mit der ideologischen Realität. Alles, was nicht „liberal“ (im amerikanischen Sinne) ist, als „konservativ“ zu bezeichnen, täuscht über die grundlegenden ideologischen Unterschiede hinweg, die — trotz einer teilweisen Übereinstimmung in der Ablehnung des „Liberalismus“ — in den Vereinigten Staaten zwischen den Libertären als Verfechtern einer rein kapitalistischen, auf der natürlichen Theorie des Eigentums basierenden Ordnung und den eigentlichen Konservativen bestehen, die von W. Buckley bis I. Kristol nominell die Institution des Privateigentums begrüßen, um dann die Rechte der Privateigentümer zu missachten, wann immer es notwendig erscheint, um die etablierten wirtschaftlichen und politischen Kräfte vor einer Erosion im Prozess des friedlichen Wettbewerbs zu schützen. Und im Bereich der auswärtigen

Aus der Perspektive der natürlichen Eigentumslehre impliziert die Eigentumsordnung des Konservatismus wieder eine Aggression gegen die Rechte der natürlichen Eigentümer. Natürliche Eigentümer von Dingen können mit ihnen machen, was sie wollen, solange sie nicht ungebeten die physische Unversehrtheit des Eigentums eines anderen verändern. Dies bedeutet insbesondere, dass sie das Recht haben, ihr Eigentum zu verändern oder anders zu nutzen, um sich an die erwarteten Veränderungen der Nachfrage anzupassen und so seinen Wert zu erhalten oder möglicherweise zu steigern; und es gibt ihnen auch das Recht, privat von den Vorteilen höherer Eigentumswerte zu profitieren, die sich aus unvorhergesehenen Veränderungen der Nachfrage ergeben, d.h. aus Veränderungen, die für sie von Vorteil waren, die sie aber nicht vorhergesehen oder herbeigeführt haben. Da aber nach den Grundsätzen der natürlichen Eigentumstheorie jeder natürliche Eigentümer nur gegen physische Invasionen sowie den außervertraglichen Erwerb und die Übertragung von Eigentumstiteln geschützt ist, bedeutet dies auch, dass jeder ständig und dauerhaft dem Risiko ausgesetzt ist, dass durch Nachfrageschwankungen oder Handlungen, die andere Eigentümer mit seinem Eigentum durchführen, der Wert des Eigentums unter das vorgegebene Niveau sinkt. Nach dieser Theorie gehört jedoch niemandem der *Wert* seines Eigentums und daher hat niemand zu irgendeinem Zeitpunkt das Recht, den *Wert* seines Eigentums zu erhalten und wiederherzustellen. Im Vergleich dazu zielt der Konservatismus genau auf eine solche Erhaltung oder Wiederherstellung der Werte und ihrer relativen Verteilung ab. Dies ist aber natürlich nur möglich, wenn eine Umverteilung bei der Vergabe von Eigentumstiteln erfolgt.

Angelegenheiten zeigen sie die gleiche Respektlosigkeit gegenüber privaten Eigentumsrechten durch ihre Befürwortung einer Politik des aggressiven Interventionismus. Zum grundsätzlichen Unterschied zwischen Libertarismus und Konservatismus vgl. G. W. Carey (Hrsg.), *Freedom and Virtue. The Conservative/Libertarian Debate*, Lanham, 1984.

Da niemandes Eigentumswerte ausschließlich von den eigenen Handlungen abhängen, die mit dem eigenen Eigentum ausgeführt werden, aber auch und unausweichlich von den Handlungen anderer Menschen, die mit knappen Mitteln unter ihrer eigenen Kontrolle (und außerhalb der eines anderen) ausgeführt werden, müsste jemand — eine einzelne Person oder eine Gruppe von Personen — alle knappen Mittel (weit über diejenigen hinaus, die tatsächlich von dieser Person oder Gruppe von Personen kontrolliert oder verwendet werden) rechtmäßig besitzen, um gegebene Eigentumswerte zu erhalten. Darüber hinaus muss diese Gruppe buchstäblich die Körper aller Personen besitzen, da der Gebrauch, den eine Person von ihrem Körper macht, auch bestehende Eigentumswerte beeinflussen (erhöhen oder verringern) kann. Um das Ziel des Konservatismus zu verwirklichen, muss daher eine Umverteilung von Eigentumstiteln weg von Menschen als Nutzer-Eigentümern knapper Ressourcen auf Menschen erfolgen, die, was auch immer ihre Verdienste als frühere Produzenten sein mögen, derzeit nicht diejenigen Dinge nutzen oder vertraglich erwerben, deren Nutzung zur Veränderung der gegebenen Werteverteilung geführt hatte.

Mit diesem Verständnis liegt die erste Schlussfolgerung bezüglich der allgemeinen wirtschaftlichen Wirkung des Konservatismus vor: Mit den natürlichen Eigentümern von Dingen, die ganz oder teilweise zum Vorteil von Nichtbenutzern, Nichtproduzenten und Nichtvertragspartnern enteignet werden, eliminiert oder reduziert der Konservatismus den Anreiz des Ersteren, etwas gegen den Wert des vorhandenen Eigentums zu unternehmen und sich an Änderungen der Nachfrage anzupassen. Die Anreize, Nachfrageveränderungen zu erkennen und zu antizipieren, vorhandenes Eigentum rasch anzupassen und es in einer Weise zu nutzen, die mit den veränderten Umständen in Einklang steht, die produktiven Anstrengungen zu erhöhen und zu sparen und zu investieren, werden verringert, da die möglichen Gewinne aus einem solchen Verhalten nicht mehr privat angeeignet werden können, sondern verge-

sellenschaftet werden. *Mutatis mutandis* wird der Anreiz erhöht, nichts zu tun, um das permanente Risiko zu vermeiden, dass die Eigentumswerte unter ihr jetziges Niveau fallen, da die möglichen Verluste aus einem solchen Verhalten nicht mehr privat angeeignet werden müssen, sondern auch vergesellschaftet werden. Da all diese Aktivitäten — Vermeidung von Risiko, Bewusstsein, Anpassungsfähigkeit, Arbeit und Sparen — kostspielig sind und den Einsatz von Zeit und möglicherweise anderen knappen Ressourcen erfordern, die gleichzeitig auf alternative Weise (zum Beispiel für Freizeit und Konsum) genutzt werden könnten, wird es weniger der ersteren Aktivitäten und mehr der letzteren geben, und infolgedessen wird der allgemeine Lebensstandard sinken. Daher müsste man zu dem Schluss kommen, dass das konservative Ziel, bestehende Werte und bestehende Wertverteilungen zwischen verschiedenen Individuen zu erhalten, nur auf Kosten eines allgemeinen, relativen Rückgangs des Gesamtwertes von neu produzierten und alten, gepflegten Gütern, d.h. eines verminderten gesellschaftlichen Reichtums, erreicht werden kann.

Es dürfte inzwischen klar geworden sein, dass es aus Sicht der ökonomischen Analyse eine auffallende Ähnlichkeit zwischen dem Sozialismus des Konservatismus und dem sozialdemokratischen Sozialismus gibt. Beide Formen des Sozialismus beinhalten eine Umverteilung von Eigentumstiteln weg von Produzenten/Vertragspartnern hin zu Nicht-Produzenten/Nicht-Vertragspartnern, und beide trennen damit den Prozess des Produzierens und des Vertragsabschlusses von dem des tatsächlichen Erwerbs von Einkommen und Vermögen. Auf diese Weise machen beide den Erwerb von Einkommen und Vermögen zu einer politischen Angelegenheit — einer Angelegenheit also, in deren Verlauf eine (Gruppe von) Person(en) ihren Willen bezüglich der Verwendung knapper Mittel dem Willen anderer, widerspenstiger Menschen aufzwingt; beide Varianten des Sozialismus beanspruchen zwar im Prinzip das volle Eigentum am gesamten für die Nichtproduzenten produzierten Einkommen und Vermögen, lassen aber zu, dass ihre

Programme schrittweise und in unterschiedlichem Maße umgesetzt werden; und beide müssen als Konsequenz daraus, soweit die jeweilige Politik tatsächlich umgesetzt wird, zu relativer Verarmung führen.

Der Unterschied zwischen Konservatismus und dem so genannten sozialdemokratischen Sozialismus besteht ausschließlich darin, dass sie an unterschiedliche Menschen oder an unterschiedliche Gefühle in denselben Menschen appellieren, indem sie eine andere Art und Weise bevorzugen, in der das Einkommen und der Reichtum, der den Produzenten außervertraglich entzogen wird, an die Nichtproduzenten umverteilt wird. Der Umverteilungssozialismus weist Nichtproduzenten Einkommen und Vermögen zu, unabhängig von ihren früheren Errungenschaften als Eigentümer von Vermögen und Einkommensempfängern oder versucht sogar, bestehende Unterschiede auszumerzen. Der Konservatismus hingegen teilt den Nichtproduzenten Einkommen entsprechend ihrer früheren, ungleichen Einkommens- und Vermögensposition zu und zielt darauf ab, die bestehende Einkommensverteilung und die bestehenden Einkommensunterschiede zu stabilisieren.⁷¹ Der Unterschied liegt also nur in der Sozialpsychologie: Indem sie unterschiedliche Verteilungsmuster begünstigen, gewähren sie unterschiedlichen Gruppen von Nichtproduzenten Privilegien. Der Umverteilungssozialismus begünstigt vor allem die Habenichtse unter den Nichtproduzenten und benachteiligt vor allem die Wohlhabenden unter den Produzenten; dementsprechend neigt er dazu, seine

⁷¹ D. Mc. C. Wright (*Capitalism*, New York, 1951, S.198) beschreibt zutreffend, dass sowohl der Linksliberalismus bzw. die Sozialdemokratie als auch der Konservatismus eine teilweise Enteignung von Produzenten/Vertragspartnern implizieren. Er interpretiert den Unterschied dann aber falsch, wenn er ihn als Meinungsverschiedenheit über die Frage sieht, wie weit diese Enteignung gehen soll. In der Tat gibt es diesbezüglich Meinungsverschiedenheiten zwischen Sozialdemokraten und Konservativen. Beide Gruppen haben ihre „Radikalen“ und „Gemäßigten“. Was sie zu Sozialdemokraten oder Konservativen macht, ist eine andere Vorstellung davon, welche Gruppen auf Kosten anderer bevorzugt werden sollen.

Befürworter vor allem unter den Ersteren und seine Gegner unter den Letzteren zu finden. Der Konservatismus gewährt den Wohlhabenden in der Gruppe der Nichtproduzenten besondere Vorteile und schädigt insbesondere die Interessen der Habenichtse unter den produktiven Menschen; und so neigt er dazu, seine Anhänger hauptsächlich in den Reihen der Ersteren zu finden und verbreitet Verzweiflung, Hoffnungslosigkeit und Ressentiments in der letzteren Gruppe von Menschen.

Aber obwohl es stimmt, dass beide Systeme des Sozialismus aus ökonomischer Sicht sehr ähnlich sind, hat der Unterschied zwischen ihnen in Bezug auf ihre sozio-psychologische Basis immer noch Auswirkungen auf ihre jeweilige Ökonomie. Allerdings hat diese Auswirkung keinen Einfluss auf die allgemeinen Verarmungseffekte, die sich aus der Enteignung von Produzenten (wie oben erläutert) ergeben, die sie beide gemeinsam haben. Stattdessen beeinflusst es die Entscheidungen, die der sozialdemokratische Sozialismus auf der einen und der Konservatismus auf der anderen Seite unter den spezifischen Instrumenten oder Techniken treffen, die zur Erreichung ihrer jeweiligen Verteilungsziele zur Verfügung stehen. Die Lieblingstechnik des sozialdemokratischen Sozialismus ist die der Besteuerung, wie sie im vorhergehenden Kapitel beschrieben und analysiert wurde. Der Konservatismus kann dieses Instrument natürlich auch nutzen; und in der Tat muss er es bis zu einem gewissen Grad nutzen, wenn auch nur, um die Durchsetzung seiner Politik zu finanzieren. Aber die Besteuerung ist nicht ihre bevorzugte Technik und die Erklärung dafür findet sich in der Sozialpsychologie des Konservatismus. Die Besteuerung, die dem Erhalt eines Status quo ungleicher Einkommens-, Vermögens- und Statuspositionen gewidmet ist, ist einfach ein zu fortschrittliches Instrument, um konservative Ziele zu erreichen. Auf Steuern zurückzugreifen bedeutet, dass man zuerst Veränderungen in der Verteilung von Vermögen und Einkommen zulässt und erst dann, nachdem sie eingetreten sind, die Dinge wieder korrigiert und die alte Ordnung wiederherstellt. Ein solches Vorgehen

verursacht jedoch nicht nur schlechte Stimmung, insbesondere bei denjenigen, die durch eigene Anstrengungen ihre relative Position zunächst verbessert haben und dann wieder zurückgestuft werden. Aber auch dadurch, dass der Konservatismus den Fortschritt geschehen lässt und dann versucht, ihn rückgängig zu machen, schwächt er seine eigene Rechtfertigung, d.h. seine Argumentation, dass eine bestimmte Verteilung von Einkommen und Reichtum legitim ist, weil sie diejenige ist, die immer in Kraft war. Daher zieht es der Konservatismus vor, dass Veränderungen gar nicht erst stattfinden, und er zieht es vor, politische Maßnahmen zu ergreifen, die versprechen, genau dies zu tun oder vielmehr zu versprechen, solche Veränderungen weniger offensichtlich zu machen.

Es gibt drei solche allgemeinen Arten von politischen Maßnahmen: Preiskontrollen, Regulierungen und Verhaltenskontrollen, die natürlich alle sozialistische Maßnahmen sind, ebenso wie die Besteuerung, die aber interessanterweise bei den Versuchen, den Gesamtgrad des Sozialismus in verschiedenen Gesellschaften zu bewerten, im Allgemeinen ebenso vernachlässigt wurden wie die Bedeutung der Besteuerung in dieser Hinsicht überbewertet wurde.⁷² Ich werde diese spezifischen konservativen Politikmodelle abwechselnd besprechen.

⁷² Man beachte die interessante Beziehung zwischen unserer soziologischen Typologie der sozialistischen Politik und der logischen Typologie der Marktinterventionen, wie sie von M. N. Rothbard entwickelt wurde. Rothbard (*Power and Market*, Kansas City, 1977, S. 10ff) unterscheidet zwischen „autistischer Intervention“, bei der „der Intervenierende einem individuellen Subjekt befehlen kann, bestimmte Dinge zu tun oder zu unterlassen, wenn diese Handlungen direkt die Person oder das Eigentum des Individuums betreffen, ... (d.h.), wenn es nicht um Austausch geht“; „binäre Intervention“, bei der „der Intervenierende einen erzwungenen Austausch zwischen dem einzelnen Subjekt und sich selbst erzwingen kann“; und „dreieckige Intervention“, bei der „der Intervenierende einen Austausch zwischen einem Paar von Subjekten entweder erzwingen oder verbieten kann“ (S. 10). In Bezug auf diese Unterscheidung ist das charakteristische Merkmal des Konservatismus dann seine Vorliebe für „Dreieckseingriffe“ — und, wie wir später in diesem

Jede Änderung der (relativen) Preise führt offensichtlich zu Änderungen der relativen Position der Personen, die die jeweiligen Waren oder Dienstleistungen liefern. Um ihre Position zu festigen, müssten also nur die Preise festgesetzt werden — das ist die konservative Begründung für die Einführung von Preiskontrollen. Um die Gültigkeit dieser Schlussfolgerung zu überprüfen, müssen die wirtschaftlichen Auswirkungen von Preisfestsetzungen untersucht werden.⁷³ Zunächst wird davon ausgegangen, dass eine selektive Preiskontrolle für ein Produkt oder eine Gruppe von Produkten erlassen wurde und dass der aktuelle Marktpreis als der Preis festgelegt wurde, über oder unter dem das Produkt nicht verkauft werden darf. Solange der festgesetzte Preis mit dem Marktpreis identisch ist, ist die Preiskontrolle einfach unwirksam. Die eigentümlichen Wirkungen der Preisfestsetzung können erst dann eintreten, wenn diese Identität nicht mehr besteht. Und da jede Preisfestsetzung die Ursachen, die zu Preisänderungen geführt hätten, nicht beseitigt, sondern einfach verordnet, dass ihnen keine Beachtung geschenkt wird, geschieht dies, sobald sich die Nachfrage nach dem betreffenden Produkt, aus welchem Grund auch immer, ändert. Wenn

Kapitel sehen werden, für „autistische Eingriffe“, insofern als autistische Handlungen auch natürliche Auswirkungen auf das Muster des interindividuellen Austauschs haben, denn solche Eingriffe sind in Übereinstimmung mit der Sozialpsychologie des Konservatismus in einzigartiger Weise dazu geeignet, dazu beizutragen, ein bestimmtes Muster des sozialen Austauschs „einzufrieren“. Im Vergleich dazu zeigt der egalitäre Sozialismus im Einklang mit seiner beschriebenen „progressiven“ Psychologie eine Präferenz für „binäre Interventionen“ (Besteuerung). Beachten Sie jedoch, dass die tatsächliche Politik der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien nicht immer genau mit unserer idealtypischen Beschreibung des sozialistischen sozialdemokratischen Stils übereinstimmt. Während sie dies in der Regel tun, haben die sozialistischen Parteien — vor allem unter dem Einfluss der Gewerkschaften — bis zu einem gewissen Grad auch eine typisch konservative Politik verfolgt und sind keineswegs völlig gegen jede Form von Dreiecksintervention.

⁷³ Vgl. dazu M. N. Rothbard, *Power and Market*, Kansas City, 1977, S. 24ff.

die Nachfrage steigt (und die Preise, die nicht kontrolliert werden, auch steigen würden), dann verwandelt sich der Festpreis in einen effektiven *Höchstpreis*, d.h. einen Preis, über dem es illegal ist zu verkaufen. Wenn die Nachfrage sinkt (und die Preise ohne Kontrollen sinken würden), wird der Festpreis zu einem effektiven *Mindestpreis*, d.h. einem Preis, unter dem der Verkauf illegal wird.⁷⁴

Die Verhängung eines Höchstpreises hat eine überhöhte Nachfrage nach den gelieferten Waren zur Folge. Nicht jeder, der bereit ist, zum Festpreis zu kaufen, kann dies tun. Und diese Knappheit wird so lange anhalten, wie die Preise nicht mit der erhöhten Nachfrage steigen dürfen und somit keine Möglichkeit für die Produzenten besteht (die vermutlich bereits bis zu dem Punkt produziert hatten, an dem die Grenzkosten, d.h. die Kosten für die Herstellung der letzten Einheit der betroffenen Ware, den Grenzeinnahmen entsprachen), zusätzliche Ressourcen in die spezifische Produktionslinie zu lenken und so die Produktion zu steigern, ohne Verluste zu erleiden. Warteschlangen, Rationierung, Bevorzugung, Zahlungen unter dem Tisch und Schwarzmärkte werden zu dauerhaften Merkmalen des Lebens. Und die Knappheit und die anderen Nebenwirkungen, die sie mit sich bringen, werden sogar noch zunehmen, da der Nachfrageüberhang nach den preisgebundenen Gütern auf alle anderen nicht gebundenen Güter übergreift (insbesondere natürlich auf die Substitute), deren (relative) Preise erhöht und damit einen zusätzlichen Anreiz schafft, Ressourcen von den gebundenen in die nicht gebundenen Produktionszweige zu verlagern.

⁷⁴ Während zur Stabilisierung sozialer Positionen ein Einfrieren der Preise erforderlich ist und das Einfrieren der Preise zu Höchst- oder Mindestpreisen führen kann, befürworten die Konservativen deutlich Mindestpreiskontrollen in dem Maße, in dem es allgemein als noch dringender angesehen wird, die Aushöhlung der absoluten — und nicht der relativen — Vermögensposition zu verhindern.

Die Festsetzung eines Mindestpreises, d.h. eines Preises, der über dem potenziellen Marktpreis liegt, unter dem Verkäufe illegal werden, führt entsprechend zu einem Überschuss des Angebots über die Nachfrage. Es wird einen Überschuss an produzierten Waren geben, die einfach keine Käufer finden können. Noch einmal: Dieser Überschuss wird so lange bestehen bleiben, wie die Preise nicht zusammen mit der reduzierten Nachfrage nach dem betreffenden Produkt sinken dürfen. Seen aus Milch und Wein, Berge aus Butter und Getreide, um nur einige Beispiele zu nennen, werden entstehen und wachsen; und wenn die Vorratsspeicher voll sind, wird es notwendig werden, die Überschussproduktion immer wieder zu vernichten (oder alternativ die Erzeuger dafür zu bezahlen, dass sie den Überschuss nicht mehr produzieren). Die Überschussproduktion wird sich sogar verschärfen, da der künstlich hohe Preis eine noch höhere Investition von Ressourcen in diesem speziellen Bereich anzieht, die dann in anderen Produktionslinien fehlen werden, wo es tatsächlich einen größeren Bedarf an ihnen gibt (in Bezug auf die Verbrauchernachfrage), und wo infolgedessen die Produktpreise steigen werden.

Höchst- oder Mindestpreise — in beiden Fällen führen Preiskontrollen zu einer relativen Verarmung. In jedem Fall führen sie zu einer Situation, in der zu viele Ressourcen (in Bezug auf die Verbrauchernachfrage) in Produktionslinien mit geringerer Bedeutung gebunden sind und nicht genug in Linien mit höherer Bedeutung zur Verfügung stehen. Die Produktionsfaktoren können nicht mehr so zugeteilt werden, dass die dringendsten Bedürfnisse zuerst befriedigt werden, die nächst dringenden danach usw., oder genauer gesagt, dass die Produktion eines Produkts nicht über das Niveau ausgedehnt (oder unter das Niveau gesenkt) wird, bei dem der Nutzen des Grenzprodukts unter den Grenznutzen eines anderen Produkts fällt (oder darüber bleibt). Vielmehr bedeutet die Auferlegung von Preiskontrollen, dass weniger dringende Wünsche auf Kosten einer geringeren Befriedigung dringender Wünsche befriedigt werden. Und das heißt nichts anderes, als dass der

Lebensstandard sinkt. Dass die Menschen ihre Zeit mit der Suche nach Gütern vergeuden, weil deren Angebot künstlich niedrig gehalten wird, oder dass Güter weggeworfen werden, weil sie künstlich hoch gehalten werden, sind nur die beiden auffälligsten Symptome dieses verringerten gesellschaftlichen Wohlstands.

Aber das ist noch nicht alles. Die vorangegangene Analyse zeigt auch, dass der Konservatismus sein Ziel der Verteilungsstabilität nicht einmal durch eine teilweise Preiskontrolle erreichen kann. Bei nur teilweise kontrollierten Preisen müssen noch Störungen der bestehenden Einkommens- und Vermögensposition auftreten, da Produzenten in unkontrollierten Produktionslinien oder in Produktionslinien mit minimalen Produktpreisen auf Kosten derjenigen in kontrollierten Linien oder Linien mit maximalen Produktpreisen begünstigt werden. Daher wird es weiterhin einen Anreiz für einzelne Produzenten geben, von einer Produktionslinie in eine andere, profitablere zu wechseln, mit der Folge, dass Unterschiede in der unternehmerischen Wachsamkeit und Fähigkeit, solche profitablen Verschiebungen vorherzusehen und umzusetzen, entstehen und zu Störungen der etablierten Ordnung führen werden. Der Konservatismus ist also, wenn er sich tatsächlich kompromisslos für die Erhaltung des Status quo einsetzt, dazu getrieben, den Kreis der Güter, die der Preiskontrolle unterliegen, ständig zu erweitern, und kann eigentlich vor einer vollständigen Preiskontrolle oder einem Preisstopp nicht Halt machen.⁷⁵ Nur wenn die Preise aller Waren und Dienstleistungen, sowohl die der Investitions- als auch der Konsumgüter, auf einem bestimmten Niveau eingefroren werden und der Produktionsprozess somit vollständig von der Nachfrage getrennt ist — anstatt Produktion und

⁷⁵ Konservative sind freilich keineswegs immer bereit, ganz so weit zu gehen. Aber sie tun dies immer wieder — das letzte Mal in den Vereinigten Staaten während der Nixon-Präsidentschaft. Darüber hinaus haben die Konservativen immer eine mehr oder weniger offene Bewunderung für den großen einigenden sozialen Geist gezeigt, der durch eine Kriegswirtschaft hervorgerufen wird, die sich typischerweise gerade durch umfassende Preiskontrollen auszeichnet.

Nachfrage an nur wenigen Punkten oder Sektoren wie unter teilweiser Preiskontrolle zu trennen — scheint es möglich, eine bestehende Verteilungsordnung vollständig aufrechtzuerhalten. Es überrascht jedoch nicht, dass der Preis, der für einen solchen ausgewachsenen Konservatismus zu zahlen ist, sogar höher ist als der einer nur teilweisen Preiskontrolle.⁷⁶ Mit allumfassenden Preiskontrollen wird das Privateigentum an Produktionsmitteln tatsächlich abgeschafft. Es kann zwar immer noch dem Namen nach Privateigentümer geben, aber das Recht, über die Nutzung ihres Eigentums zu bestimmen und jeden als vorteilhaft erachteten vertraglichen Austausch vorzunehmen, geht vollständig verloren. Die unmittelbare Folge dieser stillen Enteignung der Produzenten ist dann eine Verringerung des Sparens und Investierens und dementsprechend eine Erhöhung des Konsums. Da man für die Früchte seiner Arbeit nicht mehr das verlangen kann, was der Markt hergibt, gibt es einfach weniger Grund zu arbeiten. Und da die Preise unabhängig vom Wert, den die Verbraucher den betreffenden Produkten beimessen, feststehen, gibt es auch weniger Grund, sich um die Qualität der jeweiligen Arbeit oder des Produkts zu sorgen, die man noch verrichtet oder herstellt, und daher wird die Qualität jedes einzelnen Produkts sinken.

Aber noch wichtiger ist die Verarmung, die sich aus dem Allokationschaos durch universelle Preiskontrollen ergibt. Während alle Produktpreise, einschließlich der Preise für alle Kostenfaktoren und insbesondere für den Faktor Arbeit, eingefroren sind, ändert sich die Nachfrage nach den verschiedenen Produkten dennoch ständig. Ohne Preiskontrollen würden die Preise der Richtung dieser Änderung folgen und dadurch einen Anreiz schaffen, ständig von weniger geschätzten Produktionslinien in höher bewertete zu wechseln. Unter universellen Preiskontrollen wird dieser Mechanismus vollständig zerstört. Sollte die Nachfrage nach

⁷⁶ Vgl. G. Reisman, *Government Against the Economy*, New York, 1979. Zur entschuldigenden Behandlung von Preiskontrollen vgl. J. K. Galbraith, *A Theory of Price Control*, Cambridge, 1952.

einem Produkt steigen, wird sich ein Mangel entwickeln, da die Preise nicht steigen dürfen, und da sich die Rentabilität der Herstellung des jeweiligen Produkts nicht geändert hat, werden keine zusätzlichen Produktionsfaktoren angezogen. Infolgedessen wird ein Nachfrageüberschuss, der nicht befriedigt wird, auf andere Produkte übergreifen und die Nachfrage nach diesen Produkten über das Niveau hinaus steigern, das andernfalls erreicht worden wäre. Aber auch hier dürfen die Preise mit der gestiegenen Nachfrage nicht steigen und wieder wird sich eine Knappheit entwickeln. Und so muss der Prozess der Verlagerung der Nachfrage von den dringendsten Produkten auf Produkte von untergeordneter Bedeutung und von dort auf Produkte von noch geringerer Relevanz, da wiederum nicht jeder Versuch, zum festgesetzten Preis zu kaufen, befriedigt werden kann, immer weitergehen. Da es schließlich keine Alternativen gibt und das Papiergeld, das die Menschen noch ausgeben müssen, einen geringeren Wert hat als selbst das am wenigsten wertvolle Produkt, das zum Verkauf angeboten wird, wird die überschüssige Nachfrage auf Produkte übergreifen, für die die Nachfrage ursprünglich zurückgegangen war. So wird auch in den Produktionszweigen, in denen ein Überschuss infolge sinkender Nachfrage entstanden war, die Preise aber nicht entsprechend sinken durften, der Absatz infolge unbefriedigter Nachfrage an anderer Stelle in der Wirtschaft wieder anziehen, die Überschüsse werden trotz der künstlich hoch gehaltenen Preisbindung absetzbar, und mit der so wiederhergestellten Rentabilität wird auch hier ein Kapitalabfluss verhindert.

Die Einführung einer umfassenden Preiskontrolle bedeutet, dass das Produktionssystem völlig unabhängig von den Präferenzen der Verbraucher geworden ist, für deren Zufriedenheit tatsächlich produziert wird. Die Produzenten können alles produzieren und die Verbraucher haben keine andere Wahl, als es zu kaufen, was auch immer es ist. Dementsprechend ist jede Änderung der Produktionsstruktur, die ohne die Hilfe von freischwebenden Preisen vorgenommen oder angeordnet wird, nichts anderes als ein

Herumtasten im Dunkeln, das ein beliebiges Warenangebot durch ein anderes ebenso beliebiges ersetzt. Zwischen der Produktionsstruktur und der Nachfragestruktur besteht einfach kein Zusammenhang mehr. Auf der Ebene der Verbrauchererfahrung bedeutet dies, wie von G. Reisman beschrieben, „... die Menschen mit Hemden zu überschwemmen, während sie barfuß gehen müssen, oder sie mit Schuhen zu überschwemmen, während sie ohne Hemd gehen müssen; ihnen enorme Mengen an Schreibpapier zu geben, aber keine Stifte und Tinte, oder umgekehrt; ... in der Tat, ihnen jede absurde Kombination von Waren zu geben.“ Aber natürlich ist „... die bloße Versorgung der Verbraucher mit unausgewogenen Warenkombinationen selbst gleichbedeutend mit einem erheblichen Produktionsrückgang, denn sie stellt einen ebenso großen Verlust an menschlichem Wohlbefinden dar.“⁷⁷ Der Lebensstandard hängt nicht einfach von einer gewissen physischen Gesamtproduktion ab; er hängt viel mehr von der richtigen Verteilung oder Proportionierung der verschiedenen spezifischen Produktionsfaktoren ab, um eine ausgewogene Zusammensetzung einer Vielzahl von Konsumgütern zu erzeugen. Universelle Preiskontrollen als „ultima ratio“ des Konservatismus verhindern, dass eine so wohlproportionierte Zusammensetzung zustande kommt. Ordnung und Stabilität werden nur scheinbar geschaffen; in Wahrheit sind sie ein Mittel, um Allokationschaos und Willkür zu schaffen und dadurch den allgemeinen Lebensstandard drastisch zu senken.

Darüber hinaus, und dies führt zur Diskussion des zweiten spezifisch konservativen politischen Instruments, d.h. der Regulierung, kann, selbst wenn die Preise rundum kontrolliert werden, eine bestehende Ordnung der Einkommens- und Vermögensverteilung nur dann gesichert werden, wenn unrealistisch davon ausgegangen wird, dass sowohl die Produkte als auch ihre Produzenten „stationär“ sind. Änderungen der bestehenden Ordnung sind jedoch nicht auszuschließen, wenn neue und andere Produkte

⁷⁷ G. Reisman, *Government Against the Economy*, New York, 1979.

hergestellt werden, neue Technologien zur Herstellung von Produkten entwickelt werden oder zusätzliche Produzenten entstehen. All dies würde zu Störungen in der bestehenden Ordnung führen, da die alten Produkte, Technologien und Produzenten, die einer Preiskontrolle unterliegen, dann mit neuen und anderen Produkten und Dienstleistungen konkurrieren müssten (die, da sie neu sind, nicht der Preiskontrolle unterliegen können), und sie würden wahrscheinlich im Laufe dieses Wettbewerbs einen Teil ihres etablierten Einkommensanteils an die Neuankömmlinge verlieren. Um solche Störungen auszugleichen, könnte der Konservatismus wieder von dem Instrument der Besteuerung Gebrauch machen, und in gewissem Maße tut er das. Aber Innovationen erst ungehindert entstehen zu lassen und dann den Innovatoren die Gewinne wegzunehmen und die alte Ordnung wiederherzustellen, ist, wie erläutert, ein zu fortschrittliches Instrument für eine Politik des Konservatismus. Der Konservatismus bevorzugt Regulierungen als Mittel, um Innovationen und die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen zu verhindern oder zu verlangsamen.

Die drastischste Art, das Produktionssystem zu regulieren, wäre einfach, jede Innovation zu verbieten. Eine solche Politik hat, so ist anzumerken, ihre Anhänger unter denen, die sich über den Konsumismus anderer beschwerten, d.h. über die Tatsache, dass es heute bereits „zu viele“ Waren und Dienstleistungen auf dem Markt gibt und die diese gegenwärtige Vielfalt einfrieren oder sogar reduzieren wollen; und auch aus etwas anderen Gründen unter denen, die die gegenwärtige Produktionstechnologie einfrieren wollen, aus Angst, dass technologische Innovationen wie arbeitsparende Geräte (bestehende) Arbeitsplätze „zerstören“ würden. Nichtsdestotrotz wurde ein völliges Verbot aller innovativen Veränderungen kaum jemals ernsthaft versucht — vielleicht mit der jüngsten Ausnahme des Pol-Pot-Regimes — wegen mangelnder Unterstützung in der öffentlichen Meinung, die nicht davon überzeugt werden konnte, dass eine solche Politik in Bezug auf Wohlfahrtsverluste nicht extrem kostspielig wäre. Ziemlich populär war

jedoch ein nur geringfügig moderaterer Ansatz: Während keine Änderung grundsätzlich ausgeschlossen ist, muss jede Innovation offiziell genehmigt werden (genehmigt meint, von anderen Personen als dem Innovator selbst), bevor sie umgesetzt werden kann. Auf diese Weise, so argumentiert der Konservatismus, wird sichergestellt, dass Innovationen tatsächlich gesellschaftlich akzeptabel sind, dass der Fortschritt schrittweise erfolgt, dass er von allen Produzenten gleichzeitig eingeführt werden kann und dass jeder an seinen Vorteilen teilhaben kann. Obligatorische, d.h. staatlich durchgesetzte Kartelle sind das beliebteste Mittel, um diesen Effekt zu erzielen. Indem alle Produzenten oder alle Produzenten einer Branche verpflichtet werden, Mitglieder einer Aufsichtsorganisation — des Kartells — zu werden, wird es möglich, das allzu sichtbare Überangebot, das durch Mindestpreiskontrollen verursacht wird, durch die Auferlegung von Produktionsquoten zu vermeiden. Darüber hinaus können die Störungen, die durch eine innovative Maßnahme verursacht werden, zentral überwacht und moderiert werden. Doch während dieser Ansatz in Europa und in etwas geringerem Maße auch in den Vereinigten Staaten immer mehr an Boden gewinnt und bestimmte Wirtschaftszweige bereits sehr ähnlichen Kontrollen unterliegen, ist das beliebteste und am häufigsten eingesetzte konservativ-sozialistische Regulierungsinstrument nach wie vor die Festlegung vordefinierter Standards für vordefinierte Produkt- oder Herstellerkategorien, denen alle Innovationen entsprechen müssen. Diese Vorschriften legen fest, welche Qualifikationen ein Mensch erfüllen muss (abgesehen von den „normalen“, dass er rechtmäßiger Eigentümer der Dinge ist und die körperliche Unversehrtheit des Eigentums anderer nicht durch seine Handlungen beeinträchtigt), um sich als Produzent irgendeiner Art etablieren zu können; oder sie schreiben die Art von Tests (z.B. in Bezug auf Materialien, Aussehen oder Abmessungen) vor, die ein Produkt einer bestimmten Art durchlaufen muss, bevor es neu auf dem Markt zugelassen wird; oder sie schreiben bestimmte Prüfungen vor, die jede technologische Verbesserung

bestehen muss, um eine neu zugelassene Produktionsmethode zu werden. Mit solchen regulatorischen Mitteln lassen sich Innovationen weder völlig ausschließen, noch lässt es sich gänzlich vermeiden, dass einige Änderungen sogar ganz überraschend sein könnten. Da aber die vordefinierten Standards, an die sich Änderungen anpassen müssen, notwendigerweise „konservativ“ sein müssen, d.h. in Bezug auf bestehende Produkte, Hersteller oder Technologien formuliert sein müssen, dienen sie dem Zweck des Konservatismus, indem sie die Geschwindigkeit innovativer Änderungen und die Bandbreite möglicher Überraschungen in der Tat zumindest verlangsamen.

In jedem Fall werden alle diese Arten von Vorschriften, die erstgenannten mehr und die letzteren weniger, zu einer Verringerung des allgemeinen Lebensstandards führen.⁷⁸ Eine Innovation kann allerdings nur dann erfolgreich sein und es dem Innovator ermöglichen, die bestehende Ordnung der Einkommens- und Vermögensverteilung zu stören, wenn sie von den Verbrauchern tatsächlich höher bewertet wird als die konkurrierenden alten Produkte. Die Auferlegung von Regulierungen impliziert jedoch eine Umverteilung von Eigentumstiteln weg von den Innovatoren und hin zu den etablierten Produzenten, Produkten und Technologien. Durch die vollständige oder teilweise Vergesellschaftung möglicher Einkommens- und Vermögenszuwächse, die sich aus innovativen Veränderungen im Produktionsprozess ergeben, und mutatis mutandis durch die vollständige oder teilweise Vergesellschaftung der möglichen Verluste durch Nicht-Innovation wird der Innovationsprozess verlangsamt, es wird weniger Innovatoren und Innovationen geben, und stattdessen wird sich eine verstärkte Tendenz zeigen, sich mit der Art und Weise zufrieden zu geben, wie die

⁷⁸ Zur Politik und Ökonomie der Regulierung vgl. G. Stigler, *The Citizen and the State. Essays on Regulation*, Chicago, 1975; M. N. Rothbard, *Power and Market*, Kansas City, 1977, Kapitel 3.3; zu Lizenzen vgl. auch M. Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago, 1962, Kapitel 9.

Dinge sind. Das bedeutet nichts anderes, als dass der Prozess der Steigerung der Verbraucherzufriedenheit durch die Produktion höher bewerteter Waren und Dienstleistungen auf effizientere, kostensparende Weise zum Erliegen kommt oder zumindest behindert wird. Wenn auch etwas anders als bei der Preiskontrolle, werden die Regulierungen dazu führen, dass auch die Produktionsstruktur nicht mit der Nachfrage übereinstimmt. Und während dies dazu beitragen könnte, eine bestehende Verteilung des Reichtums zu sichern, muss es wieder durch einen allgemeinen Rückgang des Gesamtvermögens bezahlt werden, der in genau dieser Produktionsstruktur enthalten ist.

Schließlich ist das dritte spezifisch konservative politische Instrument die Verhaltenskontrolle. Preiskontrollen und Regulierungen frieren die Angebotsseite eines Wirtschaftssystems ein und trennen es dadurch von der Nachfrage. Aber das schließt nicht aus, dass Veränderungen in der Nachfrage entstehen; es macht nur die Angebotsseite unempfindlich dafür. Und so kann es immer noch vorkommen, dass Unstimmigkeiten nicht nur auftauchen, sondern auch erschreckend offensichtlich werden. Verhaltenskontrollen sind politische Maßnahmen zur Steuerung der Nachfrageseite. Sie zielen darauf ab, Nachfrageschwankungen zu verhindern oder zu verzögern, um die Unempfindlichkeit der Angebotsseite weniger sichtbar zu machen und damit die Aufgabe des Konservatismus zu erfüllen: die Bewahrung einer bestehenden Ordnung vor störenden Veränderungen jeglicher Art.

Preiskontrollen und Regulierungen auf der einen und Verhaltenskontrollen auf der anderen Seite sind somit die beiden komplementären Teile einer konservativen Politik. Und von diesen beiden komplementären Seiten des Konservatismus könnte man durchaus argumentieren, dass es die Seite der Verhaltenskontrollen ist, die das markanteste Merkmal einer konservativen Politik ist. Obwohl die verschiedenen Formen des Sozialismus verschiedene Kategorien von nicht produktiven und nicht innovativen Menschen auf Kosten verschiedener Kategorien potenzieller

Produzenten und Innovatoren bevorzugen, tendiert der Konservatismus genauso wie jede andere Variante des Sozialismus dazu, weniger produktive, weniger innovative Menschen hervorzubringen, was sie zwingt, den Konsum zu steigern oder ihre produktiven und innovativen Energien in den Schwarzmarkt zu lenken. Aber von allen Formen des Sozialismus ist es nur der Konservatismus, der als Teil seines Programms direkt in den Konsum und den nicht-kommerziellen Austausch eingreift. (Alle anderen Formen wirken sich zwar auch auf den Konsum aus, insofern sie zu einer Verminderung des Lebensstandards führen; aber im Gegensatz zum Konservatismus lassen sie den Konsumenten mit dem, was ihm zum Konsum übrig bleibt, so ziemlich allein.) Konservatismus lähmt nicht nur die Entwicklung der eigenen produktiven Talente; unter dem Namen „Paternalismus“ will er auch das Verhalten von Menschen in ihrer Rolle als isolierte Konsumenten oder als Austauschpartner in nicht-kommerziellen Formen des Austauschs einfrieren und damit das eigene Talent ersticken oder unterdrücken, um einen Konsum-Lebensstil zu entwickeln, der auch die eigenen Freizeitbedürfnisse am besten befriedigt.

Jede Veränderung im Muster des Konsumverhaltens hat ihre wirtschaftlichen Nebenwirkungen. (Wenn ich meine Haare länger wachsen lasse, wirkt sich dies auf die Friseur- und die Scherenindustrie aus; wenn sich mehr Menschen scheiden lassen, wirkt sich dies auf Anwälte und den Wohnungsmarkt aus; wenn ich anfangs, Marihuana zu rauchen, hat dies Konsequenzen nicht nur für die Nutzung landwirtschaftlicher Flächen, sondern auch für die Eiscremeindustrie usw.; und vor allem bringt all dieses Verhalten das bestehende Wertesystem derer, die sich davon betroffen fühlen, ins Ungleichgewicht.) Jede Veränderung könnte somit als störendes Element gegenüber der konservativen Produktionsstruktur erscheinen, da der Konservatismus im Prinzip *alle* Handlungen — den gesamten Lebensstil der Menschen in ihrer Rolle als individuelle Konsumenten oder nichtkommerzielle Tauschhändler — als geeignete Objekte der Verhaltenskontrolle betrachten müsste. Ein

ausgewachsener Konservatismus würde auf die Errichtung eines sozialen Systems hinauslaufen, in dem alles außer der traditionellen Art des Verhaltens (die ausdrücklich erlaubt ist) verboten ist. In der Praxis könnte der Konservatismus nie ganz so weit gehen, da es Kosten im Zusammenhang mit Kontrollen gibt und er normalerweise mit wachsendem Widerstand in der öffentlichen Meinung rechnen müsste. Der „normale“ Konservatismus zeichnet sich stattdessen durch eine mehr oder weniger große Zahl spezifischer Gesetze und Verbote aus, die verschiedene Formen nicht-aggressiven Verhaltens isolierter Verbraucher oder von Personen, die an nicht-kommerziellen Tauschgeschäften beteiligt sind, verbieten und bestrafen — Handlungen also, die, wenn sie tatsächlich ausgeführt werden, weder die physische Integrität des Eigentums eines anderen verändern noch das Recht von irgendjemandem verletzen, einen nicht vorteilhaft erscheinenden Tausch abzulehnen, sondern vielmehr (nur) die etablierte „väterliche“ Ordnung der sozialen Werte stören.

Wieder einmal bewirkt eine solche Politik der Verhaltenskontrolle in jedem Fall eine relative Verarmung. Durch die Auferlegung solcher Kontrollen wird nicht nur eine Gruppe von Menschen durch die Tatsache verletzt, dass sie bestimmte nicht aggressive Verhaltensformen nicht mehr ausführen dürfen, sondern eine andere Gruppe profitiert von diesen Kontrollen, da sie solche unbeliebten Verhaltensformen nicht mehr tolerieren muss. Genauer gesagt sind die Verlierer bei dieser Umverteilung der Eigentumsrechte die Nutzer-Produzenten der Dinge, deren Konsum jetzt behindert wird, und diejenigen, die gewinnen, sind Nichtnutzer/Nichtproduzenten der betreffenden Konsumgüter. Somit wird eine neue und andere Anreizstruktur in Bezug auf Produktion oder Nichtproduktion etabliert und auf eine bestimmte Bevölkerung angewendet. Die Herstellung von Konsumgütern wurde verteuert, da ihr Wert infolge der Auferlegung von Kontrollen in Bezug auf ihre Verwendung gesunken ist, und der Erwerb der Verbraucherszufriedenheit durch unproduktive, außervertragliche Mittel wurde

entsprechend relativ kostengünstiger. Infolgedessen wird es weniger Produktion, weniger Sparen und Investieren geben und stattdessen eine größere Tendenz, durch politische, d.h. aggressive Methoden Zufriedenheit auf Kosten anderer zu erlangen. Und insbesondere, soweit die durch Verhaltenskontrollen auferlegten Beschränkungen den Gebrauch betreffen, den eine Person von ihrem eigenen Körper machen kann, wird die Folge ein damit verbundener verminderter Wert und dementsprechend eine verminderte Investition in Humankapital sein.

Damit sind wir am Ende der theoretischen Analyse des Konservatismus als Sonderform des Sozialismus angelangt. Noch einmal, um die Diskussion abzurunden, sollen einige Bemerkungen gemacht werden, die helfen könnten, die Gültigkeit der oben genannten Schlussfolgerungen zu veranschaulichen. Wie bei der Erörterung des sozialdemokratischen Sozialismus sollten diese anschaulichen Beobachtungen mit einigen Vorsichtsmaßnahmen gelesen werden: Erstens war, kann und muss die Gültigkeit der in diesem Kapitel erzielten Schlussfolgerungen unabhängig von der Erfahrung festgestellt werden. Und zweitens gibt es, was Erfahrung und empirische Evidenz betrifft, leider keine Beispiele für Gesellschaften, die auf die Auswirkungen des Konservatismus im Vergleich zu den anderen Varianten von Sozialismus und Kapitalismus untersucht werden könnten. Es gibt keine quasi-experimentelle Fallstudie, die allein das liefern könnte, was man normalerweise als „schlagenden“ Beweis betrachtet. Die Realität ist vielmehr so, dass alle möglichen politischen Maßnahmen — konservative, sozialdemokratische, marxistisch-sozialistische und auch kapitalistisch-liberale — so vermischt und kombiniert sind, dass ihre jeweiligen Wirkungen in der Regel nicht sauber mit bestimmten Ursachen in Einklang gebracht werden können, sondern durch rein theoretische Mittel entwirrt und erneut in Einklang gebracht werden müssen.

Vor diesem Hintergrund könnte jedoch durchaus etwas über die tatsächliche Leistung des Konservatismus in der Geschichte gesagt werden. Wieder einmal erlaubt der Unterschied im Lebensstandard

zwischen den Vereinigten Staaten und den Ländern Westeuropas (zusammengenommen) eine Beobachtung, die zum theoretischen Bild passt. Sicherlich hat Europa, wie im vorherigen Kapitel erwähnt, einen stärker umverteilenden Sozialismus — wie sich grob aus dem Gesamtbesteuerungsgrad ergibt — als die Vereinigten Staaten und ist deshalb ärmer. Aber noch auffälliger ist der Unterschied, der zwischen den beiden in Bezug auf den Grad des Konservatismus besteht.⁷⁹ Europa hat eine feudale Vergangenheit, die sich bis heute bemerkbar macht, insbesondere in Form zahlreicher Vorschriften, die den Handel einschränken und den Eintritt und das Verbot nicht aggressiver Handlungen behindern, während die Vereinigten Staaten bemerkenswert frei von dieser Vergangenheit sind. Damit verbunden ist die Tatsache, dass Europa im 19. und 20. Jahrhundert über lange Zeiträume von der Politik mehr oder weniger explizit konservativer Parteien und nicht von einer anderen politischen Ideologie geprägt war, während es in den Vereinigten Staaten nie eine wirklich konservative Partei gab. In der Tat wurden sogar die sozialistischen Parteien Westeuropas, insbesondere unter dem Einfluss der Gewerkschaften, in bemerkenswertem Maße vom Konservatismus infiziert und zwangen den europäischen Gesellschaften während ihrer Einflusszeiten zahlreiche konservativ-sozialistische Elemente (Regulierungen und Preiskontrollen) auf (während sie zugegebenermaßen dazu beitrugen, einige der konservativen Verhaltenskontrollen abzuschaffen). In jedem Fall ist dies angesichts der Tatsache, dass Europa sozialistischer als die Vereinigten Staaten und sein Lebensstandard relativ niedriger ist, weniger auf den größeren Einfluss des sozialdemokratischen Sozialismus in Europa als vielmehr auf den Einfluss des Sozialismus des Konservatismus zurückzuführen — wie bereits erwähnt nicht so sehr durch seine insgesamt höheren Besteuerungsgrade, sondern vielmehr durch die deutlich höhere Anzahl von

⁷⁹ Vgl. auch B. Badie und P. Birnbaum, *The Sociology of the State*, Chicago, 1983, insb. S. 107f.

Preiskontrollen, Regulierungen und Verhaltenskontrollen in Europa. Ich möchte hinzufügen, dass die Vereinigten Staaten nicht reicher sind, als sie es tatsächlich sind, und dass sie nicht nur deshalb nicht mehr die wirtschaftliche Stärke des 19. Jahrhunderts aufweisen, weil sie im Laufe der Zeit immer mehr sozialistische Umverteilungspolitiken übernommen haben, sondern vor allem, weil auch sie zunehmend der konservativen Ideologie zum Opfer gefallen sind, die darauf abzielt, den Status quo der Einkommens- und Vermögensverteilung durch Regulierungen und Preiskontrollen vor dem Wettbewerb und insbesondere vor der Position der Besitzenden unter den bestehenden Produzenten zu schützen.⁸⁰

Auf einer noch globaleren Ebene passt eine andere Beobachtung zu dem theoretisch abgeleiteten Bild des Konservatismus, der Verarmung verursacht. Denn außerhalb der sogenannten westlichen Welt sind die einzigen Länder, die mit der miserablen Wirtschaftsleistung der geradezu marxistisch-sozialistischen Regime mithalten können, genau jene Gesellschaften in Lateinamerika und Asien, die nie ernsthaft mit ihrer feudalen Vergangenheit gebrochen haben. In diesen Gesellschaften sind weite Teile der Wirtschaft auch heute noch fast gänzlich der Sphäre und dem Druck von Freiheit und Wettbewerb entzogen und werden stattdessen mit regulativen Mitteln in ihrer traditionellen Position festgehalten, gleichsam erzwungen durch offene Aggression.

Auf der Ebene spezifischerer Beobachtungen zeigen die Daten auch deutlich, was die Theorie erwarten lässt. In Westeuropa sind Italien und Frankreich zweifellos die konservativsten unter den großen europäischen Ländern, insbesondere im Vergleich zu den nördlichen Ländern, die sich in Bezug auf den Sozialismus eher zu seiner umverteilenden Variante hin entwickelt haben.⁸¹ Während das Besteuerungsniveau in Italien und Frankreich (Staatsausgaben als Teil des BSP) nicht höher ist als anderswo in Europa, weisen

⁸⁰ Vgl. hierzu R. Radosh und M. N. Rothbard (Hrsg.), *A New History of Leviathan*, New York, 1972.

⁸¹ Vgl. Badie und Birnbaum, *The Sociology of the State*, Chicago, 1983.

diese beiden Länder eindeutig mehr konservativ-sozialistische Elemente auf als irgendwo sonst. Sowohl Italien als auch Frankreich sind mit buchstäblich Tausenden von Preiskontrollen und Vorschriften gespickt, so dass es höchst zweifelhaft ist, dass irgendein Sektor ihrer Volkswirtschaften mit einigem Recht als „frei“ bezeichnet werden kann. Infolgedessen (und wie vorhergesagt hätte werden können) ist der Lebensstandard in beiden Ländern deutlich niedriger als in Nordeuropa, was jeder, der nicht ausschließlich in Kurorten reist, nicht übersehen kann. In beiden Ländern scheint zwar ein Ziel des Konservatismus erreicht worden zu sein: Die Unterschiede zwischen den Wohlhabenden und den Habenichtsen sind gut erhalten — man wird in Westdeutschland oder den Vereinigten Staaten kaum so extreme Einkommens- und Vermögensunterschiede finden wie in Italien oder Frankreich — aber der Preis ist ein relativer Rückgang des gesellschaftlichen Reichtums. Dieser Rückgang ist sogar so stark, dass der Lebensstandard der Unter- und unteren Mittelschicht in beiden Ländern bestenfalls ein wenig höher ist als in den liberaleren Ländern des Ostblocks. Und vor allem die südlichen Provinzen Italiens, wo noch mehr Regulierungen zusätzlich zu den landesweit gültigen aufgestapelt wurden, haben das Lager der Dritte-Welt-Nationen nur gerade so verlassen.

Als letztes Beispiel, das die Verarmung durch konservative Politik verdeutlicht, sind schließlich die Erfahrungen mit dem Nationalsozialismus in Deutschland und in geringerem Maße mit dem italienischen Faschismus zu nennen. Es wird oft nicht verstanden, dass beide konservativ-sozialistische Bewegungen waren.⁸² Als solche, d.h. als Bewegungen, die sich gegen den Wandel und die sozialen Störungen richten, die durch die dynamischen Kräfte einer freien Wirtschaft hervorgerufen werden, konnten sie — anders als marxistisch-sozialistische Bewegungen — Unterstützung bei

⁸² Vgl. L. v. Mises, *Omnipotent Government*, New Haven, 1944; F. A. Hayek, *The Road to Serfdom*, Chicago, 1956; W. Hock, *Deutscher Antikapitalismus*, Frankfurt/ M, 1960.

der Klasse der etablierten Eigentümer, Ladenbesitzer, Bauern und Unternehmer finden. Aber daraus die Schlussfolgerung abzuleiten, dass es sich um eine prokapitalistische Bewegung oder sogar um die höchste Stufe in der Entwicklung des Kapitalismus vor seinem endgültigen Untergang gehandelt haben muss, wie es Marxisten normalerweise tun, ist völlig falsch. In der Tat war der am meisten verabscheute Feind des Faschismus und des Nationalsozialismus nicht der Sozialismus als solcher, sondern der Liberalismus. Natürlich verachteten beide auch den Sozialismus der Marxisten und Bolschewisten, weil sie zumindest ideologisch Internationalisten und Pazifisten waren (die sich auf die Kräfte der Geschichte stützten, die zu einer Zerstörung des Kapitalismus von innen heraus führen würden), während Faschismus und Nationalsozialismus nationalistische Bewegungen waren, die sich dem Krieg und der Eroberung widmeten; und wahrscheinlich noch wichtiger in Bezug auf ihre öffentliche Unterstützung, weil der Marxismus implizierte, dass die Wohlhabenden von den Habenichtsen enteignet würden und die soziale Ordnung auf den Kopf gestellt würde, während Faschismus und Nazismus versprachen, die gegebene Ordnung aufrechtzuerhalten.⁸³ Aber, und das ist entscheidend für ihre Einstufung als sozialistische (und nicht als kapitalistische) Bewegung, dieses Ziel zu verfolgen, bedeutet — wie oben ausführlich dargelegt wurde — ebenso eine Verweigerung der Rechte des individuellen Nutzers/Eigentümers von Dingen, mit ihnen zu tun, was ihm am besten erscheint (vorausgesetzt, man beschädigt nicht physisch das Eigentum eines anderen oder beteiligt sich an nicht-vertraglichen Tauschgeschäften), und ebenso eine Enteignung der natürlichen Eigentümer durch die „Gesellschaft“ (d.h. durch Menschen, die die fraglichen Dinge weder produziert noch vertraglich erworben haben) wie die Politik des Marxismus. Und in der Tat, um dieses Ziel zu erreichen, taten sowohl der Faschismus als auch

⁸³ Vgl. einen der führenden Vertreter der deutschen „Historischen Schule“, den „Kathedersozialisten“ und Naziapologeten: W. Sombart, *Deutscher Sozialismus*, Berlin, 1934.

der Nationalsozialismus genau das, was ihre Einstufung als konservativ-sozialistisch erwartet hätte: Sie errichteten stark kontrollierte und regulierte Volkswirtschaften, in denen Privateigentum noch dem Namen nach existierte, aber in der Tat bedeutungslos geworden war, da das Recht, die Nutzung der Besitztümer zu bestimmen, fast vollständig an politische Institutionen verloren gegangen war. Insbesondere die Nazis verhängten ein System fast vollständiger Preiskontrollen (einschließlich Lohnkontrollen), entwickelten die Einrichtung von Vierjahresplänen (fast wie in Russland, wo die Pläne den Zeitraum von fünf Jahren umfassten) und etablierten Wirtschaftsplanungs- und Überwachungsgremien, die alle wesentlichen Änderungen in der Produktionsstruktur genehmigen mussten. Ein „Eigentümer“ konnte nicht mehr entscheiden, was oder wie er produziert, von wem er kauft oder an wen er verkauft, welche Preise er zahlt oder verlangt oder wie er Änderungen durchführt. All dies schuf freilich ein Gefühl der Sicherheit. Jedem wurde eine feste Position zugewiesen, und sowohl Lohnempfänger als auch Kapitaleigentümer erhielten ein garantiertes und nominal stabiles oder sogar wachsendes Einkommen. Darüber hinaus verstärkten riesige Zwangsarbeitsprogramme, die Wiedereinführung der Wehrpflicht und schließlich die Umsetzung einer Kriegswirtschaft die Illusion von wirtschaftlicher Expansion und Wohlstand.⁸⁴ Aber wie es von einem Wirtschaftssystem zu erwarten wäre, das den Anreiz eines Produzenten zerstört, sich an die Nachfrage anzupassen und zu vermeiden, sich nicht an sie anzupassen, und das dadurch die Nachfrage von der Produktion trennt, erwies sich dieses Wohlstandsgefühl als bloße Illusion. In Wirklichkeit sank der Lebensstandard in Bezug auf die Waren, die die Menschen für ihr Geld kaufen konnten, nicht nur relativ, sondern sogar

⁸⁴ Vgl. W. Fischer, *Die Wirtschaftspolitik Deutschlands 1918-45*, Hannover, 1961; W. Treue, *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*, Bd. 2, Stuttgart, 1973; R. A. Brady, „Modernized Cameralism in the Third Reich: The Case of the National Industry Group“, in: M. I. Goldman (Hrsg.), *Comparative Economic Systems*, New York, 1971.

absolut.⁸⁵ Und auf jeden Fall waren Deutschland und in geringerem Maße Italien nach der Niederlage der Nazis und Faschisten stark verarmt, selbst wenn man hier alle Zerstörungen, die durch den Krieg verursacht wurden, außer Acht lässt.

⁸⁵ Das durchschnittliche Bruttoeinkommen der Erwerbstätigen in Deutschland lag 1938 (letzte verfügbare Zahl) noch (absolut, d.h. ohne Berücksichtigung der Inflation!) unter dem von 1927. Hitler begann dann den Krieg und die Ressourcen wurden zunehmend von zivilen auf nicht zivile Nutzungen verlagert, so dass mit Sicherheit davon ausgegangen werden kann, dass der Lebensstandard ab 1939 noch weiter und drastischer gesunken ist. Vgl. *Statistisches Jahrbuch für die BRD*, 1960, S.542; vgl. auch V. Trivanovitch, *Economic Development of Germany Under National Socialism*, New York, 1937, S.44.

Kapitel 6

Der Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei und die Grundlagen der Wirtschaftsanalyse

Angesichts der theoretischen Argumente, die in den vorangegangenen Kapiteln dargelegt wurden, scheint es, dass es keine wirtschaftliche Rechtfertigung für den Sozialismus gibt. Der Sozialismus versprach, den Menschen mehr wirtschaftlichen Wohlstand zu bringen als der Kapitalismus, und ein Großteil seiner Popularität basiert auf diesem Versprechen. Die vorgebrachten Argumente haben jedoch bewiesen, dass das Gegenteil der Fall ist. Es hat sich gezeigt, dass der Sozialismus im russischen Stil, der sich durch verstaatlichte oder vergesellschaftete Produktionsmittel auszeichnet, notwendigerweise mit wirtschaftlicher Verschwendung verbunden ist, da es keine Preise für Produktionsfaktoren gibt (weil Produktionsmittel nicht gekauft oder verkauft werden dürfen) und daher keine Kostenrechnung (die das Mittel ist, um knappe Ressourcen mit alternativen Verwendungen in die wertvollsten Produktionslinien zu lenken) durchgeführt werden kann. Und was den sozialdemokratischen und konservativen Sozialismus betrifft, so hat sich gezeigt, dass in jedem Fall sowohl ein Anstieg der Produktionskosten als auch mutatis mutandis ein Rückgang der Kosten seiner Alternative, d.h. der Nichtproduktion oder der Schwarzmarktproduktion, impliziert ist und somit zu einer relativen Verringerung der Vermögensproduktion führt, da beide Versionen des Sozialismus eine Anreizstruktur schaffen, die (im Vergleich zu einem kapitalistischen System)

Nichtproduzenten und Nichtunternehmer gegenüber Produzenten und Auftragnehmern von Waren, Produkten und Dienstleistungen relativ bevorzugt.

Auch die Erfahrung unterstützt dies. Im Großen und Ganzen ist der Lebensstandard in den osteuropäischen Ländern deutlich niedriger als in Westeuropa, wo der Grad der Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der sicherlich bemerkenswert ist, relativ viel geringer ist. Auch dort, wo das Ausmaß der Umverteilungsmaßnahmen ausgeweitet und der Anteil des produzierten Reichtums, der umverteilt wird, erhöht wird, wie z.B. in Westdeutschland in den 70er Jahren unter sozialdemokratisch-liberalen Regierungskoalitionen, kommt es zu einer Verlangsamung der gesellschaftlichen Wohlstandsproduktion oder sogar zu einem absoluten Rückgang des allgemeinen Lebensstandards. Und wo immer eine Gesellschaft den Status quo, also eine gegebene Einkommens- und Vermögensverteilung, durch Preiskontrollen, Regulierungen und Verhaltenskontrollen erhalten will — wie zum Beispiel in Hitlers Deutschland oder dem heutigen Italien und Frankreich — wird der Lebensstandard immer weiter hinter denen liberalerer (kapitalistischer) Gesellschaften zurückfallen.

Nichtsdestotrotz ist der Sozialismus sehr lebendig, sogar im Westen, wo der sozialdemokratische Sozialismus und der Konservatismus starke Ideologien geblieben sind. Wie konnte es dazu kommen? Ein wichtiger Faktor ist, dass seine Anhänger die ursprüngliche Idee der wirtschaftlichen Überlegenheit des Sozialismus aufgegeben und stattdessen auf ein völlig anderes Argument zurückgegriffen haben: dass der Sozialismus möglicherweise nicht wirtschaftlich überlegen, sondern moralisch vorzuziehen ist. Dieser Anspruch wird in Kapitel 7 betrachtet. Aber damit ist die Frage noch nicht erledigt. Der Sozialismus hat sogar auf dem Gebiet der Ökonomie wieder an Stärke gewonnen. Dies wurde möglich, weil der Sozialismus seine Kräfte mit der Ideologie des Empirismus verband, die traditionell in der angelsächsischen Welt stark war und die insbesondere durch den Einfluss des sogenannten Wiener

Kreises positivistischer Philosophen zur dominierenden Philosophie-Epistemologie-Methodologie des zwanzigsten Jahrhunderts wurde, nicht nur im Bereich der Naturwissenschaften, sondern auch in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Dies gilt nicht nur für die Philosophen und Methodologen dieser Wissenschaften (die sich im Übrigen inzwischen vom Bann des Empirismus und Positivismus befreit haben), sondern wahrscheinlich noch mehr für die Praktiker (die immer noch stark unter dessen Einfluss stehen). Indem er seine Kraft mit Empirismus oder Positivismus kombinierte, was für unsere Zwecke den sogenannten kritischen Rationalismus von K. R. Popper und seinen Anhängern einschließt, entwickelte sich der Sozialismus zu dem, was künftig der „Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei“ genannt wird.⁸⁶ Es handelt sich um eine Form des Sozialismus, die sich in ihrem Argumentationsstil stark vom traditionellen Marxismus unterscheidet, der viel rationalistischer und deduktiver war — eine Form, die Marx vom klassischen Ökonomen D. Ricardo übernommen hatte, der wichtigsten Quelle für Marx' eigene ökonomische Schriften. Aber gerade wegen dieses Stilunterschiedes scheint der Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei immer mehr Unterstützung aus den traditionellen Lagern der sozialdemokratischen und konservativen Sozialisten zu gewinnen. In Westdeutschland zum Beispiel ist die Ideologie des „piecemeal social engineering“, wie K. R. Popper

⁸⁶ Vgl. zur klassischen positivistischen Position A.J. Ayer, *Language, Truth and Logic*, New York, 1950; zum kritischen Rationalismus K. R. Popper, *Logic of Scientific Discovery*, London, 1959; *Conjectures and Refutations*, London, 1969; und *Objective Knowledge*, Oxford, 1973; zu repräsentativen Aussagen des Empirismus-Positivismus als der angemessenen Methodologie der Wirtschaftswissenschaften vgl. z.B. M. Blaug, *The Methodology of Economics*, Cambridge, 1980; T. W. Hutchin-son, *The Significance and Basic Postulates of Economic Theory*, London, 1938; und *Positive Economics and Policy Objectives*, London, 1964; und *Politics and Philosophy of Economics*, New York, 1981; auch M. Friedman, „The Methodology of Positive Economics,“ in: M. Friedman, *Essays in Positive Economics*, Chicago, 1953; H. Albert, *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*, Neuwied, 1967.

seine Sozialphilosophie genannt hat⁸⁷, inzwischen so etwas wie die gemeinsame Basis der „Gemäßigten“ in allen politischen Parteien geworden, und nur die Dogmatiker, so scheint es, der einen oder anderen Seite halten nicht zu ihr. Der ehemalige SPD-Kanzler Helmut Schmidt befürwortete sogar öffentlich den Popperismus als seine eigene Philosophie.⁸⁸ In den Vereinigten Staaten ist diese Philosophie jedoch wahrscheinlich tiefer verwurzelt, da sie in Bezug auf praktische Probleme und pragmatische Methoden und Lösungen fast auf die amerikanische Denkweise zugeschnitten ist.

Wie *könnte* Empirismus-Positivismus helfen, den Sozialismus zu retten? Auf einer sehr abstrakten Ebene sollte die Antwort klar sein. Empirismus-Positivismus muss begründen können, warum alle bisher vorgebrachten Argumente nicht entscheidend waren; er muss versuchen zu beweisen, wie man vermeiden kann, die Schlussfolgerungen zu ziehen, die ich gezogen habe und immer noch behaupte, rational zu sein und nach den Regeln der wissenschaftlichen Forschung zu arbeiten. Aber wie lässt sich das im Detail bewerkstelligen? Dazu bietet die Philosophie des Empirismus und des Positivismus zwei scheinbar plausible Argumente. Der erste und in der Tat zentrale seiner Grundsätze ist dieser⁸⁹: Das Wissen über die Wirklichkeit, das empirisches Wissen genannt wird, muss durch Erfahrung überprüfbar oder zumindest falsifizierbar sein; und Erfahrung ist immer von solcher Art, dass sie im Prinzip anders hätte sein können, als sie tatsächlich war, so dass niemand jemals im Voraus, d.h. bevor er tatsächlich eine bestimmte Erfahrung gemacht hat, wissen konnte, ob das Ergebnis so oder so lauten würde. Wenn Wissen, *mutatis mutandis*, nicht durch Erfahrung verifizierbar oder falsifizierbar ist, dann handelt

⁸⁷ Zum piecemeal social engineering vgl. K. R. Popper, *The Poverty of Historicism*, London, 1957.

⁸⁸ Vgl. G. Lührs (Hrsg.), *Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie*, 2 Bde., Bonn 1975-76.

⁸⁹ Vgl. M. Hollis und E. Nell, *Rational Economic Man*, Cambridge, 1975, S. 3ff.

es sich nicht um Wissen über etwas Reales — also *empirisches* Wissen — sondern einfach Wissen über Wörter, über den Gebrauch von Begriffen, über Zeichen und Transformationsregeln für sie — oder *analytisches* Wissen. Und es ist höchst zweifelhaft, dass analytisches Wissen überhaupt als „Wissen“ eingestuft werden sollte.

Wenn man diese Position einnimmt, wie ich es für den Moment tun werde, ist es nicht schwer zu erkennen, wie die oben genannten Argumente ernsthaft zurückgewiesen werden könnten. Die Argumente bezüglich der Unmöglichkeit wirtschaftlicher Kalkulation und des kostenerhöhenden Charakters sozialdemokratischer oder konservativer Maßnahmen, die zwangsläufig zu einem Rückgang der Produktion von Gütern und Dienstleistungen und damit zu einem verminderten Lebensstandard führen, behaupteten offensichtlich a priori gültig, d.h. nicht durch irgendeine Art von Erfahrung falsifizierbar, sondern vor späteren Erfahrungen als wahr bekannt zu sein. Wäre dies nun tatsächlich der Fall, dann könnte dieses Argument nach dem ersten und zentralen Grundsatz des Empirismus-Positivismus keine Informationen über die Realität enthalten, sondern müsste als leere verbale Haarspalterei betrachtet werden — eine Übung in tautologischen Transformationen von Wörtern wie „Kosten“, „Produktion“, „Produktionsergebnisse“, „Konsum“ — die nichts über die Realität aussagt. Daher kommt der Empirismus zu dem Schluss, dass die bisher vorgebrachten Argumente in Bezug auf die Realität, d.h. die *realen* Folgen des *realen* Sozialismus, keinerlei Gewicht haben. Vielmehr müsste Erfahrung und Erfahrung allein das Entscheidende sein, um etwas Überzeugendes über den Sozialismus zu sagen.

Wäre dies tatsächlich der Fall (wie ich immer noch annehmen werde), würde es sofort alle wirtschaftlichen Argumente gegen den Sozialismus beseitigen, die ich als kategorischen Charakter dargestellt habe. An der Realität könnte es einfach nichts Kategorisches geben. Aber müsste sich der Empirismus-Positivismus nicht auch dann noch den realen Erfahrungen mit dem realen

Sozialismus stellen und wäre das Ergebnis nicht ebenso entscheidend? In den vorangegangenen Kapiteln wurde viel mehr Wert auf logische, prinzipielle, kategorische (alles hier synonym verwendet) Gründe gelegt, die sich gegen die Behauptungen des Sozialismus richteten, einen vielversprechenderen Weg zum wirtschaftlichen Wohlstand zu bieten als durch den Kapitalismus; und die Erfahrung wurde nur lose zitiert, um eine These zu veranschaulichen, deren Gültigkeit letztendlich unabhängig von der illustrativen Erfahrung hätte bekannt sein können. Trotzdem, würde nicht einmal die etwas unsystematisch zitierte Erfahrung ausreichen, um gegen den Sozialismus zu argumentieren?

Die Antwort auf diese Fragen ist ein entschiedenes „Nein“. Der zweite Grundsatz des Empirismus-Positivismus erklärt, warum. Er formuliert die Erweiterung oder vielmehr die Anwendung des ersten Grundsatzes auf das Problem der Kausalität und der kausalen Erklärung oder Vorhersage. Die kausale Erklärung oder Vorhersage eines realen Phänomens besteht in der Formulierung einer Aussage des Typs „wenn A, dann B“ oder, falls die Variablen eine quantitative Messung erlauben, „wenn eine Zunahme (oder Abnahme) von A, dann eine Zunahme (oder Abnahme) von B“. Als Aussage, die sich auf die Realität bezieht (wobei A und B reale Phänomene sind), kann ihre Gültigkeit niemals mit Sicherheit festgestellt werden, d.h. durch Prüfung des Satzes allein oder eines anderen Satzes, aus dem der betreffende wiederum logisch abgeleitet werden könnte, aber immer hypothetisch sein und bleiben wird, abhängig vom Ergebnis zukünftiger Erfahrungen, die im Voraus nicht bekannt sein können. Sollte die Erfahrung eine hypothetische kausale Erklärung bestätigen, d.h. sollte man einen Fall beobachten, in dem B tatsächlich wie vorhergesagt auf A folgte, würde dies nicht beweisen, dass die Hypothese wahr ist, da A und B allgemeine, abstrakte Begriffe („Universalien“ im Gegensatz zu „Eigennamen“) sind, die sich auf Ereignisse oder Prozesse beziehen, von denen es eine unbestimmte Anzahl von Instanzen gibt (oder zumindest prinzipiell geben *könnte*), und daher könnten

spätere Erfahrungen sie immer noch falsifizieren. Und wenn eine Erfahrung eine Hypothese falsifiziert, d.h. wenn man einen Fall von A beobachtet, auf den nicht B folgt, wäre dies auch nicht entscheidend, da es immer noch möglich wäre, dass die hypothetisch zusammenhängenden Phänomene tatsächlich kausal miteinander verbunden sind und dass ein anderer, zuvor vernachlässigter und unkontrollierter Umstand („Variable“) einfach verhindert hat, dass die hypothetische Beziehung tatsächlich beobachtet werden konnte. Eine Falsifikation würde nur beweisen, dass die untersuchte Hypothese in ihrer jetzigen Form nicht völlig korrekt ist, sondern einer Verfeinerung bedarf, d.h. einer Spezifizierung zusätzlicher Variablen, auf die man achten und die man kontrollieren müsste, um die angenommene Beziehung zwischen A und B beobachten zu können.

Da diese empirisch-positivistische Position zur kausalen Erklärung richtig ist, ist es leicht zu erkennen, wie der Sozialismus vor empirisch begründeter Kritik gerettet werden konnte. Natürlich würde ein sozialistisch-empirischer Mensch die Tatsachen nicht leugnen. Er würde nicht bestreiten, dass der Lebensstandard in Osteuropa tatsächlich niedriger ist als in Westeuropa und dass eine höhere Besteuerung oder eine konservative Politik der Regulierung und Kontrolle tatsächlich mit einer Verlangsamung oder einem Rückgang der Produktion von wirtschaftlichem Wohlstand korreliert. Aber innerhalb der Grenzen seiner Methodik könnte er durchaus bestreiten, dass auf der Grundlage solcher Erfahrungen ein prinzipielles Argument gegen den Sozialismus und dessen Anspruch, einen vielversprechenderen Weg zum Wohlstand zu bieten, formuliert werden könnte. Er könnte also die (scheinbar) falsifizierenden Erfahrungen und alle anderen, die angeführt werden könnten, als rein zufällige Erfahrungen herunterspielen; als Erfahrungen, die durch einige unglücklicherweise vernachlässigte und unkontrollierte Umstände hervorgerufen wurden, die verschwinden und sich sogar in ihr Gegenteil verkehren würden, indem sie die wahre Beziehung zwischen dem Sozialismus und einer

gesteigerten Produktion von gesellschaftlichem Reichtum offenbaren würden, sobald diese Umstände kontrolliert worden wären. Selbst die eklatanten Unterschiede im Lebensstandard zwischen Ost- und Westdeutschland — ein Beispiel, das ich so sehr hervorheben habe, weil es dem eines kontrollierten sozialen Experiments am nächsten kommt — ließen sich auf diese Weise wegdiskutieren: Etwa mit dem Argument, dass der höhere Lebensstandard im Westen nicht mit der kapitalistischeren Produktionsweise zu erklären sei, sondern damit, dass die Marshall-Hilfe nach Westdeutschland geflossen sei, während Ostdeutschland Reparationen an die Sowjetunion zahlen musste; oder dass Ostdeutschland von Anfang an die weniger entwickelten, ländlichen und landwirtschaftlich geprägten Provinzen Deutschlands umfasste und daher nie die gleiche Ausgangssituation hatte; oder dass in den östlichen Provinzen die Tradition der Leibeigenschaft viel später als in den westlichen aufgegeben wurde und daher die Mentalität der Menschen in Ost- und Westdeutschland tatsächlich anders war usw.

In der Tat, was auch immer man an empirischen Beweisen gegen den Sozialismus vorbringt, sobald man sich die empirisch-positivistische Philosophie zu eigen macht, d.h., sobald man die Idee, ein *prinzipielles* Argument für oder gegen den Sozialismus zu formulieren, als vergeblich und schlecht durchdacht verwirft und stattdessen nur noch zugibt, dass man sich natürlich in den *Einzelheiten* eines sozialistischen Politikplans irren kann, dann aber flexibel genug wäre, bestimmte Punkte seiner Politik zu ändern, wenn das Ergebnis nicht zufriedenstellend ist, ist der Sozialismus gegen jede entscheidende Kritik immun, weil jedes Scheitern immer auf irgendeine noch nicht kontrollierte intervenierende Variable zurückgeführt werden kann. Nicht einmal das perfekt durchgeführte, kontrollierte Experiment, so sollte angemerkt werden, könnte an dieser Situation irgendetwas ändern. Es wäre niemals möglich, alle Variablen zu kontrollieren, die möglicherweise einen gewissen Einfluss auf die zu erklärende Variable haben könnten — aus dem praktischen Grund, dass dies buchstäblich die

Kontrolle des gesamten Universums beinhalten würde, und aus dem theoretischen Grund, dass niemand zu irgendeinem Zeitpunkt wissen könnte, was alle Variablen sind, aus denen dieses Universum besteht. Dies ist eine Frage, deren Antwort für neu entdeckte und erkannte Erfahrungen dauerhaft offen bleiben muss. Daher würde die oben beschriebene Immunisierungsstrategie ausnahmslos und unfehlbar funktionieren. Und da es, wie wir aus den Schriften der Empiriker selbst und insbesondere aus denen von D. Hume wissen, kein „Band“ gibt, das man beobachten könnte, um bestimmte Variablen sichtbar als Ursachen und Wirkungen zu verbinden⁹⁰, ist festzustellen, dass es überhaupt keine Möglichkeit gäbe, irgendeine Variable als möglichen störenden Einfluss von vornherein auszuschließen, ohne sie tatsächlich auszuprobieren und zu kontrollieren. Nicht einmal die scheinbar absurdesten und lächerlichsten Variablen, wie z.B. Wetterunterschiede oder eine vorbeifliegende Fliege in dem einen Fall, aber nicht in dem anderen, ließen sich im Voraus ausschließen; man könnte nur wieder auf die Erfahrung verweisen. („Vorbeifliegende oder nicht vorbeifliegende Fliegen haben nie einen Unterschied für das Ergebnis eines Experiments gemacht.“) Aber nach der empiristischen Lehre selbst würde diese Erfahrung, die sich nur auf vergangene Fälle bezieht, wiederum nicht dazu beitragen, die Frage endgültig zu entscheiden und ein Verweis auf sie würde nur auf einen Zirkelschluss hinauslaufen.

Ganz gleich, welche Vorwürfe gegen den Sozialismus erhoben werden, solange sie sich auf empirische Beweise stützen, könnte der empirische Sozialist argumentieren, dass es keine Möglichkeit gibt, im Voraus zu wissen, welche Ergebnisse ein bestimmtes politisches Programm haben wird, ohne es tatsächlich umzusetzen und die Erfahrung für sich selbst sprechen zu lassen. Und was auch immer die beobachtbaren Ergebnisse sind, die ursprüngliche

⁹⁰ Vgl. D. Hume, *A Treatise of Human Nature and Enquiry Concerning Human Understanding*, in Selby-Bigge (Hrsg.), *Hume's Enquiries*, Oxford, 1970; auch H. H. Hoppe, *Handeln und Erkennen*, Bern, 1976

sozialistische Idee — der „harte Kern“ des eigenen „Forschungsprogramms“, wie es der neopopperianische Philosoph Lakatos genannt hätte⁹¹ — kann immer leicht gerettet werden, indem man auf irgendeine zuvor vernachlässigte, mehr oder weniger plausible Variable hinweist, deren Nicht-Kontrolle man für das negative Ergebnis verantwortlich macht, wobei die neu revidierte Hypothese wieder bis ins Unendliche ausprobiert werden muss.⁹² Die Erfahrung lehrt uns nur, dass ein bestimmtes sozialistisches Politikschema das Ziel, mehr Reichtum zu produzieren, nicht erreicht hat; aber es kann uns nie sagen, ob ein etwas anderes zu anderen Ergebnissen führen wird oder ob es möglich ist, das Ziel, die Produktion von Reichtum durch irgendeine sozialistische Politik zu verbessern, überhaupt zu erreichen.

Ich bin jetzt an dem Punkt meiner Argumentation angelangt, an dem ich die Gültigkeit dieser beiden zentralen Grundsätze des Empirismus-Positivismus in Frage stellen werde. Was stimmt nicht mit ihnen und warum kann nicht einmal der Empirismus dazu beitragen, den Sozialismus zu retten? Die Antwort gebe ich in drei Stufen. Zunächst werde ich zeigen, dass sich die empiristische Position bei näherer Analyse als selbstzerstörerisch erweist, weil sie selbst zumindest implizit die Existenz von nicht-empirischem Wissen als Wissen über die Realität annehmen und voraussetzen muss. Da es sich hierbei hauptsächlich um eine destruktive Aufgabe handelt, werde ich mich anschließend mit der Frage befassen müssen, wie es möglich ist, ein Wissen zu haben oder zu erlangen,

⁹¹ Vgl. I. Lakatos, „Falsification and the Methodology of Scientific Research Programmes“, in: Lakatos und Musgrave (Hrsg.), *Criticism and the Growth of Knowledge*, Cambridge, 1970.

⁹² All dies wurde dem Popperismus vor allem durch T. S. Kuhn, *The Structure of Scientific Revolutions*, Chicago, 1964, nahegebracht; und es war dann P. Feyerabend, der die radikalste Schlussfolgerung zog: den Anspruch der Wissenschaft auf Rationalität gänzlich über Bord zu werfen und den Nihilismus unter dem Banner „alles ist möglich“ zu begrüßen (P. Feyerabend, *Against Method*, London, 1978; und *Science in a Free Society*, London, 1978). Zur Kritik dieser unbegründeten Schlussfolgerung vgl. nachfolgende Anmerkung 105.

das über die Realität informiert, aber selbst nicht der Bestätigung oder Falsifizierung durch die Erfahrung unterliegt. Und drittens werde ich zeigen, dass ein solches Wissen nicht nur denkbar ist und vorausgesetzt werden muss, sondern dass es positive Beispiele dafür gibt, die als festes erkenntnistheoretisches Fundament dienen, auf dem die ökonomischen Argumente gegen den Sozialismus aufgebaut werden können und in der Tat schon immer aufgebaut wurden.

Trotz der augenscheinlichen Plausibilität der zentralen Ideen des Empirismus sei gleich zu Beginn angemerkt, dass selbst auf der Ebene der Intuition die Dinge nicht so zu sein scheinen, wie der Empirismus sie gerne hätte. Es ist gewiss nicht evident, dass Logik, Mathematik, Geometrie und auch bestimmte Aussagen der reinen Wirtschaftswissenschaften, wie das Gesetz von Angebot und Nachfrage oder die Quantitätstheorie des Geldes, weil sie keine Falsifikation durch Erfahrung zulassen, oder besser gesagt, weil ihre Gültigkeit unabhängig von der Erfahrung ist, uns keine Information über die Wirklichkeit geben, sondern lediglich verbale Haarspaltereien sind. Das Gegenteil scheint viel plausibler zu sein: dass die von diesen Disziplinen aufgestellten Behauptungen — zum Beispiel eine Aussage der Geometrie wie „Wenn eine Gerade S und ein Kreis C mehr als einen Punkt gemeinsam haben, dann hat S genau zwei Punkte mit C gemeinsam“ oder eine Aussage, die enger mit dem Handlungsfeld zusammenhängt, mit dem ich mich hier befasse, wie „Man kann seinen Kuchen nicht gleichzeitig essen und behalten“ — in der Tat über die Realität informieren und darüber informieren, was in der Realität unmöglich anders sein kann, um nicht in Widerspruch zu geraten.⁹³ Wenn ich einen Kuchen hatte und ihn aufaß, kann daraus geschlossen werden, dass ich ihn nicht mehr habe — und dies ist eindeutig eine Schluss-

⁹³ Vgl. hierzu und zu Folgendem A. Pap, *Semantics and Necessary Truth*, New Haven, 1958; M. Hollis und E. Nell, *Rational Economic Man*, Cambridge, 1975; B. Blanshard, *Reason and Analysis*, La Salle, 1964.

folgerung, die über die Realität informiert, ohne durch Erfahrung falsifizierbar zu sein.

Aber viel wichtiger als die Intuition ist natürlich die reflexive Analyse und diese wird beweisen, dass sich die empiristische Position einfach selbst widerlegt. Wenn es wahr wäre, dass empirisches Wissen durch Erfahrung falsifizierbar sein muss und dass analytisches Wissen, das nicht so falsifizierbar ist, also kein empirisches Wissen enthalten kann, was für eine Aussage ist dann diese Grundaussage des Empirismus *selbst*? Sie muss wieder entweder analytisch oder empirisch sein. Wenn sie analytisch ist, dann ist dieser Satz nach seiner eigenen Lehre nichts anderes als ein Kritzeln auf Papier, heiße Luft, völlig ohne jeden sinnvollen Inhalt. Nur weil die in der Aussage verwendeten Begriffe wie „Wissen“, „Erfahrung“, „falsifizierbar“ usw. bereits sinnvoll interpretiert wurden, könnte dies zunächst übersehen werden. Aber die gesamte Bedeutungslosigkeit analytischer Aussagen folgt schlüssig aus der empirisch-positivistischen Ideologie. Natürlich, und das ist die erste sich selbst widerlegende Falle, könnte der Empirismus, wenn dies wahr wäre, nicht einmal das sagen und meinen, was er zu sagen und zu meinen scheint; er wäre nicht mehr als ein Rascheln von Blättern im Wind. Um überhaupt etwas zu bedeuten, müssen die verwendeten Begriffe interpretiert werden, und eine Begriffsinterpretation ist immer (solange ein Ausdruck nicht durch einen anderen erklärt werden kann) eine praktische Angelegenheit; eine Angelegenheit also, bei der der Gebrauch eines Begriffs an realen Beispielen des durch den Begriff bezeichneten Konzepts geübt und gelernt wird und bei der ein Begriff auf diese Weise an die Realität gebunden wird.⁹⁴ Allerdings ist nicht jede beliebige Interpretation ausreichend: „Falsifizierbar“ bedeutet zum Beispiel nicht das, was man mit „rot“ oder „grün“ meint. Um zu sagen, was der Empirismus-Positivismus offensichtlich bei der Formulierung

⁹⁴ Vgl. hierzu W. Kamlah und P. Lorenzen, *Logische Propädeutik*, Mannheim, 1967.

seiner Grundprinzipien sagen will, muss den Begriffen die Bedeutung gegeben werden, die sie sowohl für den Empiristen als auch für diejenigen, die er von der Angemessenheit seiner Methodik überzeugen will, tatsächlich haben. Aber wenn die Aussage tatsächlich bedeutet, was wir die ganze Zeit dachten, dann enthält sie offensichtlich Informationen über die Realität. Tatsächlich informiert sie uns über die grundlegende Struktur der Realität: dass es nichts gibt, von dem man wissen kann, dass es wahr ist, bevor zukünftige Erfahrungen bestätigt oder falsifiziert werden. Und wenn *dieser* Satz nun als *analytisch* aufgefasst wird, d.h. als eine Aussage, die keine Falsifizierung zulässt, deren Wahrheit aber durch eine Analyse der Bedeutungen der verwendeten Begriffe allein festgestellt werden kann, wie es für den Moment angenommen wurde, dann hat man nicht weniger als einen eklatanten Widerspruch zur Hand und der Empirismus erweist sich wieder einmal als selbst widerlegend.⁹⁵

Ergo scheint es, dass der Empirismus-Positivismus die andere verfügbare Option wählen und sein zentrales Credo selbst zu einer *empirischen* Aussage erklären müsste. Aber dann hätte die Position der Empiristen natürlich kein Gewicht mehr: Schließlich könnte die grundlegende Aussage des Empirismus, die als Grundlage für alle möglichen Regeln der korrekten wissenschaftlichen Untersuchung dient, falsch sein, und niemand könnte sich jemals sicher sein, ob es so ist oder nicht. Man könnte genauso gut das genaue Gegenteil behaupten und innerhalb der Grenzen des

⁹⁵ Vgl. L. v. Mises, *The Ultimate Foundation of Economic Science*, Kansas City, 1978, S. 5: „Das Wesen des logischen Positivismus besteht darin, den kognitiven Wert von Apriori-Wissen zu leugnen, indem er darauf hinweist, dass alle Apriori-Sätze lediglich analytisch sind. Sie liefern keine neuen Informationen, sondern sind lediglich verbal oder tautologisch ... Nur Erfahrung kann zu synthetischen Aussagen führen. Es gibt einen offensichtlichen Einwand gegen diese Lehre, nämlich, dass dieser Satz an sich ein — wie der Verfasser meint — falscher, synthetischer Apriori-Satz ist, denn er kann offensichtlich nicht durch Erfahrung bewiesen werden.“

Empirismus gäbe es keine Möglichkeit zu entscheiden, welche Position richtig oder falsch ist. In der Tat, wenn sein zentraler Grundsatz zu einem empirischen Satz erklärt würde, würde der Empirismus aufhören, eine *Methodo-logie* — eine *Logik* der Wissenschaft — zu sein, und wäre nicht mehr als eine völlig willkürliche verbale Konvention, mit der bestimmte (willkürliche) Arten des Umgangs mit bestimmten Aussagen bestimmte (willkürliche) Namen erhalten. Es wäre eine Position ohne jede Rechtfertigung dafür, warum sie und nicht irgendeine andere eingenommen werden sollte.⁹⁶

Dies ist jedoch nicht alles, was gegen den Empirismus vorgebracht werden kann, selbst wenn die zweite verfügbare Alternative gewählt wird. Bei näherer Betrachtung führt dieser Fluchtweg zu einer weiteren Falle der Selbstwiderlegung. Selbst wenn dieser Weg gewählt würde, kann gezeigt werden, dass die empiristisch-positivistische Position stillschweigend die Existenz von nicht-empirischem Wissen als „reales“ Wissen voraussetzen muss. Um dies zu realisieren, sei angenommen, dass eine kausale Erklärung, die sich auf zwei oder mehr Ereignisse bezieht, zu einer bestimmten Instanz von Erfahrungen in Bezug auf solche Ereignisse passt und dann auf eine zweite Instanz angewendet wird, vermutlich um einige weitere empirische Tests zu durchlaufen. Nun sollte man sich fragen, was die Voraussetzung ist, die gemacht werden muss, um den zweiten Fall der Erfahrung mit dem ersten als Bestätigung oder Falsifizierung in Beziehung zu setzen? Auf den ersten Blick mag es fast selbstverständlich erscheinen, dass, wenn im zweiten Erfahrungsstand die Beobachtungen des ersten wiederholt würden,

⁹⁶ M. Hollis und E. Nell bemerken: „Da für einen Positivisten jede signifikante Aussage entweder analytisch oder synthetisch ist und keine beides ist, können wir nach einer Klassifizierung fragen Uns ist kein Positivist bekannt, der versucht hat, empirische Beweise für Aussagen (der fraglichen Art) zu erbringen. Es ist auch nicht ersichtlich, wie dies geschehen soll, es sei denn, man argumentiert, dass dies eine Tatsache ist, wie die Menschen Begriffe verwenden ... was uns dazu veranlassen würde, einfach zu fragen: „Na und?““ (M. Hollis und E. Nell, *Rational Economic Man*, Cambridge, 1975, S. 110).

dies eine Bestätigung wäre, und wenn nicht, eine Falsifizierung — und offensichtlich geht die empiristische Methodologie davon aus, dass dies auch unbestreitbar ist und keiner weiteren Erklärung bedarf. Aber das ist nicht korrekt.⁹⁷ Die Erfahrung zeigt nur, dass zwei oder mehr Beobachtungen in Bezug auf die zeitliche Abfolge von zwei oder mehr Arten von Ereignissen „neutral“ als „Wiederholung“ oder „Nicht-Wiederholung“ eingestuft werden können. Eine neutrale Wiederholung wird nur dann zu einer „positiven“ Bestätigung und eine Nicht-Wiederholung zu einer „negativen“ Falsifizierung, wenn unabhängig davon, was tatsächlich durch Erfahrung entdeckt werden kann, davon ausgegangen wird, dass es konstante Ursachen gibt, die in zeitinvarianter Weise wirken. Geht man dagegen davon aus, dass Ursachen im Laufe der Zeit mal so und mal so wirken, dann sind und bleiben diese sich wiederholenden oder nicht wiederholenden Vorkommnisse einfach neutral registrierte Erfahrungen, völlig unabhängig voneinander und stehen in keinem logischen Zusammenhang zueinander als Bestätigung oder Falsifizierung. Es gibt eine Erfahrung und dann gibt es eine andere, sie sind gleich oder sie sind unterschiedlich, aber das ist alles; nichts anderes folgt.

Die Voraussetzung, um „falsifiziert“ oder „bestätigt“ sagen zu können, ist also das Konstanzprinzip: die Überzeugung, dass beobachtbare Phänomene im Prinzip von Ursachen bestimmt werden, die in ihrer Wirkungsweise konstant und zeitinvariant sind, und dass Kontingenz in der Wirkungsweise der Ursachen prinzipiell keine Rolle spielt. Nur wenn das Konstanzprinzip als gültig angenommen wird, folgt aus einer fehlenden Reproduktion eines Ergebnisses, dass mit einer ursprünglichen Hypothese etwas nicht stimmt; und nur dann kann eine erfolgreiche Reproduktion tatsächlich als Bestätigung interpretiert werden. Denn nur wenn zwei (oder mehr) Ereignisse tatsächlich Ursache *und* Wirkung sind und

⁹⁷ Vgl. hierzu H. H. Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*, Opladen, 1983; und „Is Research Based on Causal Scientific Principles Possible in the Social Sciences“, in *Ratio*, XXV, 1, 1983.

Ursachen zeitinvariant wirken, *muss* der Schluss gezogen werden, dass der zu beobachtende funktionale Zusammenhang zwischen kausal zusammenhängenden Variablen in allen konkreten Fällen gleich sein *muss*, und dass, wenn dies nicht tatsächlich der Fall ist, etwas an der jeweiligen Spezifikation der Ursachen schuld sein *muss*.

Es liegt auf der Hand, dass dieses Konstanzprinzip selbst nicht auf Erfahrung beruht oder von ihr abgeleitet ist. Es gibt nicht nur keinen beobachtbaren Zusammenhang zwischen Ereignissen. Selbst wenn eine solche Verbindung existierte, könnte die Erfahrung nicht zeigen, ob sie zeitinvariant war oder nicht. Das Prinzip kann auch nicht durch die Erfahrung widerlegt werden, da jedes Ereignis, das es zu widerlegen scheint (z.B. die fehlgeschlagene Wiederholung einer Erfahrung), von vornherein so interpretiert werden könnte, als ob die Erfahrung hier gezeigt hätte, dass nur eine *bestimmte* Art von Ereignis nicht die Ursache für ein anderes ist (sonst wäre die Erfahrung erfolgreich wiederholt worden). Da die Erfahrung jedoch nicht ausschließen kann, dass es tatsächlich eine *andere* Reihe von Ereignissen gibt, die sich in ihrer Wirkungsweise als zeitinvariant erweist, kann die Gültigkeit des Konstanzprinzips nicht widerlegt werden.

Nichtsdestotrotz ist das Konstanzprinzip, obwohl es weder aus der Erfahrung abgeleitet noch durch sie widerlegbar ist, nichts anderes als die logisch notwendige Voraussetzung dafür, dass es Erfahrungen gibt, die als sich gegenseitig bestätigend oder falsifizierend angesehen werden können (im Gegensatz zu isolierten, logisch unverbundenen Erfahrungen). Und da der Empirismus-Positivismus von der Existenz solcher logisch zusammenhängender Erfahrungen ausgeht, muss daraus geschlossen werden, dass er auch implizit von der Existenz nicht-empirischen Wissens über die Realität ausgeht. Er muss davon ausgehen, dass es tatsächlich zeitinvariant wirkende Ursachen gibt, und er muss davon ausgehen, dass dies der Fall ist, obwohl die Erfahrung dies niemals beweisen

oder widerlegen könnte. Wieder einmal erweist sich der Empirismus als inkonsistente, widersprüchliche Philosophie.

Inzwischen sollte hinreichend klar sein, dass apriorisches Wissen existieren muss, oder zumindest, dass der Empirismus-Positivismus — die Philosophie, die am skeptischsten gegenüber seiner Möglichkeit ist — seine Existenz tatsächlich voraussetzen muss. Allerdings ist die bloße Vorstellung von Wissen als Wissen über reale Dinge, dessen Gültigkeit unabhängig von der Erfahrung festgestellt werden kann, schwer zu fassen — ansonsten wäre der überwältigende Erfolg der Philosophie des Empirismus-Positivismus in der wissenschaftlichen Gemeinschaft und nach Meinung der „gebildeten Öffentlichkeit“ kaum zu erklären. Bevor wir also zu der konkreteren Aufgabe übergehen, die spezifischen apriorischen Grundlagen zu erläutern, auf denen das wirtschaftliche Argument gegen den Sozialismus beruht, erscheint es angebracht, einige ziemlich allgemeine Bemerkungen zu machen, die dazu beitragen sollten, dass es plausibler wird, dass es tatsächlich so etwas wie apriorisches Wissen gibt.

Es scheint von großer Bedeutung zu sein, sich zunächst von der Vorstellung zu befreien, dass apriorisches Wissen etwas mit „angeborenen Ideen“ oder mit „intuitivem“ Wissen zu tun hat, das nicht irgendwie entdeckt oder gelernt werden müsste. Angeboren oder nicht, intuitiv oder nicht: Das sind Fragen, die die *Psychologie* des Wissens betreffen. Im Vergleich dazu beschäftigt sich die Erkenntnistheorie ausschließlich mit der Frage nach der *Gültigkeit* von Wissen und wie man Gültigkeit feststellen kann — und zwar ist das Problem des apriorischen Wissens nur ein erkenntnistheoretisches. Apriorisches Wissen kann dem empirischen Wissen aus psychologischer Sicht sehr ähnlich sein und ist es auch oft, da beide Arten von Wissen erworben, entdeckt und gelernt werden müssen. Der Prozess der Entdeckung von apriorischem Wissen könnte und scheint in der Tat sehr oft noch schwieriger und mühsamer zu sein als der des Erwerbs von empirischem Wissen, das sich uns oft genug einfach aufzudrängen scheint, ohne dass wir

viel dafür getan haben; und es könnte auch genetisch der Fall sein, dass der Erwerb von apriorischem Wissen voraussetzt, dass man zuvor eine Art von Erfahrung gemacht hat. All dies berührt jedoch nicht die Frage der Validierung von Wissen, und gerade und ausschließlich in dieser Hinsicht unterscheiden sich apriorisches und empirisches Wissen kategorisch.⁹⁸

Auf der positiven Seite ist der wichtigste Begriff für das Verständnis der Möglichkeit einer apriorischen Erkenntnis, dass es nicht nur naturgegebene Dinge gibt, die man durch Erfahrung kennen lernen muss, sondern dass es auch künstliche, von Menschen geschaffene Dinge gibt, die zwar das Vorhandensein oder die Verwendung natürlicher Materialien voraussetzen, die aber, da sie Konstruktionen sind, nicht nur in ihrer Struktur und ihren Implikationen vollständig verstanden werden können, sondern auch auf die Frage hin analysiert werden können, ob ihre Konstruktionsweise möglicherweise verändert werden kann oder nicht.⁹⁹

Es gibt drei große Bereiche von Konstruktionen: Sprache und Denken, Handlungen und fabrizierte Objekte, die alle von Menschen gemacht sind. Wir wollen uns hier nicht mit fabrizierten Objekten befassen, sondern nur am Rande erwähnen, dass beispielsweise die euklidische Geometrie als ideale Norm aufgefasst werden kann, auf die wir bei der Konstruktion von Messinstrumenten, die empirische Messungen des Raums ermöglichen, nicht verzichten können. (Insofern kann also von der euklidischen Geometrie nicht gesagt werden, dass sie durch die Relativitätstheorie verfälscht wurde; vielmehr setzt diese Theorie ihre Gültigkeit durch

⁹⁸ Vgl. I. Kant, *Kritik der reinen Vernunft*, in Kant, Werke (Hrsg. Weischedel), Wiesbaden, 1956, Bd. II, S.45.

⁹⁹ Dies ist natürlich ein kantischer Gedanke, der in Kants Diktum zum Ausdruck kommt, dass „die Vernunft nur verstehen kann, was sie selbst nach ihrem eigenen Entwurf hervorgebracht hat“ (*Kritik der reinen Vernunft*, in: Kant, Werke (Hrsg. Weischedel), Wiesbaden, 1956, Bd. II, S.23).

den Einsatz ihrer Messinstrumente voraus.)¹⁰⁰ Das Feld der Handlungen, als unser Hauptanliegen, wird analysiert, wenn die apriorischen Grundlagen der Ökonomie diskutiert werden. Die erste Erklärung des apriorischen Wissens soll dann als nicht abänderbare Kenntnis von Konstruktionsregeln am Beispiel der Sprache und des Denkens gegeben werden. Dies wird als Ausgangspunkt gewählt, weil es die Sprache und das Denken ist, die man verwendet, um das zu tun, was hier getan wird, d.h. um zu kommunizieren, zu diskutieren und zu argumentieren.

Für die Empiriker ist die Sprache ein konventionell akzeptiertes System von Zeichen und Zeichenkombinationen, denen wiederum durch Konvention eine Bedeutung verliehen wird, letztlich durch anschauliche Definitionen. Nach dieser Ansicht mag es scheinen, dass Sprache zwar ein künstliches, vom Menschen geschaffenes Produkt ist, aber a priori nichts darüber bekannt sein kann. Und in der Tat gibt es viele verschiedene Sprachen, die alle unterschiedliche Zeichen verwenden, und die Bedeutung der verwendeten Begriffe kann willkürlich zugewiesen und verändert werden, so dass alles, was es über Sprache zu wissen gibt, aus Erfahrung gelernt werden muss, so scheint es. Aber diese Ansicht ist falsch oder bestenfalls nur die halbe Wahrheit. Es stimmt, jede Sprache ist ein konventionelles Zeichensystem, aber was ist eine Konvention? Offensichtlich kann nicht vorgeschlagen werden, dass „Konvention“ wiederum konventionell definiert wird, denn das wäre ein Zirkelschluss. Alles kann als Konvention (und in der Tat als Sprache) *bezeichnet* werden, aber sicherlich ist nicht alles, was als Konvention bezeichnet werden kann, tatsächlich eine konventionelle Vereinbarung. Das Aussprechen und Verstehen von „Konvention wird

¹⁰⁰ Vgl. hierzu P. Lorenzen, „Wie ist Objektivität in der Physik möglich“, „Das Begründungsproblem der Geometrie als Wissenschaft der räumlichen Ordnung“, in: *Methodisches Denken*, Frankfurt/M., 1968; und *Normative Logik und Ethik*, Mannheim, 1969; F. Kambartel, *Erfahrung und Struktur*, Frankfurt/M., 1968, Kap. 3; auch H. Dingier, *Die Ergreifung des Wirklichen*, München, 1955; P. Janich, *Protophysik der Zeit*, Mannheim, 1969.

so und so gebraucht“ setzt voraus, dass man bereits weiß, was eine Konvention ist, da sich diese Aussage bereits der Sprache als Kommunikationsmittel bedienen müsste. Daher muss man zu dem Schluss kommen, dass Sprache ein konventionelles Zeichensystem ist und als solches Wissen darüber nur empirisches Wissen sein kann. Damit es aber ein solches System geben kann, muss davon ausgegangen werden, dass jeder Sprecher einer Sprache bereits weiß, was eine Konvention ist, und zwar nicht einfach so, wie er weiß, dass „Hund“ eben Hund bedeutet, sondern er muss die wirkliche, wahre Bedeutung der Konvention kennen. Sein Wissen darüber, was Sprache ist, muss daher als a priori betrachtet werden. Diese Erkenntnis kann für bestimmte Ebenen wiederholt werden. Es gibt alle möglichen spezifischen Aussagen, die in einer Sprache gemacht werden können, und hier spielt sicherlich die Erfahrung eine Rolle. Zu wissen, was es bedeutet, einen Vorschlag zu machen, kann jedoch definitiv nicht aus Erfahrung gelernt werden, sondern muss von jedem Sprecher einer Sprache vorausgesetzt werden. Was ein Vorschlag ist, kann einem Redner nicht einfach durch eine andere Aussage erklärt werden, es sei denn, er weiß bereits, wie er dies als Vorschlag interpretieren soll. Dasselbe gilt für Definitionen: Es würde nicht ausreichen, „Definition“ vordergründig zu definieren, indem man auf jemanden zeigt, der gerade auf eine Definition hinweist, denn genau wie in dem Fall, in dem das Wort „Hund“ durch das Zeigen auf einen Hund definiert wird, muss ein Verständnis der Bedeutung von vordergründigen Definitionen bereits vorausgesetzt werden, wenn verstanden wird, dass das Zeigen auf einen Hund, begleitet von dem Laut [Hund], bedeutet, dass „Hund“ Hund bedeutet, so auch im Fall von „Definition“. Definition vordergründig zu definieren, wäre völlig bedeutungslos, es sei denn, man wusste bereits, dass der bestimmte Ton etwas bedeuten sollte, dessen Identifizierung durch Zeigen unterstützt werden sollte, und wie man dann bestimmte Objekte als Instanzen allgemeiner, abstrakter Eigenschaften identifiziert. Kurz gesagt, um einen Begriff durch Konvention zu definieren, muss

davon ausgegangen werden, dass ein Sprecher a priori Kenntnis von der wirklichen Bedeutung — der wirklichen Definition — der „Definition“ hat.¹⁰¹

Das Wissen über Sprache, das insofern als a priori betrachtet werden muss, als es von jedem Sprecher, der eine beliebige Sprache spricht, vorausgesetzt werden muss, ist also das Wissen darüber, wie man wirkliche Konventionen aufstellt, wie man einen Satz aufstellt, indem man eine Aussage macht (d.h. wie man etwas meint, indem man etwas sagt), und wie man eine wirkliche Definition aufstellt und besondere Fälle von allgemeinen Eigenschaften identifiziert. Jede Leugnung dieser Tatsache wäre selbstwiderlegend, da sie in einer Sprache erfolgen müsste, die Sätze aufstellt und Definitionen verwendet. Und da jede Erfahrung eine begriffliche Erfahrung ist, d.h. eine Erfahrung in Begriffen einer Sprache — und zu sagen, dass dies nicht so ist, und es zu meinen, würde nur beweisen, dass es auch in eine Sprache gegossen werden muss — würde man, wenn man dies a priori für eine Sprache *wüsste*, auch eine apriorische Wahrheit über die Realität wissen: dass sie aus bestimmten Objekten besteht, die abstrakte Eigenschaften haben, d.h., Eigenschaften, von denen es möglich ist, andere Instanzen zu finden; dass jedes Objekt entweder eine bestimmte Eigenschaft hat oder nicht hat und dass es daher Tatsachen gibt, von

¹⁰¹ Zur Problematik realer vs. konventioneller bzw. festgelegter Definitionen vgl. M. Hollis und E. Nell, *Rational Economic Man*, Cambridge, 1975, S. 177ff. „Ehrliche Definitionen sind vom empirischen Standpunkt aus gesehen zweierlei: lexikalisch und stipulativ.“ (S.177) Aber „wenn es darum geht, (diese) Ansicht zu rechtfertigen, wird uns vermutlich eine Definition von ‚Definition‘ angeboten. Unabhängig davon, in welche Kategorie der Definition die Definition ... fällt, müssen wir sie nicht als erkenntnistheoretisch wertvoll akzeptieren. In der Tat wäre es nicht einmal eine mögliche erkenntnistheoretische These, es sei denn, sie wäre weder lexikalisch noch stipulativ. Diese Ansicht ist sowohl unbequem als auch selbstwiderlegend. Eine gegenteilige Meinung mit langem Stammbaum ist, dass es „echte“ Definitionen gibt, die das Wesen des Definierten erfassen“ (S.178); vgl. auch B. Blanshard, *Reason and Analysis*, La Salle, 1964, S.268f.

denen man sagen kann, dass sie wahr oder falsch sind; und auch, dass man nicht a priori wissen kann, was alle Tatsachen sind, außer dass sie in der Tat auch Tatsachen sein müssen, d.h. Instanzen von bestimmten abstrakten Eigenschaften. Und wieder einmal weiß man das alles nicht aus Erfahrung, denn Erfahrung ist nur das, was in den eben beschriebenen Formen erscheinen kann.¹⁰²

In diesem Sinne können wir uns dem Bereich des Handelns zuwenden, um den spezifischen Punkt zu beweisen, dass man auch positives, apriorisches Wissen über Handlungen und Handlungsfolgen hat, weil auch sie menschengemachte Konstrukte sind, die hinsichtlich ihrer Konstruktionsregeln vollständig verstanden werden können; und dass der Empirismus-Positivismus nicht — auf die Gefahr hin, sich zu widersprechen — als Schwächung oder gar ernsthafte Infragestellung der ökonomischen Argumente gegen den Sozialismus angesehen werden kann, da diese Argumente letztlich auf solchen Grundlagen beruhen, während die empiristische Philosophie dazu im Widerspruch steht.

In einem ersten argumentativen Schritt werde ich zeigen, dass die empiristische Methodologie entgegen ihrer eigenen Behauptung unmöglich auf Handlungen anwendbar sein kann und damit einen ersten, wenn auch eher negativen Fall von apriorischem Wissen über Handlungen aufzeigen. Der Empirismus behauptet, dass Handlungen wie jedes andere Phänomen durch kausale Hypothesen erklärt werden können und müssen, die durch Erfahrung bestätigt oder widerlegt werden können. Wäre dies nun der Fall, dann wäre die Empirie gezwungen anzunehmen (entgegen ihrer eigenen Doktrin, dass es kein Wissen a priori als Wissen über die Realität gibt), dass zeitinvariant wirkende Ursachen in Bezug auf Handlungen existieren. Man würde nicht im Voraus wissen, welches bestimmte Ereignis die Ursache für eine bestimmte *Handlung* wäre — die *Erfahrung* müsste dies enthüllen. Aber um so vorzugehen,

¹⁰² Vgl. A. v. Melsen, *Philosophie der Natur*, Pittsburgh, 1953, insbes. Kapitel 1,4.

wie es der Empirismus will, nämlich verschiedene Erfahrungen in Bezug auf Ereignisabläufe so in Beziehung zu setzen, dass sie einander entweder bestätigen oder falsifizieren, und wenn sie falsifizieren, dann mit einer Neuformulierung der ursprünglichen Kausalhypothese zu reagieren, muss eine zeitliche Konstanz im Wirken der Ursachen vorausgesetzt werden. Wenn dies jedoch wahr wäre und Handlungen tatsächlich als von zeitlich unveränderlich wirkenden Ursachen gesteuert aufgefasst werden könnten, wie wäre es dann mit der Erklärung der Erklärer, d.h. der Personen, die den Prozess der Hypothesenbildung, der Verifizierung und Falsifizierung selbst durchführen, d.h. von uns allen, die wir so handeln, wie die Empiriker es uns vorschreiben? Offensichtlich muss man, um all dies zu tun — Erfahrungen bestätigen oder falsifizieren, um alte Hypothesen durch neue zu ersetzen — lernfähig sein. Wenn man jedoch aus Erfahrung lernen kann und der Empiriker gezwungen ist, dies zuzugeben, dann kann man zu keinem Zeitpunkt wissen, was man zu einem späteren Zeitpunkt wissen wird und wie man auf der Grundlage dieses Wissens handeln wird. Vielmehr kann man die Ursachen seiner Handlungen erst nach dem Ereignis rekonstruieren, da man sein Wissen erst erklären kann, nachdem man es bereits besitzt. Somit ist die auf das Wissens- und Handlungsfeld angewandte empirische Methodik, die Wissen als notwendigen Bestandteil enthält, einfach widersprüchlich — eine logische Absurdität.¹⁰³ Das Konstanzprinzip mag im Bereich der

¹⁰³ Vgl. auch H. H. Hoppe. *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*, Opladen, 1983; und „Is Research Based on Causal Scientific Principles Possible in the Social Sciences“ in *Ratio* XXV, 1, 1983. Hier fasst sich das Argument wie folgt zusammen (S.37): „(1) Ich und — als mögliche Gegner in einem Argument — andere Menschen sind lernfähig. (Diese Aussage kann nicht angefochten werden, ohne implizit zuzugeben, dass sie richtig ist. Davon muss vor allem jeder ausgehen, der Ursachenforschung betreibt. Insofern gilt Satz (1) a priori.) (2) Wenn es möglich ist zu lernen, kann man nicht jederzeit wissen, was man zu einem späteren Zeitpunkt wissen wird und wie man auf der Grundlage dieses Wissens handeln wird. (Wenn man zu einem bestimmten Zeitpunkt wüsste, was man zu einem späteren Zeitpunkt erfahren wird, wäre

natürlichen Objekte richtig angenommen werden und als solches kann die Methodik des Empirismus dort anwendbar sein, aber in Bezug auf Handlungen ist jeder Versuch einer kausalen empirischen Erklärung logisch unmöglich, und diese, die definitiv Wissen über etwas *Reales* ist, kann mit Sicherheit gewusst werden. Nichts kann a priori über eine bestimmte Handlung bekannt sein; aber a priori gibt es Wissen über Handlungen, soweit sie überhaupt Handlungen sind. Es ist a priori bekannt, dass keine Handlung auf der Grundlage ständig wirkender Ursachen als vorhersehbar angesehen werden kann.

Die zweite Einsicht in Bezug auf das Handeln ist von der gleichen Art. Ich werde zeigen, dass, während Handlungen selbst nicht als verursacht aufgefasst werden können, alles, was eine Handlung ist, die Existenz von Kausalität in der physischen Welt voraussetzen muss, in der Handlungen ausgeführt werden. Kausalität, deren Existenz die empirisch-positivistische Philosophie irgendwie voraussetzen musste, um ihre eigenen methodischen Verfahren logisch durchführbar zu machen, obwohl ihre Annahme definitiv nicht aus der Erfahrung abgeleitet und durch sie gerechtfertigt werden konnte, ist eine Kategorie des Handelns, d.h. sie wird von uns erzeugt oder konstruiert, indem wir einer Verfahrensregel folgen; und diese Regel erweist sich, wie sich herausstellt, als notwendig, um überhaupt handeln zu können. Mit anderen Worten: Diese Regel ist so beschaffen, dass sie nicht falsifiziert werden kann, denn selbst der Versuch, sie zu falsifizieren, müsste sie voraussetzen.

es unmöglich, jemals etwas zu lernen — aber siehe Satz (1) zu diesem Punkt.) (3) Die Behauptung, dass es möglich ist, den zukünftigen Zustand des eigenen und/oder fremden Wissens vorherzusagen, und die entsprechenden Handlungen, die dieses Wissen manifestieren (d.h. die Variablen finden, die als Ursachen interpretiert werden können), beinhalten einen Widerspruch. Wenn das Subjekt eines bestimmten Wissensstandes oder einer absichtlichen Handlung lernen kann, dann gibt es keine Ursachen dafür; wenn es jedoch Ursachen gibt, dann kann das Subjekt nicht lernen — aber siehe wieder Satz (1).“

Nach dem, was über Kausalität gesagt wurde, sollte es in der Tat leicht zu erkennen sein, dass es sich um ein produziertes und nicht um ein gegebenes Merkmal der Realität handelt. Man erfährt und lernt nicht, dass es Ursachen gibt, die immer gleich wirken und auf deren Grundlage Vorhersagen über die Zukunft getroffen werden können. Vielmehr stellt man fest, dass Phänomene solche Ursachen haben, indem man einer bestimmten Art von Untersuchungsverfahren folgt, indem man sich grundsätzlich weigert, Ausnahmen, d.h. Fälle von Unbeständigkeit, zuzulassen, und bereit ist, sich mit ihnen zu befassen, indem man jedes Mal, wenn eine solche scheinbare Unbeständigkeit auftritt, eine neue kausale Hypothese aufstellt. Aber was macht dieses Vorgehen notwendig? Warum *muss* man so handeln? Weil man sich so verhält, wenn man absichtlich handelt; und solange man absichtlich handelt, setzt man ständig wirkende Ursachen voraus. Vorsätzliche Handlungen zeichnen sich dadurch aus, dass ein Handelnder in seine Umwelt eingreift und bestimmte Dinge verändert oder sie daran hindert, sich zu verändern, und so den „natürlichen“ Lauf der Dinge umlenkt, um ein gewünschtes Ergebnis oder einen bestimmten Zustand zu erreichen; oder, sollte sich ein aktives Eingreifen als unmöglich erweisen, dass er sich auf ein Ergebnis vorbereitet, das er nicht beeinflussen, sondern nur rechtzeitig vorwegnehmen kann, indem er auf zeitlich vorhergehende Ereignisse achtet, die auf das spätere Ergebnis hinweisen. Um ein Ergebnis herbeizuführen, das andernfalls nicht eingetreten wäre, oder um sich auf ein unvermeidliches Ergebnis einzustellen, das andernfalls völlig überraschend gekommen wäre, muss der Handelnde in jedem Fall ständig wirkende Ursachen voraussetzen. Er würde sich nicht einmischen, wenn er nicht davon ausginge, dass dies dazu beitragen würde, das gewünschte Ergebnis herbeizuführen; und er würde sich auf nichts vorbereiten und einstellen, wenn er nicht glaubte, dass die Ereignisse, auf deren Grundlage er seine Vorbereitungen begann, tatsächlich die ständig wirkenden kausalen Kräfte wären, die das fragliche Ergebnis hervorbringen würden, und dass die

getroffenen Vorbereitungen tatsächlich zu dem gewünschten Ziel führen würden. Natürlich könnte ein Handelnder mit seinen Annahmen über Ursache-Wirkungs-Beziehungen falsch liegen und ein gewünschtes Ergebnis könnte trotz des Eingriffs nicht eintreten oder ein erwartetes Ereignis, für das Vorbereitungen getroffen wurden, könnte ausbleiben. Aber egal, was in dieser Hinsicht geschieht, ob die Ergebnisse mit den Erwartungen übereinstimmen oder nicht, ob Handlungen in Bezug auf ein bestimmtes Ergebnis oder Ereignis für die Zukunft aufrechterhalten werden oder nicht: Jede Handlung, ob verändert oder unverändert, setzt voraus, dass es ständig wirkende Ursachen gibt, auch wenn keine bestimmte Ursache für ein bestimmtes Ereignis jedem Akteur zu jeder Zeit bekannt sein kann. Um zu widerlegen, dass ein Naturphänomen durch zeitlich invariant wirkende Ursachen gesteuert wird, müsste man nämlich zeigen, dass ein bestimmtes Phänomen nicht auf der Grundlage vorhergehender Variablen vorhergesehen oder erzeugt werden kann. Der Versuch, dies zu beweisen, würde jedoch wiederum notwendigerweise voraussetzen, dass das Auftreten oder Nichteintreten des untersuchten Phänomens durch entsprechendes Handeln herbeigeführt werden kann und dass das Phänomen somit in ein Netz von ständig wirkenden Ursachen eingebettet sein muss. Daher muss man zu dem Schluss kommen, dass die Gültigkeit des Konstanzprinzips durch keine Handlung falsifiziert werden kann, da jede Handlung sie voraussetzen müsste.¹⁰⁴ (Es gibt nur einen Weg, bei dem man sagen könnte, dass „Erfahrung“ das Konstanzprinzip „falsifizieren“ könnte: Wenn die physische Welt tatsächlich so chaotisch wäre, dass man überhaupt nicht mehr handeln könnte. Dann wäre es selbstverständlich nicht sinnvoll, von einer Welt mit ständig wirkenden Ursachen zu sprechen. Aber dann

¹⁰⁴ M. Singer, *Generalization in Ethics*, London, 1863; P. Lorenzen, *Normative Logic and Ethics*, Mannheim, 1969; S. Toulmin, *The Place of Reason in Ethics*, Cambridge, 1970; F. Kambartel (Hrsg.), *Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie*, Frankfurt/M., 1974; A. Gewirth, *Reason and Morality*, Chicago, 1978.

wären es auch nicht mehr die Menschen, deren wesentliches Merkmal das bewusste Handeln ist, die diese Unbeständigkeit *erfahren*. Solange man als Mensch überlebt — und das ist es, was das Argument im Grunde besagt — muss das Konstanzprinzip a priori als gültig angenommen werden, da jede Handlung es voraussetzen muss und keine Erfahrung, die jemand tatsächlich *haben* könnte, dies widerlegen könnte).¹⁰⁵

¹⁰⁵ Kausalität ist also kein kontingentes Merkmal der physischen Realität, sondern eine Kategorie von Handlungen und als solche ein logisch notwendiges Merkmal der physischen Welt. Diese Tatsache erklärt, warum trotz der oben erläuterten Möglichkeit, jede Hypothese gegen mögliche Widerlegungen zu immunisieren, indem immer neue unkontrollierte Variablen postuliert werden, keine nihilistischen Konsequenzen für die Durchführung wissenschaftlicher Kausalforschung folgen (vgl. Anmerkung 7 oben). Denn wenn verstanden wird, dass die Naturwissenschaft kein kontemplatives Unternehmen, sondern letztlich ein Instrument des Handelns ist (vgl. hierzu auch J. Habermas, *Knowledge and Human Interests*, Boston, 1971, insb. Kapitel 6), dann beeinflusst weder die Tatsache, dass Hypothesen immunisiert werden können, noch dass eine Auswahl zwischen konkurrierenden Theorien nicht immer möglich erscheint (weil Theorien zugegebenermaßen durch Daten bestimmt werden), jemals die dauerhafte Existenz des Rationalitätskriteriums des „instrumentellen Erfolgs“. Weder immunisierende Hypothesen noch Verweise auf paradigmatische Unterschiede machen irgendjemanden weniger abhängig von diesem Kriterium, in dessen Licht sich jede Theorie letztlich als kommensurabel erweist. Es ist die Unerbittlichkeit des Rationalitätskriteriums des instrumentellen Erfolgs, die erklärt, warum — entgegen Kuhn, Feyerabend et al. — die Entwicklung der Naturwissenschaften einen letztlich unbestreitbaren, konstanten technologischen Fortschritt herbeiführen konnte. Im Bereich des menschlichen Handelns hingegen, wo, wie oben gezeigt, keine kausalwissenschaftliche Forschung möglich ist, wo vorhersagendes Wissen niemals den Status empirisch prüfbarer wissenschaftlicher Hypothesen, sondern nur den einer informierten, nicht systematisch lehrbaren Voraussicht erreichen kann und wo das Kriterium des instrumentellen Erfolgs somit prinzipiell nicht anwendbar ist, scheint das Gespenst des Nihilismus tatsächlich real zu sein, wenn man die methodischen Vorgaben des Empirismus ernst nimmt. Diese Vorschriften sind jedoch nicht nur auf die Sozialwissenschaften als empirische Wissenschaften unanwendbar (vgl. dazu H. H. Hoppe, *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*, Opladen, 1983, insb. Kapitel 2); wie ich hier zeige, gibt es entgegen der

In der Kategorie der Kausalität ist Zeit impliziert. Immer dann, wenn man ein bestimmtes Ergebnis produziert oder vorbereitet und dabei Ereignisse als Ursache und Wirkung kategorisiert, unterscheidet man auch zwischen früheren und späteren Ereignissen. Diese Kategorisierung ergibt sich freilich nicht einfach aus der Erfahrung, d.h. aus der bloßen Beobachtung von Dingen und Ereignissen. Die Abfolge von Erfahrungen, wie sie in der zeitlichen Abfolge der eigenen Beobachtungen erscheint, ist etwas ganz anderes als die tatsächliche Abfolge von Ereignissen in der realen Zeit. Tatsächlich kann man Dinge in einer Reihenfolge beobachten, die genau das Gegenteil der realen zeitlichen Reihenfolge ist, in der sie zueinander stehen. Dass man Beobachtungen in einer Weise zu interpretieren weiß, die von der zeitlichen Reihenfolge, in der sie gemacht wurden, abweichen und diese korrigieren kann, und dass man sogar Ereignisse in der objektiven Zeit lokalisieren kann, setzt voraus, dass der Beobachter ein Akteur ist und weiß, was es bedeutet, ein Ergebnis zu produzieren oder vorzubereiten.¹⁰⁶ Nur weil man handelt und Erfahrungen die einer handelnden Person sind, können Ereignisse als früher oder später eintretend interpretiert werden. Und man kann aus der Erfahrung nicht wissen, dass Erfahrungen in Bezug auf Handlungen interpretiert werden müssen, da die Ausführung einer Handlung bereits den Besitz von Erfahrungen voraussetzt, die auf diese Weise interpretiert werden. Keine Person, die nicht wusste, was es bedeutet zu handeln, konnte jemals Ereignisse erleben, die in Echtzeit platziert wurden und daher muss davon ausgegangen werden, dass die Bedeutung der Zeit jedem Handelnden a priori bekannt ist, aufgrund der Tatsache, dass er handelt.

empiristischen Doktrin, nach der alles ausprobiert werden muss, bevor sein Ergebnis bekannt sein kann, a priori Wissen über das Handeln, und apodiktisch wahre Vorhersagen über die soziale Welt können auf der Grundlage dieses a priori Wissens gemacht werden. Das ist es also, was alle nihilistischen Versuche als unbegründet beweist.

¹⁰⁶ Vgl. auch H. H. Hoppe, *Handeln und Erkennen*, Bern, 1976, S. 62f.

Darüber hinaus setzen Handlungen nicht nur Kausalität und eine objektive Zeitordnung voraus, sie erfordern auch Werte. Auch Werte sind uns nicht aus Erfahrung bekannt, vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Man erlebt die Dinge nur, weil sie Dinge sind, denen man im Handlungsverlauf einen positiven oder negativen Wert beimesen kann. Nur von einem *Handelnden* können die Dinge als wertvoll erlebt werden, und, noch allgemeiner, nur weil man ein Handelnder ist, hat man überhaupt bewusste Erfahrungen, da sie über Dinge informieren, die für eine handelnde Person wertvoll zu wissen sein könnten. Genauer gesagt: Mit jeder Handlung verfolgt ein Handelnder ein Ziel.¹⁰⁷ Er will ein bestimmtes Ergebnis erzielen oder auf ein Ergebnis vorbereitet sein, das er nicht verhindern kann. Was auch immer das Ziel seines Handelns ist (was man natürlich nur aus Erfahrung wissen konnte), die Tatsache, dass es von einem Handelnden verfolgt wird, zeigt, dass er Wert darauf legt. Es zeigt nämlich, dass er zu Beginn seines Handelns diesem Ziel einen relativ höheren Wert beimisst als allen anderen Zielen, die er sich vorstellen kann, sonst hätte er anders gehandelt. Da außerdem jeder Handelnde zur Erreichung seines am höchsten geschätzten Ziels zu einem früheren Zeitpunkt eingreifen oder auf ein früheres Ereignis achten muss, um Vorbereitungen für ein späteres Ereignis zu treffen, muss jede Handlung auch Mittel einsetzen (zumindest die des eigenen Körpers und die Zeit, die durch den Eingriff oder die Vorbereitungen absorbiert wird), um das gewünschte Ziel zu erreichen. Und da davon ausgegangen wird, dass diese Mittel zur Erreichung des als wertvoll erachteten Ziels kausal notwendig sind, da der Handelnde sie sonst nicht einsetzen würde, muss ihnen auch Wert beigemessen werden. Nicht nur die Ziele haben also einen Wert für einen Akteur, sondern auch die Mittel — ein Wert, der sich von dem des angestrebten Ziels ableitet, da man ein Ziel nicht ohne den Einsatz bestimmter Mittel erreichen

¹⁰⁷ Vgl. auch L. v. Mises, *Human Action*, Chicago, 1966; *Epistemological Problems of Economics*, New York, 1981; und *The Ultimate Foundation of Economic Science*, Kansas City, 1978.

kann. Da Handlungen nur sequentiell von einem Handelnden ausgeführt werden können, ist jede Handlung mit einer Entscheidung verbunden. Es geht darum, diejenige Handlungsweise zu wählen, die im Moment des Handelns das am höchsten bewertete Ergebnis für den Akteur verspricht und daher von ihm bevorzugt wird; gleichzeitig geht es darum, andere mögliche Handlungen mit erwarteten Ergebnissen von geringerem Wert auszuschließen. Die Tatsache, dass man sich entscheiden muss, wann man handelt, und dass man nicht alle Ziele gleichzeitig erreichen kann, hat zur Folge, dass jede einzelne Handlung mit Kosten verbunden ist. Die Kosten einer Handlung sind der Preis, der dafür gezahlt werden muss, dass eine Handlungsweise einer anderen vorgezogen wird, und sie entsprechen dem Wert, der dem am höchsten geschätzten Ziel beigemessen wird, das nicht verwirklicht werden kann oder dessen Verwirklichung aufgeschoben werden muss, weil die zu seiner Erreichung erforderlichen Mittel mit der Verwirklichung eines anderen, noch höher geschätzten Ziels verbunden sind. Dies bedeutet zwar, dass jede Handlung von vornherein als wertvoller als ihre Kosten angesehen werden muss und in der Lage ist, dem Handelnden einen Gewinn zu sichern, d.h. ein Ergebnis, dessen Wert höher als die Kosten eingestuft wird, aber jede Handlung ist auch von der Möglichkeit eines Verlustes bedroht. Ein solcher Verlust würde eintreten, wenn ein Handelnder im Nachhinein feststellt, dass das Ergebnis — entgegen seiner eigenen früheren Erwartung — tatsächlich einen geringeren Wert hat als die aufgegebene Alternative. Und so wie jede Handlung notwendigerweise auf einen Gewinn abzielt, so ist auch die Möglichkeit eines Verlustes eine notwendige Begleiterscheinung jeder Handlung. Denn ein Handelnder kann sich mit seinem kausal-technologischen Wissen immer irren, und die angestrebten Ergebnisse können nicht erfolgreich produziert werden oder die Ereignisse, für die sie produziert wurden, treten nicht ein; oder er kann sich irren, weil jede Handlung Zeit braucht, um sie zu vollenden, und der Wert, der verschiedenen Zielen beigemessen wird, sich in der Zwischenzeit ändern

kann, so dass Dinge, die früher sehr wertvoll erschienen, jetzt weniger wertvoll sind.

Alle diese Kategorien — Werte, Ziele, Mittel, Wahlmöglichkeiten, Präferenzen, Kosten, Gewinn und Verlust — sind im Konzept des Handelns enthalten. Nichts davon stammt aus der Erfahrung. Vielmehr setzt die Fähigkeit, Erfahrungen in den oben genannten Kategorien zu interpretieren, voraus, dass man bereits weiß, was es bedeutet, zu handeln. Niemand, der kein Handelnder ist, könnte sie verstehen, da sie nicht „gegeben“ sind, bereit, erlebt zu werden, sondern die Erfahrung wird in diese Begriffe gegossen, da sie von einem Handelnden nach den für das Handeln notwendigen Regeln konstruiert wird. Da es sich bei Handlungen um reale Dinge handelt und man nicht *nicht* handeln kann — selbst der Versuch, dies zu tun, wäre eine Handlung, die auf ein Ziel ausgerichtet ist, Mittel erfordert, andere Handlungsmöglichkeiten ausschließt, Kosten verursacht und den Handelnden der Möglichkeit aussetzt, das gewünschte Ziel nicht zu erreichen und somit einen Verlust zu erleiden — muss das Wissen darüber, was es bedeutet zu handeln, als Wissen über die Realität betrachtet werden, das a priori ist. Der bloße Besitz über dieses Wissen selbst kann nicht rückgängig gemacht oder widerlegt werden, da dies bereits seine Existenz voraussetzen würde. In der Tat könnte eine Situation, in der diese Kategorien von Handlungen aufhören würden, eine reale Existenz zu haben, niemals selbst beobachtet werden, da eine Beobachtung selbst eine Handlung ist.¹⁰⁸

¹⁰⁸ Der apriorische Charakter des Konzepts des Handelns — d.h. die Unmöglichkeit, den Satz zu widerlegen, dass der Mensch handelt und handeln die oben erläuterten Kategorien beinhaltet, denn selbst der Versuch, ihn zu widerlegen, wäre selbst eine Handlung — hat seine Ergänzung auf dem Gebiet der Erkenntnistheorie, im Gesetz des Widerspruchs und der Udenkbarkeit seiner Verleugnung. Zu diesem Gesetz schreibt B. Blanshard: „Das Gesetz zu leugnen bedeutet zu sagen, dass es falsch und nicht wahr ist und dass es falsch ist, schließt aus, dass es wahr ist. Aber genau das wird angeblich geleugnet. Man kann das Gesetz des Widerspruchs nicht leugnen, ohne seine Gültigkeit im Akt der Leugnung vorauszusetzen“ (B. Blanshard, *Vernunft und Analyse*, La

Die ökonomische Analyse, und insbesondere die ökonomische Analyse des Sozialismus, beruht auf diesem apriorischen Wissen über den Sinn des Handelns und seine logischen Bestandteile. Die wirtschaftliche Analyse besteht im Wesentlichen aus: (1) einem Verständnis der Handlungskategorien und einem Verständnis der Bedeutung einer *Veränderung* von Werten, Kosten, technologischem Wissen, usw. (2) einer Beschreibung einer Situation, in der diese Kategorien eine konkrete Bedeutung annehmen, in der bestimmte Personen als Akteure mit bestimmten Objekten als ihren Handlungsmitteln, mit bestimmten Zielen als Werten und bestimmten Dingen als Kosten identifiziert werden; und (3) einer Ableitung der Folgen, die sich aus der Durchführung einer bestimmten Handlung in dieser Situation ergeben, oder der Folgen, die sich für einen Akteur ergeben, wenn diese Situation in bestimmter Weise verändert wird. Und diese Deduktion muss a priori gültige Schlussfolgerungen ergeben, sofern der Prozess der Deduktion selbst keinen Fehler aufweist und die Situation und die in sie eingebrachte Veränderung gegeben sind, und a priori gültige Schlussfolgerungen über die *Realität*, wenn die Situation und die Situationsveränderung, wie sie beschrieben werden, selbst als real identifiziert werden können, denn dann würde ihre Gültigkeit letztlich auf die unbestreitbare Gültigkeit der Handlungskategorien zurückgehen.

Auf diesem methodischen Weg wurde z.B. in der vorangegangenen Sozialismuskussion die Schlussfolgerung gezogen, dass, wenn die von einem Handelnden aufgewendete Arbeit nicht selbst sein Handlungsziel war, sondern nur seine Mittel, um das Ziel der Einkommensvermehrung zu erreichen, und wenn dieses Ein-

Salle, 1964, S. 276).

Tatsächlich ist, wie L. v. Mises andeutet, das Gesetz des Widerspruchs in den erkenntnistheoretisch grundlegenden „Axiomen des Handelns“ impliziert. (L. v. Mises, *The Ultimate Foundation of Economic Science*, Kansas City, 1978, S. 35). Zur Beziehung zwischen Praxeologie und Erkenntnistheorie vgl. auch Kapitel 7, Nr. 5.

kommen dann gegen seinen Willen — durch Besteuerung — reduziert wird, dann haben sich für ihn die Kosten der Arbeitsverausgabung erhöht, da der Wert anderer, alternativer Ziele, die mit seinem Körper und seiner Zeit verfolgt werden können, relativ gestiegen ist, und daraus muss ein geringerer Arbeitsanreiz resultieren. Auch auf diesem Weg kommt man a priori zu dem Schluss, dass beispielsweise, wenn die tatsächlichen Nutzer von Produktionsmitteln nicht das Recht haben, diese an den Meistbietenden zu verkaufen, niemand die monetären Kosten für die Produktion dessen ermitteln kann, was mit diesen Mitteln tatsächlich produziert wird (d.h. den monetären Wert der Möglichkeiten, auf die man verzichtet, wenn man sie nicht anders einsetzt), und niemand mehr sicherstellen kann, dass diese Mittel tatsächlich für die Produktion derjenigen Güter eingesetzt werden, die von den Akteuren zu Beginn ihrer produktiven Bemühungen als die am höchsten geschätzten angesehen werden. Daher muss sich eine verminderte Leistung in Bezug auf die Kaufkraft ergeben.

Nach diesem ziemlich langen Exkurs in das Gebiet der Erkenntnistheorie kehren wir nun zur Diskussion des Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei zurück. Dieser Exkurs war notwendig, um die Behauptung des Empirismus-Positivismus zu widerlegen, die, wenn sie wahr gewesen wäre, den Sozialismus gerettet hätte, dass nichts Kategorisches gegen jedes Politikschema gesagt werden kann, da nur die Erfahrung die wirklichen Konsequenzen einer bestimmten Politik offenbaren kann. Dagegen habe ich darauf hingewiesen, dass der Empirismus eindeutig der Intuition zu widersprechen scheint. Nach der Intuition ist Logik grundlegender als Erfahrung und sie ist ebenfalls das Wissen über reale Dinge. Darüber hinaus erweist sich der Empirismus-Positivismus als widersprüchlich, da er selbst die Existenz von Wissen a priori als reales Wissen voraussetzen muss. In der Tat gibt es einen Bestand an positiver Erkenntnis a priori, der bei jedem erlebenden und handelnden Menschen vorausgesetzt werden muss, weil er weiß, was es heißt zu handeln, und der unmöglich durch Erfahrung widerlegt

werden kann, da der Versuch, dies zu tun, selbst die Gültigkeit des Bestrittenen voraussetzen würde.

Die Diskussion hat uns zu einer Schlussfolgerung geführt, die sich wie folgt zusammenfassen lässt: „Erfahrung besiegt nicht die Logik, sondern das Gegenteil ist der Fall.“ Die Logik verbessert und korrigiert Erfahrungen und sagt uns, welche Art von Erfahrungen wir möglicherweise haben können und welche stattdessen auf einen verwirrten Geist zurückzuführen sind, weshalb sie besser als „Träume“ oder „Fantasien“ bezeichnet werden sollten statt als Erfahrungen in Bezug auf die „Realität“. Mit dieser Gewissheit über die Zuverlässigkeit des Fundaments, auf dem die ökonomischen Argumente gegen den Sozialismus aufgebaut sind, ist nun eine direkte Kritik am Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei möglich; eine Kritik, die wiederum eine logische ist, die sich auf ein apriorisches Wissen stützt und zeigt, dass die vom Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei verfolgten Ziele niemals mit den von ihm vorgeschlagenen Mitteln erreicht werden können, da dies im Widerspruch zu diesem Wissen stehen würde. Die folgende Kritik kann nun kurz ausfallen, da sich die Ideologie der Gesellschaftsklempnerei, *abgesehen* von ihrer empirisch-positivistischen Methodologie, die sich als fehlerhaft erwiesen hat, nicht wirklich von den anderen Versionen des Sozialismus unterscheidet. Daher finden die Analysen der vorangegangenen Kapitel zum marxistischen, sozialdemokratischen und konservativen Sozialismus auch hier Anwendung.

Dies wird deutlich, sobald die Eigentumsregeln des Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei festgelegt sind. Erstens können die Nutzer-Eigentümer knapper Ressourcen mit ihnen machen, was sie wollen. Zweitens jedoch: Wenn das Ergebnis dieses Prozesses der Gemeinschaft der Gesellschaftsklempner (d.h. der Personen, die nicht die Nutzer der betreffenden Dinge sind und kein vertraglich erworbenes Eigentumsrecht an ihnen haben) nicht gefällt, hat sie das Recht, in die Praktiken der tatsächlichen Nutzer einzugreifen und die Verwendung dieser Mittel zu bestimmen,

wodurch deren Eigentumsrechte eingeschränkt werden. Darüber hinaus hat die Gemeinschaft der Gesellschaftsklempner das Recht, einseitig zu bestimmen, was ein bevorzugtes Ergebnis ist und was nicht, und kann somit die Eigentumsrechte der natürlichen Eigentümer einschränken, wann immer, wo immer und in welchem Umfang sie das auch immer für notwendig hält, um ein bevorzugtes Ergebnis zu erzielen.

In Bezug auf diese Eigentumsregeln wird sofort klar, dass der Sozialismus der Gesellschaftsklempner zwar eine schrittweise Umsetzung seiner Ziele mit nur mäßigen Eingriffen in die Eigentumsrechte der natürlichen Eigentümer ermöglicht, dass aber das Ausmaß, in dem ihre Rechte beschnitten werden können, von der Gesellschaft (den Gesellschaftsklempnern) bestimmt werden muss, das Privateigentum im Prinzip abgeschafft wird und die produktiven Unternehmungen der Menschen unter der Drohung einer immer stärkeren oder sogar totalen Enteignung der Privateigentümer stattfinden. In diesen Punkten gibt es keinerlei Unterschied zwischen dem sozialdemokratischen und konservativen Sozialismus und der gesellschaftsklempnerischen Variante des Sozialismus. Der Unterschied reduziert sich wieder auf eine sozialpsychologische Frage. Während der marxistische, der umverteilende und der konservative Sozialismus alle ein im Voraus festgelegtes allgemeines Ziel erreichen wollen — ein Ziel der *égalité* oder der Erhaltung einer bestimmten Ordnung — hat der Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei kein solches Ziel. Seine Idee ist eine punktuelle, prinzipienlose Intervention; flexible Klempnerei, Stück für Stück. Der Klempnersozialist scheint also viel offener für Kritik, wechselnde Antworten und neue Ideen zu sein — und diese Haltung spricht sicherlich viele Menschen an, die sich keiner der anderen Formen des Sozialismus anschließen würden. Andererseits, und auch das sollte man bedenken, gibt es fast nichts, auch nicht das Lächerlichste, was manche Gesellschaftsklempner nicht gerne an ihren Mitmenschen ausprobieren würden, die sie als Bündel von Variablen betrachten, die durch das Setzen der richtigen Reize

technisch manipuliert werden können wie Figuren auf einem Schachbrett.

Da sich der Sozialismus der Gesellschaftsklempnerei prinzipiell von keiner der anderen Versionen des Sozialismus unterscheidet, da er eine Umverteilung der Eigentumsrechte von den Nutzern und Vertragspartnern knapper Ressourcen hin zu den Nichtnutzern und Nichtvertragspartnern impliziert, führt auch er zu einer Verteuerung der Produktion und damit zu einer Verringerung der Wohlstandsproduktion; dies ist zwangsläufig so, und man muss es nicht erst ausprobieren, um zu diesem Schluss zu kommen. Diese allgemeine Schlussfolgerung gilt unabhängig davon, welchen spezifischen Kurs Gesellschaftsklempner einschlagen. Nehmen wir an, die Gemeinschaft der Gesellschaftsklempner billigt es nicht, dass einige Menschen ein niedriges Einkommen haben, und beschließt daher, Mindestlöhne über dem aktuellen Marktniveau festzulegen.¹⁰⁹ Die Logik besagt, dass dies eine Einschränkung der Eigentumsrechte sowohl der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer bedeutet, denen es nicht mehr erlaubt ist, bestimmte Arten von für beide Seiten vorteilhaften Absprachen zu treffen. Die Folge ist und muss Arbeitslosigkeit sein. Anstatt zu einem niedrigeren Marktlohn bezahlt zu werden, werden einige Menschen nun überhaupt nicht bezahlt, da einige Arbeitgeber die zusätzlichen Kosten nicht tragen oder nicht so viele Menschen einstellen können, wie sie bereit wären, zu niedrigeren Kosten einzustellen. Die Arbeitgeber werden geschädigt, da sie nur weniger Menschen beschäftigen können und der Produktionsausstoß daher relativ gesehen geringer sein wird; und die Arbeitnehmer werden geschädigt, da sie statt eines — wenn auch geringen — Einkommens nun kein Einkommen mehr haben. Es lässt sich nicht a priori sagen, *wer* von den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern am meisten darunter zu leiden haben wird, außer dass es bei den ersteren diejenigen sein

¹⁰⁹ Zu den Auswirkungen des Mindestlohns vgl. auch Y. Brozen und M. Friedman, *The Minimum Wage: Who Pays?*, Washington, 1966.

werden, deren spezifische Arbeitsleistungen auf dem Markt einen relativ geringen Wert haben, und bei den letzteren diejenigen, die genau diese Art von Arbeit einstellen. Wenn man jedoch aus Erfahrung weiß, dass z.B. gering qualifizierte Arbeitsleistungen besonders häufig von jungen Menschen, von Schwarzen, von Frauen, von älteren Menschen, die nach längerer Hausarbeit wieder in den Beruf einsteigen wollen, usw. in Anspruch genommen werden, kann man mit Sicherheit vorhersagen, dass diese Gruppen am stärksten von der Arbeitslosigkeit betroffen sein werden. Und die Tatsache, dass das Problem, das die Intervention ursprünglich beheben sollte (das niedrige Einkommen mancher Menschen), jetzt noch schlimmer ist als vorher, hätte man natürlich von vornherein wissen können, unabhängig von *jeder* Erfahrung! Zu glauben, dass man all dies aufgrund einer fehlerhaften empiristischen Methodologie erst einmal ausprobieren muss, weil man es sonst nicht hätte wissen können, ist nicht nur wissenschaftlicher Humbug, sondern wie alles Handeln, das auf falsch verstandenen intellektuellen Grundlagen beruht, auch äußerst kostspielig.

Ein weiteres Beispiel: Die Gemeinschaft der Gesellschafts-klempner findet es nicht gut, dass die Mieten für Häuser und Wohnungen so hoch sind, dass manche Menschen nicht so komfortabel leben können, wie sie es sich wünschen. Infolgedessen werden Gesetze zur Mietpreisbremse erlassen, die Höchstmieten für bestimmte Wohnungen festlegen.¹¹⁰ Dies ist zum Beispiel die Situation in New York City oder, in einem viel größeren Maßstab, in ganz Italien. Auch hier muss man nicht abwarten, bis die Folgen *real* eintreten, sondern weiß, wie sie aussehen werden. Der Neubau von Wohnungen wird zurückgehen, da die Renditen aus Investitionen nun niedriger sind. Und bei den alten Wohnungen wird es sofort zu Engpässen kommen, da die Nachfrage nach ihnen aufgrund der niedrigeren Preise steigen wird. Einige ältere Woh-

¹¹⁰ Zu den Auswirkungen der Mietpreisbremse vgl. auch C. Baird, *Rent Control: The Perennial Folly*, San Francisco, 1980; F. A. Hayek et al., *Rent Control: A Popular Paradox*, Vancouver, 1975.

nungen werden möglicherweise gar nicht mehr vermietet, wenn die festgesetzten Mieten so niedrig sind, dass die Miete nicht einmal die Kosten für den Verfall deckt, der durch das bloße Bewohnen und Nutzen der Wohnung entsteht. Dann gäbe es neben Tausenden von leeren Wohnungen einen enormen Wohnungsmangel (New York City und Italien liefern uns perfekte Beispiele dafür). Und es würde keinen Ausweg geben, da es sich immer noch nicht lohnen würde, neue Wohnungen zu bauen. Darüber hinaus würde die zunehmende Verknappung zu sehr kostspieligen Unflexibilitäten führen, da die Menschen, die glücklich in eine der günstigen Wohnungen eingezogen sind, immer weniger bereit wären, wieder ausziehen, obwohl sich beispielsweise die Familiengröße im Laufe des Lebenszyklus normalerweise ändert und somit andere Bedürfnisse in Bezug auf den Wohnraum entstehen, und obwohl sich an verschiedenen Orten andere Beschäftigungsmöglichkeiten ergeben können. Und so kommt es zu einer enormen Verschwendung von Mietflächen, weil z.B. alte Menschen, die große Wohnungen bewohnen, die genau die richtige Größe hatten, als die Kinder noch zu Hause lebten, jetzt aber viel zu groß sind, trotzdem nicht in kleinere Wohnungen umziehen, weil es keine gibt; und junge Familien, die größere Räume brauchen, finden diese auch nicht, eben weil sie nicht frei werden. Verschwendung entsteht auch dadurch, dass Menschen nicht dorthin ziehen, wo die größte Nachfrage nach ihren spezifischen Arbeitsleistungen besteht, oder dass sie viel Zeit mit dem Pendeln zu weit entfernten Orten verbringen, nur weil sie keine Wohnung finden, in der es Arbeit für sie gibt, oder weil sie nur zu einem viel höheren Preis als ihrer derzeit festgelegten niedrigen Miete eine Unterkunft finden können. Es ist offensichtlich, dass das Problem, das die Gesellschaftsklempner mit der Einführung von Mietpreisbremsen lösen wollten, viel schlimmer ist als zuvor, und dass der allgemeine Lebensstandard, relativ gesehen, gesunken ist. Wieder einmal hätte all dies a priori bekannt sein können. Für den Gesellschaftsklempner jedoch, der durch eine empiristisch-positivistische Methodologie in die

Irre geführt wird, die ihm sagt, dass es keine Möglichkeit gibt, Ergebnisse zu erkennen, wenn die Dinge nicht tatsächlich ausprobiert werden, wird diese Erfahrung wahrscheinlich nur die Bühne für die nächste Intervention bereiten. Vielleicht waren die Ergebnisse nicht genau so wie erwartet, weil man vergessen hatte, eine andere wichtige Variable zu kontrollieren, und daher sollte man jetzt weitermachen und es herausfinden. Wie in diesem Kapitel gezeigt wurde, kann man jedoch im Voraus wissen, dass weder der erste noch die nachfolgenden Eingriffe jemals ihr Ziel erreichen werden, da sie alle einen Eingriff in die Rechte der natürlichen Eigentümer der Dinge durch Nichtnutzer und Nichtvertragspartner bedeuten.¹¹¹

Um dies zu verstehen, muss man nur zu einer soliden ökonomischen Argumentation zurückkehren, sich der einzigartigen erkenntnistheoretischen Natur der Ökonomie als einer apriorischen Wissenschaft des menschlichen Handelns bewusst werden, die auf Grundlagen beruht, deren Gültigkeit allein schon durch ihre Leugnung vorausgesetzt werden muss, und im Gegenzug erkennen, dass eine Wissenschaft des Handelns, die auf einer empiristisch-positivistischen Methodologie beruht, ebenso unbegründet ist wie die Behauptung „man könne seinen Kuchen essen und gleichzeitig behalten“.

¹¹¹ Vgl. auch L. v. Mises, *A Critique of Interventionism*, New Rochelle, 1977.

Kapitel 7

Die ethische Rechtfertigung des Kapitalismus und warum Sozialismus moralisch unvertretbar ist

In den letzten vier Kapiteln wurde die These systematisch begründet und empirisch belegt, dass der Sozialismus als Gesellschaftssystem, das nicht durchgängig auf der für den Kapitalismus charakteristischen „natürlichen Theorie des Eigentums“ (dem Prinzip „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“) beruht, notwendigerweise ein minderwertiges System im Hinblick auf die Produktion von Reichtum und den durchschnittlichen Lebensstandard sein muss und tatsächlich auch ist. Dies mag denjenigen zufriedenstellen, der glaubt, dass wirtschaftlicher Wohlstand und Lebensstandard die wichtigsten Kriterien für die Beurteilung einer Gesellschaft sind — und es besteht kein Zweifel daran, dass der Lebensstandard für viele von größter Bedeutung ist — und deshalb ist es sicherlich notwendig, alle oben genannten wirtschaftlichen Überlegungen im Hinterkopf zu behalten. Doch es gibt Menschen, die dem wirtschaftlichen Reichtum keine große Bedeutung beimessen und andere Werte sogar höher bewerten — Glück für den Sozialismus, könnte man sagen, denn so kann er seinen ursprünglichen Anspruch, der Menschheit mehr Wohlstand bringen zu können, getrost vergessen und stattdessen auf die ganz andere, aber noch inspirierendere Behauptung zurückgreifen, dass der Sozialismus zwar nicht der Schlüssel zum Wohlstand ist, aber Gerechtigkeit, Fairness und Moral bedeutet (alle Begriffe werden hier synonym

verwendet). Und man kann argumentieren, dass ein Kompromiss zwischen Effizienz und Gerechtigkeit, ein Tausch von „weniger Wohlstand“ gegen „mehr Gerechtigkeit“ gerechtfertigt ist, da Gerechtigkeit und Fairness grundsätzlich wertvoller sind als wirtschaftlicher Wohlstand.

Dieser Anspruch wird in diesem Kapitel näher untersucht. Dabei werden zwei getrennte, aber miteinander verbundene Behauptungen analysiert: (1) die insbesondere von Sozialisten des marxistischen und des sozialdemokratischen Lagers und in geringerem Maße auch von den Konservativen erhobene Behauptung, dass ein *prinzipielles* Plädoyer für den Sozialismus aufgrund des moralischen Wertes seiner Prinzipien möglich ist und dass der Kapitalismus dementsprechend nicht moralisch verteidigt werden kann; und (2) die Behauptung des empirischen Sozialismus, dass normative Aussagen („sollte“- oder „müsste“-Aussagen) — da sie sich weder ausschließlich auf Tatsachen beziehen noch einfach eine verbale Definition wiedergeben und somit weder empirische noch analytische Aussagen sind — eigentlich gar keine Aussagen sind, zumindest keine Aussagen, die man im weitesten Sinne als „kognitiv“ bezeichnen könnte, sondern vielmehr bloße „verbale Ausdrücke“, die dazu dienen, Gefühle auszudrücken oder zu wecken (wie „Wow“ oder „grrrrr“).¹¹²

Der zweite, empiristische oder, wie seine auf das Feld der Moral angewandte Position genannt wird, „emotivistische“ Anspruch wird zuerst behandelt, da er in gewisser Weise weitreichender ist.¹¹³ Die emotivistische Position ergibt sich aus der Annahme der

¹¹² Für eine solche Position vgl. A. J. Ayer, *Language, Truth and Logic*, New York, 1950.

¹¹³ Zur emotivistischen Position vgl. C. L. Stevenson, *Facts and Values*, New Haven, 1963; und *Ethics and Language*, London, 1945; vgl. auch die lehrreiche Diskussion von G. Harman, *The Nature of Morality*, New York, 1977; die klassische Darstellung des Gedankens, dass „die Vernunft nichts anderes ist und sein kann als der Sklave der Leidenschaften“, findet sich in D. Hume, *A Treatise on Human Nature*, (Hrsg. Selby-Bigge), Oxford, 1970.

zentralen empiristisch-positivistischen Behauptung, dass die dichotome Unterscheidung zwischen empirischen und analytischen Aussagen allumfassend ist, das heißt, dass jede Aussage empirisch oder analytisch sein muss und niemals beides sein kann. Diese Position entpuppt sich bei näherer Betrachtung als selbstwiderlegend, so wie sich der Empirismus im Allgemeinen als selbstwiderlegend entpuppte.¹¹⁴ Wenn Emotivismus eine gültige Position ist, dann muss seine Grundaussage in Bezug auf normative Aussagen selbst analytisch oder empirisch sein, sonst muss er ein Ausdruck von Emotionen sein. Wenn man ihn als analytisch ansieht, ist er eine bloße verbale Haarspalterei, die nichts über die Realität aussagt, sondern nur einen Klang durch einen anderen definiert, und der Emotivismus wäre somit eine nichtige Lehre. Wenn er stattdessen empirisch ist, dann würde die Lehre kein Gewicht haben, da ihr zentraler Satz durchaus falsch sein könnte. In jedem Fall, ob richtig oder falsch, wäre er nur ein Satz, der eine historische Tatsache feststellt, d.h. wie bestimmte Ausdrücke in der Vergangenheit verwendet wurden, was an sich noch keinen Grund dafür liefert, warum dies auch in der Zukunft der Fall sein müsste und warum man daher nach normativen Aussagen suchen sollte oder nicht, die mehr als Ausdruck von Gefühlen sind, da sie gerechtfertigt sein sollen. Und auch die emotivistische Lehre würde ihr ganzes Gewicht verlieren, wenn sie sich die dritte Alternative zu eigen machen und ihren zentralen Lehrsatz ebenfalls zu einer „Wow“-Aussage erklären würde. Wäre dies nämlich der Fall, dann gäbe es keinen Grund, warum man sich auf bestimmte Aussagen beziehen und sie auf bestimmte Weise interpretieren sollte. Wenn also die eigenen Instinkte oder Gefühle nicht mit dem „Wow“ eines anderen übereinstimmen, gäbe es nichts, was einen davon abhalten könnte, stattdessen seinen eigenen Gefühlen zu folgen. So wie eine normative Aussage nicht mehr als das Bellen eines Hundes wäre, so ist die

¹¹⁴ Vgl. auch Kapitel 6 oben.

emotivistische Position dann nicht mehr als ein bellender Kommentar auf das Bellen.

Wenn andererseits die zentrale Aussage des Empirismus-Emotivismus, dass normative Aussagen keine kognitive Bedeutung haben, sondern lediglich Ausdruck von Gefühlen sind, selbst als sinnvolle Aussage betrachtet wird, die mitteilt, dass man alle Aussagen, die nicht analytisch oder empirisch sind, als bloße Ausdruckssymbole auffassen sollte, dann wird die emotivistische Position geradezu widersprüchlich. Diese Position muss dann zumindest implizit davon ausgehen, dass bestimmte Einsichten, also solche, die sich auf normative Aussagen beziehen, nicht einfach als bedeutungsvoll verstanden werden können, sondern auch als Aussagen mit bestimmten Bedeutungen begründet werden können. Daher muss man zu dem Schluss kommen, dass der Emotivismus ins Wanken gerät, denn wenn er wahr wäre, dann könnte er nicht einmal sagen und meinen, was er sagt — er würde einfach nicht als eine Position existieren, die im Hinblick auf ihre Gültigkeit diskutiert und bewertet werden könnte. Aber wenn er eine sinnvolle Position ist, die diskutiert werden kann, dann widerlegt diese Tatsache ihre ganz eigene Grundprämisse. Darüber hinaus kann die Tatsache, dass es sich tatsächlich um eine solche bedeutungsvolle Position handelt, nicht einmal bestritten werden, da man nicht kommunizieren und argumentieren kann, dass man nicht kommunizieren und argumentieren kann. Vielmehr muss von jeder intellektuellen Position vorausgesetzt werden, dass sie aussagekräftig ist und in Bezug auf ihren kognitiven Wert argumentiert werden kann, einfach weil sie in einer Sprache präsentiert und kommuniziert wird. Etwas anderes zu argumentieren, würde seine Gültigkeit bereits implizit zugeben. Man ist also gezwungen, eine rationalistische Herangehensweise an die Ethik aus dem gleichen Grund zu akzeptieren, aus dem man gezwungen war, einen Rationalisten anstelle einer empiristischen Erkenntnistheorie anzu-

nehmen.¹¹⁵ Doch mit dem so zurückgewiesenen Emotivismus bin ich immer noch weit entfernt, so scheint es, von meinem gesetzten Ziel, das ich mit den marxistischen und konservativen Sozialisten teile, zu demonstrieren, dass ein prinzipieller Fall für oder gegen Sozialismus oder Kapitalismus gemacht werden kann. Was ich bisher erreicht habe, ist die Schlussfolgerung, dass die Frage, ob normative Aussagen kognitive Aussagen sind oder nicht, selbst ein kognitives Problem ist. Von dem Nachweis, dass konkrete Normvorschläge tatsächlich gültig oder ungültig sind, scheint sie jedoch noch weit entfernt zu sein.

Glücklicherweise ist dieser Eindruck falsch und es wird hier schon viel mehr gewonnen, als man vermutet. Das obige Argument zeigt uns, dass jeder Wahrheitsanspruch — der Anspruch, der mit jeder Aussage verbunden ist, dass sie wahr, objektiv oder gültig ist (alle Begriffe werden hier synonym verwendet) — im Laufe einer Argumentation erhoben und entschieden werden kann und muss. Und da nicht bestritten werden kann, dass dies so ist (man kann nicht kommunizieren und argumentieren, dass man nicht kommunizieren und argumentieren kann), und davon ausgegangen werden muss, dass jeder weiß, was es bedeutet, etwas als wahr zu behaupten (man kann diese Aussage nicht leugnen, ohne zu behaupten, dass ihre Negation wahr ist), wurde dies treffend als

¹¹⁵ Für verschiedene „kognitivistische“ Ansätze zur Ethik vgl. K. Baier, *The Moral Point of View*, Ithaca, 1958; M. Singer, *Generalization in Ethics*, London, 1863; P. Lorenzen, *Normative Logic and Ethics*, Mannheim, 1969; S. Toulmin, *The Place of Reason in Ethics*, Cambridge, 1970; F. Kambartel (Hrsg.), *Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie*, Frankfurt/M., 1974; A. Gewirth, *Reason and Morality*, Chicago, 1978.

Eine andere kognitivistische Tradition wird von verschiedenen „Naturrechtstheoretikern“ vertreten. Vgl. J. Wild, *Platon's Modern Enemies and the Theory of Natural Law*, Chicago, 1953; H. Veatch, *Rational Man. Eine moderne Interpretation der aristotelischen Ethik*, Bloomington, 1962; und für eine Ontologie der Moral. *A Critique of Contemporary Ethical Theory*, Evanston, 1968; und *Human Rights. Fact or Fancy?*, Baton Rouge, 1985; L. Strauss, *Natural Right and History*, Chicago, 1970.

„das a priori der Kommunikation und Argumentation“ bezeichnet.¹¹⁶

Nun besteht das Argumentieren nie nur aus frei schwebenden Aussagen, die behaupten, wahr zu sein. Vielmehr ist Argumentation immer auch eine Tätigkeit. Da aber Wahrheitsansprüche in der Argumentation erhoben und entschieden werden und die Argumentation, abgesehen von dem, was in ihrem Verlauf gesagt wird, eine praktische Angelegenheit ist, folgt daraus, dass es intersubjektiv bedeutsame Normen geben muss — genau diejenigen, die

¹¹⁶ Vgl. K. O. Apel, *Transformation der Philosophie*, Bd. 2, Frankfurt/M, 1973, insbesondere der Aufsatz „Das Apriori der Kommunikationsgemeinschaft und die Grundlagen der Ethik“; ferner J. Habermas, „Wahrheitstheorien“, in: H. Fahrenbach (Hrsg.), *Wirklichkeit und Reflexion*, Pfullingen, 1974; *Theorie des kommunikativen Handelns*, Bd. 1, Frankfurt/M, 1981, S. 44ff; und *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*, Frankfurt/M., 1983.

Man beachte die strukturelle Ähnlichkeit des „Apriori der Argumentation“ mit dem „Apriori des Handelns“, d.h. die Tatsache, dass es, wie in Kapitel 6 erläutert, keine Möglichkeit gibt, die Aussage zu widerlegen, dass jeder weiß, was es bedeutet zu handeln, da der Versuch, diese Aussage zu widerlegen, das Wissen darüber voraussetzen würde, wie man bestimmte Tätigkeiten ausführt. In der Tat ist die Unbestreitbarkeit des Wissens über die Bedeutung von Gültigkeitsansprüchen und -handlungen eng miteinander verbunden. Einerseits sind Handlungen grundlegender als die Argumentation, mit deren Existenz die Idee der Gültigkeit entsteht, da die Argumentation eindeutig nur eine Unterklasse der Handlung ist. Andererseits setzt das, was soeben über Handlung und Argumentation und ihr Verhältnis zueinander gesagt wurde, bereits die Argumentation voraus und in diesem Sinne muss die Argumentation als grundlegender betrachtet werden als die nicht-argumentative Handlung, d.h. in epistemologischer Hinsicht. Aber dann ist es auch die Erkenntnistheorie, die die Einsicht offenbart, dass die Entwicklung der Argumentation, auch wenn es vor jeder Argumentation nicht so sein mag, tatsächlich das Handeln voraussetzt, indem Geltungsansprüche nur dann explizit in einem Argument diskutiert werden können, wenn die handelnden Personen bereits wissen, was es bedeutet, Wissen zu haben, das in Handlungen impliziert ist; beides, die Bedeutung des Handelns im Allgemeinen und der Argumentation im Besonderen, muss als logisch notwendig miteinander verwobene Stränge des apriorischen Wissens gedacht werden.

eine Handlung zu einer Argumentation machen — die einen besonderen kognitiven Status haben, da sie die praktischen Voraussetzungen für Objektivität und Wahrheit sind.

Daher kommt man zu dem Schluss, dass Normen durchaus als gültig begründet anzunehmen sind. Es ist einfach unmöglich, anders zu argumentieren, weil die Fähigkeit, so zu argumentieren, die Gültigkeit der Normen voraussetzen würde, die jeder Argumentation zugrunde liegen.¹¹⁷ Die Antwort auf die Frage, welche Ziele gerechtfertigt werden können oder nicht, ist also aus dem Begriff der Argumentation abzuleiten. Und damit wird auch die eigentümliche Rolle der Vernunft bei der Bestimmung der Inhalte

¹¹⁷ Methodologisch weist unser Ansatz eine große Ähnlichkeit mit dem auf, was A. Gewirth als die „dialektisch notwendige Methode“ beschrieben hat (*Reason and Morality*, Chicago, 1978, S.42–47) — eine Methode der A-priori-Schlussfolgerung, die der kantischen Idee der transzendentalen Deduktion nachempfunden ist. Doch leider wählt Gewirth in seiner wichtigen Studie den falschen Ausgangspunkt für seine Analysen. Er versucht, ein ethisches System nicht aus dem Begriff der Argumentation, sondern aus dem des Handelns abzuleiten. Dies kann jedoch sicherlich nicht funktionieren, denn aus der richtig ausgeführten Tatsache, dass ein Agent notwendigerweise das Vorhandensein bestimmter Werte oder Güter voraussetzen muss, folgt nicht, dass solche Güter dann universalisierbar sind und daher von anderen als Güter des Agenten von Rechts wegen respektiert werden sollten. (Zur Notwendigkeit der Universalisierbarkeit von normativen Aussagen vgl. die folgende Diskussion im Text). Vielmehr taucht die Idee der Wahrheit bzw. der Moral, der verallgemeinerbaren Rechte oder Güter nur bei der Argumentation als einer besonderen Unterklasse von Handlungen auf, nicht aber bei der Handlung als solcher, wie die Tatsache deutlich zeigt, dass auch Gewirth nicht einfach handelt, sondern spezifisch argumentiert, wenn er uns von der notwendigen Wahrheit seines ethischen Systems zu überzeugen versucht. Mit der als einziger und angemessener Ausgangspunkt für die dialektisch notwendige Methode anerkannten Argumentation folgt jedoch, wie zu sehen sein wird, eine kapitalistische (d.h. nicht auf Gewirth beruhende) Ethik. Zur Untauglichkeit von Gewirths Versuch, universalisierbare Rechte aus dem Begriff des Handelns abzuleiten, vgl. auch die scharfsinnigen Ausführungen von M. MacIntyre, *After Virtue*, Notre Dame, 1981, S. 64–65; J. Habermas, *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*, Frankfurt/M., 1983, S. 110–111; und H. Veatch, *Human Rights*, Baton Rouge, 1985, S. 159–160.

der Ethik genau beschrieben. Im Gegensatz zur Rolle der Vernunft bei der Etablierung empirischer Naturgesetze kann die Vernunft für sich in Anspruch nehmen, bei der Bestimmung moralischer Gesetze Ergebnisse zu erzielen, die a priori als gültig nachgewiesen werden können. Sie macht nur explizit, was im Begriff der Argumentation selbst bereits impliziert ist; und bei der Analyse eines konkreten Normvorschlags beschränkt sich ihre Aufgabe lediglich darauf, zu analysieren, ob er logisch mit der Ethik übereinstimmt oder nicht, die der Befürworter als gültig voraussetzen muss, sofern er seinen Vorschlag überhaupt machen kann.¹¹⁸

¹¹⁸ Das Verhältnis zwischen unserem Ansatz und einem „Naturrechts“-Ansatz kann nun ebenfalls näher beschrieben werden. Die philosophische Tradition des Naturrechts oder der natürlichen Rechte geht davon aus, dass allgemeingültige Normen mit Hilfe der Vernunft erkannt werden können, da sie in der Natur des Menschen selbst begründet sind. Es ist ein gängiger Einwand gegen diese Position, selbst von Seiten wohlwollender Leser, dass das Konzept der menschlichen Natur viel zu diffus und vielfältig ist, um einen bestimmten Inhalt des Naturrechts zu liefern“ (A. Gewirth, ‚Law, Action, and Morality‘ in: *Georgetown Symposium on Ethics. Essays in Honor of H. Veatch* (Hrsg. R. Porreco), New York, 1984, S.73). Darüber hinaus ist ihre Beschreibung der Rationalität ebenso zweideutig, da sie nicht zwischen der Rolle der Vernunft bei der Festlegung empirischer Naturgesetze einerseits und normativer Gesetze für das menschliche Verhalten andererseits zu unterscheiden scheint. (Vgl. z.B. die Diskussion in H. Veatch, *Human Rights*, Baton Rouge, 1985, S.62-67.)

Indem wir den engeren Begriff der Argumentation (anstelle des weiter gefassten Begriffs der menschlichen Natur) als notwendigen Ausgangspunkt für die Ableitung einer Ethik anerkennen und der moralischen Argumentation den Status einer apriorischen Argumentation zuweisen, die klar von der Rolle der Vernunft in der empirischen Forschung zu unterscheiden ist, erhebt unser Ansatz nicht nur den Anspruch, diese Schwierigkeiten von vornherein zu vermeiden, sondern er erhebt auch den Anspruch, dabei gleichzeitig unkomplizierter und strenger zu sein. Wenn ich mich auf diese Weise von der Naturrechtstradition distanzieren, heißt das jedoch nicht, dass ich ihrer kritischen Beurteilung des größten Teils der zeitgenössischen ethischen Theorie nicht zustimmen könnte; in der Tat stimme ich mit H. Veatchs ergänzender Widerlegung aller (teleologischen, utilitaristischen) Wunschethiken sowie aller (deontologischen) Pflichtethiken überein (siehe *Human Rights*, Baton Rouge, 1985,

Aber was ist die Ethik, die in der Argumentation impliziert ist, deren Gültigkeit nicht bestritten werden kann, da das Bestreiten sie implizit voraussetzen müsste? Häufig wird festgestellt, dass eine Argumentation voraussetzt, dass ein Satz den Anspruch auf *universelle* Akzeptanz erhebt, oder, falls es sich um einen Normvorschlag handelt, dass er „universalisierbar“ ist. Übertragen auf Normvorschläge ist dies der Gedanke, wie er in der Goldenen Regel der Ethik oder im kantischen kategorischen Imperativ formuliert ist, dass nur solche Normen gerechtfertigt werden können, die sich als allgemeine, ausnahmslos für alle gültige Prinzipien formulieren lassen.¹¹⁹ Da die Argumentation impliziert, dass jeder, der ein Argument verstehen kann, prinzipiell in der Lage sein muss, davon überzeugt zu werden, einfach aufgrund seiner argumentativen Kraft, kann das Universalisierungsprinzip der Ethik nun als auf dem umfassenderen „a priori der Kommunikation und Argumentation“ beruhend verstanden und erklärt werden. Das Universalisierungsprinzip stellt jedoch nur ein rein formales Kriterium für die Moral dar. An diesem Kriterium geprüft, könnten freilich alle Vorschläge für gültige Normen, die unterschiedliche Regeln für verschiedene Klassen von Menschen festlegen würden, keinen legitimen Anspruch darauf erheben, als gerechte Normen allgemein akzeptabel zu sein, es sei denn, die Unterscheidung zwischen verschiedenen Klassen von Menschen wäre so beschaffen, dass sie keine Diskriminierung impliziert, sondern stattdessen von allen als in der Natur der Sache begründet akzeptiert werden könnte. Auch

Kapitel 1). Ich behaupte auch nicht, dass es unmöglich ist, meinen Ansatz so zu interpretieren, dass er in eine „richtig konzipierte“ Naturrechtstradition fällt. Was ich jedoch behaupte, ist, dass der folgende Ansatz eindeutig nicht mit dem übereinstimmt, was der Ansatz des Naturrechts tatsächlich geworden ist und dass er dieser Tradition in ihrer jetzigen Form nichts zu verdanken hat.

¹¹⁹ Das Universalisierungsprinzip spielt in der Tat eine herausragende Rolle unter allen kognitivistischen Moralansätzen. Zur klassischen Exposition vgl. I. Kant, „Grundlegung zur Metaphysik der Sitten“ und „Kritik der praktischen Vernunft“ in: Kant, *Werke* (Hrsg. Weischedel), Bd. IV, Wiesbaden, 1956.

wenn einige Normen den Universalisierungstest vielleicht nicht bestehen, könnten die lächerlichsten Normen und — was natürlich noch wichtiger ist — sogar offen unvereinbare Normen ihn leicht und gleichermaßen bestehen, wenn ihrer Formulierung genügend Aufmerksamkeit geschenkt wird. Zum Beispiel: „Jeder muss sich sonntags betrinken, sonst droht eine Geldstrafe“ oder „Jeder, der Alkohol trinkt, wird bestraft“ sind beides Regeln, die keine Diskriminierung von Personengruppen zulassen und somit beide die Bedingung der Universalisierung erfüllen könnten.

Es ist also klar, dass das Universalisierungsprinzip allein keine positiven Normen liefern würde, die sich als gerechtfertigt erweisen könnten. Neben dem Universalisierungsprinzip gibt es jedoch auch andere positive Normen, die in der Argumentation impliziert sind. Um sie zu erkennen, müssen nur drei zusammenhängende Tatsachen zur Kenntnis genommen werden. Erstens ist diese Argumentation nicht nur eine kognitive, sondern auch eine praktische Angelegenheit. Zweitens impliziert diese Argumentation als Handlungsform die Nutzung der knappen Ressource des eigenen Körpers. Und drittens ist diese Argumentation eine konfliktfreie Art der Interaktion. Nicht in dem Sinne, dass man sich immer über das Gesagte einig ist, sondern in dem Sinne, dass man sich, solange man argumentiert, zumindest über die Tatsache einig sein kann, dass man sich über die Gültigkeit des Gesagten uneinig ist. Und das heißt nichts anderes, als dass die gegenseitige Anerkennung der ausschließlichen Verfügungsgewalt eines jeden über seinen eigenen Körper vorausgesetzt werden muss, solange argumentiert wird (noch einmal: Es ist unmöglich, dies zu leugnen und zu behaupten, diese Leugnung sei wahr, ohne implizit ihre Wahrheit zugeben zu müssen).

Daher müsste man zu dem Schluss kommen, dass die in der Argumentation implizierte Norm darin besteht, dass jeder das Recht auf ausschließliche Kontrolle über seinen eigenen Körper als sein Instrument des Handelns und der Wahrnehmung hat. Nur wenn es zumindest eine implizite Anerkennung des Eigentums-

rechts jedes Einzelnen an seinem eigenen Körper gibt, kann eine Argumentation stattfinden.¹²⁰ Nur solange dieses Recht anerkannt wird, ist es möglich, dem Gesagten in einem Streit zuzustimmen und es somit zu bestätigen, oder aber „Nein“ zu sagen und nur der Tatsache zuzustimmen, dass man nicht einverstanden ist. In der Tat müsste jeder, der versucht, irgendeine Norm zu rechtfertigen, bereits das Eigentumsrecht an seinem Körper als gültige Norm voraussetzen, nur um sagen zu können: „Das ist es, was ich für wahr und objektiv halte“. Wer versuchen würde, das Eigentumsrecht am eigenen Körper zu bestreiten, würde sich in einen Widerspruch verstricken, denn wer so argumentiert und behauptet, sein Argument sei wahr, würde bereits implizit genau diese Norm als gültig akzeptieren.

So kann man sagen, dass immer dann, wenn eine Person behauptet, dass eine Aussage gerechtfertigt werden kann, sie zumindest implizit davon ausgeht, dass die folgende Norm gerechtfertigt ist: „Niemand hat das Recht, unaufgefordert den Körper eines anderen anzugreifen und damit seine Kontrolle über den eigenen Körper einzuschränken.“ Diese Regel ist im Konzept der Rechtfertigung als argumentative Rechtfertigung impliziert. Rechtfertigung

¹²⁰ An dieser Stelle sei angemerkt, dass es nur aufgrund der Knappheit überhaupt ein Problem gibt, moralische Gesetze zu formulieren; sofern Güter im Überfluss vorhanden sind („freie“ Güter), ist kein Konflikt über die Verwendung von Gütern möglich und keine Handlungskoordination erforderlich. Daraus folgt, dass jede Ethik, die richtig konzipiert ist, als Theorie des Eigentums formuliert werden muss, d.h. als Theorie der Zuweisung von Rechten der ausschließlichen Kontrolle über knappe Mittel. Denn nur so wird es möglich, ansonsten unausweichliche und unlösbare Konflikte zu vermeiden. Leider haben die Moralphilosophen in ihrer weit verbreiteten Ignoranz gegenüber der Ökonomie dies kaum je deutlich genug gesehen. Vielmehr scheinen sie, wie z.B. H. Veatch (*Human Rights*, Baton Rouge, 1985, S. 170), zu glauben, auf eine genaue Definition von Eigentum und Eigentumsrechten verzichten zu können, nur um dann zwangsläufig in einem Meer von Ungenauigkeiten und Ad-hoc-Szenarien zu landen. Zu Menschenrechten als Eigentumsrechte vgl. auch M. N. Rothbard, *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982, Kapitel 15.

tigen heißt rechtfertigen, ohne auf Zwang angewiesen zu sein. Wenn man nämlich das Gegenteil dieser Regel formuliert, nämlich „jeder hat das Recht, andere Menschen unaufgefordert anzugreifen“ (eine Regel übrigens, die den formalen Test des Universalisierungsprinzips bestehen würde!), dann ist es leicht zu sehen, dass diese Regel in der Argumentation nicht verteidigt wird und niemals verteidigt werden kann. Um dies zu tun, müsste in der Tat die Gültigkeit des genauen Gegenteils, d.h. des oben genannten Prinzips der Nicht-Aggression, vorausgesetzt werden.

Mit dieser Rechtfertigung einer Eigenschaftsnorm in Bezug auf den Körper einer Person mag es scheinen, dass nicht viel gewonnen wird, da Konflikte um Körper, für deren mögliche Vermeidung das Nicht-Aggressionsprinzip eine universell vertretbare Lösung formuliert, nur einen kleinen Teil aller möglichen Konflikte ausmachen. Dies ist jedoch nicht korrekt. Natürlich leben die Menschen nicht von Luft und Liebe allein. Sie brauchen auch eine kleinere oder größere Anzahl anderer Dinge, einfach um zu überleben — und natürlich kann nur derjenige, der überlebt, eine Argumentation aufrechterhalten, geschweige denn ein komfortables Leben führen. In Bezug auf all diese anderen Dinge sind auch Normen erforderlich, da es zu widersprüchlichen Bewertungen in Bezug auf ihre Verwendung kommen könnte. Aber in der Tat muss jede andere Norm logisch mit dem Nicht-Aggressionsprinzip vereinbar sein, um selbst gerechtfertigt zu sein, und *mutatis mutandis* müsste jede Norm, die sich als mit diesem Prinzip unvereinbar erweisen würde, als ungültig angesehen werden. Weil darüber hinaus die Dinge, für die Normen formuliert werden müssen, knappe Güter sind — so wie der Körper eines Menschen ein knappes Gut ist — und da es nur deshalb notwendig ist, überhaupt Normen zu formulieren, weil Güter *knapp* sind und nicht, weil es sich um *besondere Arten* von knappen Gütern handelt, müssen die Spezifikationen des Nicht-Aggressionsprinzips, das als spezielle Eigentumsnorm in Bezug auf eine besondere Art von Gütern konzipiert ist, eigentlich schon die einer *allgemeinen* Theorie des Eigentums enthalten.

Ich werde zunächst diese allgemeine Theorie des Eigentums als eine Reihe von Regeln darlegen, die auf *alle* Güter anwendbar sind und dazu beitragen sollen, *alle* möglichen Konflikte durch *einheitliche* Grundsätze zu vermeiden, und dann zeigen, wie diese allgemeine Theorie im Nicht-Aggressionsprinzip impliziert ist. Da ein Mensch nach dem Nicht-Aggressionsprinzip mit seinem Körper machen kann, was er will, solange er damit nicht den Körper eines anderen Menschen angreift, könnte er sich auch anderer knapper Mittel bedienen, so wie man sich seines eigenen Körpers bedient, sofern diese anderen Dinge nicht bereits von einem anderen angeeignet wurden, sondern sich noch in einem natürlichen, eigentumslosen Zustand befinden. Sobald knappe Ressourcen sichtbar angeeignet werden — sobald jemand „seine Arbeit mit ihnen vermischt“, wie John Locke es formulierte¹²¹, und es objektive Spuren davon gibt — kann Eigentum, d.h. das Recht auf ausschließliche Kontrolle, nur durch eine vertragliche Übertragung von Eigentumstiteln von einem früheren auf einen späteren Eigentümer erworben werden und jeder Versuch, diese ausschließliche Kontrolle der Vorbesitzer oder jede ungebetene Umwandlung der physischen Eigenschaften der fraglichen knappen Mittel einseitig einzuschränken, ist in strikter Analogie zu Aggressionen gegen die Körper anderer Personen eine ungerechtfertigte Handlung.¹²²

Die Vereinbarkeit dieses Prinzips mit dem der Nichtaggression kann mittels eines *argumentum a contrario* nachgewiesen werden. Erstens sei darauf hingewiesen, dass, wenn niemand das Recht hätte, etwas anderes als seinen eigenen Körper zu erwerben und zu kontrollieren (eine Regel, die den formalen Universalisierungstest bestehen würde), wir alle aufhören würden zu existieren, und das

¹²¹ Vgl. J. Locke, *Two Treatises of Government* (Hrsg. P. Laslett), Cambridge, 1970, insb. 2, 5.

¹²² Zum Nicht-Aggressionsprinzip und zum Prinzip der ursprünglichen Aneignung vgl. auch M. N. Rothbard, *For A New Liberty*, New York, 1978, Kapitel 2; und *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982, Kapitel 6-8.

Problem der Rechtfertigung normativer Aussagen (oder auch jedes andere Problem, das in dieser Abhandlung von Belang ist) einfach nicht existieren würde. Die Existenz dieses Problems ist nur möglich, weil wir leben, und unsere Existenz beruht auf der Tatsache, dass wir eine Norm, die das Eigentum an anderen knappen Gütern neben dem eigenen Körper verbietet, nicht akzeptieren, bzw. gar nicht akzeptieren *können*. Daher ist davon auszugehen, dass das Recht zum Erwerb solcher Güter bestehen muss. Wenn dies nun so ist und man nicht das Recht hat, solche Rechte der ausschließlichen Verfügungsgewalt über ungenutzte, naturgegebene Dinge durch eigene Arbeit zu erwerben, d.h. indem man etwas mit Dingen macht, mit denen noch nie jemand etwas gemacht hat, und wenn andere Menschen das Recht *hätten*, den Eigentumsanspruch an solchen Dingen, die sie nicht zuvor bearbeitet oder einer bestimmten Nutzung zugeführt haben, zu missachten, dann wäre dies nur möglich, wenn man Eigentumstitel nicht durch Arbeit erwerben könnte, d.h., indem man eine objektive, intersubjektiv kontrollierbare Verbindung zwischen einer bestimmten Person und einer bestimmten knappen Ressource herstellt, sondern einfach durch eine mündliche Erklärung; ein Dekret.¹²³ Der Erwerb von Eigentumstiteln durch Deklaration ist jedoch mit dem oben begründeten Nicht-Aggressionsprinzip in Bezug auf Körper unvereinbar. Denn

¹²³ Dies ist zum Beispiel die Position von J. J. Rousseau, wenn er uns auffordert, Versuchen zu widerstehen, sich die Natur als Ressource privat anzueignen, indem er sie zum Beispiel einzäunt. In seinem berühmten Diktum sagt er: „Hüte dich, diesem Betrüger zuzuhören; du bist verloren, wenn du einmal vergisst, dass die Früchte der Erde uns allen gehören und die Erde selbst niemandem“ („Abhandlung über den Ursprung und die Grundlage der Ungleichheit unter den Menschen“ in: J. J. Rousseau, *Der Gesellschaftsvertrag und die Diskurse* (Hrsg. G. Cole), New York, 1950, S.235). So kann jedoch nur argumentiert werden, wenn davon ausgegangen wird, dass Eigentumsansprüche per Dekret begründet werden können. Denn wie sonst könnten „alle“ (also auch diejenigen, die nie etwas mit den fraglichen Ressourcen gemacht haben) oder „niemand“ (also nicht einmal diejenigen, die es tatsächlich genutzt haben) etwas besitzen — es sei denn, Eigentumsansprüche wurden durch bloße Verordnung begründet?!

wenn man sich tatsächlich per Dekret Eigentum aneignen könnte, dann würde dies bedeuten, dass man auch den Körper eines anderen Menschen einfach zu seinem Eigentum erklären könnte. Dies würde jedoch eindeutig der Regelung des Nicht-Aggressionsprinzips widersprechen, das eine scharfe Unterscheidung zwischen dem eigenen Körper und dem Körper einer anderen Person trifft. Und diese Unterscheidung kann nur deshalb so klar und eindeutig getroffen werden, weil die Trennung zwischen „mein“ und „dein“ bei Körpern, wie bei allem anderen, nicht auf verbalen Erklärungen, sondern auf Handlungen beruht. (Im Übrigen könnte eine Entscheidung zwischen konkurrierenden erklärenden Ansprüchen nur dann getroffen werden, wenn es ein anderes *objektives* Kriterium als die Deklaration gäbe). Die Trennung beruht auf der Feststellung, dass eine bestimmte knappe Ressource tatsächlich — für jedermann sichtbar und überprüfbar, da es objektive Indikatoren dafür gibt — zum Ausdruck oder zur Materialisierung des eigenen Willens oder gegebenenfalls des Willens eines anderen gemacht wurde. Außerdem, und das ist noch wichtiger, birgt die Behauptung, dass das Eigentum nicht durch eine Handlung, sondern durch eine Deklaration erworben wird, einen offenen praktischen *Widerspruch* in sich, denn niemand könnte dies sagen und erklären, wenn nicht trotz des tatsächlich Gesagten sein Recht auf ausschließliche Verfügungsgewalt über seinen Körper als sein eigenes Instrument, *irgendetwas* zu sagen, *tatsächlich* bereits vorausgesetzt würde.

Es wurde nun gezeigt, dass das Recht auf ursprüngliche Aneignung durch Handlungen mit dem Nicht-Aggressionsprinzip als logisch notwendiger Voraussetzung der Argumentation vereinbar und darin impliziert ist. Indirekt hat sich natürlich auch gezeigt, dass eine Regelung, die unterschiedliche Rechte festlegt, wie etwa eine sozialistische Eigentumstheorie, nicht zu rechtfertigen ist. Bevor wir jedoch auf eine detailliertere Analyse eingehen, *warum* eine sozialistische Ethik unhaltbar ist — eine Diskussion, die ein zusätzliches Licht auf die Bedeutung einiger Bestimmungen der

„natürlichen“, kapitalistischen Eigentumstheorie werfen sollte — scheinen einige Bemerkungen darüber angebracht, was durch die Einstufung dieser letzteren Normen als gerechtfertigt impliziert wird oder nicht.

Wenn man diese Behauptung aufstellt, muss man nicht behaupten, ein „Soll“ aus einem „Ist“ abgeleitet zu haben. In der Tat kann man sich ohne weiteres der fast allgemein akzeptierten Ansicht anschließen, dass die Kluft zwischen dem „Soll“ und dem „Ist“ logisch unüberbrückbar ist.¹²⁴ Die Einordnung der Regelungen der natürlichen Eigentumstheorie in dieser Weise ist vielmehr eine rein kognitive Angelegenheit. Aus der Einstufung des dem Kapitalismus zugrunde liegenden Prinzips als „fair“ oder „gerecht“ folgt ebenso wenig, dass man danach handeln sollte, wie aus dem Begriff der Gültigkeit oder Wahrheit, dass man immer danach streben sollte. Die Feststellung, dass dieser Grundsatz gerecht ist, schließt auch nicht aus, dass Menschen Regeln vorschlagen oder sogar durchsetzen, die mit ihm unvereinbar sind. In der Tat ist die Situation in Bezug auf Normen sehr ähnlich wie in anderen Disziplinen der wissenschaftlichen Forschung. Die Tatsache zum Beispiel, dass bestimmte empirische Aussagen gerechtfertigt oder vertretbar sind und andere nicht, bedeutet nicht, dass jeder nur objektive, gültige Aussagen verteidigt. Vielmehr können sich Menschen irren, auch absichtlich. Aber die Unterscheidung zwischen objektiv und subjektiv, zwischen wahr und falsch, verliert dadurch nichts von ihrer Bedeutung. Vielmehr müssten Menschen, die sich irren, entweder als uninformiert oder als vorsätzlich lügend eingestuft werden. Der Fall ist in Bezug auf Normen ähnlich. Natürlich gibt es viele Menschen, die keine Normen propagieren oder durchsetzen, die gemäß der oben genannten Rechtfertigungsbedeutung als gültig eingestuft werden können. Aber die Unterscheidung

¹²⁴ Zum Problem der Ableitbarkeit von „Soll“ aus „Ist“ Aussagen vgl. W. D. Hudson (Hrsg.), *The Is-Ought Question*, London, 1969; für die Ansicht, dass die Fakt-Wert-Dichotomie eine schlecht durchdachte Idee ist, vgl. die oben in Fußnote 115 zitierte Naturrechtsliteratur.

zwischen vertretbaren und nicht vertretbaren Normen löst sich dadurch nicht auf, ebenso wie sie zwischen objektiven und subjektiven Aussagen nicht an der Existenz uninformativer oder lügender Menschen zerbröckelt. Vielmehr müssten diejenigen, die solche abweichenden, ungültigen Normen propagieren und durchsetzen würden, wiederum als uninformativ oder unehrlich eingestuft werden, sofern man ihnen erklärt und deutlich gemacht hat, dass ihre alternativen Normvorschläge oder -durchsetzungen argumentativ nicht vertretbar sein können und niemals sein werden. Und dies wäre im moralischen Fall noch mehr gerechtfertigt als im empirischen, da die Gültigkeit des Nicht-Aggressionsprinzips und die des Prinzips der ursprünglichen Aneignung durch Handeln als seine logisch notwendige Konsequenz als noch grundlegender angesehen werden muss als jede Art von gültigen oder wahren Aussagen. Denn das, was gültig oder wahr ist, muss als das definiert werden, worauf sich alle, die nach diesem Prinzip handeln, möglicherweise einigen können. Tatsächlich ist, wie gerade gezeigt wurde, die zumindest implizite Akzeptanz dieser Regeln die notwendige Voraussetzung, um überhaupt leben und argumentieren zu können.¹²⁵

Warum sind dann gerade sozialistische Eigentumstheorien jeglicher Art nicht als gültig zu rechtfertigen? Zunächst ist anzumerken, dass alle tatsächlich *praktizierten* Versionen des Sozialismus und auch die meisten seiner theoretisch vorgeschlagenen Modelle nicht einmal den ersten formalen Universalisierungstest bestehen würden und allein daran scheitern würden! Alle diese Versionen

¹²⁵ M. N. Rothbard schreibt in *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982, S. 32: „Nun ist jede Person, die an irgendeiner Art von Diskussion teilnimmt, einschließlich einer über Werte, aufgrund dieser Teilnahme lebendig und bestätigt das Leben. Denn wenn er wirklich gegen das Leben wäre, hätte er in einer solchen Diskussion nichts zu suchen, ja, er hätte nicht mal im Leben etwas zu suchen. Der vermeintliche Gegner des Lebens bejaht es also in Wirklichkeit schon in der Diskussion, und so nimmt die Erhaltung und Förderung des eigenen Lebens den Rang eines unanfechtbaren Axioms an.“ Vgl. auch D. Osterfeld, „the Natural Rights Debate“ in: *Journal of Libertarian Studies*, VII, I, 1983, S. 106f.

enthalten in ihrem rechtlichen Rahmen Normen, die die Form „manche Menschen tun es, manche Menschen tun es nicht“ haben. Solche Regeln, die unterschiedliche Rechte oder Pflichten für verschiedene Personengruppen festlegen, haben jedoch schon aus rein formalen Gründen keine Chance, von allen potenziellen Teilnehmern einer Argumentation als fair akzeptiert zu werden. Solange die Unterscheidung zwischen verschiedenen Klassen von Menschen nicht so ist, dass sie von beiden Seiten als in der Natur der Sache begründet akzeptiert werden kann, wären solche Regeln nicht akzeptabel, weil sie bedeuten würden, dass eine Gruppe auf Kosten einer ergänzenden Diskriminierung einer anderen Gruppe rechtliche Privilegien erhält. Einige Leute, entweder diejenigen, die etwas tun dürfen, oder diejenigen, die es nicht tun dürfen, konnten daher nicht zustimmen, dass dies faire Regeln waren.¹²⁶ Da die meisten Arten von Sozialismus, so wie sie praktiziert oder gepredigt werden, auf die Durchsetzung von Regeln angewiesen sind, wie z.B. „einige Leute haben die Pflicht, Steuern zu zahlen, und andere haben das Recht, sie zu konsumieren“ oder „einige Leute wissen, was gut für dich ist und dürfen dir helfen, diese angeblichen Wohltaten zu erhalten, auch wenn du sie nicht willst, oder „die einen haben das Recht zu bestimmen, wer zu viel und wer zu wenig von etwas hat, und die anderen haben die Pflicht, sich daran zu halten“ oder noch schlichter: „die Computerindustrie muss für die Subventionierung der Bauern zahlen“, „die Beschäftigten für die Arbeitslosen“, „die Kinderlosen für diejenigen mit Kindern“ usw. , oder umgekehrt, sie alle können ohne weiteres als ernsthafte Anwärter auf den Anspruch, Teil einer gültigen Theorie der Normen qua Eigentumsnormen zu sein, verworfen werden, weil sie alle schon durch ihre Formulierung darauf hinweisen, dass sie nicht universalisierbar sind.

¹²⁶ Vgl. auch M. N. Rothbard, *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982, S. 45.

Was aber ist falsch an den sozialistischen Eigentumstheorien, wenn man sich darum kümmert und tatsächlich eine Theorie formuliert, die ausschließlich universalisierbare Normen des Typs „niemand darf“ oder „jeder kann“ enthält? Selbst dann — und das ist das, was oben indirekt gezeigt wurde und hier direkt argumentiert werden soll — könnte der Sozialismus niemals hoffen, seine Gültigkeit zu beweisen, nicht mehr aus formalen Gründen, sondern aufgrund seiner materiellen Spezifikationen. Während nämlich jene Formen des Sozialismus, deren moralischer Anspruch aus einfachen formalen Gründen leicht widerlegt werden kann, zumindest praktiziert werden können, erweist sich die Anwendung jener anspruchsvolleren Versionen, die den Universalisierungstest bestehen würden, aus materiellen Gründen als fatal: Selbst wenn wir es versuchen würden, könnten sie einfach nicht umgesetzt werden.

In den Normen der natürlichen Eigentumstheorie gibt es zwei zusammenhängende Vorgaben, mit denen eine sozialistische Eigentumstheorie in Konflikt gerät. Die erste dieser Vorgaben besteht darin, dass nach der kapitalistischen Ethik Aggression als Eingriff in die *körperliche* Unversehrtheit des Eigentums einer anderen Person definiert wird.¹²⁷ Der Sozialismus würde stattdessen Aggression als eine Invasion des *Wertes* oder der *psychischen Integrität* des Eigentums einer anderen Person definieren. Es sollte daran erinnert werden, dass der konservative Sozialismus darauf abzielte, eine bestimmte Verteilung von Reichtum und Werten zu erhalten, und versuchte, jene Kräfte unter Kontrolle zu bringen, die den Status quo durch Preisbindungen, Regulierungen und Verhaltenskontrollen verändern könnten. Es liegt auf der Hand, dass dazu die Eigentumsrechte am Wert der Dinge als vertretbar angenommen werden müssen und ein Eingriff in die Werte dementsprechend als nicht vertretbare Aggression eingestuft werden muss.

¹²⁷ Zur Bedeutung der Definition von Aggression als physische Aggression vgl. auch M. N. Rothbard, *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982, Kapitel 8-9; dasselbe, „Law, Property Rights and Pollution“, in: *Cato Journal*, Spring 1982, insb. S. 60-63.

Doch nicht nur der Konservatismus bedient sich dieser Vorstellung von Eigentum und Aggression. Der sozialdemokratische Sozialismus tut das ebenfalls. Eigentumsrechte an Werten müssen als legitim angesehen werden, wenn der sozialdemokratische Sozialismus es mir beispielsweise erlaubt, von Menschen, deren Chancen oder Möglichkeiten meine beeinträchtigen, eine Entschädigung zu verlangen. Dasselbe gilt, wenn eine Entschädigung für die Begehung von psychologischer oder „struktureller Gewalt“ — ein besonders beliebter Begriff in der linken politikwissenschaftlichen Literatur — zugelassen wird.¹²⁸ Um eine solche Entschädigung

¹²⁸ Zur Idee der strukturellen Gewalt im Unterschied zu körperlicher Gewalt vgl. D. Senghaas (Hrsg.), *Imperialismus und strukturelle Gewalt*, Frankfurt/M., 1972.

Die Idee, Aggression als Verletzung von Eigentumswerten zu definieren, liegt auch den Gerechtigkeitstheorien von J. Rawls und R. Nozick zugrunde, so unterschiedlich diese beiden Autoren auch auf viele Kommentatoren gewirkt haben mögen. Denn wie könnte er sein sogenanntes Differenzprinzip — „Soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten sind so zu gestalten, dass sie ... vernünftigerweise zum Vorteil oder Nutzen aller — einschließlich der am wenigsten Begünstigten — sein sollten“ (J. Rawls, *A Theory of Justice*, Cambridge, 1971, S. 60-83) — es sei denn, Rawls hält es für gerechtfertigt, dass ein glücklicherer Mensch allein durch die Vermehrung seines relativen Reichtums eine Aggression begeht und ein weniger glücklicher Mensch nur deshalb einen gültigen Anspruch gegen den glücklichen Menschen hat, weil sich dessen relative Position in Bezug auf den Wert verschlechtert hat?! Und wie könnte Nozick behaupten, dass es für eine „herrschende Schutzbehörde“ gerechtfertigt wäre, Konkurrenten zu verbieten, unabhängig davon, wie deren Handlungen ausgesehen hätten (R. Nozick, *Anarchy, State and Utopia*, New York, 1974, S. 55f)? Oder wie könnte er es für moralisch richtig halten, so genannte unproduktive Tauschgeschäfte zu verbieten, d.h. Tauschgeschäfte, bei denen eine Partei besser dran wäre, wenn die andere überhaupt nicht existierte oder zumindest nichts damit zu tun hätte (wie z.B. im Fall eines Erpressten und eines Erpressers), unabhängig davon, ob ein solches Tauschgeschäft mit irgendeiner Art von physischer Invasion verbunden ist oder nicht (ebd., S. 83-86), es sei denn, er wäre der Meinung, dass das Recht besteht, die Unversehrtheit der eigenen Eigentumswerte (und nicht die physische Unversehrtheit) zu bewahren?! Für eine vernichtende Kritik insbesondere an Nozicks Theorie vgl. M. N. Rothbard, *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982,

verlangen zu können, müsste das, was getan wurde — meine Möglichkeiten, meine psychische Integrität, mein Gefühl für das, was mir geschuldet wird — als aggressive Handlung eingestuft werden.

Warum ist diese Idee, den Wert von Eigentum zu schützen, nicht zu rechtfertigen? Erstens kann zwar jeder Mensch, zumindest im Prinzip, die volle Kontrolle darüber haben, ob seine Handlungen eine Veränderung der *physischen* Eigenschaften einer Sache bewirken oder nicht, und damit auch die volle Kontrolle darüber, ob diese Handlungen gerechtfertigt sind oder nicht, doch die Kontrolle darüber, ob die eigenen Handlungen den *Wert* des Eigentums eines anderen beeinflussen oder nicht, liegt nicht bei der handelnden Person, sondern bei anderen Menschen und deren subjektiven Bewertungen. Somit könnte niemand *ex ante* feststellen, ob seine Handlungen als vertretbar oder nicht vertretbar einzustufen wären. Man müsste zunächst die gesamte Bevölkerung befragen, um sicherzustellen, dass die geplanten Maßnahmen nicht die Einschätzungen einer anderen Person in Bezug auf ihr eigenes Eigentum ändern. Und selbst dann könnte niemand handeln, bis eine universelle *Einigung* darüber erzielt wurde, wer was mit etwas machen soll und zu welchem Zeitpunkt. Bei all den praktischen Problemen, die damit verbunden sind, wäre man natürlich schon lange tot und niemand würde mehr irgendetwas verargumentieren, lange bevor diese Einigung jemals erreicht würde.¹²⁹ Aber noch entscheidender ist, dass für die sozialistische Position in Bezug auf Eigentum und Aggression nicht einmal effektiv *argumentiert* werden könnte, denn für eine Norm zu argumentieren, ob sozialistisch oder nicht, impliziert, dass es einen Konflikt über die Nutzung einer knappen

Kapitel 29; über die trügerische Verwendung der Indifferenzkurvenanalyse, die sowohl von Rawls als auch von Nozick verwendet wird, vgl. dasselbe, „Toward a Reconstruction of Utility and Welfare Economics“, Center for Libertarian Studies, Occasional Paper No. 3, New York, 1977.

¹²⁹ Vgl. auch M. N. Rothbard, *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982, S. 46.

Ressource gibt, sonst gäbe es gar keinen Grund zur Diskussion. Um jedoch zu argumentieren, dass es einen Ausweg aus solchen Konflikten gibt, muss vorausgesetzt werden, dass die Handlungen vor einer tatsächlichen Einigung oder Uneinigkeit ausgeführt werden dürfen, denn sonst könnte man nicht einmal so argumentieren. Wenn man das aber kann — und davon muss auch der Sozialismus ausgehen, sofern er als argumentierte intellektuelle Position existiert — dann ist das nur möglich, weil es *objektive Grenzen* von Eigentum gibt, d.h. Grenzen, die jeder Mensch *für sich selbst* als solche erkennen kann, ohne sich vorher mit jemand anderem über sein Wertesystem und seine Bewertungen einigen zu müssen. Auch der Sozialismus muss also trotz seiner *Behauptungen* die Existenz von objektiven Grenzen von Eigentum und nicht von Grenzen, die durch subjektive Bewertungen bestimmt werden, *tatsächlich* voraussetzen, und sei es nur, um überhaupt noch einen Sozialisten zu haben, der seine moralischen Vorschläge machen kann.

Die sozialistische Idee des Schutzes von Werten anstelle von körperlicher Unversehrtheit scheitert auch aus einem zweiten, damit zusammenhängenden Grund. Es liegt auf der Hand, dass der Wert einer Person, z.B. auf dem Arbeits- oder Heiratsmarkt, von der körperlichen Unversehrtheit oder dem Grad der körperlichen Unversehrtheit anderer Menschen beeinflusst werden kann und auch wird. Wenn man also will, dass *Eigentumswerte* geschützt werden, muss man *physische* Aggressionen gegen Menschen zulassen. Aber gerade weil die Grenzen einer Person — also die Grenzen des Eigentums einer Person an ihrem Körper als ihrem ausschließlichen Herrschaftsbereich, in den eine andere Person nicht eingreifen darf, es sei denn, sie will zum Aggressor werden — physische Grenzen (intersubjektiv feststellbare und nicht nur subjektiv eingebilddete Grenzen) sind, kann sich jeder unabhängig voneinander auf irgendetwas einigen (und Einigung bedeutet natürlich Einigung von unabhängigen Entscheidungseinheiten!) Nur weil die geschützten Grenzen des Eigentums objektiv sind, d.h.

feststehen und vor jeder konventionellen Vereinbarung als feststehend erkennbar sind, kann es überhaupt eine Argumentation und möglicherweise eine Vereinbarung zwischen unabhängigen Entscheidungseinheiten geben. Es gäbe einfach niemanden, der über irgendetwas argumentiert, wenn nicht zuerst seine Existenz als unabhängige physische Einheit anerkannt worden wäre. Niemand könnte für ein Eigentumssystem argumentieren, das die Grenzen des Eigentums in subjektiven, bewertenden Begriffen definiert — wie es der Sozialismus tut — denn allein die Möglichkeit, dies zu sagen, setzt voraus, dass man entgegen der Theorie tatsächlich eine physisch unabhängige Einheit sein muss, die dies sagt.

Nicht minder schlimm ist die Situation für den Sozialismus, wenn man sich der zweiten wesentlichen Präzisierung der Urteile der natürlichen Eigentumstheorie zuwendet. Die Grundnormen des Kapitalismus zeichneten sich nicht nur dadurch aus, dass Eigentum und Aggression physisch definiert wurden, sondern auch dadurch, dass Eigentum als *privates*, individualisiertes Eigentum definiert wurde und dass die Bedeutung der ursprünglichen Aneignung, die offensichtlich eine Unterscheidung zwischen früher und später impliziert, festgelegt wurde. Auch mit dieser zusätzlichen Spezifikation gerät der Sozialismus in Konflikt. Anstatt die entscheidende Bedeutung der Unterscheidung zwischen früher und später bei der Entscheidung zwischen kollidierenden Eigentumsansprüchen anzuerkennen, schlägt der Sozialismus Normen vor, die in der Tat besagen, dass die Priorität bei einer solchen Entscheidung irrelevant ist und dass Nachzügler genauso ein Recht auf Eigentum haben wie Erstankömmlinge. Dieser Gedanke liegt auf der Hand, wenn beispielsweise im sozialdemokratischen Sozialismus die natürlichen Eigentümer des Reichtums und/oder ihre Erben eine Steuer zahlen müssen, damit die unglücklichen Nachzügler an dessen Konsum teilhaben können. Und dieser Gedanke spielt auch eine Rolle, wenn beispielsweise der Eigentümer einer natürlichen Ressource gezwungen ist, die derzeitige Ausbeutung im Interesse der Nachwelt zu verringern (oder zu steigern). In

beiden Fällen ist dies nur dann sinnvoll, wenn davon ausgegangen wird, dass derjenige, der zuerst Reichtum anhäuft oder die natürliche Ressource zuerst nutzt, damit eine Aggression gegen einige Nachzügler begeht. Wenn sie nichts falsch gemacht haben, dann könnten die Nachzügler keinen solchen Anspruch gegen sie erheben.¹³⁰

Was ist falsch an dieser Idee, die Unterscheidung zwischen früher und später als moralisch irrelevant aufzugeben? Erstens, wenn die Nachzügler, d.h. diejenigen, die tatsächlich nichts mit einigen knappen Gütern gemacht haben, tatsächlich das gleiche Recht darauf hätten wie die Erstankömmlinge, d.h. diejenigen, die etwas mit den knappen Gütern gemacht haben, dann dürfte buchstäblich niemand irgendetwas mit irgendetwas machen, da man die Zustimmung aller Nachzügler haben müsste, bevor man tut, was man tun will. Da die Nachwelt auch die Kinder der Kinder einschließen würde — Menschen also, die so spät kommen, dass man sie nie fragen könnte — ist die Befürwortung eines Rechtssystems, das die Unterscheidung zwischen früher und später nicht als Teil der zugrundeliegenden Eigentumstheorie verwendet, einfach absurd, da sie impliziert, dass man den Tod befürwortet, aber das Leben voraussetzen muss, um überhaupt etwas zu befürworten. Weder wir, unsere Vorfahren, noch unsere Nachkommen könnten, würden oder werden überleben und etwas sagen oder argumentieren, wenn man dieser Regel folgen würde. Damit eine Person — in der Vergangenheit, Gegenwart oder Zukunft — irgendetwas verargumentieren kann, muss es möglich sein, jetzt zu überleben. Niemand kann warten und das Handeln aussetzen, bis zufällig alle aus einer unbestimmten Klasse von Nachzüglern erscheinen und dem zustimmen, was man tun will. Vielmehr muss der Mensch, sofern

¹³⁰ Für einen unbeholfenen philosophischen Versuch, eine Nachzügler-Ethik zu rechtfertigen, vgl. J. Rawls, *A Theory of Justice*, Cambridge, 1971, S. 284ff; J. Sterba, *The Demands of Justice*, Notre Dame, 1980, insb. S. 58ff, S. 137ff; Zur Absurdität einer solchen Ethik vgl. M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1972, S. 427.

er allein ist, in der Lage sein, sofort zu handeln, Güter zu nutzen, zu produzieren, zu konsumieren, bevor er sich mit Menschen abspricht, die eben noch nicht da sind (und vielleicht nie da sein werden). Und wenn ein Mensch sich in Gesellschaft anderer befindet und es einen Konflikt über die Nutzung einer bestimmten knappen Ressource gibt, muss er in der Lage sein, das Problem zu einem bestimmten Zeitpunkt mit einer bestimmten Anzahl von Menschen zu lösen, anstatt für unbestimmte Zeit auf eine unbestimmte Anzahl von Menschen warten zu müssen. Allein um zu überleben, was eine Voraussetzung dafür ist, für oder gegen etwas zu argumentieren, können die Eigentumsrechte nicht als zeitlos und unspezifisch in Bezug auf die Anzahl der betroffenen Personen betrachtet werden. Vielmehr müssen ihre Entstehung notwendigerweise als durch Handeln zu bestimmten Zeitpunkten für bestimmte handelnde Individuen betrachtet werden.¹³¹

Außerdem wäre der Gedanke, die für den Sozialismus so attraktive Unterscheidung zwischen früher und später aufzugeben, mit dem Nicht-Aggressionsprinzip als praktischer Grundlage der Argumentation schlicht unvereinbar. Zu argumentieren und möglicherweise mit jemandem übereinzustimmen (wenn auch nur über die Tatsache, dass es Meinungsverschiedenheiten gibt), bedeutet, das vorherige Recht des anderen auf ausschließliche Kontrolle über seinen eigenen Körper anzuerkennen. Andernfalls wäre es unmöglich, dass jemand zu einem bestimmten Zeitpunkt zuerst etwas sagt und ein anderer darauf antworten kann oder umgekehrt,

¹³¹ Auch hier ist zu beachten, dass nur dann Verträge geschlossen werden können, wenn Eigentumsrechte als zeitlich entstandene Privateigentumsrechte konzipiert werden. Es liegt auf der Hand, dass es sich bei Verträgen um Vereinbarungen zwischen zählbaren, physisch unabhängigen Einheiten handelt, die auf der gegenseitigen Anerkennung der privaten Eigentumsansprüche jedes Vertragspartners an den vor der Vereinbarung erworbenen Sachen beruhen und die dann die Übertragung von Eigentumsrechten an bestimmten Sachen von einem bestimmten früheren auf einen bestimmten späteren Eigentümer betreffen. So etwas wie Verträge könnte es im Rahmen einer Nachzügler-Ethik nicht geben!

da weder der erste noch der zweite Sprecher zu irgendeinem Zeitpunkt eine unabhängige physische Entscheidungseinheit darstellen würden. Die Abschaffung der Unterscheidung zwischen früher und später, wie sie der Sozialismus anstrebt, ist gleichbedeutend mit der Abschaffung der Möglichkeit, zu argumentieren und eine Einigung zu erzielen. Da man aber nicht argumentieren kann, dass es keine Möglichkeit der Diskussion gibt, ohne dass die vorherige Kontrolle jedes Menschen über seinen eigenen Körper als gerecht anerkannt und akzeptiert wird, könnte eine Nachzügler-Ethik, die diesen Unterschied nicht machen will, niemals von jemandem akzeptiert werden. Die bloße *Behauptung*, dass sie es könnte, impliziert einen Widerspruch, da die Möglichkeit, dies zu sagen, die Existenz einer unabhängigen Entscheidungseinheit zu einem bestimmten Zeitpunkt voraussetzen würde.

Daher muss man zu dem Schluss kommen, dass die sozialistische Ethik ein völliger Fehlschlag ist. In all ihren praktischen Versionen ist sie nicht besser als eine Regel wie „Ich darf dich schlagen, aber du darfst mich nicht schlagen“, die sogar den Universalisierungstest nicht besteht. Und selbst wenn sie universalisierbare Regeln aufstellen würde, die im Grunde darauf hinauslaufen würden, dass jeder jeden schlagen kann, könnte man nicht behaupten, dass solche Entscheidungen aufgrund ihrer materiellen Spezifikation allgemein akzeptabel wären. Dies zu behaupten und zu argumentieren, setzt das Eigentumsrecht des Menschen an seinem eigenen Körper voraus. Daher kann nur die kapitalistische Ethik des „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ wirksam verteidigt werden, da sie in der Argumentation impliziert ist. Und keine andere Ethik könnte so gerechtfertigt sein, da die Rechtfertigung von etwas im Laufe der Argumentation voraussetzt, dass genau diese Ethik der natürlichen Eigentumstheorie gültig ist.

Kapitel 8

Die sozio-psychologischen Grundlagen des Sozialismus oder Die Staatstheorie

In den vorangegangenen Kapiteln wurde gezeigt, dass Sozialismus als gesellschaftliches System, das eine Umverteilung von Eigentumstiteln weg von Nutzer-Eigentümern und Vertragspartnern hin zu Nicht-Nutzer-Eigentümern und Nicht-Vertragspartnern impliziert, notwendigerweise eine Verringerung der Produktion von Reichtum mit sich bringt, da die Nutzung und Kontraktion von Ressourcen kostspielige Aktivitäten sind, deren Leistung im Vergleich zu Alternativen, die den Akteuren zur Verfügung stehen, noch teurer wird. Außerdem kann ein solches System vom moralischen Standpunkt aus nicht als faire oder gerechte Gesellschaftsordnung verteidigt werden, denn so zu argumentieren, ja überhaupt für oder gegen *irgendetwas* zu argumentieren, sei es eine moralische, nicht-moralische, empirische oder logisch-analytische Position, setzt notwendigerweise die Gültigkeit der „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“-Regel der natürlichen Theorie des Eigentums und des Kapitalismus voraus, da andernfalls niemand überleben und dann etwas als unabhängige physische Einheit sagen oder sich möglicherweise darauf einigen könnte.

Wenn weder ein wirtschaftliches noch ein moralisches Argument für den Sozialismus vorgebracht werden kann, dann wird der Sozialismus auf eine Angelegenheit von rein sozialpsychologischer Bedeutung reduziert. Was sind also die sozio-psychologischen Grundlagen, auf denen der Sozialismus beruht? Oder, da der

Sozialismus als eine *institutionalisierte* Politik der Umverteilung von Eigentumstiteln weg von den Nutzer-Eigentümern definiert wurde, wie ist eine Institution möglich, die eine mehr oder weniger vollständige Enteignung der natürlichen Eigentümer durchführt?

Wenn es eine Institution gibt, die sich Eigentumstitel anders als durch ursprüngliche Aneignung oder Vertrag aneignen darf, muss sie vermutlich einigen Menschen schaden, die sich selbst als die natürlichen Eigentümer dieser Dinge betrachten. Durch die Sicherung und möglicherweise Erhöhung seines monetären und/oder nicht-monetären Einkommens reduziert es das anderer Menschen — etwas, das sich kategorisch von der Situation unterscheidet, die besteht, wenn ein Vertragsverhältnis zwischen Menschen besteht, bei dem niemand auf Kosten eines anderen gewinnt, sondern jeder profitiert, da es sonst einfach keinen Austausch gäbe. In diesem Fall kann man Widerstand gegen die Durchführung einer solchen Politik erwarten. Diese Widerstandsneigung kann natürlich mehr oder weniger intensiv sein, und sie kann sich im Laufe der Zeit ändern und entweder mehr oder weniger ausgeprägt werden und eine größere oder kleinere Bedrohung für die Institution darstellen, die die Politik der Umverteilung durchführt. Aber solange es sie überhaupt gibt, muss die Institution damit rechnen. Insbesondere muss sie damit rechnen, wenn man davon ausgeht, dass es sich bei den Personen, die diese Institution vertreten, um gewöhnliche Menschen handelt, die wie alle anderen ein Interesse daran haben, ihr aktuelles Einkommen, das sie sich in ihrer Rolle als Vertreter dieser Institution sichern können, nicht nur zu stabilisieren, sondern dieses Einkommen auch so weit wie möglich zu steigern. Wie, und genau das ist das Problem, können sie ihr Einkommen aus außervertraglichen Austauschen stabilisieren und möglicherweise erhöhen, auch wenn dies notwendigerweise Opfer schafft — und im Laufe der Zeit eine immer größere Zahl an Opfern, bzw. die gleiche Anzahl an Opfern, die zunehmend verletzt werden?

Die Antwort kann in drei Teile unterteilt werden, die wiederum diskutiert werden: (1) durch aggressive Gewalt; (2) durch Korrup-

tion der Öffentlichkeit, indem man sie oder vielmehr Teile von ihnen am Genuss der zwangsweise von natürlichen Eigentümern von Dingen entzogenen Einnahmen teilhaben lässt; und (3) durch Korruption der Öffentlichkeit, indem man sie oder Teile von ihnen an der zu verfolgenden spezifischen Enteignungspolitik teilhaben lässt.

Um seine Existenz zu sichern, muss sich jede Institution, die eine sozialistische Theorie des Eigentums durchsetzt, auf die ständige Bedrohung durch Gewalt verlassen. Jede derartige Institution bedroht Menschen, die nicht bereit sind, ihre außervertraglichen Aneignungen ihres natürlichen Eigentums zu akzeptieren, mit körperlicher Gewalt, Gefängnis, Versklavung oder sogar mit dem Tod, und sie muss solche Drohungen notfalls auch umsetzen, um als die Art von Institution, die sie ist, „vertrauenswürdig“ zu bleiben. Da man es mit einer Institution zu tun hat, also einer Organisation, die diese Handlungen regelmäßig ausführt, ist es fast selbst erklärend, dass sie sich weigert, ihre eigene Praxis, Dinge zu tun, „Aggression“ zu nennen, und stattdessen einen anderen Namen dafür annimmt, mit neutralen oder möglicherweise sogar positiven Konnotationen. Tatsächlich denken seine Vertreter vielleicht nicht einmal, dass sie selbst Aggressoren sind, wenn sie im Namen dieser Organisation handeln. Es sind jedoch nicht Namen oder Begriffe, die hier oder anderswo von Bedeutung sind, sondern was sie wirklich bedeuten.¹³² Inhaltlich ist Gewalt der Eckpfeiler der

¹³² Zum Unterschied zwischen staatlicher institutioneller Aggression als Verkörperung von Sozialismus und kollektiver, krimineller Handlung vgl. L. Spooner, *No Treason*, Colorado Springs, 1973, S. 19-20: „...die Regierung sagt zu den Menschen wie ein Wegelagerer: „Dein Geld oder dein Leben.“ Und viele, wenn nicht die meisten Steuern werden unter dem Zwang dieser Drohung bezahlt. Die Regierung überfällt ja nicht einen Mann an einem einsamen Ort, stürzt sich vom Straßenrand auf ihn, hält ihm eine Pistole an den Kopf und durchwühlt seine Taschen. Aber der Raub ist darum nichtsdestoweniger ein Raub; und er ist viel heimtückischer und schändlicher. Der Wegelagerer trägt die Verantwortung, die Gefahr und das Verbrechen seiner Tat allein auf sich. Er gibt nicht vor, dass er einen berechtigten Anspruch auf Ihr Geld hat oder

Existenz des Sozialismus als Institution. Und um hier keinen Raum für Missverständnisse zu lassen, ist die Gewalt, auf der der Sozialismus beruht, nicht die Art von Gewalt, die ein natürlicher Eigentümer von Dingen gegen aggressive Eindringlinge seines Eigentums anwenden oder zu verwenden drohen würde. Es ist nicht die defensive Drohung gegen einen potenziellen Mörder, ihn, sagen wir, der Todesstrafe auszusetzen, sollte er tatsächlich jemanden ermorden. Vielmehr handelt es sich um aggressive Gewalt gegen unschuldige Opfer. Eine sozialistische Institution beruht buchstäblich auf der Drohung eines potenziellen Mörders, unschuldige Menschen (d.h. Menschen, die niemandem körperlichen Schaden zugefügt haben) zu töten, wenn sie seinen Forderungen nicht nachkommen, oder sie sogar nur aus „Spaß“ am Töten umzubringen.

Es ist überhaupt nicht schwer, die Wahrheit hiervon zu erkennen. Dazu ist es nur notwendig, von einem Boykott jeglicher Austauschbeziehungen mit den Vertretern des Sozialismus auszu-

beabsichtigt, es zu Ihrem eigenen Vorteil zu verwenden. Er gibt nicht vor, etwas anderes als ein Räuber zu sein. Er ist nicht so dreist, zu behaupten, er sei nur ein „Beschützer“ und nehme das Geld der Menschen gegen ihren Willen an, nur um die verblendeten Reisenden zu „beschützen“, die sich durchaus in der Lage fühlen, sich selbst zu schützen, oder die sein spezielles Schutzsystem nicht zu schätzen wissen. Er ist ein zu vernünftiger Mann, um solche Berufe auszuüben. Und nachdem er Ihr Geld genommen hat, verlässt er Sie, wie Sie wünschen, dass er es tut. Er folgt Ihnen nicht gegen Ihren Willen auf der Straße und nimmt an, Ihr rechtmäßiger „Herrscher“ zu sein, weil er Ihnen „Schutz“ gewährt. Er „beschützt“ Sie nicht ständig, indem er Ihnen befiehlt, sich zu beugen und ihm zu dienen; indem er von Ihnen dies verlangt und Ihnen jenes verbietet; indem er Ihnen mehr Geld raubt, so oft er es für sein Interesse oder sein Vergnügen hält; und indem er Sie als Rebell, Verräter und Feind Ihres Landes brandmarkt und Sie ohne Gnade niederschießt, wenn Sie seine Autorität anfechten oder sich seinen Forderungen widersetzen. Er ist zu sehr ein Gentleman, um sich solcher Betrügereien, Beleidigungen und Schurkereien schuldig zu machen. Kurz gesagt, er versucht nicht, Sie nicht nur auszurauben, sondern Sie darüber hinaus auch zu seinem Diener oder Sklaven zu machen. Die Vorgehensweisen dieser Räuber und Mörder, die sich „die Regierung“ nennen, sind genau das Gegenteil von denen des „einzelnen Straßenräubers“.”

gehen, weil ein solcher Austausch, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr profitabel erscheint. Es sollte klar sein, dass in einem Gesellschaftssystem, das auf der natürlichen Theorie des Eigentums basiert — im Kapitalismus — jeder das Recht hätte, jederzeit zu boykottieren, solange er tatsächlich derjenige ist, der sich die betreffenden Dinge angeeignet hat, indem er sie vor allen anderen benutzt hat oder indem er sie vertraglich von einem früheren Eigentümer erworben hat. Wie sehr eine Person oder Institution auch immer von einem solchen Boykott betroffen sein mag, sie müsste ihn tolerieren und stillschweigend erdulden oder versuchen, den Boykotteur durch ein lukrativeres Angebot zur Aufgabe seiner Position zu bewegen. Anders verhält es sich jedoch mit einer Einrichtung, die sozialistische Eigentumsvorstellungen in die Tat umsetzt. Versuchen Sie zum Beispiel, keine Steuern mehr zu zahlen oder Ihre zukünftigen Steuerzahlungen von bestimmten Änderungen oder Verbesserungen der Dienstleistungen abhängig zu machen, die die Institution als Gegenleistung für die Steuern anbietet — es würde Sie bestrafen, angreifen, inhaftieren oder Ihnen vielleicht noch Schlimmeres antun. Oder, um ein anderes Beispiel zu verwenden, versuchen Sie, die Vorschriften oder Regulierungen dieser Institution zu ignorieren, die Ihrem Eigentum auferlegt wurden. Versuchen Sie also, darauf hinzuweisen, dass Sie diesen Beschränkungen der Nutzung Ihres Eigentums nicht zugestimmt haben und dass Sie nicht in die körperliche Unversehrtheit des Eigentums anderer eindringen würden, indem Sie Auflagen ignorieren, und dass Sie daher das Recht haben, sich aus ihrer Zuständigkeit zurückzuziehen, sozusagen „Ihre Mitgliedschaft zu kündigen“ und von nun an auf gleicher Augenhöhe mit ihr zu verkehren, von einer privilegierten Institution zur anderen. Auch hier würde diese Institution, ohne dass Sie durch Ihre Sezession irgendjemanden angegriffen hätten, kommen und in Ihre körperliche Unversehrtheit und Ihr Eigentum eindringen, und sie würde nicht zögern, Ihre Unabhängigkeit zu beenden. Tatsächlich gilt, wenn sie dies nicht täte, würde sie aufhören zu sein, was sie ist. Sie würde

abdanken und ein normaler privater Eigentümer oder eine vertragliche Vereinigung solcher Eigentümer werden. Nur weil sie nicht auf diese Weise abdankt, gibt es überhaupt Sozialismus. In der Tat, und das ist der Grund, warum der Titel dieses Kapitels nahelegt, dass die Frage nach den sozio-psychologischen Grundlagen des Sozialismus identisch ist mit der Frage nach den Grundlagen eines Staates: Gäbe es keine Institution, die sozialistische Eigentumsvorstellungen durchsetzt, gäbe es keinen Platz für einen Staat, denn ein Staat ist nichts anderes als eine Institution, die auf Besteuerung und unaufgeforderter, nicht vertraglicher Einmischung in die Nutzung des natürlichen Eigentums von Privatpersonen beruht. Es kann keinen Sozialismus ohne Staat geben, und solange es einen Staat gibt, gibt es Sozialismus. Der Staat ist also genau die Institution, die den Sozialismus in die Tat umsetzt; und da der Sozialismus auf aggressiver Gewalt gegen unschuldige Opfer beruht, ist aggressive Gewalt die Natur eines jeden Staates.¹³³

Aber Sozialismus oder der Staat als Verkörperung sozialistischer Ideen beruht nicht ausschließlich auf Aggression. Die Vertreter des Staates engagieren sich nicht ausschließlich in aggressiven Handlungen, um ihr Einkommen zu stabilisieren, obwohl es ohne sie keinen Staat gäbe! Solange das Verhältnis zwischen Staat und Privateigentümern ausschließlich ein parasitäres ist und die

¹³³ Zur Staatstheorie vgl. M. N. Rothbard, „The Anatomy of the State“, in: derselbe, *Egalitarianism As A Revolt Against Nature*, Washington, 1974; *For A New Liberty*, New York, 1978; und *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982; H. H. Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat*, Opladen, 1987; vgl. auch A. Herbert, *The Right and Wrong of Compulsion by the State* (Hrsg. E. Mack), Indianapolis, 1978; H. Spencer, *Social Statics*, London, 1851; F. Oppenheimer, *The State*, New York, 1926; A. J. Nock, *Our Enemy, the State*, Delevan, 1983; vgl. auch J. Schumpeters Bemerkung gegen damals wie heute vorherrschende Auffassungen, insbesondere unter Ökonomen, dass „die Theorie, die Steuern in Analogie zu Vereinsbeiträgen oder dem Kauf einer Dienstleistung, z.B. eines Arztes, auslegt, nur beweist, wie weit dieser Teil der Sozialwissenschaften von wissenschaftlichen Denkgewohnheiten entfernt ist“ (J. Schumpeter, *Capitalism, Socialism and Democracy*, New York, 1942, S. 198).

Aktivitäten der Vertreter des Staates ausschließlich aus unaufgeforderten Eingriffen in die Eigentumsrechte anderer bestehen, die darauf abzielen, das Einkommen der Ersteren auf Kosten einer entsprechenden Einkommensminderung der Letzteren zu erhöhen, und diese Vertreter des Sozialismus dann mit ihrem Einkommen nichts anderes tun, als es für ihre eigenen privaten Zwecke zu konsumieren, sind die Chancen für das Wachstum des Staates und die Ausbreitung des Sozialismus zumindest sehr begrenzt und gering. Sicherlich kann ein Mensch oder eine Gruppe von Menschen, die über genügend aggressive Energien verfügen, bei einem und vielleicht sogar bei einigen Menschen oder bei einer anderen, zahlreicheren Gruppe von Menschen, die, aus welchen Gründen auch immer, nicht über solche Eigenschaften verfügen, genügend Angst auslösen und ein stabiles Ausbeutungsverhältnis herstellen. Aber es ist unmöglich, die für alle Staaten und jedes sozialistische Gesellschaftssystem charakteristische Tatsache zu erklären, dass die Gruppe von Menschen, die den Staat repräsentiert, Menschen, die zehn-, hundert- oder sogar tausendmal zahlreicher sind als sie selbst, unterwerfen und ihnen die unglaublich hohen Einkommensbeträge entziehen kann, die sie in der Tat erzielt, nur indem sie ihnen Angst einflößt.

Man könnte meinen, dass eine Zunahme des Ausbeutungsgrades die Höhe des Einkommens erklären könnte. Aus den ökonomischen Überlegungen der vorangegangenen Kapitel wissen wir jedoch, dass ein höheres Maß an Ausbeutung der natürlichen Eigentümer zwangsläufig deren Anreiz zur Arbeit und Produktion verringert, so dass es eine enge Grenze für das Ausmaß gibt, in dem eine Person (oder eine Gruppe von Personen) ein komfortables Leben mit dem Einkommen führen kann, das einer anderen Person (oder einer etwa gleich großen Gruppe von Personen) zwangsweise entzogen wird, die diesen Lebensstil durch (ihre) Arbeit unterstützen müsste. Damit die Agenten des Sozialismus ein bequemes Leben führen können und in ihrem Sinne gedeihen, ist es daher unabdingbar, dass die Zahl der ausgebeuteten Subjekte

erheblich größer ist und im Vergleich zu den Vertretern des Staates selbst überproportional wächst. Damit sind wir aber wieder bei der Frage, wie die Wenigen die Vielen regieren können.

Diese Erklärungsaufgabe ließe sich auch nicht überzeugend umgehen, indem man argumentiert, der Staat könne dieses Problem einfach dadurch lösen, dass er seine Waffentechnik verbessert, sozusagen mit Atombomben statt mit Pistolen und Gewehren droht und damit die Zahl seiner Untertanen erhöht. Da realistischerweise davon auszugehen ist, dass das technologische Know-how solcher verbesserten Waffen kaum geheim gehalten werden kann, zumal wenn sie tatsächlich eingesetzt werden, verbessern sich mit den verbesserten Instrumenten des Staates zur Erzeugung von Angst mutatis mutandis auch die Möglichkeiten der Opfer, sich zu wehren, so dass solche Fortschritte kaum als Erklärung hierfür gelten können.¹³⁴ Man muss also schlussfolgern, dass das Problem der Erklärung, wie die Wenigen die Vielen regieren können, in der Tat real ist und dass Sozialismus und der Staat als Einverleibung des Sozialismus neben der Aggression auf einer Art aktiver Unterstützung durch die Öffentlichkeit beruhen müssen.

David Hume ist einer der klassischen Ausleger dieser Einsicht. In seinem Essay über die „Ersten Prinzipien der Regierung“ argumentiert er:

Nichts erscheint denen, welche die menschlichen Angelegenheiten mit einem philosophischen Blick betrachten, erstaunlicher als die Leichtigkeit, mit der die Vielen von den Wenigen regiert werden und die stillschweigende Unterwerfung, mit der die Menschen auf ihre eigenen Gefühle und Leidenschaften zugunsten derjenigen ihrer Herren verzichten. Fragt man sich, mithilfe welcher Mittel dieses Wunder bewirkt wird, so

¹³⁴ Außerdem wäre der Einsatz zumindest einiger Waffen, wie z.B. Atombomben, gegen die eigenen Untertanen untragbar, da die Herrscher kaum verhindern können, dass auch sie selbst dadurch verletzt oder getötet werden.

stellt man fest, dass die Kraft immer auf Seiten der Regierten ist, die Regierenden sich auf nichts anderes stützen können als auf die Meinung. Nur auf Meinung ist also die Regierung gegründet; und diese Maxime gilt für die despotischsten und kriegerrischsten Regierungen ebenso wie für die freiesten und populärsten. Der ägyptische Sultan oder der römische Kaiser könnte seine harmlosen Untertanen wie wilde Tiere gegen ihre Gefühle und Neigungen treiben. Aber er muss zumindest seine Mamaluken oder Prätorianerscharen wie Männer nach ihrer Meinung geführt haben.¹³⁵

Wie kommt diese Unterstützung zustande? Eine wichtige Komponente im Prozess ihrer Entstehung ist die Ideologie. Der Staat verbringt viel Zeit und Mühe damit, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass er nicht *wirklich* das ist, was er ist, und dass die Folgen seines Handelns eher positiv als negativ sind. Solche Ideologien, die sich ausbreiten, um die Existenz eines Staates zu stabilisieren und sein Einkommen zu erhöhen, behaupten, dass der Sozialismus ein überlegenes Wirtschaftssystem oder eine Gesellschaftsordnung bietet, die gerechter ist als der Kapitalismus, oder behaupten, dass es vor einem Eingreifen des Staates überhaupt keine Gerechtigkeit gäbe und bestimmte Normen einfach für gerecht erklärt werden.¹³⁶ Und auch solche Ideologien, die heute

¹³⁵ D. Hume, *Essays, Moral, Political and Literary*, Oxford, 1971, S. 19; vgl. auch E. de La Boetie, *The Politics of Obedience: The Discourse of Voluntary Servitude*, New York, 1975.

¹³⁶ Die klassische Darstellung der Vorstellung, dass im „Naturzustand“ nicht zwischen „gerecht“ und „ungerecht“ unterschieden werden kann und dass nur der Staat Gerechtigkeit schafft, findet sich in T. Hobbes, *Leviathan*, Oxford, 1946. Dass diese „positivistische“ Rechtstheorie unhaltbar ist, wurde implizit in Kapitel 7 oben gezeigt. Darüber hinaus ist anzumerken, dass es einer solchen Theorie nicht einmal gelingt, das zu tun, was sie tun soll: den Staat zu rechtfertigen. Denn der Übergang vom Naturzustand zu einem staatsähnlichen System kann natürlich nur dann als gerechtfertigt (im Gegensatz zu willkürlich) bezeichnet werden, wenn es natürliche (vor-staatliche) Normen gibt, die die

weniger attraktiv, aber einst sehr mächtig waren, sind z.B. die, dass der Staat durch die Religion geheiligt wird oder dass die Herrscher keine gewöhnlichen Menschen sind, sondern gottgleiche Übermenschen, denen man aufgrund ihrer natürlichen Überlegenheit gehorchen muss. Ich habe in den vorangegangenen Kapiteln ausführlich dargelegt, dass solche Ideen falsch und ungerechtfertigt sind, und ich werde im letzten Kapitel dieser Abhandlung auf die Aufgabe zurückkommen, eine andere populäre Ideologie zu analysieren und zu demaskieren. Aber unabhängig von der Falschheit dieser Ideologien muss man anerkennen, dass sie zweifellos eine gewisse Wirkung auf die Menschen haben und dass sie — einige mehr als andere — dazu beitragen, dass sie sich einer Politik der aggressiven Invasion der Eigentumsrechte der natürlichen Eigentümer unterwerfen.

Es gibt jedoch noch eine andere, wichtigere Komponente, die zur öffentlichen Unterstützung beiträgt, und das ist nicht die verbale Propaganda, sondern das Handeln mit klarer, greifbarer Wirkung. Anstatt nur ein parasitärer Konsument von Gütern zu sein, die andere Menschen produziert haben, fügt der Staat, um sich selbst zu stabilisieren und sein Einkommen so weit wie möglich zu erhöhen, seiner Politik einige positive Elemente hinzu, die dazu bestimmt sind, einigen Menschen außerhalb des Kreises seines eigenen Personals von Nutzen zu sein. Entweder ist er als Agent des Einkommenstransfers tätig, d.h. als eine Organisation, die B monetäres oder nicht-monetäres Einkommen aushändigt, das er zuvor von A ohne dessen Zustimmung weggenommen hat — natürlich nach Abzug einer Bearbeitungsgebühr für den niemals kostenfreien Akt eines solchen Transfers — oder er ist an der Produktion von Gütern oder Dienstleistungen beteiligt, wobei er die zuvor von

Rechtfertigungsgrundlage für eben diesen Übergang bilden. Für moderne Positivisten vgl. G. Jellinek, *Allgemeine Staatslehre*, Bad Homburg, 1966; H. Kelsen, *Reine Rechtslehre*, Wien, 1976; zur Kritik des Rechtspositivismus vgl. F. A. Hayek, *Law, Legislation and Liberty*, 3 Bde., Chicago 1973-79.

den natürlichen Eigentümern enteigneten Mittel einsetzt und somit etwas von Wert für die Nutzer/Käufer/Konsumenten dieser Güter beiträgt. So oder so, der Staat generiert Unterstützung für seine Rolle. Die Empfänger von Transfereinkommen sowie die Nutzer/Konsumenten von staatlich produzierten Gütern und Dienstleistungen werden in unterschiedlichem Maße von der Fortführung einer bestimmten staatlichen Politik für ihr laufendes Einkommen abhängig, und ihre Neigung, sich dem in der staatlichen Herrschaft verkörperten Sozialismus zu widersetzen, sinkt entsprechend.

Aber das ist nur die Hälfte des Bildes. Die positiven Leistungen des Staates werden nicht einfach unternommen, um einigen Menschen etwas Gutes zu tun, wie zum Beispiel, wenn jemand einem anderen ein Geschenk macht. Sie werden auch nicht einfach durchgeführt, um für die Organisation, die sie durchführt, ein möglichst hohes Einkommen aus dem Tausch zu erzielen, wie es bei einer gewöhnlichen, gewinnorientierten Institution der Fall ist. Vielmehr dienen sie dazu, die Existenz einer auf aggressiver Gewalt basierenden Institution zu sichern und zu deren Wachstum beizutragen. Daher müssen die positiven Beiträge, die vom Staat ausgehen, einem strategischen Zweck dienen. Sie müssen darauf abzielen, den Widerstand gegen einen Aggressor zu brechen oder dessen Fortbestehen als Aggressor zu unterstützen. Natürlich kann der Staat bei dieser Aufgabe Fehler machen, wie jedes normale Unternehmen auch, denn seine Entscheidungen darüber, welche Maßnahmen seinen strategischen Zielen am besten dienen, müssen *in Erwartung* bestimmter erwarteter Ergebnisse getroffen werden. Und wenn er sich in Bezug auf die Reaktionen auf seine politischen Entscheidungen irrt, können seine Einnahmen sinken, anstatt zu steigen, und damit seine Existenz gefährden, so wie eine gewinnorientierte Institution Verluste machen oder sogar in Konkurs gehen kann, wenn die Öffentlichkeit nicht bereit ist, freiwillig das zu kaufen, was sie kaufen wollte. Aber nur wenn man den besonderen strategischen Zweck staatlicher Transfers und staatlicher Produktion im Vergleich zu privaten Transfers oder privater

Produktion versteht, ist es möglich, typische, wiederkehrende Strukturmuster staatlichen Handelns zu erklären und zu begründen, warum Staaten allgemein und einheitlich bestimmte Tätigkeitsbereiche gegenüber anderen bevorzugen.

Zum ersten Problem: Es ist nicht sinnvoll, dass ein Staat alle Menschen in gleichem Maße ausbeutet, denn das würde alle gegen ihn aufbringen, die Solidarität unter den Opfern stärken und auf jeden Fall wäre es keine Politik, die viele neue Freunde finden würde. Es ist auch nicht sinnvoll, dass ein Staat seine Vergünstigungen gleichermaßen und wahllos an alle vergibt. Denn wenn er das täte, wären die Opfer immer noch Opfer, wenn auch vielleicht in geringerem Maße. Es bliebe dann jedoch weniger Einkommen übrig, um es an Menschen zu verteilen, die wirklich von staatlichem Handeln profitieren würden und deren verstärkte Unterstützung dazu beitragen könnte, die mangelnde Unterstützung durch Opfer zu kompensieren. Vielmehr muss und wird staatliche Politik nach dem Motto „divide et impera“ betrieben: Menschen unterschiedlich behandeln, sie gegeneinander ausspielen, eine möglicherweise kleinere Gruppe ausbeuten und eine andere, möglicherweise größere Gruppe auf Kosten der ersteren begünstigen und so den wachsenden Unmut oder Widerstand der einen durch die wachsende Unterstützung der anderen ausgleichen. Politik, im Sinne von Staatspolitik, ist nicht „die Kunst, das Mögliche zu tun“, wie Staatsmänner ihr Geschäft gerne beschreiben. Es ist die Kunst, auf der Grundlage eines Gleichgewichts des Terrors dazu beizutragen, die Staatseinnahmen auf einem möglichst hohen Niveau zu stabilisieren, und zwar durch allgemein beliebte Diskriminierung und ein allgemein beliebtes, diskriminierendes System von Verteilungsvorzügen. Natürlich kann auch ein gewinnorientiertes Unternehmen eine diskriminierende Geschäftspolitik betreiben, aber dies zu tun und eine diskriminierende Beschäftigungspolitik zu verfolgen oder nicht wahllos an jeden zu verkaufen, der bereit ist, den für eine bestimmte Dienstleistung oder ein bestimmtes Produkt festgesetzten Preis zu zahlen, ist kostspielig, so dass ein

wirtschaftlicher Anreiz besteht, solche Maßnahmen zu vermeiden. Für den Staat hingegen gibt es jeden Anreiz auf der Welt, sich an solchen diskriminierenden Praktiken zu beteiligen.¹³⁷

Was die Art der vom Staat bevorzugt angebotenen Leistungen betrifft: Es ist klar, dass der Staat nicht alles produzieren kann, zumindest nicht alles im gleichen Umfang, denn wenn er dies versuchen würde, würden seine Einnahmen tatsächlich sinken, da der Staat sich nur das aneignen kann, was zuvor von den natürlichen Eigentümern tatsächlich produziert wurde, und der Anreiz, in Zukunft etwas zu produzieren, würde in einem System der Rundumvergesellschaftung fast vollständig entfallen. Bei dem Versuch, den Sozialismus zu verwirklichen, ist es daher von größter Wichtigkeit, dass der Staat sich auf die Produktion und Bereitstellung solcher Güter und Dienstleistungen konzentriert (und entsprechend die privaten Konkurrenten aus dem Wettbewerb in diesen Produktionsbereichen verdrängt und damit deren Bereitstellung monopolisiert), die strategisch wichtig sind, um eine tatsächliche Revolte, Rebellion oder Revolution zu verhindern oder zu unterdrücken.¹³⁸

So haben alle Staaten — einige in größerem Umfang als andere, aber alle in erheblichem Maße — das Bedürfnis verspürt, das Bildungssystem in die eigenen Hände zu nehmen. Er betreibt die Bildungseinrichtungen entweder direkt oder kontrolliert sie indirekt, indem er ihren privaten Betrieb von der Erteilung einer staatlichen Lizenz abhängig macht und so sicherstellt, dass sie innerhalb eines vom Staat vorgegebenen Rahmens von Richtlinien arbeiten. Zusammen mit einer stetig verlängerten Schulpflicht verschafft dies dem Staat einen enormen Vorsprung im Wettbewerb der verschiedenen Ideologien um die Köpfe der Menschen. Ideologische

¹³⁷ Zur klassischen Darstellung dieser Politikauffassung vgl. N. Machiavelli, *The Prince*, Harmondsworth, 1961; vgl. auch Q. Skinner, *The Foundations of Modern Political Thought*, Cambridge, 1978.

¹³⁸ Vgl. hierzu und zum Folgenden M. N. Rothbard, *Power and Market*, Kansas City, 1977, S. 182f.

Konkurrenz, die eine ernsthafte Bedrohung für die staatliche Herrschaft darstellen könnte, kann so ausgeschaltet oder in ihrer Wirkung erheblich reduziert werden, insbesondere wenn es dem Staat als Verkörperung des Sozialismus gelingt, den Arbeitsmarkt für Intellektuelle zu monopolisieren, indem er eine staatliche Lizenz zur Voraussetzung für jede Art systematischer Lehrtätigkeit macht.¹³⁹

Die direkte oder indirekte Steuerung von Verkehr und Kommunikation ist für einen Staat von ähnlicher strategischer Bedeutung. In der Tat haben alle Staaten große Anstrengungen unternommen, um Flüsse, Küsten und Seewege, Straßen und Eisenbahnen und insbesondere Post, Radio, Fernsehen und Telekommunikationssysteme zu kontrollieren. Jeder zukünftige Dissident ist in seinen Mitteln, sich zu bewegen und die Handlungen von Individuen zu koordinieren, entscheidend eingeschränkt, wenn diese Dinge in der Hand oder unter der Aufsicht des Staates liegen. Die aus der Militärgeschichte bekannte Tatsache, dass Verkehrs- und Kommunikationssysteme die allerersten Gefechtsstände sind, die ein Staat bei einem Angriff auf einen anderen besetzt, unterstreicht anschaulich ihre zentrale strategische Bedeutung für die Durchsetzung staatlicher Herrschaft in einer Gesellschaft.

Ein drittes zentrales Anliegen von strategischer Relevanz für jeden Staat ist die Kontrolle und mögliche Monopolisierung von Geld. Wenn dem Staat diese Aufgabe gelingt und er, wie es jetzt überall auf der Welt der Fall ist, ein System des freien Bankwesens und eine auf Metall basierende Währung — am häufigsten den Goldstandard — durch ein Geldsystem ersetzt, das durch eine staatlich betriebene Zentralbank und Papiergeld gekennzeichnet ist, das durch nichts anderes als Papier und Tinte gedeckt ist, ist in

¹³⁹ Zur Rolle der Intellektuellen und Lehrer als Verfechter von Sozialismus und Etatismus vgl. B. de Jouvenel, „The Treatment of Capitalism by Continental Intellectuals“, in: F.A. Hayek, *Capitalism and the Historians*, Chicago, 1954; L. v. Mises, *The Anti-Capitalist Mentality*, South Holland, 1972.

der Tat ein großer Sieg errungen worden. In seinem ständigen Kampf um höhere Einnahmen ist der Staat nicht mehr auf die ebenso unbeliebten Mittel der Steuererhöhung oder der Geldentwertung (Münzverschlechterung) angewiesen, die stets schnell als Betrug entlarvt wurde. Vielmehr kann er nun fast nach Belieben seine eigenen Einnahmen erhöhen und seine eigenen Schulden abbauen, indem er mehr Geld druckt, solange das zusätzliche Geld in Umlauf gebracht wird, bevor die inflationären Folgen dieser Praxis zum Tragen kommen oder vom Markt antizipiert werden.¹⁴⁰

Viertens und letztens gibt es den Bereich der Produktion von Sicherheit, von Polizei, Verteidigung und Justiz.

Von allen staatlich bereitgestellten oder kontrollierten Gütern oder Dienstleistungen ist dies sicherlich der Bereich von größter strategischer Bedeutung. Tatsächlich ist es für jeden Staat von so großer Bedeutung, die Kontrolle über diese Bereiche zu erlangen, Konkurrenten zu verbieten und diese Aktivitäten zu monopolisieren, dass „Staat“ und „Produzent von Recht und Ordnung“ häufig als Synonyme gelten. Natürlich zu Unrecht, denn der Staat muss korrekt als eine Institution der organisierten Aggression beschrieben werden, die nur so *erscheint*, als wäre sie ein gewöhnlicher Produzent, um weiterhin gegen unschuldige natürliche Eigentümer zu agieren. Aber die Tatsache, dass diese Verwirrung besteht und weit verbreitet ist, lässt sich mit der Feststellung erklären, dass alle Staaten die Produktion von Sicherheit aufgrund ihrer zentralen strategischen Bedeutung monopolisieren müssen, und daher haben diese beiden Begriffe, so unterschiedlich sie auch in Bezug auf ihre intentionale Bedeutung sind, in der Tat die gleiche ausgedehnte Bedeutung.

Es ist nicht schwer zu verstehen, warum ein Staat, um seine Existenz zu stabilisieren, die Produktion von Sicherheit unter

¹⁴⁰ Zu einem marktwirtschaftlichen Geldsystem und den Auswirkungen staatlicher Eingriffe auf dieses System vgl. R. Paul und L. Lehrman, *The Case For Gold*, San Francisco, 1983, Kapitel 2, 3; M. N. Rothbard, *What Has Government Done to Our Money?*, Novato, 1973.

keinen Umständen einem Markt von Privateigentümern überlassen kann.¹⁴¹ Da der Staat letztlich auf Zwang beruht, benötigt er Streitkräfte. Leider gibt es (für jeden bestimmten Staat, der existiert) andere bewaffnete Staaten, was bedeutet, dass der Wunsch eines Staates, seine Herrschaft über andere Menschen auszuweiten und dadurch seine durch Ausbeutung angeeigneten Einnahmen zu erhöhen, eingeschränkt wird. Es ist auch für einen bestimmten Staat bedauerlich, dass ein solches System konkurrierender Staaten ebenfalls impliziert, dass jeder einzelne Staat in Bezug auf das Ausmaß, in dem er seine eigenen Untertanen ausbeuten kann, etwas eingeschränkt ist, da seine Unterstützung schwinden könnte, wenn seine eigene Herrschaft als unterdrückerischer als die der konkurrierenden Staaten wahrgenommen wird. Denn dann ist es wahrscheinlicher, dass die Untertanen eines Staates mit einem Konkurrenten zusammenarbeiten, der die „Übernahme“ anstrebt, oder dass sie mit den Füßen abstimmen (das eigene Land verlassen und in ein anderes Land gehen).¹⁴² Umso wichtiger ist es daher, dass jeder einzelne Staat eine solche unangenehme Konkurrenz durch andere potenziell gefährliche bewaffnete Organisationen zumindest *innerhalb* des Territoriums vermeidet, das er gerade kontrolliert. Die bloße Existenz eines privaten Schutzdienstes, der bewaffnet sein müsste, um seine Aufgabe zu erfüllen, nämlich Menschen vor Angriffen zu schützen, und der Mitarbeiter beschäftigt, die im Umgang mit solchen Waffen geschult sind, würde eine potenzielle Bedrohung für die fortgesetzte Politik des Staates darstellen, in die Eigentumsrechte von Privatpersonen einzugreifen. Daher werden solche Organisationen, die mit Sicherheit auf dem Markt entstehen würden, da der Wunsch, vor Aggressoren geschützt zu werden, durchaus echt ist, eifrig geächtet, und der Staat nimmt diese Aufgabe für sich und seine monopolistische Kontrolle in Anspruch. Tatsächlich sind die Staaten überall sehr darauf

¹⁴¹ Zur Problematik einer marktwirtschaftlichen Produktion von Recht und Ordnung vgl. Kapitel 10 unten.

¹⁴² Vgl. hierzu auch Kapitel 5, Fußnote 57.

bedacht, den bloßen Besitz von Waffen durch Privatpersonen zu verbieten oder zumindest zu kontrollieren — und die meisten Staaten haben dies auch geschafft — da ein bewaffneter Mann für jeden Angreifer eindeutig eine größere Bedrohung darstellt als ein unbewaffneter Mann. Es birgt viel weniger Risiken für den Staat, den Frieden zu wahren, während er seine eigenen Aggressionen fortsetzt, wenn die Gewehre, mit denen der Steuereintreiber erschossen werden könnte, für jeden außer dem Steuereintreiber selbst unerreichbar sind!

In Bezug auf das Justizsystem verhält sich die Sachlage ziemlich ähnlich. Wenn der Staat nicht das Monopol auf die Bereitstellung von Justizdienstleistungen hätte, wäre es unvermeidlich, dass der Staat früher oder später (und wahrscheinlich eher früher) als die ungerechte Institution angesehen würde, die er in Wirklichkeit ist. Doch keine ungerechte Organisation hat ein Interesse daran, als solche anerkannt zu werden. Wenn der Staat nicht dafür sorgen würde, dass nur vom Staat selbst ernannte und angestellte Richter das Recht anwenden, hätte das öffentliche Recht (die Normen, die das Verhältnis zwischen dem Staat und Privatpersonen oder Vereinigungen von Privatpersonen regeln) keine Chance, von der Öffentlichkeit akzeptiert zu werden, sondern würde sofort als ein System der legalisierten Aggression entlarvt, das gegen das Rechtsempfinden nahezu aller Menschen verstößt. Und zweitens: Würde der Staat nicht auch die Verwaltung des Privatrechts (also der Normen, die die Beziehungen zwischen Privatleuten regeln) monopolisieren, sondern diese Aufgabe konkurrierenden Gerichten und Richtern überlassen, die auf die bewusste finanzielle Unterstützung der Öffentlichkeit angewiesen sind, so ist zu bezweifeln, dass Normen, die eine asymmetrische Verteilung von Rechten oder Pflichten zwischen verschiedenen Personen oder Personengruppen vorsehen, auch nur die geringste Chance hätten, sich als gültiges Recht durchzusetzen. Gerichte und Richter, die solche Regeln aufstellten, würden mangels fortgesetzter finanzieller

Unterstützung sofort in Konkurs gehen.¹⁴³ Da der Staat jedoch auf eine *Teile-und-Herrsche*-Politik angewiesen ist, um seine Macht zu erhalten, muss er das Entstehen eines wettbewerbsfähigen Systems von Privatgerichten um jeden Preis verhindern.

Zweifellos sind alle diese staatlichen Dienstleistungen — Bildung, Verkehr und Kommunikation, Geld und Bankwesen und vor allem Sicherheit und Rechtsprechung — für jede Gesellschaft von entscheidender Bedeutung. All das müsste sicherlich bereitgestellt werden und würde auch vom Markt produziert werden, wenn der Staat diese Dinge nicht selbst in die Hand nehmen würde. Aber das bedeutet nicht, dass der Staat einfach ein Ersatz für den Markt ist. Der Staat übt diese Tätigkeiten aus einem ganz anderen Grund aus, als es ein privates Unternehmen tun würde — nicht einfach, weil es eine Nachfrage danach gibt, sondern weil diese Tätigkeitsbereiche von wesentlicher strategischer Bedeutung sind, um den Fortbestand des Staates als privilegierte, auf aggressiver Gewalt basierende Institution zu sichern. Und diese andere strategische Absicht ist für eine besondere Art von Produkt verantwortlich. Da die Erzieher, die Angestellten der Verkehrs- und Kommunikationssysteme, die Angestellten der Zentralbanken, die Polizei und die Richter durch Steuern bezahlt werden, können die Produkte oder Dienstleistungen eines Staates, auch wenn sie sicherlich für einige Menschen einen gewissen positiven Wert haben, niemals von solcher Qualität sein, dass jeder freiwillig sein eigenes Geld dafür ausgeben würde. Vielmehr haben alle diese Dienstleistungen die Eigenschaft, dass sie dazu beitragen, dass der Staat sein eigenes, unter Zwang gewonnenes Einkommen erhöht, indem er einigen nutzt und anderen schadet.¹⁴⁴

¹⁴³ Vgl. hierzu auch Kapitel 10 unten.

¹⁴⁴ F. Oppenheimer, *System der Soziologie*, Bd. II, Der Staat, Stuttgart, 1964. Oppenheimer fasst den eigentümlichen, diskriminierenden Charakter staatlich bereitgestellter Güter, insbesondere ihrer Produktion von Recht und Ordnung, so zusammen (S. 322-323): „Die Grundnorm des Staates ist die Macht. Das heißt, von der Seite seines Ursprungs aus gesehen: Gewalt in Macht transformiert. Gewalt ist eine der mächtigsten

Aber zu den sozio-psychologischen Grundlagen des Staates als Institution fortwährender Aggression gegen natürliche Eigentümer gehört noch mehr als die populäre Umverteilung strategisch wichtiger Güter und Dienstleistungen. Ebenso wichtig für die Stabilität und das Wachstum des Staates ist die Entscheidungsstruktur, die er für sich selbst einnimmt: seine Verfassung. Ein gewöhnliches gewinnorientiertes Unternehmen würde versuchen, eine Entscheidungsstruktur zu wählen, die seinem Ziel der Gewinnmaximierung am besten gerecht wird, indem es unternehmerische Chancen wahrnimmt und umsetzt, d.h. Unterschiede bei den Produktionskosten und der erwarteten Produktnachfrage. Im Vergleich dazu steht der Staat vor der völlig anderen Aufgabe, eine Entscheidungsstruktur zu schaffen, die es ihm ermöglicht, seine unter Zwang angeeigneten Einkünfte maximal zu steigern — angesichts seiner Macht, Personen zu bedrohen und zu bestechen, damit sie

Kräfte, die die Gesellschaft prägen, aber keine Form der gesellschaftlichen Interaktion selbst. Sie muss zum Recht im positiven Sinne werden, d.h. soziologisch gesprochen, sie muss die Entwicklung eines Systems der „subjektiven Gegenseitigkeit“ ermöglichen: und das ist nur möglich durch ein System der Selbstbeschränkung bei der Gewaltanwendung und der Übernahme bestimmter Verpflichtungen im Gegenzug für die ihr zugestandenen Rechte. Auf diese Weise wird Gewalt in Macht umgewandelt, und es entsteht ein Herrschaftsverhältnis, das nicht nur von den Herrschenden, sondern unter nicht allzu repressiven Umständen auch von den Untertanen als Ausdruck einer „gerechten Gegenseitigkeit“ akzeptiert wird. Aus dieser Grundnorm gehen nun, wie in ihr impliziert, sekundäre und tertiäre Normen hervor: Normen des Privatrechts, des Erb-, Straf-, Schuld- und Verfassungsrechts, die alle den Stempel der Grundnorm von Macht und Herrschaft tragen und die alle darauf angelegt sind, die Struktur des Staates so zu beeinflussen, dass die ökonomische Ausbeutung auf ein Höchstmaß gesteigert wird, das mit dem Fortbestand der gesetzlich geregelten Herrschaft vereinbar ist.“ Grundlegend ist die Einsicht, dass „das Recht aus zwei wesentlich verschiedenen Wurzeln erwächst (...): einerseits aus dem Recht des Zusammenschlusses von Gleichen, das man ein ‚natürliches‘ Recht nennen kann, auch wenn es kein ‚natürliches Recht‘ ist, und andererseits aus dem Recht der Gewalt, die in regulierte Macht verwandelt wird, dem Recht der Ungleichen“.

ihn unterstützen, indem er ihnen besondere Vergünstigungen gewährt.

Ich unterstelle, dass die beste Entscheidungsstruktur dafür eine demokratische Verfassung ist, d.h. die Annahme der Mehrheitsregel. Um die Gültigkeit dieser These zu realisieren, muss nur die folgende Annahme getroffen werden. Nicht nur die eigentlichen Repräsentanten des Staates haben den Wunsch (den sie übrigens immer befriedigen dürfen), ihr Einkommen auf Kosten einer entsprechenden Einkommensminderung der natürlichen Eigentümer, Produzenten und Unternehmer zu erhöhen; diese Macht- und Herrschaftsucht besteht auch bei den Regierten. Nicht jeder hat diesen Wunsch in gleichem Maße; tatsächlich haben manche Menschen ihn vielleicht nie. Aber die meisten Menschen verspüren ihn ganz normal bei wiederkehrenden Anlässen. Wenn dies der Fall ist (und die Erfahrung lehrt uns, dass dies tatsächlich der Fall ist), dann muss der Staat mit Widerstand aus zwei analytisch unterschiedlichen Quellen rechnen. Auf der einen Seite gibt es den Widerstand der Opfer, den jede staatliche Politik hervorruft. Der Staat kann versuchen, dies aufzulösen, indem er sich unterstützende Freunde macht; und in der Tat wird es ihm gelingen, dies in dem Maße zu tun, in dem Menschen durch Bestechung korrumpiert werden können. Andererseits, wenn es unter den Opfern und/oder den von einer bestimmten staatlichen Politik begünstigten Personen Machtgelüste gibt, dann muss es auch Widerstand oder zumindest Unzufriedenheit geben, die von der Tatsache herrührt, dass eine bestimmte Politik der Enteignung und diskriminierenden Verteilung automatisch jede andere derartige Politik mit ihren Befürwortern in der staatlich beherrschten Bevölkerung ausschließt und somit ihren besonderen Plan, wie die Macht genutzt werden sollte, vereiteln muss. Definitionsgemäß kann keine Änderung der Enteignungs- und Umverteilungspolitik des Staates diese Art von Unzufriedenheit beseitigen, da jede Änderung notwendigerweise eine andere Politik ausschließen würde. Wenn der Staat also etwas tun will, um den Widerstand (der aus der Frustration der eigenen

Machtgelüste resultiert), den eine bestimmte Politik mit sich bringt, zu verringern, kann er dies nur durch eine Entscheidungsstruktur erreichen, die die Enttäuschung potenzieller Machtinhaber minimiert: indem er ein populäres System der Beteiligung an der Entscheidungsfindung eröffnet, so dass jeder, der sich nach seiner bestimmten Machtpolitik sehnt, darauf hoffen kann, in Zukunft eine Chance zu haben.

Genau das ist die Funktion einer Demokratie. Da sie auf dem Respekt vor der Mehrheit basiert, ist sie per Definition eine populäre Verfassung für die Entscheidungsfindung. Und da sie tatsächlich jedem die Möglichkeit eröffnet, sich in regelmäßigen Abständen für seinen eigenen spezifischen Plan der Machtausübung einzusetzen, reduziert sie maximal die derzeitige frustrierte Machtgier durch die Aussicht auf eine bessere Zukunft. Entgegen der landläufigen Meinung hat die Verabschiedung einer demokratischen Verfassung nichts mit Freiheit oder Gerechtigkeit zu tun.¹⁴⁵ So wie

¹⁴⁵ Nur die Tatsache, dass die Demokratie in der modernen Politik zu einer heiligen Kuh geworden ist, kann erklären, warum fast allgemein übersehen wird, wie sehr die Idee der Mehrheitsherrschaft mit inneren Widersprüchen behaftet ist: Erstens, und das ist bereits entscheidend, müsste man, wenn man die Demokratie als gerechtfertigt akzeptiert, auch die demokratische Abschaffung der Demokratie und die Ersetzung der Demokratie durch eine Autokratie oder einen libertären Kapitalismus akzeptieren — und das würde zeigen, dass die Demokratie als solche nicht als moralischer Wert angesehen werden kann. Genauso müsste es als gerechtfertigt akzeptiert werden, wenn Mehrheiten beschließen, Minderheiten zu eliminieren, bis nur noch zwei Personen, die letzte Mehrheit, übrig sind, für die die Mehrheitsregel aus mathematisch-logischen Gründen nicht mehr gelten kann. Dies würde einmal mehr beweisen, dass Demokratie an sich nicht als vertretbar angesehen werden kann. Oder, wenn man diese Konsequenzen nicht akzeptieren wollte und stattdessen die Idee einer verfassungsmäßig begrenzten, liberalen Demokratie annahm, müsste man gleichzeitig zugeben, dass die Prinzipien, aus denen sich diese Einschränkungen ableiten, dann logisch grundlegender sein müssen als die Mehrheitsregel — und dies wiederum würde darauf hinweisen, dass es in der Demokratie nichts von besonderem moralischen Wert geben kann. Zweitens ist bei der Annahme der Mehrheitsregel nicht automatisch klar, auf welche Bevölkerungs-

sich der Staat bei der Bereitstellung einiger positiv bewerteter Güter und Dienstleistungen in der Anwendung aggressiver Gewalt zurückhält, so nimmt er zusätzliche Einschränkungen in Kauf, wenn sich die amtierenden Herrscher der Kontrolle der Mehrheit der Beherrschten unterwerfen. Obwohl dieser Zwang die positive Funktion erfüllt, bestimmte Wünsche bestimmter Menschen zu befriedigen, indem er die Intensität der frustrierten Machtgelüste mindert, bedeutet dies keineswegs, dass der Staat seine privilegierte Stellung als Institution der legalisierten Aggression aufgibt. Die Demokratisierung des Staates ist vielmehr eine organisatorische Maßnahme, die dem strategischen Zweck dient, die Machtausübung zu rationalisieren und so die Höhe der Einnahmen zu erhöhen, die den natürlichen Eigentümern aggressiv entzogen werden können. Die Form der Macht wird verändert, aber Mehrheits-herrschaft ist auch Aggression. In einem System, das auf der natürlichen Theorie des Eigentums beruht — im Kapitalismus —

gruppe sie angewendet werden soll. (Die Mehrheit welcher Bevölkerung soll entscheiden?) Hier gibt es genau drei Möglichkeiten. Entweder man wendet in dieser Frage wieder das demokratische Prinzip an und entscheidet sich für die Idee, dass immer größere Mehrheiten Vorrang vor kleineren haben sollten — aber dann gäbe es natürlich keine Möglichkeit, die Idee der nationalen oder regionalen Demokratie zu retten, da man die gesamte Weltbevölkerung als Bezugsgruppe wählen müsste. Oder man beschließt, dass die Bestimmung der Bevölkerung eine willkürliche Angelegenheit ist — aber in diesem Fall müsste man die Möglichkeit akzeptieren, dass sich immer kleinere Minderheiten von größeren abspalten, wobei jedes Individuum seine eigene selbstbestimmende Mehrheit ist, als logischer Endpunkt eines solchen Abspaltungsprozesses — und einmal mehr wäre die Unvertretbarkeit der Demokratie als solche bewiesen worden. Drittens könnte man annehmen, dass die Auswahl der Bevölkerung, auf die das Mehrheitsprinzip angewandt wird, weder demokratisch noch willkürlich erfolgt, sondern irgendwie anders — aber dann müsste man wiederum zugeben, dass dieses andere Prinzip, das eine solche Entscheidung rechtfertigen würde, grundlegend sein muss als die Mehrheitsregel selbst, und die Mehrheitsregel an sich muss als völlig willkürlich eingestuft werden. Vgl. hierzu M. N. Rothbard, *Power and Market*, Kansas City, 1977, S. 189ff., H. H. Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat*, Opladen, 1987, Kapitel 5.

spielt die Mehrheitsregel keine Rolle und kann es auch nicht (abgesehen davon, dass natürlich jeder, der angenommen wird, einem Verein beitreten darf, der die Mehrheitsregel anwendet, wie z.B. einem Sportverein oder einer Vereinigung von Tierfreunden, deren Rechtsprechung von den Mitgliedern bewusst als verbindlich für die Dauer der Mitgliedschaft akzeptiert wird). In einem solchen System gelten nur die Regeln der ursprünglichen Aneignung von Gütern durch Nutzung oder vertraglichen Erwerb von Vorbesitzern. Eine Aneignung per Dekret oder ohne vorherige Zustimmung des Eigentümers ist, unabhängig davon, ob sie von einem Autokraten, einer Minderheit gegen eine Mehrheit oder von einer Mehrheit gegen eine Minderheit durchgeführt wird, ausnahmslos ein Akt aggressiver Gewalt. Was eine Demokratie von einer Autokratie, Monarchie oder Oligarchie unterscheidet, ist nicht, dass ersteres Freiheit bedeutet, während die anderen Aggression bedeuten. Der Unterschied zwischen ihnen liegt einzig und allein in den Techniken, die sie anwenden, um den Widerstand des Volkes, der sich aus der frustrierten Gier nach Macht speist, zu steuern, umzuformen und zu kanalisieren. Der Autokrat lässt nicht zu, dass die Bevölkerung auf reguläre, formalisierte Weise Einfluss auf die Politik nimmt, obwohl auch er die öffentliche Meinung genau beobachten muss, um seine Existenz zu sichern. Eine Autokratie zeichnet sich also dadurch aus, dass es keine institutionalisierten Möglichkeiten für potenzielle Machthaber gibt. Eine Demokratie hingegen hat genau eine solche Institution. Sie ermöglicht es Mehrheiten, die nach bestimmten formalisierten Regeln gebildet werden, regelmäßig Einfluss auf politische Veränderungen zu nehmen. Wenn also enttäuschte Machtgelüste erträglicher werden, wenn es ein regelmäßiges Ventil für sie gibt, dann muss es gegen demokratische Herrschaft weniger Widerstand geben als gegen autokratische. Dieser wichtige sozio-psychologische Unterschied zwischen autokratischen und demokratischen Regimen wurde von B. de Jouvenel meisterhaft beschrieben:

Vom zwölften bis zum achtzehnten Jahrhundert wuchs die staatliche Autorität kontinuierlich. Dieser Prozess wurde von allen, die ihn miterlebten, verstanden; er veranlasste sie zu unaufhörlichen Protesten und zu gewaltsamen Reaktionen; in späteren Zeiten setzte sich sein Wachstum in beschleunigtem Tempo fort, und seine Ausdehnung führte zu einer entsprechenden Ausweitung des Krieges. Und jetzt verstehen wir den Prozess nicht mehr, wir protestieren nicht mehr, wir reagieren nicht mehr. Diese unsere Stille ist eine neue Sache und die Macht verdankt sie dem Nebel, in den sie sich gehüllt hat. Früher konnte man sie in der Person des Königs sehen, der nicht verleugnete, der Gebieter zu sein, der er war und in dem menschliche Leidenenschaften zu erkennen waren. Jetzt, in Anonymität getarnt, behauptet sie, keine eigene Existenz zu haben und nur das unpersönliche und leidenschaftslose Instrument des allgemeinen Willens zu sein. — Aber das ist eindeutig eine Fiktion... Heute, wie immer, liegt die Macht in den Händen einer Gruppe von Männern, die das Machtzentrum kontrollieren... Das Einzige, was sich geändert hat, ist, dass es den Beherrschten nun leicht gemacht wird, das Personal der führenden Machthaber auszuwechseln. Einerseits wird dadurch die Macht geschwächt, denn der Wille, der das Leben einer Gesellschaft bestimmt, kann nach Belieben durch einen anderen Willen ersetzt werden, dem die Gesellschaft mehr Vertrauen entgegenbringt; andererseits erleichtert diese Regelung die Ausdehnung der Macht, indem sie allen ehrgeizigen Talenten die Aussicht auf Macht eröffnet. Unter dem „Ancien Régime“ waren die bewegten Geister der Gesellschaft, die, wie sie wussten, keine Chance hatten, an der Macht teilzuhaben, schnell dabei, die kleinsten Übergriffe zu verurteilen. Andererseits, wenn jeder ein potentieller Minister ist, kümmert sich niemand darum, ein Amt abzubauen, das er eines Tages selbst anstrebt, oder Sand in eine

Maschine zu streuen, die er selbst zu benutzen gedenkt, wenn er an der Reihe ist. Daher gibt es in den politischen Kreisen einer modernen Gesellschaft eine breite Komplizenschaft bei der Ausweitung der Macht.¹⁴⁶

Bei einer identischen Bevölkerung und einer identischen staatlichen Politik der diskriminierenden Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen hat ein demokratischer Staat mehr Möglichkeiten, sein eigenes aggressiv angeeignetes Einkommen zu erhöhen. Und mutatis mutandis muss sich eine Autokratie mit einem relativ niedrigeren Einkommen begnügen. Im Sinne der Klassiker des politischen Denkens muss sie weiser regieren, d.h. weniger regieren. Da sie es nicht zulässt, dass ein anderer Wille als der des Autokraten und vielleicht seiner unmittelbaren Berater regelmäßig an Macht gewinnt oder die Politik beeinflusst, erscheint ihre Machtausübung für die Beherrschten weniger erträglich. Seine Stabilität kann daher nur gesichert werden, wenn der Grad der staatlichen Ausbeutung insgesamt relativ reduziert wird.

Die Situation in den letzten zwei Jahrhunderten veranschaulicht die Gültigkeit dieser These sehr anschaulich. In dieser Zeit haben wir fast überall erlebt, dass relativ autokratisch-monarchische Systeme durch relativ demokratische Regime ersetzt wurden.¹⁴⁷ (Sogar Sowjetrußland ist deutlich demokratischer als das zaristische Rußland es jemals war.) Hand in Hand mit diesem Wandel ging ein Prozess, der in seiner Geschwindigkeit und seinem Ausmaß noch nie da war: ein permanentes und scheinbar unkontrollierbares Wachstum des Staates. In der Konkurrenz verschiedener Staaten

¹⁴⁶ B. de Jouvenel, *On Power*, New York, 1949, S. 9-10; zur Sozialpsychologie der Demokratie vgl. auch derselbe, *On Sovereignty*, Cambridge, 1957; G. Mosca, *The Ruling Class*, New York, 1939; H. A. Mencken, *Notes on Democracy*, New York, 1926; zur Tendenz der demokratischen Herrschaft, zur oligarchischen Herrschaft zu „degenerieren“ vgl. R. Michels, *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*, Stuttgart 1957.

¹⁴⁷ Vgl. hierzu R. Bendix, *Kings or People*, Berkeley, 1978.

um ausbeutbare Bevölkerungen und in den Versuchen dieser Staaten, mit internen Widerständen fertig zu werden, hat sich der demokratische Staat als die überlegene Machtvariante gegenüber dem autokratischen durchgesetzt. Ceteris paribus ist es der demokratische Staat — und der in ihm verankerte demokratische Sozialismus — der über das höhere Einkommen verfügt und sich daher in Kriegen mit anderen Staaten als überlegen erweist. Und ceteris paribus ist es auch dieser Staat, dem es besser gelingt, mit innerem Widerstand umzugehen: Es ist, und das hat sich historisch immer wieder gezeigt, leichter, die Macht eines Staates zu retten, indem man ihn demokratisiert, als das Gegenteil zu tun und seine Entscheidungsstrukturen zu autokratisieren.

Hier haben wir also die sozio-psychologischen Grundlagen des Staates als der Institution, die den Sozialismus verwirklicht. Jeder Staat beruht auf der Monopolisierung oder der monopolistischen Kontrolle von strategisch wichtigen Gütern und Dienstleistungen, die er bevorzugten Gruppen von Menschen diskriminierend zur Verfügung stellt und damit den Widerstand gegen eine Politik der Aggression gegen natürliche Eigentümer bricht. Darüber hinaus stützt er sich auf eine Politik des Abbaus frustrierter Machtgelüste durch die Schaffung von Möglichkeiten zur Beteiligung der Öffentlichkeit an künftigen Veränderungen in der Ausbeutungspolitik. Natürlich muss jede historische Beschreibung eines Staates und seiner spezifischen sozialistischen Politik und ihrer Veränderungen eine detailliertere Darstellung dessen liefern, was die Etablierung und das Wachstum des Sozialismus ermöglicht hat. Aber wenn eine solche Beschreibung vollständig sein soll und nicht einer ideologischen Täuschung zum Opfer fallen soll, dann müssen alle Maßnahmen des Staates als eingebettet in eben diesen institutionellen Rahmen von Gewalt, *divide et impera* und Demokratisierung beschrieben werden.

Was auch immer ein Staat an positiv bewerteten Beiträgen für die Gesellschaft leistet, und wie groß oder klein der Umfang dieser Beiträge auch sein mag, ob er berufstätigen Müttern mit ihren

Kindern hilft oder sie medizinisch versorgt, ob er sich am Bau von Straßen oder Flughäfen beteiligt, ob er Landwirten oder Studenten einen Gefallen tut, ob er sich der Produktion von Bildungsdienstleistungen, der Infrastruktur der Gesellschaft, Geld, Stahl oder Frieden widmet, oder ob er all diese Dinge und noch mehr tut, es wäre völlig abwegig, all dies aufzuzählen und es dabei zu belassen. Dazu muss gesagt werden, dass der Staat ohne die vorherige außervertragliche Enteignung der natürlichen Eigentümer *nichts* tun kann. Seine Beiträge zur Wohlfahrt sind niemals ein gewöhnliches Geschenk, selbst wenn sie kostenlos abgegeben werden, weil etwas ausgegeben wird, das dem Staat rechtmäßig überhaupt nicht zusteht. Auch wenn er seine Dienstleistungen zum Selbstkostenpreis oder sogar mit Gewinn verkauft, müssen die zu ihrer Erbringung eingesetzten Produktionsmittel mit Gewalt angeeignet worden sein. Und wenn er sie zu einem subventionierten Preis verkauft, muss die Aggression weitergehen, um das derzeitige Produktionsniveau aufrechtzuerhalten.

Ähnlich verhält es sich mit der Entscheidungsstruktur eines Staates. Ob ein Staat autokratisch oder demokratisch organisiert ist, ob er eine zentralisierte oder dezentralisierte Entscheidungsstruktur, eine ein- oder mehrstufige Repräsentationsstruktur hat, ob er als Parteiensystem oder als Korporationsstaat organisiert ist, es wäre illusorisch, ihn mit diesen Begriffen zu beschreiben und es dabei zu belassen. Der Vollständigkeit halber muss hinzugefügt werden, dass die Verfassung eines Staates in erster Linie ein organisatorisches Mittel ist, um seine Existenz als Institution der Aggression zu fördern. Und soweit die Stabilität des Staates auf verfassungsmäßig garantierten Mitwirkungsrechten beruht, muss betont werden, dass der Staat auf einem institutionalisierten Appell an motivierende Energien beruht, die die Menschen in ihrem Privatleben als kriminell ansehen würden und dementsprechend alles tun würden, um sie zu unterdrücken. Ein gewöhnliches Wirtschaftsunternehmen hat eine Entscheidungsstruktur, die sich dem Zweck anpassen muss, einen möglichst hohen Gewinn aus dem

Verkauf an freiwillig unterstützende Kunden zu erzielen. Die Verfassung eines Staates hat damit nichts gemein und nur oberflächliche soziologische „Organisationsstudien“ würden sich mit Untersuchungen struktureller Ähnlichkeiten oder Unterschiede zwischen beiden befassen.¹⁴⁸

Nur wenn dies gründlich verstanden wird, kann das Wesen des Staates und des Sozialismus vollständig erfasst werden. Und nur dann kann es ein vollständiges Verständnis für die andere Seite desselben Problems geben: was es braucht, um den Sozialismus zu überwinden. Der Staat kann nicht einfach durch einen Boykott bekämpft werden, wie man es bei einem privaten Unternehmen könnte, denn ein Aggressor respektiert das negative Urteil nicht, das durch Boykotte zum Ausdruck kommt. Man kann ihn aber auch nicht einfach bekämpfen, indem man seiner Aggression mit defensiver Gewalt begegnet, denn die Aggression des Staates wird von der öffentlichen Meinung unterstützt.¹⁴⁹ Somit hängt alles von einer Veränderung der öffentlichen Meinung ab. Genauer gesagt hängt alles von zwei Annahmen ab und der Veränderung, die hinsichtlich ihres Status als realistisch oder unrealistisch erreicht werden kann. Eine dieser Annahmen wurde impliziert, als oben argu-

¹⁴⁸ Zum grundsätzlichen Unterschied zwischen privaten Unternehmensorganisationen und dem Staat vgl. L. v. Mises, *Bureaucracy*, New Haven, 1944.

¹⁴⁹ L. Spooner beschreibt die Unterstützer des Staates als in zwei Kategorien fallend: „1. Schurken, eine zahlreiche und aktive Klasse, die in der Regierung ein Instrument sehen, das sie für ihre eigene Vergrößerung oder ihren eigenen Reichtum nutzen können. 2. Dummköpfe — zweifellos eine große Klasse — von denen jeder, weil ihm eine Stimme unter Millionen zugestanden wird, wenn es darum geht, zu entscheiden, was er mit seiner eigenen Person und seinem eigenen Eigentum tun darf, und weil es ihm gestattet ist, beim Berauben, Versklaven und Ermorden anderer dieselbe Stimme zu haben, die andere beim Berauben, Versklaven und Ermorden von ihm selbst haben, dumm genug ist, sich einzubilden, dass er ein ‚freier Mensch‘, ein ‚Souverän‘ ist, dass dies eine ‚freie Regierung‘ ist, ‚die beste Regierung der Welt‘, und ähnliche Absurditäten“ (L. Spooner, *No Treason. The Constitution of No Authority*, Colorado Springs, 1973, S. 18).

mentiert wurde, dass der Staat durch die Bereitstellung bestimmter Güter und Dienstleistungen für bevorzugte Personengruppen Unterstützung für seine Rolle gewinnen kann. Dort ging man offensichtlich davon aus, dass Menschen dazu verleitet werden können, einen Aggressor zu unterstützen, wenn sie einen, wenn auch noch so kleinen, Anteil an den Vorteilen erhalten. Und da Staaten überall existieren, muss diese Annahme, zum Glück für den Staat, heute in der Tat überall als realistisch bezeichnet werden. Aber dann gibt es auch kein Naturgesetz, das besagt, dass dies für immer so sein muss. Damit der Staat sein Ziel nicht erreicht, muss nicht mehr und nicht weniger als eine Veränderung der allgemeinen öffentlichen Meinung stattfinden: Staatlich unterstützendes Handeln muss als unmoralisch angesehen und gebrandmarkt werden, weil es sich um die Unterstützung einer Organisation der institutionalisierten Kriminalität handelt. Der Sozialismus wäre am Ende, wenn die Menschen aufhören würden, sich von den Bestechungsgeldern des Staates korrumpieren zu lassen und stattdessen, sagen wir mal, wenn es ihnen angeboten wird, ihren Anteil am Reichtum nehmen würden, um die Bestechungsmacht des Staates zu verringern, während sie ihn weiterhin als Aggressor betrachten und behandeln würden, dem man jederzeit und überall Widerstand leisten, ihn ignorieren und lächerlich machen muss.

Die zweite Annahme war, dass die Menschen in der Tat nach Macht streben und daher zu staatsfördernden Handlungen verleitet werden können, wenn man ihnen die Möglichkeit gibt, diese Gier zu befriedigen. Schaut man sich die Realität an, kann kaum bezweifelt werden, dass auch diese Annahme heute noch realistisch ist. Aber auch dies ist aufgrund von Naturgesetzen nicht realistisch, denn es kann zumindest im Prinzip absichtlich unrealistisch gemacht werden.¹⁵⁰ Um das Ende von Etatismus und Sozialismus

¹⁵⁰ So schreibt Etienne de la Boetie (*The Politics of Obedience: The Discourse of Voluntary Servitude*, New York, 1975, S. 52-53): „Derjenige, der dich beherrscht ... hat in der Tat nichts anderes als die Macht, die du ihm gibst, um dich zu zerstören ... Entscheidet euch, nicht mehr zu

herbeizuführen, muss nicht mehr und nicht weniger erreicht werden als ein Wandel der öffentlichen Meinung, der die Menschen dazu bringt, die institutionellen Möglichkeiten der politischen Mitwirkung nicht mehr zur Befriedigung von Machtgelüsten zu nutzen, sondern diese zu unterdrücken und gerade diese organisatorische Waffe des Staates gegen ihn zu wenden und kompromisslos auf ein Ende der Besteuerung und Regulierung der natürlichen Eigentümer zu drängen, wo immer und wann immer es eine Chance gibt, die Politik zu beeinflussen.¹⁵¹

dienen, und sofort seid ihr befreit. Ich verlange nicht, dass ihr dem Tyrannen die Hände auflegt, um ihn zu stürzen, sondern nur, dass ihr ihn nicht länger unterstützt; dann werdet ihr sehen, wie er wie ein großer Koloss, dessen Sockel weggerissen wurde, unter seinem eigenen Gewicht zusammenfällt und in Stücke zerbricht.“

¹⁵¹ Zur Strategie der Freiheit und insbesondere zur Bedeutung einer libertären Bewegung für die Erreichung dieser Ziele vgl. M. N. Rothbard, *For A New Liberty*, New York, 1978, Kapitel 15; und *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982, Teil 5.

Kapitel 9

Die kapitalistische Produktion und das Monopolproblem

Die vorangegangenen Kapitel haben gezeigt, dass weder ein wirtschaftliches noch ein moralisches Argument für den Sozialismus vorgebracht werden kann. Der Sozialismus ist dem Kapitalismus wirtschaftlich und moralisch unterlegen. Im letzten Kapitel wurde untersucht, warum der Sozialismus dennoch ein lebensfähiges Gesellschaftssystem ist und es wurden die sozio-psychologischen Merkmale des Staates — der Institution, die den Sozialismus verkörpert — analysiert. Seine Existenz, seine Stabilität und sein Wachstum beruhen auf der Aggression und auf der öffentlichen Unterstützung dieser Aggression, die der Staat durchzusetzen vermag. Dies geschieht zum einen durch eine Politik der allgemeinen Diskriminierung, d.h. durch Bestechung der einen, damit sie die ständige Ausbeutung der anderen durch die Gewährung von Vergünstigungen tolerieren und unterstützen, und zum anderen durch eine Politik der Beteiligung des Volkes an der Gestaltung der Politik, d.h. durch Korruption der Öffentlichkeit und deren Überredung, das Spiel der Aggression mitzuspielen, indem sie den künftigen Machthabern die tröstliche Gelegenheit bietet, ihre besonderen Ausbeutungspläne bei einem der nächsten Politikwechsel durchzusetzen.

Wir werden nun zur Ökonomie zurückkehren und die Funktionsweise eines kapitalistischen Produktionssystems — einer Marktwirtschaft — als Alternative zum Sozialismus analysieren, wodurch sich mein Argument gegen den Sozialismus konstruktiv schließt. Während das letzte Kapitel der Frage gewidmet sein wird,

wie der Kapitalismus das Problem der Produktion sogenannter „öffentlicher Güter“ löst, wird dieses Kapitel erklären, was als normales Funktionieren der kapitalistischen Produktion bezeichnet werden könnte, und es mit dem normalen Funktionieren eines Systems der staatlichen oder gesellschaftlichen Produktion in Bezug setzen. Wir werden uns dann einem speziellen Problem zuwenden, von dem allgemein angenommen wird, dass es einen besonderen ökonomischen Mangel in einem rein kapitalistischen Produktionssystem darstellt: das so genannte Problem der monopolistischen Produktion.

Lassen wir die besonderen Probleme der Monopol- und der öffentlichen Güterproduktion einmal beiseite, so werden wir zeigen, warum der Kapitalismus aus drei strukturellen Gründen seiner Alternative wirtschaftlich überlegen ist. Erstens kann nur der Kapitalismus die Produktionsmittel rational, d.h. nach den Bewertungen der Verbraucher, zuteilen; zweitens kann nur der Kapitalismus sicherstellen, dass bei gegebener Qualität der Menschen und der Zuteilung der Ressourcen die Qualität des produzierten Ergebnisses sein optimales Niveau erreicht, das wiederum nach den Bewertungen der Verbraucher beurteilt wird; und drittens kann bei gegebener Zuteilung der Produktionsfaktoren und Qualität des Ergebnisses, wiederum nach den Bewertungen der Verbraucher beurteilt, nur ein Marktsystem garantieren, dass der Wert der Produktionsfaktoren im Laufe der Zeit effizient erhalten wird.¹⁵²

Solange es für einen Markt, d.h. für den Austausch mit anderen Menschen oder Unternehmen, produziert und dem Gebot der Nicht-Aggression gegen das Eigentum natürlicher Eigentümer unterworfen ist, wird jedes normale Unternehmen seine Ressourcen für die Produktion solcher Güter und solcher Mengen dieser Güter einsetzen, die in Erwartung eines Verkaufsertrags die Kosten, die mit dem Einsatz dieser Ressourcen verbunden sind, weitestgehend übersteigen. Wäre dies nicht der Fall, würde ein Unternehmen

¹⁵² Vgl. hierzu auch Kapitel 3 oben und Kapitel 10 unten.

seine Ressourcen für die Herstellung unterschiedlicher Mengen solcher Güter oder ganz unterschiedlicher Güter verwenden. Und jedes dieser Unternehmen muss immer wieder entscheiden, ob eine bestimmte Zuteilung oder Verwendung seiner Produktionsmittel beibehalten und reproduziert werden soll oder ob aufgrund einer veränderten Nachfrage oder der Erwartung einer solchen Veränderung eine Umverteilung zu anderen Verwendungen angebracht ist. Die Frage, ob die Ressourcen auf die wertvollste (profitabelste) Weise eingesetzt wurden oder nicht, oder ob eine bestimmte Umverteilung die wirtschaftlichste war, kann natürlich in jedem denkbaren Wirtschafts- oder Gesellschaftssystem erst in einer mehr oder weniger fernen Zukunft entschieden werden, da immer Zeit benötigt wird, um ein Produkt herzustellen und auf den Markt zu bringen. Allerdings, und das ist entscheidend, gibt es für jedes Unternehmen ein objektives Kriterium, um zu entscheiden, inwieweit seine bisherigen Allokationsentscheidungen richtig oder falsch waren. Die Buchführung gibt Auskunft darüber — und im Prinzip kann jeder, der dies möchte, diese Information überprüfen — ob und inwieweit eine bestimmte Allokation der Produktionsfaktoren ökonomisch rational war, und zwar nicht nur für das Unternehmen insgesamt, sondern auch für jede seiner Untereinheiten, sofern für die eingesetzten Produktionsfaktoren Marktpreise existieren. Da das Gewinn-Verlust-Kriterium ein Ex-post-Kriterium ist und dies aufgrund des Zeitfaktors in der Produktion unter jedem Produktionssystem notwendigerweise sein muss, kann es bei der Entscheidung über zukünftige Ex-ante-Zuteilungen nicht hilfreich sein. Dennoch ist es möglich, den Prozess der Ressourcenverteilung und -umverteilung aus Sicht der Verbraucher als rational zu betrachten, da jede Verteilungsentscheidung ständig anhand des Gewinn-Verlust-Kriteriums überprüft wird. Jedes Unternehmen, das dieses Kriterium nicht erfüllt, ist kurz- oder langfristig dazu verdammt, in seiner Größe zu schrumpfen oder vollständig vom Markt verdrängt zu werden, und nur diejenigen Unternehmen, die es erfolgreich schaffen, das Gewinn-Verlust-Kriterium zu erfüllen,

können in Betrieb bleiben oder möglicherweise wachsen und gedeihen. Allerdings ist durch die Institutionalisierung dieses Kriteriums nicht sichergestellt (und kein anderes Kriterium könnte es jemals), dass sich alle individuellen Geschäftsentscheidungen immer als rational in Bezug auf Verbraucherbewertungen erweisen werden. Durch die Eliminierung schlechter Vorhersager und die Stärkung der Position durchweg erfolgreicher Vorhersager wird jedoch sichergestellt, dass die strukturellen Veränderungen des gesamten Produktionssystems, die sich im Laufe der Zeit vollziehen, als ständige Bewegungen hin zu einer rationaleren Ressourcennutzung und als ein nie endender Prozess der Lenkung und Umlenkung von Produktionsfaktoren aus weniger wertschöpfenden Produktionszweigen in solche, die vom Verbraucher höher geschätzt werden, beschrieben werden können.¹⁵³

Die Situation ist völlig anders, und die Willkür aus Sicht des Verbrauchers (für den ja produziert wird) tritt an die Stelle der Rationalität, sobald der Staat ins Spiel kommt. Da er sich von gewöhnlichen Unternehmen dadurch unterscheidet, dass er Einkünfte auf außervertragliche Weise erzielen darf, ist der Staat nicht wie alle anderen Produzenten gezwungen, Verluste zu vermeiden, wenn er im Geschäft bleiben will. Da der Staat den Menschen Steuern und/oder Regulierungen auferlegen darf, ist er vielmehr in der Lage, einseitig zu bestimmen, ob, in welchem Umfang und für welche Dauer er seine eigenen produktiven Tätigkeiten subventioniert oder nicht. Er kann auch einseitig entscheiden, welcher potenzielle Wettbewerber mit dem Staat konkurrieren und ihn möglicherweise übertreffen darf. Dies bedeutet im Wesentlichen, dass der Staat von Kosten-Nutzen-Erwägungen unabhängig wird. Wenn er aber nicht mehr gezwungen ist, seine verschiedenen Ressourcenverwendungen ständig an diesem Kriterium zu messen,

¹⁵³ Zur Funktion von Gewinn und Verlust vgl. L. v. Mises, *Human Action*, Chicago, 1966, Kapitel 15; und „Profit and Loss“, in: derselbe, *Planning for Freedom*, South Holland, 1974; M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1970, Kapitel 8.

d.h. wenn er seine Ressourcenallokationen nicht mehr erfolgreich an die veränderte Nachfrage der Konsumenten anpassen muss, um als Produzent zu überleben, dann muss die Abfolge der Allokationsentscheidungen insgesamt als willkürlicher, irrationaler Entscheidungsprozess angesehen werden. Ein Selektionsmechanismus, der jene Allokations-„Mutationen“, die konsequent die Verbrauchernachfrage ignorieren oder Fehlanpassungen aufweisen, aus dem Verkehr zieht, existiert einfach nicht mehr.¹⁵⁴ Zu sagen, dass der Prozess der Ressourcenallokation ohne das effektive Funktionieren des Gewinn-Verlust-Kriteriums willkürlich wird, bedeutet nicht, dass die Entscheidungen, die irgendwie getroffen werden müssen, keiner Art von Einschränkung unterliegen und daher beliebig wären. Das sind sie nicht, und jede solche Entscheidung unterliegt bestimmten Einschränkungen, die dem Entscheidungsträger auferlegt werden. Wenn beispielsweise über die Verteilung der Produktionsfaktoren demokratisch entschieden wird, dann muss sie natürlich der Mehrheit gefallen. Aber wenn eine Entscheidung auf diese Weise eingeschränkt wird oder wenn sie autokratisch getroffen wird, indem die öffentliche Meinung aus der Sicht des Autokraten respektiert wird, dann ist sie immer noch willkürlich aus der Sicht der freiwillig kaufenden oder nicht kaufenden Verbraucher.¹⁵⁵ Daher verkörpert die Allokation von

¹⁵⁴ Zur Ökonomie des Staates vgl. insb. M. N. Rothbard, *Power and Market*, Kansas City, 1977, Kapitel 5.

¹⁵⁵ Bei demokratisch gesteuerten Zuteilungen sind verschiedene Mängel durchaus deutlich geworden. Zum Beispiel schreiben J. Buchanan und R. Wagner (*The Consequences of Mr. Keynes*, London, 1978, S. 19): „Der Marktwettbewerb ist kontinuierlich; bei jedem Kauf kann ein Käufer zwischen konkurrierenden Verkäufern auswählen. Der politische Wettbewerb ist unregelmäßig; eine Entscheidung ist in der Regel für eine bestimmte Anzahl von Jahren bindend. Der Marktwettbewerb ermöglicht es mehreren Wettbewerbern, gleichzeitig zu überleben.... Politischer Wettbewerb führt zu einem Alles-oder-Nichts-Ergebnis.... Im Marktwettbewerb kann der Käufer mit einer gewissen Sicherheit wissen, was er durch seinen Kauf erhält. Im politischen Wettbewerb erwirbt der Käufer die Dienste eines Agenten, den er nicht binden kann... Da ein Politiker die Zusammenarbeit einer Mehrheit von Politikern

Ressourcen, wie auch immer sie erfolgt und wie auch immer sie sich im Laufe der Zeit ändert, einen verschwenderischen Einsatz knapper Mittel. Befreit von der Notwendigkeit, Gewinne zu erwirtschaften, um als Institution im Dienste des Verbrauchers zu überleben, ersetzt der Staat bei der Allokation notwendigerweise Rationalität durch Chaos. M. Rothbard fasst das Problem wie folgt schön zusammen:

Wie kann er (also die Regierung, bzw. der Staat) wissen, ob er die Straße A oder die Straße B bauen soll, ob er in eine Straße oder in eine Schule investieren soll — und wie viel er für all seine Aktivitäten ausgeben soll? Es gibt keine rationale Möglichkeit mit der er Mittel zuweisen oder überhaupt entscheiden kann, wie viel er benötigt. Wenn es an Lehrern, Klassenzimmern, Polizei oder Straßen mangelt, hat die Regierung und ihre Unterstützer nur eine Antwort: mehr Geld. Warum wird diese Antwort auf dem freien Markt nie gegeben?

sicherstellen muss, ist die Bedeutung einer Stimme für einen Politiker weniger klar als die einer „Stimme“ für ein Privatunternehmen“. (Vgl. hierzu auch J. Buchanan, „Individual Choice in Voting and the Market“, in: derselbe, *Fiscal Theory and Political Economy*, Chapel Hill, 1962; für eine allgemeinere Behandlung des Problems J. Buchanan und G. Tullock, *The Calculus of Consent*, Ann Arbor, 1962). Was jedoch häufig übersehen wird — vor allem von denjenigen, die versuchen, aus der Tatsache, dass in einer Demokratie jeder gleiches Stimmrecht hat, während die Konsumenten souveränität ungleiche „Stimmen“ zulässt, eine Tugend zu machen — ist der wichtigste Mangel von allen: dass in einem System der Konsumenten souveränität die Menschen zwar ungleiche Stimmen abgeben können, aber in jedem Fall die Kontrolle ausschließlich über Dinge ausüben, die sie durch ursprüngliche Aneignung oder Vertrag erworben haben und daher gezwungen sind, moralisch zu handeln. In einer Produktionsdemokratie wird davon ausgegangen, dass jeder etwas zu sagen hat, wenn es um Dinge geht, die er sich nicht selbst angeeignet hat, und so wird man permanent dazu eingeladen, nicht nur Rechtsunsicherheit mit all ihren negativen Auswirkungen auf den Prozess der Kapitalbildung zu schaffen, sondern auch unmoralisch zu handeln. Vgl. hierzu auch L. v. Mises, *Socialism*, Indianapolis, 1981, Kapitel 31; vgl. auch Kapitel 8 oben.

Der Grund dafür lautet, dass Geld von anderen Verwendungen im Konsum oder in Investitionen abgezogen werden muss... und dieser Abzug muss begründet werden. Diese Rechtfertigung liefert der Gewinn- und Verlusttest: der Hinweis darauf, dass die dringendsten Wünsche der Verbraucher befriedigt werden. Wenn ein Unternehmen oder ein Produkt hohe Gewinne für seine Eigentümer erwirtschaftet und diese Gewinne voraussichtlich anhalten werden, wird mehr Geld fließen; wenn nicht, und Verluste entstehen, wird Geld aus der Branche abfließen. Die Gewinn- und Verlustrechnung dient als entscheidende Richtschnur für die Lenkung des Flusses der produktiven Dienstleistungen. Für die Regierung gibt es keinen solchen Leitfaden, denn sie hat keine rationale Möglichkeit zu entscheiden, wie viel Geld sie ausgeben soll, weder insgesamt noch in den einzelnen Bereichen. Je mehr Geld sie ausgibt, desto mehr Dienstleistungen kann sie anbieten — aber wo soll sie aufhören?¹⁵⁶

Abgesehen von der Fehlallokation der Produktionsfaktoren, die sich aus der Entscheidung ergibt, dem Staat das Sonderrecht einzuräumen, sich die Einnahmen auf nicht-vertragliche Weise anzueignen, führt die staatliche Produktion zu einer Verringerung der Qualität des Outputs dessen, was er zu produzieren beschließt. Auch hier gilt, dass ein normales gewinnorientiertes Unternehmen nur dann eine bestimmte Größe beibehalten oder möglicherweise wachsen kann, wenn es seine Produkte zu einem Preis und in einer Menge verkaufen kann, die es ihm ermöglichen, mindestens die Produktionskosten zu decken, hoffentlich sogar mehr. Da die Nachfrage nach den produzierten Waren oder Dienstleistungen entweder von ihrer relativen Qualität oder von ihrem Preis — als einem von vielen Qualitätskriterien — abhängt, wie er von den potenziellen Käufern wahrgenommen wird, müssen sich die Produ-

¹⁵⁶ M. N. Rothbard, *Power and Market*, Kansas City, 1977, S. 176.

zenten ständig um die „wahrgenommene Produktqualität“ oder die „Preisgünstigkeit des Produkts“ kümmern. Ein Unternehmen ist für seinen Fortbestand ausschließlich von freiwilligen Käufen der Verbraucher abhängig, so dass es für ein kapitalistisches Unternehmen keinen willkürlich definierten Qualitätsstandard (einschließlich so genannter wissenschaftlicher oder technologischer Qualitätsstandards) gibt, der von einem angeblichen Experten oder Expertenausschuss festgelegt wird. Dafür gibt es nur die Qualität, wie sie von den Verbrauchern wahrgenommen und beurteilt wird. Auch dieses Kriterium ist keine Garantie dafür, dass keine minderwertigen oder überkauften Produkte oder Dienstleistungen auf dem Markt angeboten werden, da die Produktion Zeit braucht und der Verkaufstest erst nach dem Erscheinen der Produkte auf dem Markt erfolgt. Und das müsste in jedem System der Warenproduktion so sein. Die Tatsache, dass sich jedes kapitalistische Unternehmen diesem Verkaufstest unterziehen und ihn bestehen muss, um nicht vom Markt verdrängt zu werden, garantiert den Verbrauchern und ihren Bewertungen jedoch eine souveräne Position. Nur wenn die Produktqualität ständig verbessert und an den Geschmack der Verbraucher angepasst wird, kann ein Unternehmen in Betrieb bleiben und gedeihen.

Ganz anders sieht es aus, sobald die Güterproduktion vom Staat übernommen wird. Sobald die künftigen Einnahmen unabhängig von der Deckung der Verkaufskosten werden — was typischerweise der Fall ist, wenn der Staat ein Gut produziert — gibt es für einen solchen Produzenten keinen Grund mehr, sich um die Produktqualität in gleicher Weise zu kümmern, wie es eine vom Verkauf abhängige Institution tun müsste. Wenn das zukünftige Einkommen des Produzenten gesichert ist, unabhängig davon, ob die produzierten Produkte oder Dienstleistungen nach Einschätzung der Verbraucher ihr Geld wert sind, warum sollte man dann besondere Anstrengungen unternehmen, um etwas zu verbessern? Genauer gesagt, selbst wenn man davon ausgeht, dass die Beschäftigten des Staates als produktives Unternehmen mit dem Recht,

Steuern zu erheben und die Wettbewerbsfähigkeit seiner potenziellen Konkurrenten einseitig zu regulieren, im Durchschnitt genauso interessiert oder uninteressiert an der Arbeit sind wie diejenigen, die in einem gewinnabhängigen Unternehmen arbeiten¹⁵⁷, und wenn man weiter davon ausgeht, dass beide Gruppen von Angestellten und Arbeitern im Durchschnitt gleichermaßen an einer Erhöhung oder Verringerung ihres Einkommens interessiert oder uninteressiert sind, dann muss die Qualität der Produkte, gemessen an der Nachfrage der Konsumenten, die sich in den tatsächlichen Käufen niederschlägt, in einem staatlichen Unternehmen niedriger sein als in der Privatwirtschaft, weil das Einkommen der Staatsangestellten weit weniger von der Produktqualität abhängt. Dementsprechend würden sie sich weniger um die Herstellung von Qualitätsprodukten bemühen und mehr Zeit und Mühe darauf verwenden, das zu tun, was ihnen, aber nicht unbedingt dem Verbraucher, gefällt.¹⁵⁸ Nur wenn die für den Staat arbeitenden Menschen Übermenschen oder Engel wären, während alle anderen bloß gewöhnliche, minderwertige Menschen wären, könnte das Ergebnis anders aussehen. Das gleiche Ergebnis, nämlich die Minderwertigkeit der Produktqualität von staatlich produzierten Gütern, würde aber auch dann eintreten, wenn sich die Menschen in ihrer Gesamtheit irgendwie verbessern würden: Wenn sie in einem staatlichen Unternehmen arbeiten würden, würden selbst Engel ein qualitativ schlechteres Ergebnis produzieren als ihre Engel-Kollegen in der Privatwirtschaft, sofern die Arbeit auch nur den geringsten Nachteil für sie bedeuten würde.

¹⁵⁷ Dies ist eine sehr großzügige Annahme, denn es ist ziemlich sicher, dass der so genannte öffentliche Sektor der Produktion von Anfang an einen anderen Typus von Menschen anzieht und eine ungewöhnlich hohe Zahl ineffizienter, fauler und inkompetenter Menschen aufweist.

¹⁵⁸ Vgl. L. v. Mises, *Bureaucracy*, New Haven, 1944; Rothbard, *Power and Market*, Kansas City, 1977, S. 172ff; und *For A New Liberty* New York, 1978, Kapitel 10; auch M. und R. Friedman, *The Tyranny of the Status Quo*, New York, 1984, S. 35-51.

Schließlich gibt es neben der Tatsache, dass nur ein Marktsystem eine rationale Verteilung knapper Ressourcen gewährleisten kann und dass nur kapitalistische Unternehmen eine Produktion von Produkten garantieren können, von denen man sagen kann, dass sie von optimaler Qualität sind, einen dritten strukturellen Grund für die wirtschaftliche Überlegenheit, ja Unübertrefflichkeit eines kapitalistischen Produktionssystems. Nur durch das Wirken der Marktkräfte ist es möglich, die Ressourcen im Laufe der Zeit bei einer bestimmten Verteilung effizient zu nutzen, d.h. sowohl Über- als auch Unterauslastung zu vermeiden. Dieses Problem wurde bereits in Kapitel 3 mit Bezug auf den Sozialismus im russischen Stil angesprochen. Was sind die institutionellen Einschränkungen für ein normales gewinnorientiertes Unternehmen bei seinen Entscheidungen über den Grad der Nutzung oder Erhaltung seiner Ressourcen in der jeweiligen Produktionslinie, in der sie gerade verwendet werden? Offensichtlich würden dem Eigentümer eines solchen Unternehmens die Produktionsfaktoren oder Ressourcen sowie die damit hergestellten Produkte gehören. Sein Einkommen (hier im weitesten Sinne des Wortes verwendet) besteht also aus zwei Teilen: dem Einkommen, das aus dem Verkauf der produzierten Produkte nach Abzug der verschiedenen Betriebskosten erzielt wird, und dem Wert, der in den Produktionsfaktoren steckt, die in ein laufendes Einkommen umgewandelt werden können, wenn der Eigentümer beschließt, sie zu verkaufen. Die Institutionalisierung eines kapitalistischen Systems — einer auf Privateigentum basierenden Gesellschaftsordnung — impliziert somit die Schaffung einer Anreizstruktur, unter der die Menschen versuchen würden, ihr Einkommen in beiden Dimensionen zu maximieren. Was heißt das genau?¹⁵⁹ Jeder Produktions-

¹⁵⁹ Vgl. zum Folgenden L. v. Mises, *Human Action*, Chicago, 1966, Kapitel 23.6; M.N. Rothbard, *Man Economy and State*, Los Angeles, 1970, Kapitel 7, insb. 7.4-6; „Conservation in the Free Market“, in: *Egalitarianism As A Revolt Against Nature*, Washington, 1974; und *For A New Liberty*, New York, 1978, Kapitel 13.

vorgang wirkt sich offensichtlich auf beide genannten Einkommensdimensionen aus. Auf der einen Seite wird die Produktion unternommen, um eine Ertragsrendite aus dem Verkauf zu erzielen. Solange aber die Produktionsfaktoren erschöpfbar sind, d.h. solange sie knappe und nicht kostenlose Güter sind, bedeutet jeder Produktionsvorgang eine Verschlechterung des Wertes der Produktionsfaktoren. Unter der Annahme, dass es Privateigentum gibt, ergibt sich daraus eine Situation, in der jedes Unternehmen ständig versucht, die Grenzkosten der Produktion (d.h. den Wertverlust der Ressourcen, der sich aus ihrer Nutzung ergibt) nicht größer werden zu lassen als das Grenzertragsprodukt, und in der mit Hilfe der Buchhaltung ein Instrument zur Überprüfung des Erfolgs oder Misserfolgs dieser Versuche existiert. Sollte einem Produzenten dies nicht gelingen und der Wertverlust des Kapitals höher sein als der Anstieg der Einkommenserträge aus dem Verkauf, würde sich das Gesamteinkommen des Eigentümers (im weiteren Sinne des Begriffs) verringern. Das Privateigentum ist also ein institutionelles Instrument, um einen vorhandenen Kapitalstock vor Raubbau zu bewahren oder, falls dies doch geschieht, den Eigentümer durch Einkommensverluste dafür zu bestrafen, dass er dies zulässt. Dies trägt dazu bei, dass produzierte Werte höher sein können als Werte, die während der Produktion zerstört wurden. Insbesondere ist das Privateigentum eine Institution, in der ein Anreiz geschaffen wird, den Grad der Erhaltung oder des Verbrauchs eines bestimmten Kapitalstocks in einem bestimmten Produktionszweig effizient an die erwarteten Preisänderungen anzupassen. Würde beispielsweise der Ölpreis in Zukunft voraussichtlich über das derzeitige Niveau steigen, so würde sich der Wert des in der Ölförderung gebundenen Kapitals sofort erhöhen, ebenso wie die Grenzkosten für die Produktion des Grenzprodukts. Das Unternehmen wäre also sofort gezwungen, die Produktion zu verringern und die Erhaltung entsprechend zu erhöhen, da das Grenzertragsprodukt auf dem derzeitigen Markt immer noch auf dem unverändert niedrigen Niveau liegt. Sollte der Ölpreis hingegen in Zukunft

unter das derzeitige Niveau fallen, würde dies zu einem sofortigen Rückgang der jeweiligen Kapitalwerte und der Grenzkosten führen, so dass das Unternehmen sofort damit beginnen würde, seinen Kapitalstock intensiver zu nutzen, da die Preise auf dem derzeitigen Markt noch relativ höher wären. Und beide Reaktionen sind aus Sicht der Verbraucher durchaus erwünscht.

Vergleicht man die Funktionsweise eines kapitalistischen Produktionssystems mit der Situation, die institutionalisiert wird, wenn sich der Staat um die Produktionsmittel kümmert, zeigen sich markante Unterschiede. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Staat eine moderne parlamentarische Demokratie ist. In diesem Fall haben die Manager eines Unternehmens zwar das Recht, die Erlöse aus den Verkäufen (nach Abzug der Betriebskosten) zu erhalten, aber — und das ist entscheidend — sie haben nicht das Recht, sich die Erlöse aus einem eventuellen Verkauf der Produktionsfaktoren privat anzueignen. Unter dieser Konstellation wird der Anreiz, einen bestimmten Kapitalstock im Laufe der Zeit wirtschaftlich einzusetzen, drastisch reduziert. Warum? Wenn man das Recht hat, sich die Einkommenserträge aus dem Produktverkauf privat anzueignen, aber nicht das Recht hat, sich die Kapitalwertgewinne oder -verluste anzueignen, die aus einem bestimmten Grad der Nutzung dieses Kapitals resultieren, dann ist eine Anreizstruktur institutionalisiert, die nicht auf die Maximierung des Gesamteinkommens — also des gesamten gesellschaftlichen Wohlstands im Sinne der Konsumentenbewertung — abzielt, sondern auf die Maximierung der Einkommenserträge aus dem Verkauf auf Kosten der Kapitalwertverluste. Warum sollte beispielsweise ein Beamter den Grad der Ausbeutung eines bestimmten Kapitalstocks verringern und auf eine Politik der Erhaltung zurückgreifen, wenn die Preise für die produzierten Güter in der Zukunft voraussichtlich steigen werden? Offensichtlich konnte der Vorteil einer solchen Erhaltungspolitik (der daraus resultierende höhere Kapitalwert) nicht privat genutzt werden. Andererseits würden durch eine solche Politik die Einnahmen aus dem Verkauf reduziert,

während sie nicht reduziert würden, wenn man auf den Erhalt verzichten würde. Kurz gesagt: Erhaltung würde bedeuten, keinen der Vorteile und alle Nachteile zu haben. Wenn es sich bei den staatlichen Entscheidungsträgern nicht um Übermenschen, sondern um gewöhnliche, auf ihren eigenen Vorteil bedachte Menschen handelt, muss man daraus schließen, dass es eine absolut notwendige Folge jeder staatlichen Produktion ist, dass ein bestimmter Kapitalstock übermäßig genutzt wird und der Lebensstandard der Verbraucher im Vergleich zur Situation im Kapitalismus beeinträchtigt wird.

Nun wird sicher jemand einwenden, dass man das bisher Gesagte zwar nicht anzweifeln würde, dass aber die Dinge in Wirklichkeit anders liegen würden und die Unzulänglichkeit eines reinen Marktsystems zutage treten würde, sobald man sich mit dem Sonderfall der monopolistischen Produktion befasst. Und zwangsläufig müsste im Kapitalismus zumindest auf lange Sicht eine monopolistische Produktion entstehen. Nicht nur marxistische Kritiker, sondern auch orthodoxe Wirtschaftstheoretiker berufen sich oft auf dieses angebliche Gegenargument.¹⁶⁰ Als Antwort auf diese Herausforderung werden nacheinander vier Punkte angeführt. Erstens zeigen die verfügbaren historischen Daten, dass es entgegen der These dieser Kritiker in einem unbehinderten Marktsystem keine Tendenz zu mehr Monopolen gibt. Darüber hinaus gibt es theoretische Gründe, die daran zweifeln lassen, dass sich eine solche Tendenz auf einem freien Markt jemals durchsetzen könnte. Drittens: Selbst wenn ein solcher Prozess der zunehmenden Monopolisierung — aus welchen Gründen auch immer — zum Tragen käme, wäre er aus Sicht der Verbraucher unbedenklich, sofern der freie Zugang zum Markt tatsächlich gewährleistet wäre. Und viertens ist das Konzept der Monopolpreise im Gegensatz zu

¹⁶⁰ Hierzu und zu folgendem vgl. L. v. Mises, *Socialism*, Indianapolis, 1981, Teil 3.2.

wettbewerbsfähigen Preisen in einer kapitalistischen Wirtschaft illusorisch.

Was die historische Evidenz betrifft, so müsste man, wenn die These der Kapitalismuskritiker zuträfe, unter einem relativ freien, ungehinderten, unregulierten Laissez-faire-Kapitalismus eine stärkere Tendenz zur Monopolisierung erwarten als unter einem relativ stärker regulierten System des „Wohlfahrts-“ oder „Sozial“-Kapitalismus. Die Geschichte beweist jedoch genau das Gegenteil. Es besteht allgemeines Einvernehmen über die Einschätzung, dass der historische Zeitraum von 1867 bis zum Ersten Weltkrieg ein relativ kapitalistischer Zeitraum in der Geschichte der Vereinigten Staaten war und der darauffolgende Zeitraum von vergleichsweise mehr und zunehmenden Unternehmensregulierungen und Wohlfahrtsgesetzen geprägt war. Bei näherer Betrachtung stellt man jedoch fest, dass im ersten Zeitraum nicht nur eine geringere Entwicklung in Richtung Monopolisierung und Unternehmenskonzentration stattgefunden hat als im zweiten Zeitraum, sondern dass im ersten Zeitraum ein ständiger Trend zu einer Verschärfung des Wettbewerbs mit kontinuierlich sinkenden Preisen für fast alle Güter zu beobachten war.¹⁶¹ Und diese Tendenz wurde erst zum Stillstand gebracht und umgekehrt, als im Laufe der Zeit das Marktsystem durch staatliche Eingriffe immer mehr behindert und zerstört wurde. Die zunehmende Monopolisierung setzte erst ein, als führende Geschäftsleute die Regierung erfolgreicher davon überzeugen konnten, in dieses scharfe Wettbewerbssystem einzu-

¹⁶¹ So heißt es in J. W. McGuire, *Business and Society*, New York, 1963, S. 38-39: „Von 1865 bis 1897 machten es sinkende Preise Jahr für Jahr Geschäftsleuten schwer, für die Zukunft zu planen. In vielen Gebieten hatten die neuen Eisenbahnverbindungen zu einer Verstaatlichung des Marktes östlich des Mississippi geführt und selbst kleine Unternehmen in Dörfern waren gezwungen, mit anderen, oft größeren und weiter entfernten Firmen zu konkurrieren. Gleichzeitig gab es bemerkenswerte Fortschritte in Technologie und Produktivität. Kurz gesagt, es war eine wunderbare Zeit für Verbraucher und eine schreckliche Zeit für Produzenten, zumal der Wettbewerb immer härter wurde.“

greifen und Regulierungsgesetze zu erlassen, die ein System des „geordneten“ Wettbewerbs vorschrieben, um die bestehenden Großunternehmen vor dem sogenannten Verdrängungswettbewerb zu schützen, der ständig um sie herum entstand.¹⁶² G. Kolko, ein Linker und damit sicherlich ein vertrauenswürdiger Zeuge, zu mindest für linke Kritiker, fasst seine Forschung zu dieser Frage wie folgt zusammen:

In diesem [ersten] Zeitraum gab es einen dominanten Trend zu wachsender Konkurrenz. Der Wettbewerb war für viele wichtige Führungskräfte in Wirtschaft und Finanzwesen inakzeptabel, und die Fusionsbewegung war weitgehend Ausdruck freiwilliger, erfolgloser unternehmerischer Bemühungen, unaufhaltsame Trends unter Kontrolle zu bringen ... Als neue Konkurrenten auftauchten und sich die wirtschaftliche Macht über die gesamte expandierende Nation verteilte, wurde vielen wichtigen Geschäftsleuten klar, dass nur die Bundesregierung die Wirtschaft [kontrollieren und stabilisieren] konnte ... Ironischerweise war es entgegen dem Konsens der Historiker nicht die Existenz eines Monopols, das die Regierung veranlasste, in die Wirtschaft einzugreifen, sondern das Fehlen eines solchen.¹⁶³

Darüber hinaus werden diese Ergebnisse, die in klarem Widerspruch zu einem Großteil der gängigen Weisheit zu diesem Thema

¹⁶² Vgl. dazu G. Kolko, *The Triumph of Conservatism*, Chicago, 1967; und *Railroads and Regulation*, Princeton, 1965; J. Weinstein, *The Corporate Ideal in the Liberal State*, Boston, 1968; M. N. Rothbard und R. Radosh (Hrsg.), *A New History of Leviathan*, New York, 1972.

¹⁶³ G. Kolko, *The Triumph of Conservatism*, Chicago, 1967, S. 4-5; vgl. auch die Untersuchungen von M. Olson, *The Logic of Collective Action*, Cambridge, 1965, wonach auch Massenorganisationen (insbesondere Gewerkschaften) keine Marktphänomene sind, sondern ihre Existenz dem gesetzgeberischen Handeln verdanken.

stehen, durch theoretische Überlegungen gestützt.¹⁶⁴ Monopolisierung bedeutet, dass ein bestimmter Produktionsfaktor dem Marktbereich entzogen wird. Es gibt keinen Handel mit dem Faktor, sondern nur den Eigentümer dieses Faktors, der eine Handelsbeschränkung ausübt. Wenn dem so ist, dann existiert kein Marktpreis für diesen monopolisierten Produktionsfaktor. Wenn es aber keinen Marktpreis dafür gibt, dann kann der Eigentümer des Faktors auch nicht mehr die monetären Kosten abschätzen, die damit verbunden sind, ihn dem Markt vorzuenthalten und ihn so zu nutzen, wie er ihn nutzt. Mit anderen Worten: Er kann seine Gewinne nicht mehr kalkulieren und sich — wenn auch nur im Nachhinein — vergewissern, dass er tatsächlich den höchstmöglichen Gewinn aus seinen Investitionen erzielt. Unter der Voraussetzung, dass der Unternehmer wirklich daran interessiert ist, den höchstmöglichen Gewinn zu erzielen (was freilich von seinen Kritikern immer unterstellt wird), müsste er die monopolisierten Produktionsfaktoren ständig auf dem Markt anbieten, um sicher zu sein, dass er sie tatsächlich auf die profitabelste Art und Weise einsetzt und dass es keine andere, lukrativere Art und Weise gibt, sie zu nutzen, so dass es für ihn profitabler ist, den Faktor zu verkaufen als ihn zu behalten. So käme man zu dem paradoxen Ergebnis, dass der Monopolist zur Maximierung seines Gewinns ein dauerhaftes Interesse daran haben muss, seine Position als Eigentümer eines dem Markt vorenthaltenen Produktionsfaktors aufzugeben und stattdessen seine Einbeziehung in die Marktsphäre zu wünschen.

Darüber hinaus verschärft sich mit jeder weiteren Monopolisierung das Problem für den Eigentümer der monopolisierten Produktionsfaktoren, nämlich dass er aufgrund der Unmöglichkeit der

¹⁶⁴ Vgl. zum Folgenden L. v. Mises, *Socialism*, Indianapolis, 1981, Teil 3.2; und *Human Action*, Chicago, 1966, Kap. 25-26; M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1970, S. 544ff; S. 585ff; und „Ludwig von Mises and Economic Calculation under Socialism,“ in: L. Moss (Hrsg.), *The Economics of Ludwig von Mises*, Kansas City, 1976, S. 75-76.

ökonomischen Kalkulation nicht mehr sicherstellen kann, dass diese Faktoren auch tatsächlich auf die profitabelste Weise eingesetzt werden. Dies ist insbesondere deshalb der Fall, weil realistischerweise davon auszugehen ist, dass der Monopolist nicht nur nicht allwissend ist, sondern dass sein Wissen über zukünftige konkurrierende Güter und Dienstleistungen der Konsumenten auf zukünftigen Märkten mit fortschreitendem Monopolisierungsprozess immer begrenzter wird. In dem Maße, in dem Produktionsfaktoren dem Markt entzogen werden und der Kreis der Verbraucher, denen die mit diesen Faktoren hergestellten Waren angeboten werden, sich erweitert, wird es immer unwahrscheinlicher, dass der Monopolist, der nicht in der Lage ist, ökonomische Berechnungen anzustellen, weiterhin über alle relevanten Informationen verfügt, die er benötigt, um die profitabelsten Verwendungen seiner Produktionsfaktoren zu ermitteln. Vielmehr wird es im Verlauf eines solchen Monopolisierungsprozesses immer wahrscheinlicher, dass andere Personen oder Personengruppen aufgrund ihres Gewinnstrebens bei der Produktion lukrativere Verwendungsmöglichkeiten für die monopolisierten Faktoren wahrnehmen.¹⁶⁵ Nicht unbedingt, weil sie bessere Unternehmer sind, sondern ganz einfach deshalb, weil sie unterschiedliche Positionen in Raum und Zeit einnehmen und dadurch immer mehr unternehmerische Möglichkeiten wahrnehmen, die für den Monopolisten mit jedem neuen Schritt in Richtung Monopolisierung immer schwieriger und kostspieliger zu erkennen sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass der Monopolist dazu gebracht wird, seine monopolisierten Faktoren an andere Produzenten zu verkaufen — *wohlgemerkt*: zu verkaufen, um dadurch seine Gewinne zu steigern — steigt also mit jedem weiteren Schritt in Richtung Monopolisierung.¹⁶⁶

¹⁶⁵ Vgl. F. A. Hayek, *Individualism and Economic Order*, Chicago, 1948, insb. Kapitel 9; I. Kirzner, *Competition and Entrepreneurship*, Chicago, 1973.

¹⁶⁶ Hinsichtlich des Großgrundbesitzes, insbesondere von Grund und Boden, beobachtet Mises, dass dieser in der Regel nur durch nicht-

Nehmen wir einmal an, dass das, was sowohl historisch als auch theoretisch unwahrscheinlich ist, trotzdem passiert, aus welchen Gründen auch immer. Und nehmen wir gleich den denkbar extremsten Fall an: Es gibt nur ein einziges Unternehmen, sozusagen einen Supermonopolisten, der alle auf dem Markt verfügbaren Waren und Dienstleistungen anbietet und der alleinige Arbeitgeber aller ist. Was bedeutet dieser Sachverhalt in Bezug auf die Verbraucherzufriedenheit, vorausgesetzt natürlich, dass der Supermonopolist seine Position erworben hat und sie ohne den Einsatz von Aggression aufrechterhält? Zum einen bedeutet dies, dass niemand gültige Ansprüche gegen den Inhaber dieser Firma hat; sein Unternehmen ist tatsächlich vollständig und rechtmäßig sein eigenes. Und zum anderen bedeutet es, dass es keine Verletzung des Rechts eines jeden gibt, einen möglichen Austausch zu boykottieren. Niemand ist gezwungen, für den Monopolisten zu arbeiten oder etwas von ihm zu kaufen, und jeder kann mit seinem Verdienst aus Arbeitsleistungen tun, was er will. Er kann sie verkonsumieren oder sparen, sie für produktive oder unproduktive Zwecke verwenden oder sich mit anderen zusammenschließen und sie können ihre

marktwirtschaftliche Kräfte herbeigeführt und aufrechterhalten wird: durch erzwungene Gewalt und ein staatlich durchgesetztes Rechtssystem, das den Verkauf von Land verbietet oder erschwert. „Nirgendwo und zu keiner Zeit ist der Großgrundbesitz durch das Wirken der marktwirtschaftlichen Kräfte zustande gekommen. Gegründet durch Gewalt, wurde er durch Gewalt aufrechterhalten, und nur durch diese. Sobald die Latifundien in die Sphäre der Markttransaktionen hineingezogen werden, beginnen sie zu bröckeln, bis sie schließlich ganz verschwinden Dass es in der Marktwirtschaft auch heute noch schwierig ist, die Latifundien aufrechtzuerhalten, zeigen die Bestrebungen, Rechtsinstitute wie den „Fideikommiss“ und verwandte Rechtsinstitute wie den englischen „entail“ zu schaffen Nie war das Eigentum an den Produktionsmitteln stärker konzentriert als zur Zeit des Plinius, als die Hälfte der Provinz Afrika sechs Personen gehörte, oder zur Zeit der Merowinger, als die Kirche den größten Teil des französischen Bodens besaß. Und in keinem Teil der Welt gibt es weniger Großgrundbesitz als im kapitalistischen Nordamerika“, *Socialism*, Indianapolis, 1981, S. 325-326.

Mittel für jede Art von Gemeinschaftsunternehmen verwenden. Aber wenn dem so wäre, dann ließe sich aus der Existenz eines Monopols nur Folgendes ableiten: Der Monopolist sieht offensichtlich keine Chance, sein Einkommen durch den Verkauf aller oder eines Teils seiner Produktionsmittel zu verbessern, sonst würde er dies tun. Und niemand sonst sähe eine Chance, sein Einkommen zu verbessern, indem er dem Monopolisten Faktoren abkauft oder selbst durch originäres Sparen zum kapitalistischen Produzenten wird, indem er vorhandenes, nicht produktiv genutztes Privatvermögen in produktives Kapital umwandelt oder seine Mittel mit anderen zusammenlegt, sonst würde dies auch passieren. Aber wenn niemand eine Möglichkeit sieht, sein Einkommen zu verbessern, ohne auf Aggression zurückzugreifen, wäre es offensichtlich absurd, etwas Falsches an einem solchen Supermonopol zu sehen. Sollte es tatsächlich jemals im Rahmen einer Marktwirtschaft zustande kommen, würde dies nur beweisen, dass eben dieser Supermonopolist den Verbrauchern die am dringendsten benötigten Güter und Dienstleistungen auf die effizienteste Weise zur Verfügung stellt.

Doch die Frage der Monopolpreise bleibt.¹⁶⁷ Bedeutet ein Monopolpreis nicht eine suboptimale Versorgung der Verbraucher mit Gütern, und liegt hier nicht eine wichtige Ausnahme vom allgemein überlegenen wirtschaftlichen Funktionieren des Kapitalismus vor? In gewisser Weise wurde diese Frage bereits durch die obige Erklärung beantwortet, dass selbst ein Supermonopolist, der sich auf dem Markt etabliert, nicht als schädlich für die Verbraucher angesehen werden kann. Die Theorie, dass sich Monopolpreise (angeblich) kategorisch von Wettbewerbspreisen unterscheiden, wurde jedoch in einer anderen, technischen Sprache dargelegt und verdient daher eine besondere Behandlung. Das kaum

¹⁶⁷ Vgl. zum Folgenden M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1970, Kapitel 10, insb. S. 586ff; auch W. Block, „Austrian Monopoly Theory. A Critique“, in: *Journal of Libertarian Studies*, 1977.

überraschende Ergebnis dieser Analyse bestätigt nur, was bereits gesagt wurde: Monopole stellen kein besonderes Problem dar, das jemanden zwingt, die allgemeine Regel, dass eine Marktwirtschaft notwendigerweise effizienter ist als ein sozialistisches oder etatisches System, entsprechend zu ändern. Was ist die Definition des „Monopolpreises“ und im Gegensatz dazu des „Wettbewerbspreises“ gemäß der ökonomischen Orthodoxie (zu der im vorliegenden Fall die sogenannte österreichische Schule der Ökonomie, wie sie durch L. v. Mises vertreten wird), gehört? Typisch ist folgende Definition:

Ein Monopol ist eine Voraussetzung für das Entstehen von Monopolpreisen, aber nicht die einzige Voraussetzung. Es ist eine weitere Bedingung erforderlich, nämlich eine bestimmte Form der Nachfragekurve. Die bloße Existenz eines Monopols bedeutet in dieser Hinsicht gar nichts. Der Herausgeber eines urheberrechtlich geschützten Buches ist ein Monopolist. Aber er kann vielleicht kein einziges Exemplar verkaufen, egal wie niedrig der Preis ist, den er verlangt. Nicht jeder Preis, zu dem ein Monopolist eine monopolisierte Ware verkauft, ist ein Monopolpreis. Monopolpreise sind nur Preise, bei denen es für den Monopolisten vorteilhafter ist, die zu verkaufende Gesamtmenge zu begrenzen, als seinen Absatz auf das Maß auszudehnen, den ein Wettbewerbsmarkt zulassen würde.¹⁶⁸

So plausibel diese Unterscheidung auch erscheinen mag, so wird doch argumentiert, dass weder der Erzeuger selbst noch ein neutraler außenstehender Beobachter jemals entscheiden könnte, ob es sich bei den auf dem Markt tatsächlich erzielten Preisen um Monopol- oder um Wettbewerbspreise handelt, wenn man das

¹⁶⁸ L.v. Mises, *Human Action*, Chicago, 1966, S.359; vgl. auch jedes aktuelle Lehrbuch, wie P. Samuelson, *Economics*, New York, 1976, S.500.

Kriterium „beschränktes versus unbeschränktes Angebot“ zugrunde legt, wie es in der obigen Definition angeboten wird. Um dies zu verstehen, nehmen wir an, es gäbe einen Monopolproduzenten im Sinne von „Alleinhersteller eines bestimmten Gutes“. Die Frage, ob ein bestimmtes Gut sich von einem anderen Gut oder von anderen Gütern, die von einem anderen Unternehmen hergestellt werden, unterscheidet oder gleichartig ist, kann nicht auf der Grundlage einer vergleichenden Analyse dieser Güter in physikalischer oder chemischer Hinsicht ex ante entschieden werden, sondern muss immer ex post facto, auf zukünftigen Märkten, durch die unterschiedliche oder gleiche Behandlung und Bewertung dieser Güter durch die Käufer entschieden werden. Somit kann jeder Hersteller, unabhängig von seinem Produkt, zum Zeitpunkt der Entscheidungsfindung als potentieller Monopolist im Sinne dieses Begriffs angesehen werden. Wie lautet nun die Entscheidung, vor der er und jeder Produzent steht? Er muss entscheiden, wie viel er von dem betreffenden Gut produzieren will, um sein monetäres Einkommen zu maximieren (wobei andere, nicht monetäre Einkommenserwägungen als gegeben angenommen werden). Dazu muss er entscheiden, wie die Nachfragekurve für das betreffende Produkt aussehen wird, wenn die Produkte auf den Markt kommen und er muss die verschiedenen Produktionskosten für die Herstellung unterschiedlicher Mengen des zu produzierenden Gutes berücksichtigen. Auf diese Weise ermittelt er die zu produzierende Menge an dem Punkt, an dem der Verkaufserlös, d.h. die Menge der verkauften Waren mal Preis, abzüglich der Produktionskosten für die Herstellung dieser Menge, ein Maximum erreicht. Nehmen wir an, dass dies der Fall ist und der Monopolist mit seiner Einschätzung der zukünftigen Nachfragekurve insofern richtig liegt, als dass der von ihm angestrebte Preis für seine Produkte tatsächlich den Markt räumt. Die Frage ist nun, ob dieser Marktpreis ein Monopol- oder ein Wettbewerbspreis ist. Wie M. Rothbard in seiner bahnbrechenden, aber viel vernachlässigten Analyse des Monopolproblems feststellte, gibt es keine Möglichkeit, dies zu

wissen. Wurde die Menge des produzierten Gutes „beschränkt“, um die unelastische Nachfrage auszunutzen, und wurde so ein Monopolpreis erzielt, oder wurde ein Wettbewerbspreis erreicht, der festgelegt wurde, um eine Warenmenge zu verkaufen, die „bis zu der Grenze, die ein Wettbewerbsmarkt zulassen würde“, ausgeweitet wurde? Es gibt keine Möglichkeit, die Angelegenheit zu entscheiden.¹⁶⁹ Es liegt auf der Hand, dass jeder Produzent immer versuchen wird, die produzierte Menge auf ein Niveau festzulegen, oberhalb dessen die Nachfrage elastisch wird und ihm somit aufgrund der niedrigeren Preise einen geringeren Gesamtertrag beschaffen würde. Er wendet also restriktive Praktiken an. Gleichzeitig wird jeder Produzent aufgrund seiner Einschätzung der Form zukünftiger Nachfragekurven immer versuchen, seine Produktion eines beliebigen Gutes bis zu dem Punkt auszuweiten, an dem die Grenzkosten der Produktion (d.h. die Opportunitätskosten dafür, eine Einheit eines alternativen Gutes nicht mit Hilfe der knappen Produktionsfaktoren zu produzieren, die jetzt im Prozess der Produktion einer weiteren Einheit von x gebunden sind) dem Preis pro Einheit von x entsprechen, den man bei dem jeweiligen Angebotsniveau voraussichtlich verlangen kann. Sowohl die Beschränkung als auch die Ausweitung sind Teil der Gewinnmaximierung und der Marktpreisbildung, und keiner dieser beiden Aspekte kann von dem anderen getrennt werden, um eine sinnvolle Unterscheidung zwischen monopolistischem und wettbewerbsorientiertem Handeln zu treffen.

Nehmen wir nun an, dass der Monopolist zum nächsten Zeitpunkt der Entscheidungsfindung beschließt, die Produktion des produzierten Gutes von einem zuvor höheren auf ein neues, niedrigeres Niveau zu senken, und nehmen wir an, dass es ihm tatsächlich gelingt, jetzt einen höheren Gesamtertrag zu erzielen als zu dem früheren Zeitpunkt. Wäre dies nicht ein klarer Fall eines

¹⁶⁹ Vgl. M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1970, Kapitel 10, insbesondere S. 604-614.

Monopolpreises? Auch hier muss die Antwort Nein lauten. Und dieses Mal wäre der Grund dafür die Ununterscheidbarkeit dieser „Beschränkung“ der Umverteilung von einer „normalen“ Umverteilung, die Veränderungen in der Nachfrage berücksichtigt. Jedes Ereignis, das auf die eine Weise gedeutet werden kann, kann auch auf die andere Weise gedeutet werden, und es gibt kein Mittel, um darüber zu entscheiden, denn beides sind wiederum im Wesentlichen zwei Aspekte ein und derselben Sache: des Handelns, der Wahl. Das gleiche Ergebnis, nämlich eine Angebotsbeschränkung, die nicht nur mit höheren Preisen einhergeht, sondern mit Preisen, die hoch genug sind, um die Gesamteinnahmen aus dem Verkauf zu erhöhen, würde sich einstellen, wenn der Monopolist, der z.B. eine einzigartige Sorte von Äpfeln produziert, mit einem Anstieg der Nachfrage nach seinen Äpfeln (einer Verschiebung der Nachfragekurve nach oben) und gleichzeitig mit einem noch stärkeren Anstieg der Nachfrage (einer noch drastischeren Verschiebung der Nachfragekurve nach oben) nach Orangen konfrontiert wird. In dieser Situation würde er auch mit einer geringeren Apfelproduktion einen höheren Gewinn erzielen, da der frühere Marktpreis für seine Äpfel inzwischen zu einem Preis unter dem Wettbewerbsniveau geworden wäre. Und wenn er tatsächlich seinen Gewinn maximieren wollte, müsste er, anstatt einfach die Apfelproduktion entsprechend der gestiegenen Nachfrage auszuweiten, nun einen Teil der bisher für die Apfelproduktion eingesetzten Faktoren für die Orangenproduktion verwenden, weil sich in der Zwischenzeit das System der relativen Preise geändert hätte. Was aber, wenn der Monopolist, der die Apfelproduktion einschränkt, mit den nun verfügbaren Faktoren keine Orangen produziert, sondern gar nichts damit macht? Dies würde wiederum nur bedeuten, dass neben dem Anstieg der Nachfrage nach Äpfeln in der Zwischenzeit ein noch größerer Anstieg der Nachfrage nach einem anderen Gut — Freizeit — stattgefunden hat (genauer gesagt, die Nachfrage nach Freizeit durch den Monopolisten, der gleichzeitig Konsument ist). Die Erklärung für das eingeschränkte Angebot an Äpfeln liegt also in

den relativen Preisänderungen von Freizeit (anstelle von Orangen) im Vergleich zu anderen Gütern.

Weder aus der Sicht des Monopolisten selbst noch aus der Sicht eines außenstehenden Beobachters könnten restriktive Maßnahmen dann begrifflich von normalen Umverteilungen unterschieden werden, die einfach den erwarteten Veränderungen der Nachfrage folgen. Wenn der Monopolist restriktive Maßnahmen ergreift, die zu höheren Preisen führen, muss er die frei werdenden Faktoren definitionsgemäß für einen anderen, höherwertigen Zweck verwenden, was darauf hindeutet, dass er sich an die Veränderungen der relativen Nachfrage anpasst. Wie M. Rothbard zusammenfasst:

Wir können die „Beschränkung der Produktion“ nicht als Test für Monopol- oder Wettbewerbspreise verwenden. Der Übergang von einem wettbewerbsfähigen Preis zu einem Preis unterhalb des Wettbewerbs bedeutet auch eine Einschränkung der Produktion dieses Gutes, natürlich verbunden mit einer Ausweitung der Produktion in anderen Bereichen durch die freigesetzten Faktoren. Es gibt keine Möglichkeit, eine solche Beschränkung und die damit einhergehende Ausweitung von der angeblichen „Monopolpreis“-Situation zu unterscheiden. Wenn die Beschränkung mit einem Anstieg der Freizeit des Besitzers des Faktors Arbeit einhergeht und nicht mit einem Anstieg der Produktion eines anderen Gutes auf dem Markt, handelt es sich immer noch um die Ausweitung des Ertrags eines Konsumgutes — der Freizeit. Es lässt sich noch immer nicht feststellen, ob die „Beschränkung“ zu einem „Monopol“ oder einem „Wettbewerbspreis“ geführt hat oder inwieweit das Motiv der Freizeitvermehrung eine Rolle gespielt hat. Die Definition eines Monopolpreises als Preis, der durch den Verkauf einer geringeren Menge eines Produkts zu einem höheren Preis erzielt wird, ist daher bedeutungslos, da die gleiche Definition für den „wettbewerbsfähigen“ Preis im Vergleich zu

einem Preis unterhalb der Wettbewerbsbedingungen gilt.¹⁷⁰

Die Analyse der Monopolfrage gibt also keinerlei Anlass, die oben gegebene Beschreibung der Funktionsweise einer reinen Marktwirtschaft und ihrer Überlegenheit gegenüber jeder Art von sozialistischem oder staatlichem Produktionssystem zu ändern. Ein Monopolisierungsprozess ist nicht nur empirisch und theoretisch höchst unwahrscheinlich, sondern selbst wenn er einträte, wäre er aus Sicht der Verbraucher unbedenklich. Im Rahmen eines marktwirtschaftlichen Systems könnte ein restriktiver monopolistischer Preis nicht von einem normalen Preisanstieg unterschieden werden, der sich aus einer höheren Nachfrage und Änderungen der relativen Preise ergibt. Und da jede restriktive Maßnahme gleichzeitig expansiv ist, ist die Behauptung, die Beschränkung der Produktion in einem Produktionszweig bei gleichzeitigem Anstieg der Gesamteinnahmen bedeute eine Fehlallokation der Produktionsfaktoren und eine Ausbeutung der Verbraucher, schlichtweg Unsinn. Das Missverständnis, das mit einer solchen Argumentation einhergeht, wird in der folgenden Passage aus einem der späteren Werke von L. v. Mises deutlich, in der er implizit seine eigene, oben zitierte orthodoxe Position bezüglich des Monopolpreisproblems widerlegt. Er bemerkt:

Ein Unternehmer, dem 100 Kapitaleinheiten zur Verfügung stehen, setzt beispielsweise 50 Einheiten für die Produktion von P und 50 Einheiten für die Produktion von Q ein. Wenn beide Linien rentabel sind, wäre es seltsam, ihm die Schuld dafür zu geben, dass er nicht mehr, z.B. 75 Einheiten, für die Produktion von P einsetzt. Er könnte die Produktion von P nur erhöhen, indem er die Produktion von Q entsprechend einschrän-

¹⁷⁰ M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1970, S. 607.

ken würde. Aber in Bezug auf Q würde bei den Nörglern derselbe Fehler gefunden werden. Wenn man dem Unternehmer vorwirft, nicht mehr von P produziert zu haben, muss man ihm auch vorwerfen, nicht mehr von Q produziert zu haben. Das bedeutet: Man macht den Unternehmer dafür verantwortlich, dass es Knappheit an Produktionsfaktoren gibt und dass die Erde kein Schlarraffenland ist.¹⁷¹

Das Monopolproblem als ein spezielles Problem der Märkte, das staatliches Handeln erfordert, existiert nicht.¹⁷² Erst wenn der Staat die Bühne betritt, entsteht ein echtes, nicht illusorisches Problem des Monopols und der Monopolpreise. Der Staat ist das einzige Unternehmen, dessen Preise und Geschäftspraktiken begrifflich von allen anderen Preisen und Praktiken unterschieden werden können und dessen Preise und Praktiken auf völlig objektive, nicht willkürliche Weise als „zu hoch“ oder „ausbeuterisch“ bezeichnet werden können. Dabei handelt es sich um Preise und Praktiken, die die Verbraucher nicht freiwillig zahlen und akzeptieren, sondern die ihnen unter Androhung von Gewalt aufgezwungen werden. Und nur bei einer so privilegierten Institution wie dem Staat ist es auch normal, einen permanenten Prozess der zunehmenden Monopolisierung und Konzentration zu erwarten und vorzufinden. Im Vergleich zu allen anderen Unternehmen, die der Kontrolle der freiwillig kaufenden oder nicht kaufenden Verbraucher unterliegen, ist das Unternehmen „Staat“ eine Organisation,

¹⁷¹ L.v. Mises, „Profit and Loss,“ in: *Planning for Freedom*, South Holland, 1974, S.116.

¹⁷² In der Tat war die staatliche Kartellpolitik in der Vergangenheit fast ausschließlich darauf ausgerichtet, weniger erfolgreichen Wettbewerbern die rechtlichen Mittel an die Hand zu geben, die sie benötigten, um die Tätigkeit ihrer erfolgreicherer Konkurrenten zu behindern. Für eine beeindruckende Zusammenstellung von Fallstudien hierzu vgl. D. Armentano, *Antitrust and Monopoly*, New York, 1982; auch Y. Brozen, *Is Government the Source of Monopoly? And Other Essays*, San Francisco, 1980.

die die Menschen besteuern kann und nicht warten muss, bis sie die Steuer akzeptieren, und die Regulierungen für die Nutzung des Eigentums der Menschen auferlegen kann, ohne ihre Zustimmung dazu einzuholen. Dies verschafft dem Staat im Vergleich zu allen anderen Institutionen einen enormen Vorteil im Wettbewerb um knappe Ressourcen. Wenn man nur davon ausgeht, dass die Vertreter des Staates genauso vom Gewinnstreben getrieben sind wie alle anderen, folgt aus dieser privilegierten Stellung, dass die Organisation „Staat“ eine relativ stärker ausgeprägte Tendenz zum Wachstum haben muss als jede andere Organisation. Und in der Tat, während es keine Beweise für die These gab, dass ein Marktsystem eine Tendenz zu monopolistischem Wachstum mit sich bringen würde, wird die These, dass ein etatistisches System dies tun würde, durch die historische Erfahrung reichlich unterstützt.

Kapitel 10

Die kapitalistische Produktionsweise und das Problem der öffentlichen Güter

Wir haben versucht, den Sozialismus sowohl an der wirtschaftlichen als auch an der moralischen Front zu zerstören. Nachdem er auf ein Phänomen von ausschließlich sozio-psychologischer Bedeutung reduziert worden war, d.h. ein Phänomen, für dessen Existenz weder gute wirtschaftliche noch gute moralische Gründe gefunden werden konnten, wurden seine Wurzeln in der Aggression und dem korrumpierenden Einfluss erklärt, den eine Politik des *divide et impera* auf die öffentliche Meinung ausübt. Das letzte Kapitel kehrte zur Ökonomie zurück, um dem Sozialismus den Todesstoß zu versetzen, indem es sich der konstruktiven Aufgabe widmete, die Funktionsweise einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung als dem wirtschaftlich überlegenen und jederzeit einsatzbereiten Konkurrenten des Sozialismus zu erklären. Bei der Bewertung durch die Verbraucher wurde der Kapitalismus als überlegen in Bezug auf die Allokation der Produktionsfaktoren, die Qualität der produzierten Güter und die Erhaltung der im Kapital verkörperten Werte im Laufe der Zeit bezeichnet. Das sogenannte Monopolproblem, das angeblich mit einem reinen Marktsystem verbunden ist, stellte tatsächlich kein besonderes Problem dar. Vielmehr gilt alles, was über das normalerweise effizientere Funktionieren des Kapitalismus gesagt wurde, auch für Monopolproduzenten, sofern sie tat-

sächlich der Kontrolle durch freiwillige Käufe oder freiwillige Kaufenthaltung der Verbraucher unterliegen.

In diesem letzten Kapitel wird ein noch häufiger angeführter Sonderfall analysiert, der es angeblich erforderlich macht, die These von der wirtschaftlichen Überlegenheit des Kapitalismus zu relativieren: der Fall der Produktion sogenannter öffentlicher Güter. Insbesondere wird die Produktion von Sicherheit betrachtet.

Wenn das, was im vorangegangenen Kapitel über das Funktionieren der Marktwirtschaft gesagt wurde, wahr ist, und wenn Monopole für die Verbraucher völlig unschädlich sind, solange die Verbraucher das Recht haben, sie zu boykottieren und selbst frei in den Markt der konkurrierenden Produzenten einzutreten, dann muss man die Schlussfolgerung ziehen, dass die Produktion aller Waren und Dienstleistungen sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus moralischen Gründen in privaten Händen bleiben sollte. Daraus folgt insbesondere, dass sogar die Herstellung von Recht und Ordnung, Gerechtigkeit und Frieden — also die Dinge, die aus den in Kapitel 8 erläuterten Gründen am ehesten für staatliche Güter in Frage kommen — privat, auf einem Wettbewerbsmarkt, bereitgestellt werden sollten. Diese Schlussfolgerung formulierte der renommierte belgische Wirtschaftswissenschaftler G. de Molinari bereits 1849 — zu einer Zeit, als der klassische Liberalismus noch die vorherrschende ideologische Kraft war und „Ökonom“ und „Sozialist“ allgemein (und zu Recht) als Gegensätze angesehen wurden:

Wenn es eine allgemein anerkannte Wahrheit in der politischen Ökonomie gibt, dann ist es diese: In allen Fällen, bei allen Waren, die der Befriedigung der materiellen oder immateriellen Bedürfnisse des Verbrauchers dienen, ist es im Interesse des Verbrauchers, dass Arbeit und Handel nicht eingeschränkt werden, denn die Freiheit von Arbeit und Handel hat als notwendiges und dauerhaftes Ergebnis die maximale Senkung der Preise. Ferner: Dass die Interessen des Verbrauchers einer Ware, egal welcher Art, immer Vorrang vor den Interessen des Erzeugers haben sollten. Folgt

man nun diesen Grundsätzen, so kommt man zu der folgenden strengen Schlussfolgerung: Die Produktion von Sicherheit sollte im Interesse der Verbraucher dieses immateriellen Gutes dem Gesetz des freien Wettbewerbs unterworfen bleiben. Daraus folgt: Keine Regierung sollte das Recht haben, eine andere Regierung daran zu hindern, mit ihr in Wettbewerb zu treten, oder zu verlangen, dass die Verbraucher von Sicherheit ausschließlich zu ihr kommen, um dieses Gut zu erhalten.¹⁷³

Und er kommentiert dieses Argument mit den Worten: „Entweder ist das logisch und wahr, oder die Prinzipien, auf denen die Wirtschaftswissenschaft beruht, sind ungültig.“¹⁷⁴

Es gibt anscheinend nur einen Ausweg aus dieser (für alle Sozialisten) unangenehmen Schlussfolgerung: die Behauptung, dass es bestimmte Güter gibt, für die aus besonderen Gründen die obige wirtschaftliche Argumentation nicht gilt. Die so genannten Theoretiker der öffentlichen Güter sind entschlossen, dies zu beweisen.¹⁷⁵ Wir werden jedoch zeigen, dass es in Wirklichkeit keine solchen besonderen Güter oder besonderen Gründe gibt und dass die Produktion von Sicherheit im Speziellen keine anderen Probleme aufwirft als die Produktion jeder anderen Ware oder Dienstleistung, seien es Häuser, Käse oder Versicherungen. Trotz ihrer vielen Anhänger ist die gesamte Theorie der öffentlichen Güter eine fehlerhafte, auffällige Argumentation, die mit inneren Widersprüchen und Non-Sequiturs gespickt ist, die an populäre

¹⁷³ G. de Molinari, „The Production of Security“, Center for Libertarian Studies, Occasional Paper No. 2, New York, 1977, S. 3.

¹⁷⁴ Ebd., S.4.

¹⁷⁵ Zu verschiedenen Ansätzen von Theoretikern öffentlicher Güter vgl. J. Buchanan und G. Tullock, *The Calculus of Consent*, Ann Arbor, 1962; J. Buchanan, *The Public Finances*, Homewood, 1970; und *The Limits of Liberty*, Chicago, 1975; G. Tullock, *Private Wants, Public Means*, New York, 1970; M. Olson, *The Logic of Collective Action*, New York, 1965; W. Baumol, *Welfare Economics and the Theory of the State*, Cambridge, 1952.

Vorurteile und angenommene Überzeugungen appelliert und mit ihnen spielt, aber keinerlei wissenschaftlichen Wert hat.¹⁷⁶

Wie sieht dann der „Fluchtweg“ aus, den sozialistische Ökonomen gefunden haben, um Molinaris Schlussfolgerung nicht zu ziehen? Seit Molinari ist es zunehmend üblich geworden, die Frage, ob es Güter gibt, auf die verschiedene Arten von wirtschaftlichen Analysen anwendbar sind, zu bejahen. Tatsächlich ist es heutzutage fast unmöglich, ein einziges Wirtschaftslehrbuch zu finden, in dem nicht die entscheidende Bedeutung der Unterscheidung zwischen privaten Gütern, für die die Wahrheit der wirtschaftlichen Überlegenheit der kapitalistischen Produktionsordnung allgemein anerkannt wird, und öffentlichen Gütern, für die sie allgemein bestritten wird, gemacht und betont wird.¹⁷⁷ Bestimmten Gütern oder Dienstleistungen, darunter auch der Sicherheit, wird die besondere Eigenschaft zugeschrieben, dass ihr Erhalt nicht auf die Personen beschränkt werden kann, die ihre Herstellung tatsächlich finanziert haben. Vielmehr können auch Menschen, die nicht an ihrer Finanzierung teilgenommen haben, davon profitieren. Solche Güter werden als öffentliche Güter oder Dienstleistungen bezeichnet (im Gegensatz zu privaten Gütern oder Dienstleistungen, die ausschließlich denjenigen zugute kommen, die sie tatsächlich bezahlt haben). Aufgrund dieser besonderen Eigenschaft der öffentlichen Güter, so wird argumentiert, können die Märkte sie nicht produzieren, zumindest nicht in ausreichender Menge oder Qualität, und daher sind kompensierende staatliche Maßnahmen er-

¹⁷⁶ Vgl. dazu M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1970, S. 883ff; und „The Myth of Neutral Taxation“, in: *Cato Journal*, 1981; W. Block, „Free Market Transportation: Denationalizing the Roads“, in: *Journal of Libertarian Studies*, 1979; und „Public Goods and Externalities: The Case of Roads“, in: *Journal of Libertarian Studies*, 1983.

¹⁷⁷ Vgl. etwa W. Baumol und A. Blinder, *Economics, Principles and Policy*, New York, 1979, Kapitel 31.

forderlich.¹⁷⁸ Die von verschiedenen Autoren angeführten Beispiele für vermeintliche öffentliche Güter sind sehr unterschiedlich. Die Autoren klassifizieren ein und dieselbe Ware oder Dienstleistung oft unterschiedlich, so dass fast keine Klassifizierung eines bestimmten Gutes unumstritten ist.¹⁷⁹ Dies zeigt deutlich den illusorischen Charakter der gesamten Unterscheidung. Nichtsdestotrotz gibt es einige Beispiele, die sich als öffentliche Güter besonderer Beliebtheit erfreuen: die Feuerwehr, die verhindert, dass das Haus des Nachbarn in Brand gerät, und ihn so von meiner

¹⁷⁸ Ein weiteres häufig verwendetes Kriterium für öffentliche Güter ist das des „nicht-rivalisierenden Konsums“. Im Allgemeinen scheinen beide Kriterien zusammenzufallen: Wenn Trittbrettfahrer nicht ausgeschlossen werden können, ist ein nicht-rivalisierender Verbrauch möglich; und wenn sie ausgeschlossen werden können, wird der Verbrauch rivalisierend, so scheint es zumindest. Wie jedoch die Theoretiker der öffentlichen Güter argumentieren, ist dieser Zufall nicht perfekt. Es sei denkbar, dass der Ausschluss von Trittbrettfahrern zwar möglich ist, ihre Aufnahme aber nicht mit zusätzlichen Kosten verbunden ist (die Grenzkosten für die Zulassung von Trittbrettfahrern sind also gleich Null) und dass der Konsum des betreffenden Gutes durch den zusätzlich zugelassenen Trittbrettfahrer nicht zwangsläufig zu einer Verringerung des Konsums des für andere verfügbaren Gutes führt. Ein solches Gut wäre auch ein öffentliches Gut. Und da auf dem freien Markt Ausschluss praktiziert würde und das Gut nicht für den nicht-konkurrierenden Konsum für alle verfügbar wäre, die es sonst konsumieren könnten — obwohl dies keine zusätzlichen Kosten erfordern würde — würde dies nach der etatistisch-sozialistischen Logik ein Marktversagen beweisen, d.h. ein suboptimales Konsumniveau. Daher müsste der Staat die Bereitstellung solcher Güter übernehmen. (Ein Kino zum Beispiel könnte nur zur Hälfte gefüllt sein, so dass es „kostenlos“ wäre, zusätzliche Zuschauer zuzulassen, und ihr Anschauen des Films könnte auch keine Auswirkungen auf die zahlenden Zuschauer haben; daher würde der Film als öffentliches Gut eingestuft werden. Da jedoch der Eigentümer des Kinos eine Ausgrenzung vornimmt, anstatt Trittbrettfahrern eine „kostenlose“ Aufführung zu ermöglichen, wären die Kinos reif für eine Verstaatlichung). Zu den zahlreichen Irrtümern bei der Definition von öffentlichen Gütern im Sinne des nicht-rivalisierenden Verbrauchs vgl. die nachfolgenden Fußnoten 184 und 188.

¹⁷⁹ Vgl. hierzu W. Block, „Public Goods and Externalities“, in: *Journal of Libertarian Studies*, 1983.

Feuerwehr profitieren lässt, obwohl er nichts zu ihrer Finanzierung beigetragen hat; oder die Polizei, die durch ihre Streifgänge um mein Grundstück potenzielle Einbrecher auch vom Grundstück meines Nachbarn verscheucht, auch wenn er die Patrouillen nicht mitfinanziert hat; oder der Leuchtturm, ein von Ökonomen besonders geliebtes Beispiel¹⁸⁰, der Schiffen hilft, ihren Weg zu finden, auch wenn sie keinen Pfennig zu seinem Bau oder Unterhalt beigetragen haben.

Bevor wir mit der Darstellung und kritischen Prüfung der Theorie der öffentlichen Güter fortfahren, wollen wir untersuchen, wie nützlich die Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Gütern ist, um zu entscheiden, was privat und was vom Staat oder mit staatlicher Hilfe produziert werden sollte. Selbst die oberflächlichste Analyse konnte nicht übersehen, dass die Anwendung dieses angeblichen Kriteriums, anstatt eine vernünftige Lösung zu präsentieren, zu großen Schwierigkeiten führen würde. Während es zumindest auf den ersten Blick so aussieht, als könnten einige der vom Staat bereitgestellten Güter und Dienstleistungen tatsächlich als öffentliche Güter eingestuft werden, ist nicht klar, wie viele der tatsächlich vom Staat produzierten Güter und Dienstleistungen unter die Rubrik der öffentlichen Güter fallen würden. Eisenbahn, Post, Telefon, Straßen und dergleichen scheinen Güter zu sein, deren Nutzung auf die Personen beschränkt werden kann, die sie tatsächlich finanzieren, und die daher als private Güter erscheinen. Und dasselbe scheint für viele Aspekte des mehrdimensionalen Gutes „Sicherheit“ zu gelten: Alles, wofür man sich versichern kann, müsste als privates Gut gelten. Doch das reicht nicht aus. So wie viele staatlich bereitgestellte Güter als private Güter erscheinen, scheinen auch viele privat produzierte Güter in die Kategorie der öffentlichen Güter zu fallen. Natürlich würden meine Nachbarn von meinem gepflegten Rosengarten profitieren — sie könn-

¹⁸⁰ Vgl. etwa J. Buchanan, *The Public Finances*, Homewood, 1970, S. 23; P. Samuelson, *Economics*, New York, 1976, S. 160.

ten sich an seinem Anblick erfreuen, ohne mir jemals beim Gärtnern zu helfen. Das Gleiche gilt für alle Arten von Verbesserungen, die ich an meinem Grundstück vornehmen könnte und die auch den Wert des Nachbargrundstücks steigern würden. Selbst Menschen, die kein Geld in den Hut werfen, können vom Auftritt eines Straßenmusikers profitieren. Die Mitreisenden im Bus, die mir nicht beim Kauf geholfen haben, profitieren von meinem Deodorant. Und jeder, der jemals mit mir in Kontakt kommt, würde von meinen Bemühungen profitieren, mich ohne ihre finanzielle Unterstützung in eine liebenswerte Person zu verwandeln. Müssen nun alle diese Güter — Rosengärten, Grundstücksverbesserungen, Straßenmusik, Deodorants, Persönlichkeitsverbesserungen — da sie eindeutig die Merkmale öffentlicher Güter zu besitzen scheinen, vom Staat oder mit staatlicher Hilfe bereitgestellt werden?

Wie die letztgenannten Beispiele für privat produzierte öffentliche Güter zeigen, ist an der These der Theoretiker öffentlicher Güter, dass diese Güter nicht privat produziert werden können, sondern staatlicher Intervention bedürfen, etwas ernsthaft falsch. Offensichtlich können sie von den Märkten bereitgestellt werden. Darüber hinaus zeigt die Geschichte, dass alle angeblichen öffentlichen Güter, die heute von den Staaten bereitgestellt werden, zu irgendeinem Zeitpunkt in der Vergangenheit tatsächlich von privaten Unternehmern bereitgestellt wurden oder sogar heute noch in dem einen oder anderen Land bereitgestellt werden. So war beispielsweise der Postdienst früher fast überall privat; Straßen wurden privat finanziert und werden es manchmal immer noch; selbst die beliebten Leuchttürme waren ursprünglich das Ergebnis privaten Unternehmertums¹⁸¹; es gibt private Polizeikräfte, Detektive und Schiedsrichter; und die Hilfe für Kranke, Arme, Alte, Waisen und Witwen ist ein traditionelles Feld für private Wohltätigkeitsorganisationen. Die Behauptung, dass ein reines Marktsystem

¹⁸¹ Vgl. R. Coase, „The Lighthouse in Economics“, in: *Journal of Law and Economics*, 1974.

solche Dinge nicht hervorbringen kann, wird also durch die Erfahrung hundertfach widerlegt.

Abgesehen davon ergeben sich weitere Schwierigkeiten, wenn die Unterscheidung zwischen öffentlichen und privaten Gütern verwendet wird, um zu entscheiden, was dem Markt überlassen werden soll und was nicht. Was wäre zum Beispiel, wenn die Produktion so genannter öffentlicher Güter keine positiven, sondern negative Folgen für andere Menschen hätte, oder wenn die Folgen für einige positiv und für andere negativ wären? Was wäre, wenn der Nachbar, dessen Haus von meiner Feuerwehr gerettet wurde, sich gewünscht hätte (vielleicht weil er übertversichert war), dass es abgebrannt wäre, oder meine Nachbarn hassen Rosen, oder meine Mitreisenden finden den Geruch meines Deodorants eklig? Darüber hinaus können Änderungen in der Technologie den Charakter eines bestimmten Gutes verändern. Mit der Entwicklung des Kabelfernsehens zum Beispiel ist ein Gut, das früher (scheinbar) öffentlich war, privat geworden. Und Veränderungen in den Eigentumsgesetzen — der Aneignung von Eigentum — können genau denselben Effekt haben, den öffentlich-privaten Charakter eines Gutes zu verändern. Der Leuchtturm beispielsweise ist nur insofern ein öffentliches Gut, als das Meer in öffentlichem (und nicht in privatem) Besitz ist. Aber wenn es erlaubt wäre, Teile des Meeres als Privateigentum zu erwerben, wie es in einer rein kapitalistischen Gesellschaftsordnung der Fall wäre, dann wäre es, da der Leuchtturm nur über ein begrenztes Territorium scheint, eindeutig möglich, Nichtzahler von der Inanspruchnahme seiner Dienstleistungen auszuschließen.

Verlässt man diese etwas skizzenhafte Diskussionsebene und befasst sich eingehender mit der Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Gütern, so stellt sich heraus, dass es sich um eine völlig illusorische Unterscheidung handelt. Eine eindeutige Dichotomie zwischen privaten und öffentlichen Gütern gibt es nicht, und das ist der Hauptgrund, warum es so viele Meinungsverschiedenheiten über die Klassifizierung bestimmter Güter

geben kann. Alle Güter sind mehr oder weniger privat oder öffentlich und können sich hinsichtlich ihres Grades an Privatheit/Öffentlichkeit mit den sich ändernden Werten und Bewertungen der Menschen und mit Veränderungen in der Zusammensetzung der Bevölkerung verändern — und tun dies auch ständig. Sie fallen nie ein für alle Mal in die eine oder andere Kategorie. Um dies zu erkennen, muss man sich nur daran erinnern, was ein Gut ausmacht. Damit etwas ein Gut ist, muss es von jemandem erkannt und als knapp behandelt werden. Etwas ist sozusagen nicht ein Gut als solches, sondern Güter sind nur in den Augen des Betrachters Güter. Nichts ist ein Gut, ohne dass mindestens eine Person es subjektiv als solches bewertet. Da Güter jedoch niemals Güter an sich sind — keine physikalisch-chemische Analyse kann etwas als wirtschaftliches Gut identifizieren — gibt es natürlich kein festes, objektives Kriterium für die Einstufung von Gütern als privat oder öffentlich. Sie können niemals private oder öffentliche Güter im eigentlichen Sinne sein. Ihr privater oder öffentlicher Charakter hängt davon ab, wie wenige oder wie viele Menschen sie als Güter betrachten, wobei sich der Grad, in dem sie privat oder öffentlich sind, mit der Veränderung dieser Bewertungen ändert und von eins bis unendlich reicht. Selbst scheinbar völlig private Dinge wie die Einrichtung meiner Wohnung oder die Farbe meiner Unterwäsche können so zu öffentlichen Gütern werden, sobald sich jemand anderes dafür interessiert.¹⁸² Und scheinbar öffentliche Güter, wie das Äußere meines Hauses oder die Farbe meines Pullovers, können zu äußerst privaten Gütern werden, sobald andere Menschen aufhören, sich für sie zu interessieren. Außerdem kann jedes Gut seine Eigenschaften immer wieder ändern; es kann sich sogar von einem öffentlichen oder privaten Gut in ein öffentliches oder privates „Schlecht“ verwandeln und umgekehrt, was alleine davon abhängt, ob sich jemand dafür interessiert oder nicht. Wenn dies

¹⁸² Vgl. zum Beispiel den ironischen Fall, dass W. Block Socken zu öffentlichen Gütern macht, in „Public Goods and Externalities“, in: *Journal of Libertarian Studies*, 1983.

jedoch der Fall ist, kann keine Entscheidung auf der Grundlage der Einstufung von Waren als privat oder öffentlich getroffen werden.¹⁸³ Dazu wäre es nicht nur notwendig, praktisch jeden einzelnen Menschen in Bezug auf jedes einzelne Gut zu fragen, ob es ihm positiv oder negativ und vielleicht in welchem Ausmaß wichtig ist, um zu bestimmen, wer wovon profitieren könnte und sich daher an seiner Finanzierung beteiligen sollte. (Und woher soll man wissen, ob sie die Wahrheit sagen?) Es wäre auch notwendig, alle Änderungen in solchen Bewertungen ständig zu überwachen, mit dem Ergebnis, dass niemals eine endgültige Entscheidung über die Produktion von irgendetwas getroffen werden könnte, und als Folge einer unsinnigen Theorie wären wir alle längst tot.¹⁸⁴

¹⁸³ Um an dieser Stelle Missverständnisse zu vermeiden, kann jeder einzelne Produzent und jede Vereinigung von Produzenten, die gemeinsame Entscheidungen treffen, jederzeit entscheiden, ob sie ein Gut auf der Grundlage einer Bewertung der Privatheit oder der Öffentlichkeit des Gutes produzieren oder nicht. Die Entscheidung, ob öffentliche Güter privat produziert werden oder nicht, wird im Rahmen der Marktwirtschaft ständig getroffen. Was unmöglich ist, ist zu entscheiden, ob das Ergebnis des Betriebs eines freien Marktes auf der Grundlage der Bewertung des Grades der Privatheit oder der Öffentlichkeit eines Gutes ignoriert werden soll oder nicht.

¹⁸⁴ In der Tat ist also die Einführung der Unterscheidung zwischen privaten und öffentlichen Gütern ein Rückfall in die präsubjektivistische Ära der Ökonomie. Aus Sicht der subjektivistischen Ökonomie gibt es kein Gut, das objektiv als privat oder öffentlich kategorisiert werden kann. Dies ist im Wesentlichen der Grund, warum das zweite vorgeschlagene Kriterium für öffentliche Güter, d.h. das Zulassen eines nicht-rivalisierenden Verbrauchs (siehe Anmerkung 6 oben), ebenfalls zusammenbricht. Denn wie könnte ein außenstehender Beobachter feststellen, ob der kostenlose Eintritt eines zusätzlichen Trittbrettfahrers nicht tatsächlich zu einer Verminderung des Erhalts eines Gutes durch andere führen würde?! Offensichtlich gibt es keine Möglichkeit, dass er dies objektiv tun könnte. Es könnte in der Tat gut sein, dass die Freude am Kino oder am Fahren auf der Straße erheblich gemindert würde, wenn mehr Menschen im Kino oder auf der Straße zugelassen wären. Um herauszufinden, ob dies der Fall ist oder nicht, müsste man jeden Einzelnen fragen — und nicht jeder wird damit einverstanden sein. (Was dann?) Da auch ein Gut, das nicht-konkurrierenden Konsum zulässt, kein kostenloses Gut ist, würde als Folge der Zulassung zusätzlicher

Aber selbst wenn man all diese Schwierigkeiten ignorieren würde und bereit wäre, um des Arguments willen zuzugeben, dass die Unterscheidung zwischen privatem und öffentlichem Gut tatsächlich zutrifft, würde das Argument nicht das beweisen, was es eigentlich soll. Es liefert weder schlüssige Gründe dafür, warum öffentliche Güter — vorausgesetzt, sie existieren als eigene Kategorie von Gütern — überhaupt produziert werden sollten, noch dafür, warum der Staat und nicht private Unternehmen sie produzieren sollten. Das ist es, was die Theorie der öffentlichen Güter im Wesentlichen aussagt, nachdem sie die oben erwähnte begriffliche Unterscheidung eingeführt hat: Die positiven Auswirkungen öffentlicher Güter für Menschen, die nichts zu ihrer Produktion oder Finanzierung beitragen, beweisen, dass diese Güter wünschenswert sind. In einem freien, wettbewerbsorientierten Markt würden sie aber offensichtlich nicht oder zumindest nicht in ausreichender Menge und Qualität produziert werden, da nicht alle, die von ihrer Produktion profitieren würden, auch finanziell dazu beitragen würden, die Produktion zu ermöglichen. Um diese Güter zu produzieren (die offensichtlich wünschenswert sind, aber sonst nicht produziert würden), muss der Staat also einspringen und bei der Produktion helfen. Diese Art der Argumentation, die in fast jedem Lehrbuch der Wirtschaftswissenschaften zu finden ist (Nobelpreisträger nicht ausgenommen¹⁸⁵), ist völlig falsch, und zwar in zweierlei Hinsicht.

Trittbrettfahrer schließlich „Verdrängung“ eintreten, so dass jeder nach der angemessenen „Marge“ gefragt werden müsste. Darüber hinaus kann mein Verbrauch beeinflusst werden oder auch nicht, je nachdem, wer es ist, der kostenlos zugelassen wird, also müsste ich auch danach gefragt werden. Und schließlich könnte jeder seine Meinung zu all diesen Fragen im Laufe der Zeit ändern. Es ist daher ebenso unmöglich zu entscheiden, ob ein Gut ein Kandidat für die staatliche (und nicht für die private) Produktion ist, basierend auf dem Kriterium des nicht-rivalisierenden Konsums sowie auf dem der Nicht-Ausschließbarkeit. (Vgl. auch nachstehende Fußnote 196).

¹⁸⁵ Vgl. P. Samuelson, „The Pure Theory of Public Expenditure“, in: Review of Economics and Statistics, 1954; und Economics, New York,

Um zu dem Schluss zu kommen, dass der Staat öffentliche Güter bereitstellen muss, die sonst nicht produziert würden, muss man eine Norm in seine Argumentationskette hineinschmuggeln. Andernfalls könnte man aus der Aussage, dass bestimmte Güter aufgrund ihrer besonderen Eigenschaften nicht produziert werden, niemals den Schluss ziehen, dass diese Güter produziert werden *sollten*. Aber mit der geforderten Norm zur Rechtfertigung ihrer Schlussfolgerung haben die Theoretiker der öffentlichen Güter eindeutig die Grenzen der Ökonomie als einer positiven, *wertfreien* Wissenschaft verlassen. Stattdessen sind sie in den Bereich der Moral oder Ethik vorgedrungen, und daher würde man erwarten, dass ihnen eine Theorie der Ethik als kognitive Disziplin angeboten wird, damit sie legitimerweise tun können, was sie tun, und die Schlussfolgerung, die sie tatsächlich ableiten, rechtfertigen können. Es kann jedoch kaum genug betont werden, dass in der Literatur zur Theorie öffentlicher Güter nichts zu finden ist, was einer solchen kognitiven Theorie der Ethik auch nur annähernd ähnelt.¹⁸⁶ Es muss also gleich zu Beginn festgestellt werden, dass die

1976, Kapitel 8; M. Friedman, *Capitalism and Freedom*, Chicago, 1962, Kapitel 2; F. A. Hayek, *Law, Legislation and Liberty*, Bd. 3, Chicago, 1979, Kapitel 14.

¹⁸⁶ In den letzten Jahren beschäftigen sich Ökonomen, insbesondere die sogenannte Chicago-School, zunehmend mit der Analyse von Eigentumsrechten (vgl. H. Demsetz, „The Exchange and Enforcement of Property Rights“, in: *Journal of Law and Economics*, 1964; und „Toward a Theory of Property Rights“, in: *American Economic Review*, 1967; R. Coase, „The Problem of Social Cost“, in: *Journal of Law and Economics*, 1960; A. Alchian, *Economic Forces at Work*, Indianapolis, 1977, Teil 2; R. Posner, *Economic Analysis of Law*, Boston, 1977). Solche Analysen haben jedoch nichts mit Ethik zu tun. Vielmehr stellen sie Versuche dar, wirtschaftliche Effizienzbetrachtungen durch die Etablierung vertretbarer ethischer Grundsätze zu ersetzen (zur Kritik an solchen Bestrebungen vgl. M. N. Rothbard, *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands 1982, Kapitel 26; W. Block, „Coase and Demsetz on Private Property Rights“, in: *Journal of Libertarian Studies*, 1977; R. Dworkin, „Is Wealth a Value“, in: *Journal of Legal Studies*, 1980; M. N. Rothbard, „The Myth of Efficiency“, in: M. Rizzo (Hrsg.), *Time, Uncertainty, and Disequilibrium*, Lexington, 1979). Letztlich sind alle

Theoretiker der öffentlichen Güter das Ansehen, das sie als positive Ökonomen genießen, für Äußerungen zu Themen missbrauchen, zu denen sie, wie ihre eigenen Schriften zeigen, keinerlei Autorität haben. Vielleicht sind sie aber auch nur zufällig über etwas Richtiges gestolpert, ohne es mit einer ausgearbeiteten Moraltheorie zu untermauern? Es wird deutlich, dass nichts weiter von

Effizienzargumente irrelevant, weil es einfach keine nicht willkürliche Möglichkeit gibt, die individuellen Nutzen oder Nachteile zu messen, zu gewichten und zu aggregieren, die sich aus einer bestimmten Verteilung von Eigentumsrechten ergeben. Daher ist jeder Versuch, ein bestimmtes System der Zuweisung von Eigentumsrechten im Hinblick auf seine angebliche Maximierung der „sozialen Wohlfahrt“ zu empfehlen, pseudowissenschaftlicher Humbug (siehe insbesondere M. N. Rothbard, „Toward a Reconstruction of Utility and Welfare Economics“, Center for Libertarian Studies, Occasional Paper No. 3, New York, 1977; auch L. Robbins, „Economics and Political Economy“, in: American Economic Review, 1981).

Auch das „Einstimmigkeitsprinzip“, das J. Buchanan und G. Tullock in Anlehnung an K. Wicksell (*Finanztheoretische Untersuchungen*, Jena, 1896) wiederholt als Leitfaden für die Wirtschaftspolitik vorgeschlagen haben, ist nicht mit einem eigentlichen ethischen Prinzip zu verwechseln. Diesem Grundsatz zufolge sollten nur solche politischen Änderungen vorgenommen werden, die einstimmig beschlossen werden können — und das klingt sicherlich verlockend; aber dann bestimmt er mutatis mutandis auch, dass der Status quo beibehalten werden soll, wenn es keine einstimmige Zustimmung zu irgendeinem Änderungsvorschlag gibt — und das klingt weit weniger verlockend, weil es impliziert, dass jeder gegebene, gegenwärtige Stand der Dinge hinsichtlich der Zuweisung von Eigentumsrechten entweder als Ausgangspunkt oder als fortzusetzender Zustand legitim sein muss. Allerdings bieten die Public-Choice-Theoretiker für diesen gewagten Anspruch keine Rechtfertigung im Sinne einer normativen Eigentumsrechtstheorie, wie sie erforderlich wäre. Daher ist das Einstimmigkeitsprinzip letztlich ohne ethische Grundlage. Tatsächlich ist das von Buchanan favorisierte Prinzip als moralisches Kriterium geradezu absurd, weil es jeden denkbaren Status quo legitimieren würde (vgl. dazu auch M. N. Rothbard, *The Ethics of Liberty*, Atlantic Highlands, 1982, Kapitel 26; und „The Myth of Neutral Taxation“, in: Cato Journal, 1981, S. 549f).

Was dann noch für das Einstimmigkeitsprinzip übrig bleibt, verschicken Buchanan und Tullock, wiederum in Anlehnung an Wicksell, indem sie es faktisch auf eine „relative“ oder „Quasi“-Einstimmigkeit reduzieren.

der Wahrheit entfernt sein könnte, sobald man explizit die Norm formuliert, die erforderlich wäre, um zu der oben erwähnten Schlussfolgerung zu gelangen, dass der Staat bei der Bereitstellung öffentlicher Güter helfen muss. Die für die obige Schlussfolgerung erforderliche Norm lautet: Immer dann, wenn in irgendeiner Weise nachgewiesen werden kann, dass die Produktion eines bestimmten Gutes oder einer bestimmten Dienstleistung eine positive Wirkung auf jemanden hat, aber nicht oder nicht in einer bestimmten Menge oder Qualität produziert würde, wenn sich nicht andere an ihrer Finanzierung beteiligen würden, ist die Anwendung aggressiver Gewalt gegen diese Personen erlaubt, entweder direkt oder indirekt mit Hilfe des Staates, und diese Personen können gezwungen werden, sich an der notwendigen finanziellen Belastung zu beteiligen. Es bedarf keines großen Kommentars, um zu zeigen, dass die Umsetzung dieser Regel zu einem Chaos führen würde, da sie darauf hinausläuft, dass jeder gegen jeden vorgehen kann, wann immer er Lust dazu hat. Darüber hinaus sollte aus der Diskussion des Problems der Rechtfertigung normativer Aussagen (Kapitel 7) hinreichend deutlich werden, dass diese Norm niemals als Gerechtigkeitsnorm gerechtfertigt werden könnte. Denn so zu argumentieren und die Zustimmung zu diesem Argument zu suchen, muss entgegen der Norm voraussetzen, dass die Integrität eines jeden als physisch unabhängige Entscheidungseinheit gewährleistet ist.

Aber die Theorie der öffentlichen Güter scheitert nicht nur an der fehlerhaften moralischen Argumentation, die sie impliziert. Sogar die utilitaristische, wirtschaftliche Argumentation, die in dem obigen Argument enthalten ist, ist eklatant falsch. Wie die Theorie der öffentlichen Güter besagt, könnte es durchaus sein, dass es besser wäre, die öffentlichen Güter zu haben, als sie nicht zu haben, obwohl nicht vergessen werden sollte, dass es keinen a priori Grund gibt, dass dies zwangsläufig so sein muss (womit die Argumentation der Theoretiker der öffentlichen Güter genau hier enden würde). Denn es ist durchaus möglich und sogar eine bekannte Tatsache, dass es Anarchisten gibt, die staatliches Handeln

so sehr verabscheuen, dass sie es vorziehen würden, die so genannten öffentlichen Güter überhaupt nicht zu haben, anstatt sie vom Staat bereitstellen zu lassen!¹⁸⁷ In jedem Fall ist der Sprung von der Feststellung, dass die öffentlichen Güter wünschenswert sind, zu der Aussage, dass sie deshalb vom Staat bereitgestellt werden sollten, alles andere als schlüssig, da dies keineswegs die Wahl ist, mit der man konfrontiert ist, selbst wenn man das Argument bis hierher akzeptiert. Da Geld oder andere Ressourcen von möglichen alternativen Verwendungszwecken abgezogen werden müssen, um die angeblich wünschenswerten öffentlichen Güter zu finanzieren, ist die einzig relevante und angemessene Frage, ob diese alternativen Verwendungszwecke, für die das Geld verwendet werden könnte (d.h. die privaten Güter, die man hätte erwerben können, aber nun nicht kaufen kann, weil das Geld stattdessen für öffentliche Güter ausgegeben wird), wertvoller — d.h. dringender — sind als die öffentlichen Güter. Und die Antwort auf diese Frage ist völlig klar. Gemessen an der Bewertung durch die Verbraucher ist der Wert der öffentlichen Güter, so hoch er auch absolut sein mag, relativ niedriger als der der konkurrierenden privaten Güter, denn wenn man den Verbrauchern die Wahl gelassen hätte (und ihnen nicht eine Alternative aufgezwungen hätte), hätten sie es offensichtlich vorgezogen, ihr Geld anders auszugeben (sonst wäre kein Zwang notwendig gewesen). Dies beweist zweifelsfrei, dass die für die Bereitstellung öffentlicher Güter eingesetzten Mittel verschwendet werden, da sie den Verbrauchern Güter oder Dienstleistungen liefern, die bestenfalls von untergeordneter Bedeutung sind. Kurz gesagt, selbst wenn man davon ausginge, dass es öffentliche Güter gibt, die eindeutig von privaten Gütern unterschieden werden können, und selbst wenn man zugäbe, dass ein bestimmtes öffentliches Gut nützlich sein könnte, würden öffentliche

¹⁸⁷ Vgl. zu diesem Argument M. N. Rothbard, „The Myth of Neutral Taxation“, in: *Cato Journal*, 1981, S. 533. Die Existenz eines einzigen Anarchisten macht übrigens auch alle Verweise auf die Paretooptimalität als Kriterium für ökonomisch legitimes staatliches Handeln ungültig.

Güter immer noch mit privaten Gütern konkurrieren. Und es gibt nur eine Methode, um herauszufinden, ob und in welchem Umfang sie dringender benötigt werden, bzw. ob und in welchem Umfang ihre Produktion auf Kosten der Nicht- oder Unterproduktion dringender benötigter privater Güter erfolgen würde: indem man *alles* von frei konkurrierenden privaten Unternehmen bereitstellen lässt. Im Gegensatz zu den Theoretikern der öffentlichen Güter zwingt die Logik dazu, das Ergebnis zu akzeptieren, dass nur ein reines Marktsystem die Rationalität einer Entscheidung zur Produktion eines öffentlichen Gutes aus Sicht der Verbraucher gewährleisten kann. Und nur in einer rein kapitalistischen Ordnung könnte sichergestellt werden, dass die Entscheidung darüber, wie viel von einem öffentlichen Gut produziert werden soll (sofern es überhaupt produziert werden soll), ebenfalls rational ist.¹⁸⁸ Um zu

¹⁸⁸ Im Wesentlichen dieselbe Argumentation, die zur Ablehnung der sozialistisch-etatistischen Theorie führt, die auf dem angeblich einzigartigen Charakter öffentlicher Güter beruht, die durch das Kriterium der Nicht-Ausschließbarkeit definiert werden, gilt auch, wenn solche Güter stattdessen durch das Kriterium des nicht-konkurrierenden Konsums definiert werden (vgl. Fußnote 178 und 184 oben). Um die normative Aussage, dass sie so angeboten werden sollten, aus der Tatsache abzuleiten, dass Güter, die einen nicht-konkurrierenden Konsum ermöglichen, auf dem freien Markt nicht so vielen Verbrauchern wie möglich angeboten werden, stünde diese Theorie vor genau demselben Problem, dass sie eine vertretbare Ethik erfordert. Darüber hinaus ist auch die utilitaristische Argumentation eklatant falsch. Die Schlussfolgerung der Theoretiker der öffentlichen Güter, dass die marktwirtschaftliche Praxis des Ausschlusses von Trittbrettfahrern vom Genuss von Gütern, die einen nicht-konkurrierenden Konsum zu Grenzkosten von Null ermöglichen, auf ein suboptimales Niveau der sozialen Wohlfahrt hindeuten würde und daher kompensatorische staatliche Maßnahmen erfordern würde, ist in zweierlei Hinsicht fehlerhaft. Erstens sind Kosten eine subjektive Kategorie und können niemals von einem externen Beobachter objektiv gemessen werden. Daher ist die Behauptung, dass zusätzliche Trittbrettfahrer kostenlos zugelassen werden könnten, völlig unzulässig. Wären die subjektiven Kosten für die Zulassung weiterer Verbraucher zum Nulltarif tatsächlich gleich Null, würde der private Eigentümer und Produzent des betreffenden Gutes dies auch tun. Wenn er dies nicht tut, zeigt dies, dass ganz im Gegenteil die Kosten für ihn nicht Null sind.

einem anderen Ergebnis zu kommen, wäre nicht weniger als eine semantische Revolution von wahrhaft orwellischen Ausmaßen erforderlich. Nur wenn man bereit wäre, das „Nein“ von jemandem so zu interpretieren, dass es eigentlich „Ja“ bedeutet, das „Nicht-Kaufen von etwas“ so, dass es stattdessen „dem vorgezogen wird, was der Nicht-Käufer anstelle des Nicht-Kaufens tut“, dass „Zwang“ tatsächlich „Freiheit“ bedeutet, dass „keinen Vertrag abschließen“ in Wirklichkeit „einen Vertrag abschließen“ bedeutet und so weiter, könnte der Standpunkt der Theoretiker der öffent-

Der Grund dafür kann seine Überzeugung sein, dass dies die Befriedigung der anderen Verbraucher schmälern und damit den Preis für sein Produkt drücken würde; oder es kann einfach seine Abneigung gegen ungebetene Trittbrettfahrer sein, wie z.B. wenn ich mich gegen den Vorschlag wehre, mein nicht ganz so gut gefülltes Wohnzimmer verschiedenen sich selbst einladenden Gästen zum nicht-rivalisierenden Konsum zu überlassen. Da die Kosten, aus welchen Gründen auch immer, nicht als Null angenommen werden können, ist es in jedem Fall falsch, von einem Marktversagen zu sprechen, wenn bestimmte Güter nicht kostenlos abgegeben werden. Andererseits wären Wohlfahrtsverluste in der Tat unvermeidlich, wenn man der Empfehlung der Theoretiker öffentlicher Güter folgt, Güter, die angeblich einen nicht-konkurrierenden Konsum ermöglichen, vom Staat kostenlos zur Verfügung stellen zu lassen. Abgesehen von der unüberwindbaren Aufgabe, zu bestimmen, was dieses Kriterium erfüllt, stünde der Staat, der ja von freiwilligen Käufen der Verbraucher unabhängig ist, zunächst vor dem ebenso unlösbaren Problem, rational zu bestimmen, wie viel des öffentlichen Gutes er bereitstellen soll. Da es sich auch bei öffentlichen Gütern nicht um kostenlose Güter handelt, sondern diese ab einem gewissen Grad der Nutzung einem „Verdrängungseffekt“ unterliegen, gibt es für den Staat keinen Halt, da es bei jedem Angebotsniveau immer noch Nutzer gibt, die ausgeschlossen werden müssen und die bei einem größeren Angebot in den Genuss des Trittbrettfahrens kommen könnten. Aber selbst wenn dieses Problem auf wundersame Weise gelöst werden könnte, müssten in jedem Fall die (notwendigerweise überhöhten) Kosten für die Produktion und den Betrieb der öffentlichen Güter, die kostenlos für den nicht-konkurrierenden Konsum verteilt werden, durch Steuern bezahlt werden. Und dies, also die Tatsache, dass die Verbraucher gezwungen worden wären, ihre Freifahrten zu genießen, beweist wiederum zweifelsfrei, dass auch diese öffentlichen Güter aus Sicht der Verbraucher minderwertiger sind als die konkurrierenden privaten Güter, die sie nun nicht mehr erwerben können.

lichen Güter „bewiesen“ werden.¹⁸⁹ Aber wie könnten wir dann sicher sein, dass sie wirklich meinen, was sie zu meinen scheinen, wenn sie sagen, was sie sagen, und nicht eher das genaue Gegenteil meinen oder gar nichts mit einem bestimmten Inhalt meinen, sondern einfach nur plappern? Können wir nicht! M. Rothbard hat also völlig Recht, wenn er die Bemühungen der Ideologen der

¹⁸⁹ Die prominentesten modernen Verfechter des Orwellschen Doppelspruchs sind J. Buchanan und G. Tullock (vgl. ihre in Fußnote 175 oben zitierten Werke). Sie behaupten, dass die Regierung auf einem „Verfassungsvertrag“ beruht, in dem jeder „konzeptionell zustimmt“, sich den Zwangsbefugnissen der Regierung zu unterwerfen, mit dem Verständnis, dass auch alle anderen der Regierung unterworfen sind. Daher ist die Regierung nur scheinbar von Zwang, aber in Wirklichkeit freiwillig. Es gibt mehrere offensichtliche Einwände gegen dieses kuriose Argument. Erstens gibt es keinerlei empirische Beweise für die Behauptung, dass eine Verfassung jemals von allen Betroffenen freiwillig akzeptiert wurde. Schlimmer noch, die bloße Vorstellung, dass alle Menschen sich freiwillig zwingen, ist einfach unvorstellbar, ähnlich wie es unvorstellbar ist, das Gesetz des Widerspruchs zu leugnen. Denn wenn der freiwillig akzeptierte Zwang freiwillig ist, dann müsste es möglich sein, die Unterwerfung unter die Verfassung aufzuheben und der Staat wäre nicht mehr als ein Verein, dem man freiwillig beigetreten wäre. Wenn man jedoch nicht das „Recht hat, den Staat zu ignorieren“ — und dass man dieses Recht nicht hat, ist natürlich das charakteristische Merkmal eines Staates im Vergleich zu einem Club — dann wäre es logischerweise unzulässig zu behaupten, dass die Akzeptanz von staatlichem Zwang freiwillig ist. Und selbst wenn all dies möglich wäre, könnte der Verfassungsvertrag immer noch niemanden außer den ursprünglichen Unterzeichnern der Verfassung binden.

Wie können Buchanan und Tullock auf so absurde Ideen kommen? Durch einen semantischen Trick. Was in der Zeit vor Orwell „undenkbar“ und „keine Vereinbarung“ war, ist für sie „konzeptionell möglich“ und eine „konzeptionelle Vereinbarung“. Für eine sehr lehrreiche kurze Übung in dieser Art von Argumentation in Riesenschritten vgl. J. Buchanan, „A Contractarian Perspective on Anarchy“, in: *Freedom in Constitutional Contract*, College Station, 1977. Hier erfahren wir (S. 17), dass sogar die Akzeptanz des Tempolimits von 100 km/h möglicherweise freiwillig ist (Buchanan ist sich da nicht ganz sicher), da sie letztlich darauf beruht, dass wir uns alle konzeptionell auf die Verfassung einigen, und dass Buchanan eigentlich kein Etatist ist, sondern in Wahrheit ein Anarchist (S. 11).

öffentlichen Güter kommentiert, die Existenz von so genannten Marktversagen aufgrund der Nicht-Produktion oder einer quantitativ oder qualitativ „mangelhaften“ Produktion von öffentlichen Gütern nachzuweisen. Er schreibt: „... eine solche Sichtweise verkennt völlig die Art und Weise, in der die Wirtschaftswissenschaft behauptet, dass das Handeln auf dem freien Markt immer optimal ist. Es ist optimal, nicht vom Standpunkt der persönlichen ethischen Ansichten eines Wirtschaftswissenschaftlers aus, sondern vom Standpunkt des freien, freiwilligen Handelns aller Beteiligten und der Befriedigung der frei geäußerten Bedürfnisse der Verbraucher. Staatliche Eingriffe werden sich daher zwangsläufig und immer von einem solchen Optimum entfernen“.¹⁹⁰

Die Argumente, die angeblich das Versagen des Marktes beweisen, sind in der Tat völlig absurd. Ohne die Verkleidung durch Fachjargon beweisen sie nur Folgendes: Ein Markt ist nicht vollkommen, da er durch das Prinzip der Nicht-Aggression unter Bedingungen gekennzeichnet ist, die durch Knappheit bestimmt werden, so dass bestimmte Waren oder Dienstleistungen, die nur produziert und angeboten werden könnten, wenn Aggression erlaubt wäre, nicht produziert werden. So weit so richtig. Kein Markttheoretiker würde es jemals wagen, dies zu leugnen. Aber, und das ist entscheidend, diese „Unvollkommenheit“ des Marktes kann moralisch wie ökonomisch verteidigt werden, während die von den Gemeinwohltheoretikern propagierte angebliche „Vollkommenheit“ der Märkte dies nicht können.¹⁹¹ Richtig ist auch, dass eine

¹⁹⁰ M. N. Rothbard, *Man, Economy and State*, Los Angeles, 1970, S.887.

¹⁹¹ Dies sollte vor allem dann bedacht werden, wenn es darum geht, die Stichhaltigkeit von staatsinterventionistischen Argumenten wie dem folgenden von J. M. Keynes („The End of Laissez Faire“, in: J. M. Keynes, *Collected Writings*, London 1972, Bd. 9, S. 291): „Die wichtigste Agenda des Staates bezieht sich nicht auf jene Aktivitäten, die bereits von Privatpersonen erfüllt werden, sondern auf jene Funktionen, die außerhalb der Sphäre des Individuums liegen, auf jene Entscheidungen, die von niemandem getroffen werden, wenn der Staat sie nicht trifft. Das Wichtigste für die Regierung ist nicht, Dinge zu tun, die Individuen

Beendigung der gegenwärtigen Praxis des Staates, öffentliche Güter zur Verfügung zu stellen, eine Veränderung der bestehenden Sozialstruktur und der Verteilung des Wohlstands bedeuten würde. Und eine solche Umschichtung würde sicherlich für einige Menschen eine Entbehrung darstellen. Genau aus diesem Grund gibt es in der Öffentlichkeit einen breiten Widerstand gegen die Privatisierung staatlicher Aufgaben, obwohl langfristig der gesellschaftliche Wohlstand durch diese Politik gesteigert würde. Diese Tatsache kann jedoch nicht als gültiges Argument für das Versagen der Märkte akzeptiert werden. Wenn es einem Mann erlaubt war, andere Menschen auf den Kopf zu schlagen, und es ihm nun nicht mehr erlaubt ist, diese Praxis fortzusetzen, ist er sicherlich gekränkt. Aber man würde *das* kaum als gültige Ausrede akzeptieren, um die alten Regeln (des Auf-den-Kopf-Schlagens) aufrechtzuerhalten. Er wird geschädigt, aber ihn zu schädigen bedeutet, eine Gesellschaftsordnung, in der jeder Verbraucher das gleiche Recht hat, zu bestimmen, was und wie viel von irgendetwas produziert wird, durch ein System zu ersetzen, in dem einige Verbraucher das Recht haben, zu bestimmen, in welcher Hinsicht es anderen Verbrauchern nicht erlaubt ist, mit den von ihnen rechtmäßig erworbenen und ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln freiwillig zu kaufen, was sie wollen. Und sicherlich wäre eine solche Substitution aus Sicht aller Verbraucher als freiwillige Verbraucher vorzuziehen.

Aufgrund logischer Überlegungen muss man also Molinaris oben zitierte Schlussfolgerung akzeptieren, dass im Interesse der Verbraucher alle Waren und Dienstleistungen auf Märkten angeboten werden sollten.¹⁹² Es ist nicht nur falsch, dass es klar unter-

bereits tun, und sie ein wenig besser oder ein wenig schlechter zu machen: sondern die Dinge zu tun, die überhaupt nicht getan werden.“

Diese Argumentation erscheint nicht nur falsch, sie ist es wirklich.

¹⁹² Einige libertäre Minimalstaatlere widersprechen, dass die Existenz eines Marktes die Anerkennung und Durchsetzung einer gemeinsamen Rechtsordnung und damit eine Regierung als monopolistische Richter- und Durchsetzungsinstanz voraussetzt. (Vgl. z.B. J. Hospers,

scheidbare Kategorien von Gütern gibt, die besondere Ergänzungen der allgemeinen These von der ökonomischen Überlegenheit des Kapitalismus erforderlich machen würden; selbst wenn es sie gäbe, ließe sich kein besonderer Grund finden, warum diese angeblich besonderen öffentlichen Güter nicht auch von privaten Unternehmen produziert werden sollten, da sie immer in Konkurrenz zu privaten Gütern stehen. Tatsächlich hat sich trotz aller Propaganda von Seiten der Gemeinwohltheoretiker die größere Effizienz der Märkte im Vergleich zum Staat bei immer mehr der angeblichen öffentlichen Güter gezeigt. Kaum jemand, der sich ernsthaft mit dieser Materie befasst, kann angesichts der täglichen Erfahrungen leugnen, dass der Markt heute Post, Eisenbahn, Elektrizität, Telefon, Bildung, Geld, Straßen usw. effektiver, d.h. verbraucherfreundlicher, produzieren kann als der Staat. Dennoch scheuen sich die Menschen im Allgemeinen, in einem bestimmten

Libertarianism, Los Angeles, 1971; T. Machan, *Human Rights and Human Liberties*, Chicago, 1975.) Nun ist es sicherlich richtig, dass ein Markt die Anerkennung und Durchsetzung der Regeln voraussetzt, die seinem Funktionieren zugrunde liegen. Daraus folgt aber nicht, dass diese Aufgabe einer monopolistischen Instanz anvertraut werden muss. Eine gemeinsame Sprache oder ein gemeinsames Zeichensystem wird zwar auch vom Markt vorausgesetzt, aber es wäre kaum überzeugend, daraus zu schließen, dass der Staat für die Einhaltung der Sprachregeln sorgen muss. Ebenso wie das Sprachsystem entstehen auch die Regeln des Marktverhaltens spontan und können durch die „unsichtbare Hand“ des Eigeninteresses durchgesetzt werden. Ohne die Einhaltung gemeinsamer Sprachregeln könnten die Menschen nicht von den Vorteilen profitieren, die die Kommunikation bietet, und ohne die Einhaltung gemeinsamer Verhaltensregeln könnten die Menschen nicht in den Genuss der höheren Produktivität einer arbeitsteiligen Tauschwirtschaft kommen. Darüber hinaus können, wie ich in Kapitel 7 gezeigt habe, unabhängig von jeder Regierung die Regeln des Marktes a priori als gerecht verteidigt werden. Wie ich am Ende dieses Kapitels darlegen werde, erzeugt gerade ein wettbewerbsorientiertes System der Rechtsverwaltung und -durchsetzung den größtmöglichen Druck, Verhaltensregeln zu erarbeiten und zu erlassen, die ein Höchstmaß an Konsens beinhalten. Und natürlich sind die Regeln, die genau dies tun, diejenigen, die das apriorische Denken als logisch notwendige Voraussetzung der Argumentation und der argumentativen Übereinstimmung festlegt.

Bereich zu akzeptieren, was die Logik ihnen aufzwingt: im Bereich der Produktion von Sicherheit. Im weiteren Verlauf dieses Kapitels wird daher das überlegene Funktionieren einer kapitalistischen Wirtschaft in diesem speziellen Bereich erläutert — eine Überlegenheit, deren logische Gründe bereits dargelegt wurden, die aber noch überzeugender wird, wenn die Analyse durch empirisches Material ergänzt und als eigenständiges Problem untersucht wird.¹⁹³

¹⁹³ Dieselbe Logik, die einen dazu zwingt, die Idee der privatwirtschaftlichen Produktion von Sicherheit als ökonomisch beste Lösung für das Problem der Konsumbefriedigung zu akzeptieren, zwingt einen übrigens auch, was die moralisch-ideologischen Positionen betrifft, die politische Theorie des klassischen Liberalismus aufzugeben und den kleinen, aber dennoch entscheidenden Schritt (von dort) zur Theorie des Libertarismus oder der Privateigentums-Anarchie zu machen. Der klassische Liberalismus, mit L. v. Mises als seinem wichtigsten Vertreter in diesem Jahrhundert, tritt für eine Gesellschaftsordnung ein, die auf den Grundregeln der natürlichen Theorie des Eigentums beruht. Und das sind auch die Regeln, die der Libertarismus befürwortet. Aber der klassische Liberalismus will diese Gesetze dann von einer monopolistischen Behörde (der Regierung, dem Staat) durchsetzen lassen — einer Organisation also, die nicht ausschließlich auf die freiwillige, vertragliche Unterstützung durch die Konsumenten ihrer jeweiligen Leistungen angewiesen ist, sondern das Recht hat, ihr Einkommen, d.h. die Steuern, die den Konsumenten auferlegt werden, einseitig zu bestimmen, um ihre Aufgabe im Bereich der Sicherheitsproduktion zu erfüllen. Wie plausibel das auch immer klingen mag, es sollte klar sein, dass es inkonsistent ist. Entweder gelten die Grundsätze der Theorie des natürlichen Eigentums, dann ist der Staat als privilegierter Monopolist unmoralisch, oder das Geschäft, das auf und um die Aggression herum aufgebaut ist — die Anwendung von Gewalt und nicht-vertraglichen Mitteln zum Erwerb von Ressourcen — ist gültig, dann muss man die erste Theorie verwerfen. Es ist unmöglich, beide Behauptungen aufrechtzuerhalten und nicht widersprüchlich zu sein, es sei denn, man könnte ein Prinzip aufstellen, das grundlegender ist als sowohl die natürliche Theorie des Eigentums als auch das Recht des Staates auf aggressive Gewalt, und aus dem beide, mit den jeweiligen Einschränkungen hinsichtlich der Bereiche, in denen sie gültig sind, logisch abgeleitet werden können. Der Liberalismus hat jedoch nie einen solchen Grundsatz aufgestellt und wird dazu auch nie in der Lage sein, denn wie ich in Kapitel 7 gezeigt habe, setzt die Befürwortung von irgendetwas das Recht voraus, frei von

Wie würde ein System von nicht-monopolistischen, konkurrierenden Sicherheitsproduzenten funktionieren? Es sollte von vornherein klar sein, dass man bei der Beantwortung dieser Frage den Bereich der rein logischen Analyse verlässt und die Antworten daher notwendigerweise nicht die Gewissheit, den apodiktischen Charakter von Aussagen über die Gültigkeit der Theorie der öffentlichen Güter haben. Das Problem, mit dem wir konfrontiert werden, ist genau das gleiche wie die Frage, wie ein Markt das Problem der Hamburgerproduktion lösen würde, vor allem, wenn die Hamburger bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich vom Staat produziert wurden und daher niemand auf frühere Erfahrungen zurückgreifen konnte. Es können nur vorläufige Antworten formuliert werden. Niemand könnte die genaue Struktur der Hamburger-Industrie kennen — wie viele konkurrierende Unternehmen es geben würde, welche Bedeutung dieser Industriezweig im Vergleich zu anderen haben könnte, wie die Hamburger aussehen würden, wie viele verschiedene Sorten von Hamburgern auf dem Markt erscheinen und vielleicht wegen mangelnder Nachfrage wieder verschwinden würden und so weiter. Niemand könnte alle Umstände und Veränderungen kennen, die sich im Laufe der Zeit auf die Struktur der Hamburgerindustrie auswirken würden — Veränderungen in der Nachfrage verschiedener Verbrauchergruppen, Veränderungen in der Technologie, Veränderungen in den Preisen verschiedener Waren, die die Industrie direkt oder indirekt betreffen, und so weiter.

Es muss betont werden, dass all dies nicht anders ist, wenn es um die Frage der privaten Produktion von Sicherheit geht. Das

Aggression zu sein. Angesichts der Tatsache, dass die Prinzipien der natürlichen Theorie des Eigentums als moralisch gültige Prinzipien nicht argumentativ angefochten werden können, ohne ihre Gültigkeit implizit anzuerkennen, ist man also zwangsläufig gezwungen, den Liberalismus aufzugeben und stattdessen sein radikaleres Kind zu akzeptieren: den Libertarismus, die Philosophie des reinen Kapitalismus, die verlangt, dass die Produktion von Sicherheit auch von der Privatwirtschaft übernommen wird.

bedeutet aber keineswegs, dass man nichts Endgültiges zu diesem Thema sagen kann. Unter der Annahme bestimmter allgemeiner Bedingungen für die Nachfrage nach Sicherheitsdienstleistungen, von denen man weiß, dass sie mehr oder weniger realistisch sind, wenn man die Welt betrachtet, wie sie heute ist, kann und wird man sagen, wie verschiedene soziale Ordnungen der Sicherheitsproduktion, die durch unterschiedliche strukturelle Zwänge gekennzeichnet sind, unter denen sie arbeiten müssen, unterschiedlich reagieren werden.¹⁹⁴ Analysieren wir zunächst die Besonderheiten der monopolistischen, staatlich gelenkten Sicherheitsproduktion, da man zumindest in diesem Fall auf zahlreiche Belege für die Stichhaltigkeit der gezogenen Schlussfolgerungen zurückgreifen kann, und vergleichen wir dann mit dem, was zu erwarten wäre, wenn ein solches System durch ein nicht-monopolistisches ersetzt würde.

Auch wenn die Sicherheit als öffentliches Gut angesehen wird, muss sie bei der Verteilung knapper Ressourcen mit anderen Gütern konkurrieren. Was für die Sicherheit ausgegeben wird, kann nicht mehr für andere Güter ausgegeben werden, die ebenfalls die Zufriedenheit der Verbraucher erhöhen können. Außerdem ist Sicherheit kein einzelnes, homogenes Gut, sondern besteht aus zahlreichen Komponenten und Aspekten. Es geht nicht nur um Vorbeugung, Aufdeckung und Durchsetzung, sondern auch um Sicherheit vor Räubern, Vergewaltigern, Umweltverschmutzern, Naturkatastrophen und so weiter. Außerdem wird die Sicherheit nicht in einem „Klumpen“ produziert, sondern kann in marginalen Einheiten geliefert werden. Darüber hinaus messen verschiedene Menschen der Sicherheit insgesamt und auch verschiedenen

¹⁹⁴ Vgl. zum Problem der wettbewerblichen Sicherheitsproduktion G. de Molinari, „The Production of Security“ Center for Libertarian Studies, Occasional Paper No. 2, New York, 1977; M. N. Rothbard, *Power and Market*, Kansas City, 1977, Kapitel 1; und *For A New Liberty*, New York, 1978, Kapitel 12; außerdem: W.C. Wooldridge, *Uncle Sam the Monopoly Man*, New Rochelle, 1970, Kapitel 5-6; M. und L. Tannehill, *The Market for Liberty*, New York, 1984, Teil 2.

Aspekten des Ganzen unterschiedliche Bedeutung bei, je nach ihren persönlichen Eigenschaften, ihren früheren Erfahrungen mit verschiedenen Unsicherheitsfaktoren und der Zeit und dem Ort, an dem sie leben.¹⁹⁵ Und hier kehren wir nun zu dem grundlegenden wirtschaftlichen Problem der Zuweisung knapper Ressourcen für unterschiedliche Verwendungszwecke zurück: Wie kann der Staat — eine Organisation, die nicht ausschließlich durch freiwillige Beiträge und den Verkauf ihrer Produkte, sondern teilweise oder sogar ganz durch Steuern finanziert wird — entscheiden, wie viel Sicherheit zu produzieren ist, wie viel von jedem seiner unzähligen Aspekte, an wen und wo wie viel von was zu liefern ist? Die Antwort ist, dass er keine rationale Möglichkeit hat, diese Frage zu entscheiden. Aus Sicht der Verbraucher muss ihre Reaktion auf ihre Sicherheitsbedürfnisse daher als willkürlich angesehen werden. Brauchen wir einen Polizisten und einen Richter oder 100.000 von jedem? Sollten sie 100 US-Dollar pro Monat oder 10.000 US-Dollar erhalten? Sollten die Polizisten, wie viele wir auch haben mögen, mehr Zeit damit verbringen, auf den Straßen zu patrouillieren, Räuber zu jagen, gestohlene Beute wiederzubeschaffen oder Teilnehmer an opferlosen Straftaten wie Prostitution, Drogenkonsum oder Schmuggel auszuspionieren? Und sollten die Richter mehr Zeit und Energie darauf verwenden, Scheidungsfälle, Verkehrsverstöße, Fälle von Ladendiebstahl, Mord oder Kartellrechtsfälle zu verhandeln? Es ist klar, dass alle diese Fragen irgendwie beantwortet werden müssen, denn solange es Knappheit gibt und wir nicht im Garten Eden leben, kann die Zeit und das Geld, die für eine Sache ausgegeben werden, nicht für eine andere ausgegeben werden. Der Staat muss auch diese Fragen beantworten, aber was auch immer er tut, er tut es, *ohne* dem Gewinn- und Verlustkriterium unterworfen zu sein. Daher ist sein Handeln willkürlich und somit zwangsläufig mit unzähligen verschwender-

¹⁹⁵ Vgl. M. Murck, *Soziologie der öffentlichen Sicherheit*, Frankfurt/M., 1980.

ischen Fehlallokationen aus Verbrauchersicht verbunden.¹⁹⁶ Weitgehend unabhängig von den Wünschen der Verbraucher machen die staatlich angestellten Sicherheitsproduzenten stattdessen bekanntlich, was *sie* wollen. Sie lungern herum, anstatt etwas zu tun, und wenn sie arbeiten, tun sie lieber das, was am einfachsten ist, oder arbeiten dort, wo sie Macht ausüben können, anstatt den Verbrauchern zu dienen. Polizeibeamte fahren viel mit dem Auto herum, schikanieren unbedeutende Verkehrssünder und geben Unmengen von Geld für die Verfolgung von opferlosen Verbrechen aus, die viele Menschen (d.h. Unbeteiligte) nicht mögen, für deren Bekämpfung aber nur wenige bereit wären, ihr Geld auszugeben, da sie davon nicht unmittelbar betroffen sind. Doch in Bezug auf das, was die Verbraucher am dringendsten wünschen — die Verhinderung von Schwerverbrechen (d.h. Verbrechen mit Opfern), die Aufdeckung und wirksame Bestrafung von Schwerverbrechen, die Wiedererlangung von Beute und die Sicherstellung der Entschädigung von Opfern von Verbrechen durch die Angreifer — sind sie trotz immer höherer Mittelzuweisungen notorisch ineffizient.

Darüber hinaus — und hier komme ich wieder auf das Problem einer geringeren Qualität des Ergebnisses (bei gegebenen Zuweisungen) zurück — werden staatlich angestellte Polizisten oder Richter, was auch immer sie tun (so willkürlich es auch sein mag), tendenziell schlecht abschneiden, da ihr Einkommen mehr oder weniger unabhängig von der Bewertung ihrer jeweiligen Leistungen durch die Verbraucher ist. So beobachtet man polizeiliche Willkür und Brutalität sowie die Langsamkeit im gerichtlichen Prozess. Darüber hinaus ist es bemerkenswert, dass weder die Polizei noch die Justiz den Verbrauchern auch nur annähernd einen Dienstleistungsvertrag anbietet, in dem unmissverständlich festgelegt ist, welches Verfahren der Verbraucher in einer bestimmten

¹⁹⁶ Zu den Mängeln demokratisch kontrollierter Zuteilungsentscheidungen vgl. oben, Kapitel 9, Fußnote 155.

Situation erwarten kann. Vielmehr agieren beide in einem vertraglichen Vakuum, das ihnen im Laufe der Zeit erlaubt, ihre Verfahrensregeln willkürlich zu ändern, und das die wahrhaft lächerliche Tatsache erklärt, dass die Beilegung von Streitigkeiten zwischen Polizei und Richtern einerseits und Privatpersonen andererseits nicht einem unabhängigen Dritten übertragen wird, sondern einem anderen Polizisten oder Richter, der mit einer Partei — der Regierung — in dem Streitfall gemeinsame Arbeitgeber hat.

Drittens: Jeder, der schon einmal staatliche Polizeistationen und Gerichte gesehen hat, ganz zu schweigen von den Gefängnissen, weiß, wie wahr es ist, dass die Produktionsfaktoren, die uns diese Sicherheit bieten, überbeansprucht, schlecht instand gehalten und schmutzig sind. Es gibt keinen Grund für sie, die Verbraucher zufrieden zu stellen, die ihr Einkommen zur Verfügung stellen. Und wenn dies ausnahmsweise einmal nicht der Fall ist, dann nur zu Kosten, die vergleichsweise viel höher sind als die eines vergleichbaren privaten Unternehmens.¹⁹⁷

Zweifelhohe würden alle diese Probleme, die einem System der monopolistischen Sicherheitsproduktion innewohnen, relativ schnell gelöst werden, sobald eine gegebene Nachfrage nach Sicherheitsdienstleistungen durch einen Wettbewerbsmarkt mit seiner völlig anderen Anreizstruktur für Produzenten gedeckt würde. Das soll nicht heißen, dass eine „perfekte“ Lösung für das Sicherheitsproblem gefunden würde. Es würde immer noch Raubüberfälle und Morde geben, nicht jede Beute würde wiedergefunden und nicht jeder Mörder gefasst werden. Bei der Bewertung durch

¹⁹⁷ Molinari fasst zusammen („Production of Security“, Center for Libertarian Studies, Occasional Paper No. 2, New York, 1977, S. 13-14): „Wenn ... der Verbraucher nicht die Freiheit hat, Sicherheit zu kaufen, wo immer er will, entsteht sofort ein großer Berufszweig, der sich der Willkür und der schlechten Verwaltung widmet. Die Justiz wird langsam und kostspielig, die Polizei lästig, die Freiheit des Einzelnen wird nicht mehr respektiert, der Preis der Sicherheit wird missbräuchlich überhöht und ungerecht verteilt, je nach Macht und Einfluss dieser oder jener Klasse von Verbrauchern“.

die Verbraucher würde sich die Situation jedoch in dem Maße verbessern, wie die Natur des Menschen dies zulässt. Erstens: Solange es ein Wettbewerbssystem gibt, d.h. solange die Hersteller von Sicherheitsdienstleistungen von freiwilligen Käufen abhängig sind, von denen die meisten wahrscheinlich die Form von Dienstleistungs- und Versicherungsverträgen annehmen, die im Vorfeld eines tatsächlichen „Ereignisses“ von Unsicherheit oder Aggression abgeschlossen werden, kann kein Hersteller seinen Umsatz steigern, ohne die Dienstleistungen oder die von den Verbrauchern wahrgenommene Qualität des Produkts zu verbessern. Außerdem könnten alle Sicherheitsproduzenten zusammengenommen die Bedeutung ihrer Branche nur dann steigern, wenn die Verbraucher, aus welchen Gründen auch immer, tatsächlich begännen, die Sicherheit höher zu bewerten als andere Güter, wodurch sichergestellt würde, dass die Produktion von Sicherheit niemals und nirgends auf Kosten der Nicht- oder Unterproduktion von, sagen wir, Käse als konkurrierendes privates Gut erfolgen würde. Darüber hinaus müssten die Hersteller von Sicherheitsdienstleistungen ihr Angebot in erheblichem Maße diversifizieren, da die Nachfrage nach Sicherheitsprodukten bei Millionen und Abermillionen von Verbrauchern sehr unterschiedlich ist. Da sie direkt von der freiwilligen Unterstützung durch die Verbraucher abhängig sind, würden sie sofort finanzielle Einbußen erleiden, wenn sie nicht angemessen auf die verschiedenen Wünsche oder Änderungen der Wünsche der Verbraucher reagieren würden. Somit hätte jeder Verbraucher einen, wenn auch geringen, direkten Einfluss auf die Produktion von Waren, die auf dem Wertpapiermarkt erscheinen oder von ihm verschwinden. Anstatt ein einheitliches „Sicherheitspaket“ für alle anzubieten, wie es für die staatliche Produktionspolitik charakteristisch ist, würde eine Vielzahl von Leistungspaketen auf den Markt kommen. Sie würden auf die unterschiedlichen Sicherheitsbedürfnisse der verschiedenen Menschen zugeschnitten sein, unter Berücksichtigung der verschiedenen Berufe, des unterschiedlichen Risikoverhaltens, der verschiedenen zu schütz-

enden und zu versichernden Güter und der unterschiedlichen geografischen und zeitlichen Gegebenheiten.

Aber das ist längst noch nicht alles. Neben der Diversifizierung würden sich auch Inhalt und Qualität der Produkte verbessern. Nicht nur die Behandlung der Verbraucher durch die Mitarbeiter der Sicherheitsunternehmen würde sich sofort verbessern, sondern auch die „Mir doch egal“-Haltung, die Willkür und sogar Brutalität, die Nachlässigkeit und die Langsamkeit der derzeitigen Polizei- und Justizsysteme würden endlich verschwinden. Da sie dann auf die freiwillige Unterstützung der Verbraucher angewiesen wären, könnte jede Misshandlung, Unhöflichkeit oder Ungeschicklichkeit sie ihren Arbeitsplatz kosten. Darüber hinaus würde die oben genannte Besonderheit — dass die Beilegung von Streitigkeiten zwischen einem Kunden und seinem Dienstleister ausnahmslos dessen Urteil anvertraut wird — mit ziemlicher Sicherheit aus den Büchern verschwinden, und die Streitschlichtung durch unabhängige Parteien würde zum Standardabkommen werden, das von Sicherheitsproduzenten angeboten wird. Vor allem aber müssten die Hersteller solcher Dienstleistungen, um Kunden anzuziehen und zu halten, *Verträge* anbieten, die es dem Verbraucher ermöglichen, zu wissen, was er kauft, und ihn in die Lage versetzen, eine gültige, intersubjektiv feststellbare Beschwerde vorzubringen, wenn die tatsächliche Leistung des Sicherheitsproduzenten seinen Verpflichtungen nicht gerecht wird. Und genauer gesagt, soweit es sich nicht um individuelle Dienstleistungsverträge handelt, bei denen die Kunden ausschließlich für die Deckung ihres eigenen Risikos zahlen, sondern um Versicherungsverträge, bei denen die eigenen Risiken mit denen anderer Personen zusammengelegt werden, würden diese Verträge im Gegensatz zur gegenwärtigen staatlichen Praxis mit Sicherheit kein bewusst eingebautes Umverteilungsschema mehr enthalten, das eine Gruppe von Personen auf Kosten einer anderen begünstigt. Andernfalls würde jemand, der das Gefühl hat, dass der ihm angebotene Vertrag bedeutet, dass er für die besonderen Bedürfnisse und

Risiken anderer aufkommen muss — also für Faktoren möglicher Unsicherheit, die er in seinem eigenen Fall nicht als zutreffend empfindet — die Unterzeichnung einfach ablehnen oder seine Zahlungen einstellen.

Doch wenn all dies gesagt ist, wird unweigerlich die Frage auftauchen: „Würde ein wettbewerbsorientiertes System der Sicherheitsproduktion nicht zwangsläufig zu einem permanenten sozialen Konflikt, zu Chaos und Anarchie führen?“ Zu dieser angeblichen Kritik gibt es mehrere Punkte zu sagen. Zunächst einmal ist festzustellen, dass ein solcher Eindruck keineswegs mit den historischen, empirischen Belegen übereinstimmen würde.

Systeme konkurrierender Gerichte gab es an verschiedenen Orten, wie im alten Irland oder zur Zeit der Hanse, bevor der moderne Nationalstaat entstand, und soweit wir wissen, haben sie gut funktioniert.¹⁹⁸ Gemessen an der damaligen Kriminalitätsrate (Kriminalität pro Kopf) war die private Polizei im Wilden Westen (der übrigens gar nicht so wild war, wie manche Filme suggerieren) relativ erfolgreicher als die heutige staatliche Polizei.¹⁹⁹ Und wenn wir uns den Erfahrungen und Beispielen der Gegenwart zuwenden, so gibt es schon heute Millionen und Abermillionen von internationalen Verträgen — Handels- und Reiseverträge — und es scheint sicherlich eine Übertreibung zu sein, zu sagen, dass es dort mehr Betrug, mehr Verbrechen, mehr Vertragsbruch gibt als in den innerstaatlichen Beziehungen. Und das, wohlgemerkt, ohne dass es einen großen monopolistischen Sicherheitsproduzenten und Gesetzgeber gibt. Schließlich darf nicht vergessen werden, dass es auch heute noch in vielen Ländern neben dem Staat verschiedene private Sicherheitsdienstleister gibt: Privatdetektive, Versicher-

¹⁹⁸ Vgl. die in Fußnote 194 zitierte Literatur; außerdem: B. Leoni, *Freedom and the Law*, Princeton, 1961; J. Peden, „Property Rights in Celtic Irish Law“, in: *Journal of Libertarian Studies*, 1977.

¹⁹⁹ Vgl. T. Anderson und P. J. Hill, „The American Experiment in Anarcho-Capitalism: The Not So Wild, Wild West“, in: *Journal of Libertarian Studies*, 1980.

ungsdetektive und private Schiedsgerichte. Was ihre Arbeit betrifft, so scheint der Eindruck die These zu bestätigen, dass sie bei der Lösung sozialer Konflikte nicht weniger, sondern mehr Erfolg haben als ihre öffentlichen Kollegen.

Diese historischen Belege sind jedoch sehr umstritten, insbesondere hinsichtlich der Frage, ob sich daraus allgemeine Informationen ableiten lassen. Es gibt aber auch systematische Gründe, warum die in der obigen Kritik geäußerte Befürchtung nicht begründet ist. So paradox es auf den ersten Blick klingen mag: Dies liegt daran, dass die Schaffung eines wettbewerbsfähigen Systems von Sicherheitsproduzenten die Errichtung einer institutionalisierten Anreizstruktur zur Herstellung einer Rechts- und Strafverfolgungsordnung impliziert, die ein Höchstmaß an Konsens in der Frage der Konfliktlösung verkörpert und daher tendenziell eher weniger als mehr soziale Unruhen und Konflikte hervorruft als unter monopolistischen Schirmherrschaften!²⁰⁰ Um dies zu verstehen, ist es notwendig, die einzige typische Situation näher zu betrachten, die den Skeptiker betrifft und ihn an die überlegene Tugend einer monopolistisch organisierten Ordnung der Sicherheitsproduktion glauben lässt. Dies ist der Fall, wenn es zu einem Konflikt zwischen A und B kommt, die beide bei verschiedenen Gesellschaften versichert sind, und die Gesellschaften sich nicht sofort über die Gültigkeit der von ihren jeweiligen Kunden geltend gemachten widersprüchlichen Ansprüche einigen können. (Es gäbe kein Problem, wenn eine solche Vereinbarung zustande käme oder wenn beide Kunden bei ein und demselben Unternehmen versichert wären — zumindest wäre das Problem dann nicht anders als bei einem staatlichen Monopol!) Würde eine solche Situation nicht immer in einer bewaffneten Konfrontation enden? Das ist höchst unwahrscheinlich. Erstens wäre ein gewaltsamer Kampf zwischen den Unternehmen kostspielig und riskant, insbesondere

²⁰⁰ Vgl. dazu H. H. Hoppe, *Eigentum, Anarchie und Staat*, Opladen, 1987, Kapitel 5.

wenn diese Unternehmen eine beachtliche Größe erreicht haben, die für sie wichtig wäre, um ihren potenziellen Kunden gegenüber als wirksame Sicherheitsgaranten aufzutreten. Noch wichtiger ist jedoch, dass in einem wettbewerbsorientierten System, in dem jedes Unternehmen von der Fortsetzung der freiwilligen Zahlungen der Verbraucher abhängig ist, jeder Kampf von jedem einzelnen Kunden beider Unternehmen bewusst unterstützt werden müsste. Gäbe es nur eine Person, die ihre Zahlungen zurückzöge, weil sie nicht von der Notwendigkeit des Kampfes in dem jeweiligen Konflikt überzeugt ist, würde sofort wirtschaftlicher Druck auf das Unternehmen ausgeübt, eine friedliche Lösung des Konflikts zu suchen.²⁰¹ Ein wettbewerbsfähiger Sicherheitsproduzent wäre also äußerst vorsichtig, wenn es darum ginge, Konflikte mit Gewalt zu lösen. In dem Maße, in dem die Verbraucher eine friedliche Konfliktlösung wünschen, würde jeder Sicherheitshersteller große Anstrengungen unternehmen, um seinen Kunden solche Maßnahmen anzubieten und im Voraus für jedermann ersichtlich festzulegen, welchem Schlichtungsverfahren er sich und seine Kunden im Falle einer Meinungsverschiedenheit über die Bewertung widersprüchlicher Ansprüche zu unterwerfen bereit ist. Und da ein solches Schema den Kunden verschiedener Firmen nur dann als wirklich funktionierend erscheinen könnte, wenn sie sich über solche Schlichtungsverfahren einig wären, würde sich natürlich ein Rechtssystem entwickeln, das die Beziehungen zwischen Unternehmen regelt, das für die Kunden aller konkurrierenden Sicherheitshersteller universell akzeptabel wäre. Darüber hinaus ist der wirtschaftliche Druck, Regeln zu schaffen, die einen Konsens über den Umgang mit Konflikten darstellen, noch weitreichender. In

²⁰¹ Man vergleiche dies mit der Politik des Staates, der ohne die bewusste Unterstützung aller in den Kampf zieht, weil er das Recht hat, die Menschen zu besteuern; und man frage sich, ob das Kriegeisiko geringer oder höher wäre, wenn man das Recht hätte, die Steuerzahlungen einzustellen, sobald man das Gefühl hat, dass die staatliche Handhabung der auswärtigen Angelegenheiten nicht nach dem eigenen Geschmack ist!

einem wettbewerbsorientierten System wären die unabhängigen Schiedsrichter, die mit der Aufgabe betraut würden, friedliche Lösungen für Konflikte zu finden, auf die anhaltende Unterstützung der beiden uneinigen Unternehmen angewiesen, soweit sie unterschiedliche Richter wählen könnten und würden, wenn einer von ihnen mit dem Ergebnis ihrer Schiedsgerichtsarbeit ausreichend unzufrieden wäre. Somit wären diese Richter dem Druck ausgesetzt, Lösungen für die ihnen übergebenen Probleme zu finden, die diesmal nicht in Bezug auf die verfahrensrechtlichen Aspekte des Rechts, sondern inhaltlich für alle Mandanten der an einem bestimmten Fall beteiligten Unternehmen als faire und gerechte Lösung akzeptabel wären.²⁰² Andernfalls könnten ein oder alle Unternehmen einige ihrer Kunden verlieren, wodurch diese Unternehmen veranlasst werden, sich an einen anderen Schiedsrichter zu wenden, wenn sie das nächste Mal einen benötigen.²⁰³

Aber wäre es nicht möglich, dass ein sicherheitsproduzierendes Unternehmen unter einem wettbewerbsorientierten System zu einem geächteten Unternehmen wird — also zu einem Unternehmen, das, unterstützt von seinen eigenen Kunden, anfängt, andere anzugreifen? Dass dies möglich sein könnte, lässt sich sicherlich nicht leugnen, wobei nochmals betont werden muss, dass man sich

²⁰² Und es sei hier noch einmal angemerkt, dass Normen, die den höchstmöglichen Grad an Konsens beinhalten, natürlich solche sind, die durch Argumentation vorausgesetzt werden und deren Akzeptanz einen Konsens über überhaupt etwas möglich macht, wie in Kapitel 7 gezeigt wurde.

²⁰³ Stellen Sie dies wiederum den staatlich angestellten Richtern gegenüber, die, weil sie aus Steuern bezahlt werden und somit relativ unabhängig von der Zufriedenheit der Verbraucher sind, Urteile fällen können, die eindeutig nicht von allen als gerecht akzeptiert werden; und fragen Sie sich, ob das Risiko, in einem bestimmten Fall nicht die Wahrheit zu finden, geringer oder höher wäre, wenn man die Möglichkeit hätte, wirtschaftlichen Druck auszuüben, wann immer man das Gefühl hat, dass ein Richter, der eines Tages in der eigenen Sache zu entscheiden haben könnte, bei der Zusammenstellung und Beurteilung der Fakten eines Falles nicht sorgfältig genug vorgegangen ist oder einfach ein offenkundiger Betrüger ist.

hier im Bereich der empirischen Sozialwissenschaft befindet und niemand so etwas mit Sicherheit wissen könnte. Dennoch ist die stillschweigende Unterstellung, dass die Möglichkeit, dass eine Sicherheitsfirma zu einem geächteten Unternehmen wird, irgendwie auf einen schweren Mangel in der Philosophie und Wirtschaft einer rein kapitalistischen Gesellschaftsordnung hinweist, falsch.²⁰⁴ Zunächst sei daran erinnert, dass jedes gesellschaftliche System, eine etatistisch-sozialistische Ordnung ebenso wie eine reine Marktwirtschaft, für seinen Fortbestand von der öffentlichen Meinung abhängt, und dass ein bestimmter Stand der öffentlichen Meinung zu jeder Zeit begrenzt, was in einer bestimmten Gesellschaft geschehen kann oder nicht geschehen kann oder was mehr oder weniger wahrscheinlich ist. Der Stand der öffentlichen Meinung in Westdeutschland zum Beispiel macht es höchst unwahrscheinlich oder sogar unmöglich, dass ein etatistisch-sozialistisches System des russischen Stils der westdeutschen Öffentlichkeit aufgezwungen werden könnte. Der Mangel an öffentlicher Unterstützung für ein solches System würde es zum Scheitern verurteilen und zum Einsturz bringen. Und es wäre sogar noch unwahrscheinlicher, dass ein solcher Versuch, eine russische Ordnung durchzusetzen, angesichts der amerikanischen öffentlichen Meinung jemals unter den Amerikanern Erfolg haben könnte. Um das Problem der geächteten Unternehmen richtig zu sehen, sollte die obige Frage daher wie folgt formuliert werden: Wie wahrscheinlich ist es, dass ein solches Ereignis in einer bestimmten Gesellschaft mit ihrem spezifischen Zustand der öffentlichen Meinung eintreten würde? So formuliert, ist es klar, dass die Antwort für verschiedene Gesellschaften unterschiedlich ausfallen muss. In einigen Gesellschaften, in denen sozialistische Ideen tief in der Öffentlichkeit verankert sind, wäre die Wahrscheinlichkeit des Wiederauftauchens von Aggressor-Unternehmen größer, in anderen Gesell-

²⁰⁴ Vgl. hierzu insbesondere M. N. Rothbard, *For A New Liberty*, New York, 1978, S. 233ff.

schaften wäre die Wahrscheinlichkeit dafür viel geringer. Aber wäre dann die Aussicht auf ein wettbewerbsfähiges System der Sicherheitsproduktion in einem bestimmten Fall besser oder schlechter als die Aussicht auf die Fortführung eines statistischen Systems? Schauen wir uns zum Beispiel die heutigen Vereinigten Staaten an. Angenommen, der Staat hätte durch einen Gesetzgebungsakt sein Recht auf Sicherheit mit Steuergeldern abgeschafft und ein wettbewerbsfähiges System der Sicherheitsproduktion eingeführt. Wie wahrscheinlich wäre es angesichts der öffentlichen Meinung, dass verbrecherische Produzenten auftauchen würden, und was wäre, wenn dies passiert? Offensichtlich würde die Antwort von den Reaktionen der Öffentlichkeit auf diese veränderte Situation abhängen. Daher müsste die erste Antwort an diejenigen, die die Idee eines privaten Marktes für Sicherheit in Frage stellen, lauten: Wie steht es mit Ihnen? Was wäre Ihre erste Reaktion? Bedeutet Ihre Angst vor verbrecherischen Unternehmen, dass Sie dann mit einem Sicherheitsproduzenten, der andere Menschen und ihr Eigentum angegriffen hat, Handel treiben würden, und würden Sie ihn weiterhin unterstützen, wenn dies der Fall wäre? Der Kritiker wäre durch dieses Gegenargument sicherlich ziemlich mundtot gemacht. Aber wichtiger als das ist die systematische Herausforderung, die dieses persönliche Gegenargument mit sich bringt. Offensichtlich würde die beschriebene Änderung der Situation eine Änderung der Kosten-Nutzen-Struktur bedeuten, mit der jeder konfrontiert wäre, wenn er seine Entscheidungen treffen müsste. Vor der Einführung eines wettbewerbsorientierten Systems der Sicherheitsproduktion war es legal, sich an (staatlichen) Aggressionen zu beteiligen und diese zu unterstützen. Nun wäre so etwas eine illegale Aktivität. In Anbetracht des eigenen Gewissens, das jede der eigenen Entscheidungen mehr oder weniger kostspielig erscheinen lässt, d.h. mehr oder weniger im Einklang mit den eigenen Grundsätzen korrekten Verhaltens, wäre die Unterstützung eines Unternehmens, das sich an der Ausbeutung von Menschen beteiligt, die nicht bereit sind, seine Handlungen

bewusst zu unterstützen, jetzt kostspieliger als zuvor. In Anbetracht dieser Tatsache ist davon auszugehen, dass die Zahl der Menschen — unter ihnen auch solche, die sonst bereitwillig den Staat unterstützt hätten — die nun ihr Geld für ein Unternehmen ausgeben würden, das sich der ehrlichen Wirtschaft verschrieben hat, steigen würde, und zwar überall dort, wo dieses gesellschaftliche Experiment versucht wurde. Im Gegensatz dazu würde die Zahl der Menschen, die sich immer noch einer Politik der Ausbeutung, des Gewinns auf Kosten anderer verschrieben haben, sinken. Wie drastisch dieser Effekt wäre, hinge natürlich vom Zustand der öffentlichen Meinung ab. Im vorliegenden Beispiel — den Vereinigten Staaten, wo die natürliche Eigentumstheorie sehr weit verbreitet ist und als Privatethik akzeptiert wird, da die libertäre Philosophie im Wesentlichen die Ideologie ist, auf der das Land gegründet wurde und die es zu seiner Blüte geführt hat²⁰⁵ — wäre der oben genannte Effekt natürlich besonders ausgeprägt. Dementsprechend würden sicherheitsproduzierende Unternehmen, die sich der Philosophie des Schutzes und der Durchsetzung des freiheitlichen Rechts verschrieben haben, den größten Teil der öffentlichen Unterstützung und finanziellen Hilfe erhalten. Es mag zwar sein, dass einige Leute, und unter ihnen vor allem diejenigen, die von der alten Ordnung profitiert haben, weiterhin eine Politik der Aggression unterstützen könnten, aber es ist sehr unwahrscheinlich, dass sie zahlenmäßig und finanziell stark genug wären, um dies zu erreichen. Das wahrscheinliche Ergebnis wäre vielmehr, dass die ehrlichen Unternehmen — allein oder in gemeinsamer Anstrengung und mit der Unterstützung ihrer eigenen freiwilligen Kunden — die nötige Stärke entwickeln würden, um das Aufkommen gesetzwidriger Hersteller zu kontrollieren und sie zu

²⁰⁵ Vgl. B. Bailyn, *The Ideological Origins of the American Revolution*, Cambridge, 1967; J. T. Main, *The Anti-Federalists: Critics of the Constitution*, Chapel Hill, 1961; M. N. Rothbard, *Conceived in Liberty*, 4 Bände., New Rochelle, 1975-1979.

vernichten, wo und wann immer sie entstehen.²⁰⁶ Und wenn gegen alle Widerstände die ehrlichen Sicherheitsproduzenten ihren

²⁰⁶ Natürlich würden Versicherungsunternehmen eine besonders wichtige Rolle bei der Überprüfung der Entstehung von kriminellen Unternehmen übernehmen. Anmerkung M. und L. Tannehill: „Versicherungsunternehmen, ein sehr wichtiger Sektor jeder völlig freien Wirtschaft, hätten einen besonderen Anreiz, sich von jedem Aggressor zu distanzieren und darüber hinaus ihren gesamten beträchtlichen geschäftlichen Einfluss gegen ihn geltend zu machen. Aggressive Gewalt führt zu Wertverlusten, und die Versicherungswirtschaft würde bei den meisten dieser Wertverluste die Hauptkosten tragen. Ein unbeherrschter Aggressor ist ein wandelndes Risiko, und kein Versicherungsunternehmen, das auch nur im Entferntesten mit seiner ursprünglichen Aggression zu tun hat, würde das Risiko tragen wollen, dass er als nächstes einen seiner eigenen Kunden angreift. Außerdem sind Aggressoren und diejenigen, die mit ihnen in Verbindung stehen, eher in Gewaltsituationen verwickelt und stellen daher schlechte Versicherungsrisiken dar. Ein Versicherungsunternehmen würde diesen Personen wahrscheinlich die Deckung verweigern, aus dem vorausschauenden Wunsch heraus, zukünftige Verluste, die ihre Aggressionen verursachen könnten, zu minimieren. Aber selbst wenn das Unternehmen nicht durch eine solche Voraussicht motiviert wäre, wäre es dennoch gezwungen, die Prämien drastisch zu erhöhen oder den Versicherungsschutz ganz zu streichen, um das zusätzliche Risiko zu vermeiden, das mit ihrer Gewaltbereitschaft verbunden ist. In einer wettbewerbsorientierten Wirtschaft könnte es sich kein Versicherungsunternehmen leisten, weiterhin Aggressoren und diejenigen, die mit Aggressoren zu tun haben, zu versichern und die Kosten einfach auf ihre ehrlichen Kunden abzuwälzen; sie würde diese Kunden bald an seriösere Unternehmen verlieren, die es sich leisten könnten, weniger für ihren Versicherungsschutz zu verlangen. Was würde der Verlust des Versicherungsschutzes in einer freien Wirtschaft bedeuten? Selbst wenn [der Aggressor] genug Macht aufbringen könnte, um sich gegen jegliche Aggressions- oder Vergeltungsmacht zu schützen, die durch irgendeinen Faktor oder eine Kombination von Faktoren gegen ihn eingesetzt wird, müsste er immer noch völlig auf mehrere wirtschaftliche Notwendigkeiten verzichten. Es könnte keinen Versicherungsschutz gegen Autounfälle, Naturkatastrophen oder Vertragsstreitigkeiten erwerben. Es hätte keinen Schutz vor Schadensersatzklagen aufgrund von Unfällen, die sich auf seinem Grundstück ereignen. Es ist sehr gut möglich, dass [es] sogar auf die Dienste eines Feuerwehrunternehmens verzichten müsste, da solche Unternehmen natürliche Auswüchse des Feuerversicherungsgeschäfts sind. Zusätzlich zu den schrecklichen Strafen, die von der Ächtung des

Kampf verlieren sollten, um einen freien Markt in der Produktion von Sicherheit zu behalten und ein geächtetes Monopol wieder auftaucht, hätte man einfach wieder einen Staat.²⁰⁷

In jedem Fall wäre die Einführung eines rein kapitalistischen Gesellschaftssystems mit privaten Sicherheitsproduzenten — ein System, das Wahlfreiheit zulässt — notwendigerweise besser als das, was man jetzt hat. Selbst wenn eine solche Ordnung dann zusammenbrechen sollte, weil zu viele Menschen noch einer Politik der Aggression und Ausbeutung anderer ergeben waren, hätte die Menschheit zumindest ein glorreiches Zwischenspiel erlebt. Und sollte diese Ordnung überleben, was wahrscheinlicher ist, so wäre dies der Beginn eines Systems der Gerechtigkeit und eines nie dagewesenen wirtschaftlichen Wohlstands.

Unternehmens verhängt werden, die natürlich auf seine aggressive Handlung folgen würde, hätte [es] Probleme mit seinen Mitarbeitern... [Denn] wenn ein Vertreter des Verteidigungsdienstes einen Befehl ausführt, der die vorsätzliche Anwendung von Gewalt beinhaltet, würden sowohl der Vertreter als auch der Unternehmer oder Manager, der ihm den Befehl erteilt hat, sowie alle anderen Mitarbeiter, die wesentlich daran beteiligt waren, für die verursachten Schäden haften.“ (M. und L. Tannehill, *The Market for Liberty*, New York, 1984, S. 110-111).

²⁰⁷ Der Prozess des Entstehens eines kriminellen Unternehmens als Staat wäre noch komplizierter, da es die „ideologische Legitimität“ wiedererlangen müsste, die die Existenz der derzeit existierenden Staaten kennzeichnet und deren Entwicklung Jahrhunderte unerbittlicher Propaganda erforderte. Sobald diese Legitimität durch die Erfahrung mit einem reinen freien Marktsystem verloren geht, ist es schwer vorstellbar, wie sie jemals so leicht wiedererlangt werden könnte.

Literaturhinweise

- Albert, H. *Marktsoziologie und Entscheidungslogik*. Neuwied, 1967.
- Alchian, A. *Economic Forces at Work*. Indianapolis, 1977.
- Anderson, P. *Passages from Antiquity to Feudalism*. London, 1974.
- _____. *Lineages of Absolutism*. London, 1974.
- Anderson, T. and Hill, P. J. „*The American Experiment in Anarcho-Capitalism: The Not So Wild, Wild West*.” *Journal of Libertarian Studies*, 1980.
- Apel, K. O. *Transformation der Philosophie (2 Bde.)*. Frankfurt/M, 1973.
- Armentano, D. *Antitrust and Monopoly*. New York, 1982.
- Ayer, A. J. *Language, Truth and Logic*. New York, 1950.
- Badie, B. and Birnbaum, P. *The Sociology of the State*. Chicago, 1983.
- Baechler, J. *The Origins of Capitalism*. New York, 1976.
- Baler, K. *The Moral Point of View*. Ithaca, 1958.
- Bailyn, B. *The Ideological Origins of the American Revolution*. Cambridge, 1967.
- Baird, C. *Rent Control: The Perennial Folly*. San Francisco, 1980.
- Baumol, W. *Welfare Economics and the Theory of the State*. Cambridge, 1952.
- _____. and Blinder, A. *Economics. Principles and Policy*. New York, 1979.
- Becker, G. *Human Capital*. New York, 1975.
- Bendix, R. *Kings or People*. Berkeley, 1978.
- Bernstein, E. *Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie*. Bonn, 1975.
- Blanshard, B. *Reason and Analysis*. La Salle, 1964.
- Blaug, M. *The Methodology of Economics*. Cambridge, 1980.
- Bloch, M. *Feudal Society*. Chicago, 1961.
- Block, W. „*Public Goods and Externalities: The Case of Roads*.” *Journal of Libertarian Studies*, 1983.
- _____. „*Free Market Transportation: Denationalizing the Roads*.” *Journal of Libertarian Studies*, 1979.

- _____. „Austrian Monopoly Theory. A Critique." *Journal of Libertarian Studies*, 1977.
- _____. „Coase and Demsetz on Private Property Rights." *Journal of Libertarian Studies*, 1977.
- Boehm-Bawerk, E. v. *Kapital und Kapitalzins. Positive Theorie des Kapitals*. Meisenheim, 1967.
- Boetie, E. de La. *The Politics of Obedience: The Discourse of Voluntary Servitude* (Hrsg. M. N. Rothbard). New York, 1975.
- Brady, R. A. „Modernized Cameralism in the Third Reich: The Case of the National Industry Group." in: M. I. Goldman (Hrsg.) *Comparative Economic Systems*. New York, 1971.
- Bramsted, E. K. and Melhuish, K. J. (Hrsg.). *Western Liberalism*. London, 1978.
- Brandt, W. (Hrsg.). *North-South: A Programme for Survival*. 1980.
- Brozen, Y. *Is Government the Source of Monopoly? And Other Essays*. San Francisco, 1980.
- ____ and Friedman, M. *The Minimum Wage: Who Pays?* Washington, 1966.
- Brutzkus, B. *Economic Planning in Soviet Russia*. London, 1935.
- Buchanan, J. *Freedom in Constitutional Contract*. College Station, 1977.
- _____. *The Limits of Liberty*. Chicago, 1975.
- _____. *The Public Finances*. Homewood, 1970.
- _____. *Cost and Choice*. Chicago, 1969.
- _____. *Fiscal Theory and Political Economy*. Chapel Hill, 1962.
- _____. Thirlby (ed.). *L. S. E. Essays on Cost*. Indianapolis, 1981.
- _____. and Tullock, G. *The Calculus of Consent*. Ann Arbor, 1962.
- _____. and Wagner, R. *The Consequences of Mr. Keynes*. London, 1978.
- Carey, L. W. (Hrsg.). *Freedom and Virtue. The Conservative/ Libertarian Debate*. Lanham, 1984.
- Cipolla, C. M. (Hrsg.). *Economic History of Europe. Contemporary Economies*. Glasgow, 1976.
- Coase, R. „The Lighthouse in Economics." *Journal of Law and Economics*, 1974.
- Coase, R. „The Problem of Social Cost." *Journal of Law and Economics*, 1960.
- Demsetz, H. „Toward a Theory of Property Rights." *American Economic Review*, 1967.

- _____. „*The Exchange and Enforcement of Property Rights.*”
Journal of Law and Economics, 1964.
- Dacey, A. V. *Lectures on the Relation Between Law and Public Opinion in England During the Nineteenth Century*. London, 1974.
- Dingier, H. *Die Ergreifung des Wirklichen*. Muenchen, 1955.
- Dworkin, R. „*Is Wealth a Value?*” *Journal of Legal Studies*, 1980.
- Erhard, L. *The Economics of Success*. London, 1968.
- _____. *Prosperity Through Competition*. New York, 1958.
- Eucken, W. *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. Hamburg, 1967.
- Evers, W. „*Toward a Reformation of a Law of Contracts.*” *Journal of Libertarian Studies*, 1977.
- Fetter, F. *Capital, Interest and Rent*. Kansas City, 1976.
- Feyerabend, P. *Against Method*. London, 1978.
- _____. *Science in a Free Society*. London, 1978.
- Fischer, W. *Die Wirtschaftspolitik Deutschlands 1918-45*. Hannover, 1961.
- Flew, A. *The Politics of Procrustes*. London, 1980.
- _____. *Sociology, Equality and Education*. New York, 1976.
- Friedman, M. *Capitalism and Freedom*. Chicago, 1962.
- _____. *Essays in Positive Economics*. Chicago, 1953.
- _____. and Friedman, R. *The Tyranny of the Status Quo*. New York, 1984.
- Galbraith, J. K. *A Theory of Price Control*. Cambridge, 1952.
- Gewirth, A. „*Law, Action and Morality*” in: Porreco, R. (Hrsg.) *Georgetown Symposium on Ethics. Essays in Honor of H. Veatch*. New York, 1984.
- _____. *Reason and Morality*. Chicago, 1978.
- Greenleaf, W. H. *The British Political Tradition* (2 Bde.). London, 1983.
- Gregory, P. R. and Stuart, R. C. *Comparative Economic Systems*. Boston, 1985.
- Habermas, J. *Moralbewusstsein und kommunikatives Handeln*. Frankfurt/M., 1983.
- _____. *Theorie des kommunikativen Handelns* (2 Bde.). Frankfurt/M., 1981.
- _____. „*Wahrheitstheorien.*” in: Fahrenbach, H. (Hrsg.) *Wirklichkeit und Reflexion*. Pfullingen, 1974.
- _____. *Knowledge and Human Interest*. Boston, 1971.

- Hamel, H. v. (Hrsg.). *BRD-DDR. Die Wirtschaftssysteme*. München, 1983.
- Harman, G. *The Nature of Morality*. New York, 1977.
- Harris, M. *Cannibals and Kings*. New York, 1978.
- Hayek, F. A. *Law, Legislation and Liberty* (3 Bde.). Chicago, 1973-79.
- _____. (Hrsg.). *Capitalism and the Historians*. Chicago, 1963.
- _____. *The Constitution of Liberty*. Chicago, 1960.
- _____. *The Road to Serfdom*. Chicago, 1956.
- _____. *Individualism and Economic Order*. Chicago, 1948.
- _____. (Hrsg.). *Collectivist Economic Planning*. London, 1935.
- _____. et. al. *Rent Control. A Popular Paradox*. Vancouver, 1975.
- Herbert, A. *The Right and Wrong of Compulsion by the State*. Indianapolis, 1981.
- Hilton, R. (Hrsg.). *The Transition from Feudalism to Capitalism*. London, 1978.
- Hock, W. *Deutscher Antikapitalismus*. Frankfurt/M, 1960.
- Hohmann, H. H., Kaser, M., and Thalheim, K. (Hrsg.). *The New Economic Systems of Eastern Europe*. London, 1975.
- Hollis, M. and Nell, E. *Rational Economic Man*. Cambridge, 1975.
- Hoppe, H. H. *Eigentum, Anarchie und Staat*. Opladen, 1987.
- _____. „Is Research Based on Causal Scientific Principles Possible in the Social Sciences.“ *Ratio*, 1983.
- _____. *Kritik der kausalwissenschaftlichen Sozialforschung*. Opladen, 1983.
- _____. *Handeln und Erkennen*. Bern, 1976.
- Hospers, J. *Libertarianism*. Los Angeles, 1971.
- Hudson, W. D. (Hrsg.) *The Is-Ought Question*. London, 1969.
- Hume, D. *Essays. Moral, Political and Literary*. Oxford, 1971.
- _____. *Enquiries* (Hrsg. Selby-Bigge). Oxford, 1970.
- _____. *A Treatise of Human Nature* (Hrsg. Selby-Bigge). Oxford, 1968.
- Hutchinson, T. W. *Politics and Philosophy of Economics*. New York, 1981.
- _____. *Positive Economics and Policy Objectives*. London, 1964.
- _____. *The Significance and Basic Postulates of Economic Theory*. London, 1938.
- Janich, P. *Protophysik der Zeit*. Mannheim, 1969.
- Jellinek, G. *Allgemeine Staatslehre*. Bad Hamburg, 1966.

- Jencks, C. et. al. *Inequality*. London, 1973.
- Jesse, E. (Hrsg.). *BRD und DDR*. Bedin, 1982.
- Jouvenel, B. de. *On Sovereignty*. Cambridge, 1957.
- _____. „The Treatment of Capitalism by Continental Intellectuals.” in: F. A. Hayek (Hrsg.) *Capitalism and the Historians*. Chicago, 1954.
- _____. *On Power*. New York, 1949.
- Kaltenbrunner, G. K. (Hrsg.). *Rekonstruktion des Konservatismus*. Bern, 1978.
- Kambartel, F. (Hrsg.). *Praktische Philosophie und konstruktive Wissenschaftstheorie*. Frankfurt/ M., 1974.
- _____. *Erfahrung und Struktur*. Frankfurt/M., 1968.
- Kamlah, W. and Lorenzen, P. *Logische Propädeutik*. Mannheim, 1967.
- Kant, I. *Werke* (6 Bde., Hrsg. W. Weischedel). Wiesbaden, 1956.
- Kautsky, K. *Bemstein und das sozialdemokratische Programm*. Bonn, 1976.
- Kelsen, H. *Reine Rechtslehre*. Wien, 1976.
- Keynes, J. M. *The End of Laissez Faire* (Collected Writings, Vol. IX). London, 1972.
- Kirzner, I. *Competition and Entrepreneurship*. Chicago, 1973.
- Kolakowski, L. *Main Currents of Marxism* (3 Bde.). Oxford, 1978.
- Kolko, G. *The Triumph of Conservatism*. Chicago, 1967.
- _____. *Railroads and Regulation*. Princeton, 1965.
- Kuhn, T. S. *The Structure of Scientific Revolutions*. Chicago, 1964.
- Lakatos, I. „Falsification and the Methodology of Scientific Research Programmes” in: Lakatos/ Musgrave (Hrsg.) *Criticism and the Growth of Knowledge*. Cambridge, 1970.
- Lange, O. „On the Economic Theory of Socialism” in: Goldman, M. I. (Hrsg.) *Comparative Economic Systems*. New York, 1971.
- Leonhard, W. *Sovietideologie. Die politischen Lehren*. Frankfurt/M, 1963.
- Leoni, B. *Freedom and the Law*. Princeton, 1961.
- Locke, J. *Two Treatises of Government* (Hrsg. P. Laslett). Cambridge, 1960.
- Lorenzen, P. *Normative Logic and Ethics*. Mannheim, 1969.
- _____. *Methodisches Denken*. Frankfurt/M., 1968.

- Luehrs, G. (Hrsg.). *Kritischer Rationalismus und Sozialdemokratie* (2 Bde.). Bonn, 1975-76.
- Lukes, S. „Socialism and Equality” in: Kolakowski/Hampshire (Hrsg.) *The Socialist Idea*. New York, 1974.
- Machan, T. *Human Rights and Human Liberties*. Chicago, 1975.
- Machiavelli, N. *The Prince*. Harmondsworth, 1961.
- MacIntyre, A. *After Virtue*. Notre Dame, 1981.
- Main, J. *The Anti-Federalists: Critics of the Constitution*. Chapel Hill, 1961.
- Marx, K. *Critique of the Gotha Programme*. (Selected Works, Bd. 2). London, 1942.
- McGuire, J. W. *Business and Society*. New York, 1963.
- Melsen, A. v. *Philosophy of Nature*. Pittsburgh, 1953.
- Mencken, H. A. *Notes on Democracy*. New York, 1926.
- Merklein, R. *Die Deutschen werden ärmer*. Hamburg, 1982.
- _____. *Griff in die eigene Tasche*. Hamburg, 1980.
- Meyer, T. (Hrsg.). *Demokratischer Sozialismus*. München, 1980.
- Michels, R. *Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie*. Stuttgart, 1957.
- Miller, M. *Rise of the Russian Consumer*. London, 1965.
- Mises, L. v. *The Anti-Capitalist Mentality*. San Francisco, 1983.
- _____. *Epistemological Problems of Economics*. New York, 1981.
- _____. *Socialism*. Indianapolis, 1981.
- _____. *The Ultimate Foundation of Economic Science*. Kansas City, 1978.
- _____. *A Critique of Interventionism*. New Rochelle, 1977.
- _____. *Planning for Freedom*. South Holland, 1974.
- _____. *Theory of Money and Credit*. Irvington, 1971.
- _____. *Human Action*. Chicago, 1966.
- _____. *Bureaucracy*. New Haven, 1944.
- _____. *Omnipotent Government*. New Haven, 1944.
- _____. *Liberalismus*. Jena, 1929.
- Mittelstaedt, P. *Philosophische Probleme der modernen Physik*. Mannheim, 1966.
- Molinari, G. de. „The Production of Security.” *Center for Libertarian Studies, Occasional Paper No. 2*. New York, 1977.
- Morgenstern, O. *National Income Statistics: A Critique of Macro-economic Aggregation*. San Francisco, 1979.
- Mosca, G. *The Ruling Class*. New York, 1939.

- Murck, M. *Soziologie der oeffentlichen Sicherheit*. Frankfurt/M., 1980.
- Nisbet, R. „Conservatism” in: Nisbet/Bottomore (Hrsg.), *History of Sociological Analysis*. New York, 1978.
- Nock, A. J. *Our Enemy: The State*. Delevan, 1983.
- Nove, A. *Economic History of the USSR*. Harmondsworth, 1969.
- Nozick, R. *Anarchy, State and Utopia*. New York, 1974.
- Olson, M. *The Logic of Collective Action*. Cambridge, 1965.
- Oppenheimer. *System der Soziologie*. Bd. II *Der Staat*. Stuttgart, 1964.
- Osterfeld, D. „The Natural Rights Debate.” *Journal of Libertarian Studies*, 1983.
- Pap, A. *Semantics and Necessary Truth*. New Haven, 1958.
- Parkin, F. *Class Inequality and Political Order*. New York, 1971.
- Paul, R. and Lehrman, L. *The Case for Gold*. San Francisco, 1983.
- Peden, J. „Property Rights in Celtic Irish Law.” *Journal of Libertarian Studies*, 1977.
- Pejovich, S. *Life in the Soviet Union*. Dallas, 1979.
- Pirenne, H. *Medieval Cities. Their Origins and the Revival of Trade*. Princeton, 1978.
- Polanyi, K. *The Great Transformation*. New York, 1944.
- Popper, K. R. *Objective Knowledge*. Oxford, 1973.
- _____. *Conjectures and Refutations*. London, 1969.
- _____. *Logic of Scientific Discovery*. London, 1959.
- _____. *The Poverty of Historicism*. London, 1957.
- Posner, R. *Economic Analysis of Law*. Boston, 1977.
- Radosh, R. and Rothbard, M. N. (Hrsg.). *A New History of Leviathan*. New York, 1972.
- Rakowska-Harmstone, T. (Hrsg.). *Communism in Eastern Europe*. Bloomington, 1984.
- Rawls, J. *A Theory of Justice*. Cambridge, 1971.
- Reisman, G. *Government Against the Economy*. New York, 1979.
- Robbins, L. „Economics and Political Economy.” *American Economic Review*, 1981.
- _____. *Political Economy: Past and Present*. London, 1977.
- _____. *Nature and Significance of Economic Science*. London, 1935.
- Roeper, W. *Economics of a Free Society*. Chicago, 1963.
- _____. *A Humane Economy*. Chicago, 1960.

- Rothbard, M. N. *The Ethics of Liberty*. Atlantic Highlands, 1982.
- _____. „Law, Property Rights and Pollution.” *Cato Journal*, 1982.
- _____. „The Myth of Neutral Taxation.” *Cato Journal*, 1981.
- _____. „The Myth of Efficiency” in: M. Rizzo (Hrsg.) *Time, Uncertainty and Disequilibrium*. Lexington, 1979.
- _____. *For a New Liberty*. New York, 1978.
- _____. „Freedom, Inequality, Primitivism and the Division of Labor” in: K. S. Templeton (Hrsg.) *The Politicalization of Society*. Indianapolis, 1977.
- _____. *Power and Market*. Kansas City, 1977.
- _____. „Toward a Reconstruction of Utility and Welfare Economics.” *Center for Libertarian Studies, Occasional Paper No. 3*. New York, 1977.
- _____. „Ludwig von Mises and Economic Calculation Under Socialism” in: L. Moss (Hrsg.). *The Economics of Ludwig von Mises*. Kansas City, 1976.
- _____. *Conceived in Liberty* (4 Bde.), New Rochelle, 1975-79.
- _____. *Egalitarianism as a Revolt Against Nature and Other Essays*. Washington, 1974.
- _____. *What Has Government Done to Our Money?*. Novato, 1973.
- _____. *Man, Economy and State* (2 Bde.). Los Angeles, 1970.
- Rousseau, J. *The Social Contract and Discourses* (Hrsg. G. Cole). New York, 1950.
- Rubner, A. *The Three Sacred Cows of Economics*. New York, 1970.
- Samuelson, P. *Economics*. New York, 1976.
- _____. „The Pure Theory of Public Expenditure.” *Review of Economics and Statistics*, 1954.
- Schoeck, H. *Ist Leistung unanstaendig?* Osnabrueck, 1971.
- _____. *Envy*. New York, 1966.
- Schumpeter, J. *Capitalism, Socialism and Democracy*. New York, 1942.
- Schwan, G. *Sozialismus in der Demokratie. Theorie einer konsequent sozialdemokratischen Politik*. Stuttgart, 1982.
- _____. (Hrsg.). *Demokratischer Sozialismus fuer Industriegesellschaften*. Frankfurt/M., 1979.
- Senghaas, D. (Hrsg.). *Imperialismus und strukturelle Gewalt*. Frankfurt/M., 1972.

- Singer, M. *Generalization in Ethics*. London, 1963.
- Skinner, Q. *The Foundations of Modern Political Thought*. Cambridge, 1978.
- Smith, H. *The Russians*. New York, 1983.
- Sombart, W. *Deutscher Sozialismus*. Berlin, 1934.
- Spencer, H. *Social Statics*. London, 1851.
- Spooner, L. *No Treason. The Constitution of No Authority*. Colorado Springs, 1973.
- Statistisches Jahrbuch fuer die BRD. 1960.
- Sterba, J. *The Demands of Justice*. Notre Dame, 1980.
- Stevenson, C. L. *Facts and Values*. New Haven, 1963.
- _____. *Ethics and Language*. London, 1945.
- Stigler, G. *The Citizen and the State. Essays on Regulation*. Chicago, 1975.
- Strauss, L. *Natural Right and History*. Chicago, 1970.
- Szalai, A. and Andrews, F. (Hrsg.). *The Quality of Life*. London, 1980.
- Tannehill, M. and Tannehill, L. *The Market for Liberty*. New York, 1984.
- Templeton, K. S. (Hrsg.). *The Politicalization of Society*. Indianapolis, 1977.
- Thalheim, K. *Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland*. Opladen, 1978.
- Tigar, M. and Levy, M. *Law and the Rise of Capitalism*. New York, 1977.
- Toulmin, S. *The Place of Reason in Ethics*. Cambridge, 1970.
- Treue, W. *Wirtschaftsgeschichte der Neuzeit*. Stuttgart, 1973.
- Trivanovitch, V. *Economic Development of Germany Under National Socialism*. New York, 1937.
- Tullock, G. *Private Wants, Public Means*. New York, 1970.
- Veatch, H. *Human Rights. Fact or Fancy?* Baton Rouge, 1985.
- _____. *For an Ontology of Morals. A Critique of Contemporary Ethical Theory*. Evanston, 1968.
- _____. *Rational Man. A Modern Interpretation of Aristotelian Ethics*. Bloomington, 1962.
- Vonnegut, K. *Welcome to the Monkey House*. New York, 1970.
- Weber, M. *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*. Tübingen, 1922.
- Weinstein, J. *The Corporate Ideal in the Liberal State*. Boston, 1968.

- Wellisz, S. *The Economies of the Soviet Bloc*. New York, 1964.
- Wicksell, K. *Finanztheoretische Untersuchungen*. Jena, 1896.
- Wild, J. *Plato's Modern Enemies and the Theory of Natural Law*. Chicago, 1953.
- Williams, B. „The Idea of Equality” in: Laslett/Runciman (Hrsg.), *Philosophy, Politics and Society* (2. Ausgabe). Oxford, 1962.
- Willis, D. K. *Klass. How Russians Really Live*. New York, 1985.
- Windmoeller, E. and Hoepker, T. *Leben in der DDR*. Hamburg, 1976.
- Wooldridge, W. C. *Uncle Sam the Monopoly Man*. New Rochelle, 1970.
- Wright, D. Mc. C. *Capitalism*. New York, 1951.
- _____. *Democracy and Progress*. New York, 1948. Zapf, W. (Hrsg.). *Lebensbedingungen in der Bundesrepublik*. Frankfurt/M., 1978.

WISSEN SIE SCHON WAS SIE ALS NÄCHSTES LESEN ODER HÖREN SOLLEN?

1. **Anatomie des Staates** von **Murray N. Rothbard**
(Alle Hörbücher unter Playlists auf
[Youtube.com/@DerrosarotePanzer](https://www.youtube.com/@DerrosarotePanzer))
2. **Naturrecht – Die Wissenschaft der Gerechtigkeit** von
Lysander Spooner (ISBN: 978-3-347-58235-4 / Hörbuch
kostenlos auf YouTube)
3. **Anti-Politik – Eine Sammlung agoristischer Texte** von
Sal Mayweather (ISBN: 978-3-347-61007-1 / Hörbuch
kostenlos auf YouTube)
4. **Satoshi** von **Rafael Boskovic**
(Hardcover ISBN: 978-3-347-62703-1)
5. **Was getan werden muss** von **Hans-Hermann Hoppe**
(Hörbuch kostenlos auf YouTube)
6. **Agoristische Klassentheorie** von
Samuel Edward Konkin III
(eBook ISBN: 978-3-347-72175-3 / Hörbuch kostenlos auf
YouTube)
7. **Wirtschaftliche Depressionen: Die Ursache und die
Lösung** von **Murray N. Rothbard**
(Hörbuch kostenlos auf YouTube)
8. **Gemeindetechnologie** von **Karl Hess**
(Hardcover ISBN: 978-3-384-04489-1)
9. **Chaostheorie** von **Robert Murphy**
(Zum Download auf misesde.org /
Hörbuch kostenlos auf YouTube)
10. **Natürliche Eliten, Intellektuelle und der Staat** von
Hans-Hermann Hoppe (Hörbuch kostenlos auf
YouTube)
11. **Libertarismus richtig verstehen** von
Hans-Hermann Hoppe
(ISBN: 978-3-384-30545-9 /
Hörbuch kostenlos auf YouTube)

12. **Egalitarismus als Revolte gegen die Natur** von **Murray Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
13. **Krieg, Frieden und der Staat** von **Murray Rothbard** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
14. **Die Privatisierung der Verteidigung** von **Hans-Hermann Hoppe** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)
15. **Amerikas Große Depression** von **Murray Rothbard** (ISBN: 978-3-384-38566-6)
16. **Der historische Rahmen der österreichischen Schule der Nationalökonomie** von **Ludwig von Mises** (ISBN: 978-3-384-46341-8 / Hörbuch kostenlos auf YouTube)
17. **Wo Marx richtig liegt** von **Hans-Hermann Hoppe** (Hörbuch kostenlos auf YouTube)

Steuern sind Raub, Inflation ist Enteignung,
Demokratie ist eine weiche Form von Kommunismus.
Werde unregierbar!

